

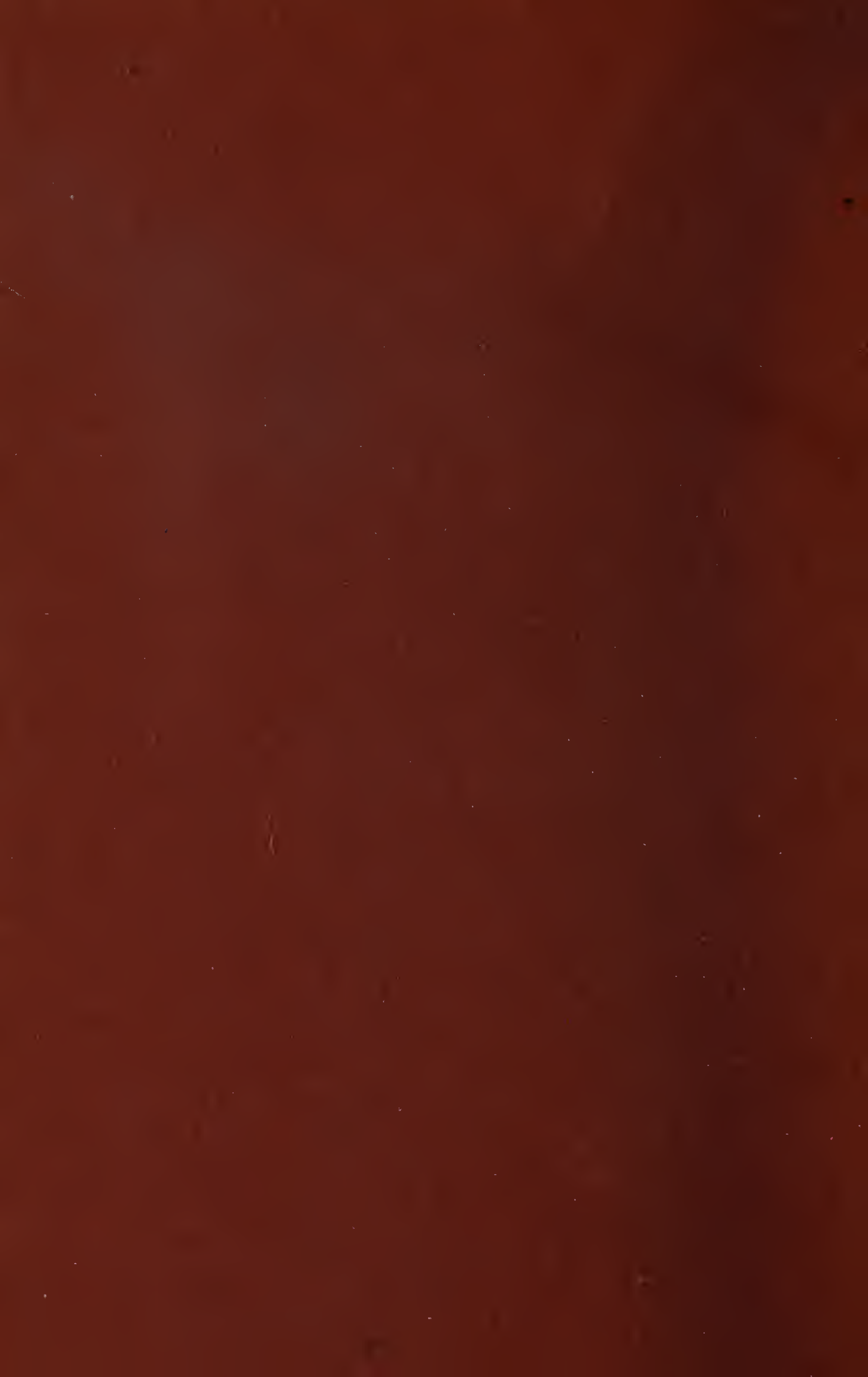
OTTO JÖHLINGER

ZEITUNGSWESEN UND HOCHSCHULSTUDIUM



JENA

VERLAG VON GUSTAV FISCHER



Zeitungswesen
und
Hochschulstudium

Einführung zu den Vorlesungen

über:

„Das Zeitungswesen
in Deutschland und im Ausland“

Von

Dr. Otto Jöhlinger

Leitender Redakteur der volkswirtschaftlichen Abteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“
Dozent der Staatswissenschaften am orientalischen Seminar der Universität Berlin



Jena
Verlag von Gustav Fischer
1919

„Es ist ein Ruhm Deutschlands,
daß seine Presse unabhängig ist“

Dr. Walter Rathenau*)

*) Im „Rudolf Mosse Jubiläumsbuch“.

Vorwort.

Mitte Oktober 1918 machte ich dem Preußischen Kultusministerium den Vorschlag, im Rahmen der Vorlesungen an der Berliner Universität auch das „Zeitungswesen" behandeln zu lassen. Für diese Anregung hatte das Preußische Kultusministerium sofort Interesse, und es legte mir nahe, diese Vorlesungen an dem Orientalischen Seminar der Universität Berlin, an dem ich bereits seit 1912 als Dozent fungiere, zu halten.

Der Direktor des Orientalischen Seminars der Universität, Geh. Oberregierungsrat Prof. Dr. Sachau, zeigte für den Plan volles Verständnis, und auf seinen Antrag hin wurde mir am 18. Januar d. J. von dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung der Auftrag erteilt, Vorlesungen und Übungen über Zeitungswesen zu halten.

Die Vorlesungen wurden durch eine Eröffnungsrede eingeleitet, in der ich einen Überblick über den Studienplan und die zu behandelnden Fragen zu geben versuchte. —

Prof. Eugen Schmalenbach von der Kölner Universität hat einmal in einem sehr inhaltreichen Aufsatz auf die Bedeutung der Presse als Literaturquelle hingewiesen und dabei ausgeführt, daß eine Übersicht über die Presse für Hochschulvorlesungen sehr geeignet sei. Dabei sagte Schmalenbach, daß in eine derartige Übersicht die Kritik des Vortragenden stark hinüberspiele; aber das müsse sie auch, wenn sie für den Hörer von Wert sein soll. Alsdann führt Schmalenbach wörtlich aus:

> „Dieser Umstand bürdet dem Vortragenden eine hohe Verantwortung auf. Es scheint mir, daß eine öffentliche Darstellung der von mir gegebenen Übersichten eine Art Entlastung von dieser Verantwortung bedeutet."

Infolgedessen veröffentlichte Schmalenbach den Teil seiner Vorlesungen, die er über die Presse gehalten hat.

Den Standpunkt Schmalenbachs halte ich für völlig zutreffend. Auch ich bin mir der Verantwortung, die infolge der Vorlesungen über Zeitungswesen auf mir lastet, bewußt, und so veröffentliche ich denn in den nachstehenden Ausführungen — die die Grundlage meiner Eröffnungsrede, die frei vorgetragen wurde, bilden — meine Stellungnahme zu den wichtigsten Streitfragen der Presse......

Die Eröffnungsvorlesung sollte am 15. April stattfinden. Da ich aber als Pressemitglied der Friedensdelegation in Versailles weilte, erfolgte die Eröffnung des Zyklus erst am 26. Mai 1919.

Dr. **Otto Jöhlinger.**

Meine Damen und Herren!

Als ich im Jahre 1910 auf Veranlassung Gustav Schmollers das Buch über „Die Berichterstattung über Welthandelsartikel" von Arthur Norden für „Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft" besprach, da schrieb ich:

> „Kein Gebiet unseres Wirtschaftslebens ist von der Wissenschaft so vernachlässigt worden, wie die Presse und die mit ihr zusammenhängende Berichterstattung. Es ist das um so bemerkenswerter, als doch alle Wissenschaften die Presse in großem Umfange als Material benutzen müssen . . .
>
> Schuld hieran trägt vielleicht die etwas falsche Scham der Journalisten, über ihre eigene Tätigkeit zu sprechen oder zu schreiben[1]."

Seit jener Zeit hat sich nicht viel geändert. Das Zeitungswesen und alles, was damit zusammenhängt, ist auch heute noch im großen und ganzen von der Wissenschaft vernachlässigt, auch heute noch haben die Journalisten wenig dazu beigetragen, um dieses ebenso schwierige wie interessante und wichtige Gebiet der Forschung zugänglich zu machen.

Mit Recht hat Löbl vor Jahren ausgesprochen:

> „Das Zeitungswesen war stets ein Aschenbrödel der Forschung und hat nur wenig Schriftsteller zu locken gewußt. Die entlegensten Rätsel des Kirchenrechts finden ihre Liebhaber; die purpurnen Finsternisse in der Vergangenheit verschollener Völkerschaften werden emsig durchleuchtet; kein volkswirtschaftliches Problem ist zu gering, als daß es nicht strebsame Forscher zu einer wissenschaftlichen Tat anzuregen vermöchte. Und während hier die Suchenden auf abgegraster Heide den letzten dürren Halm sich streitig machen, ist dort unberührte, üppige Weide, blühendes, prangendes Leben, das der Denkarbeit reiche Nahrung böte[2]."

Dies gilt besonders für das weite Gebiet der Volkswirtschaftslehre. Wenn man sich einmal die Titel der volkswirtschaftlichen Arbeiten der letzten zwei Jahrzehnte ansieht, dann wird der Laie staunen, mit welcher Liebe sich diese Wissenschaft der entlegensten Fragen angenommen hat: von der Verfassung der

---

[1]) S. 1397.

[2]) Emil Löbl, S. 1.

Gilden und Zünfte bis zur eingehenden Untersuchung der Handschuhmacherkunst in einem kleinen deutschen Dorfe; aber in das Gebiet des Zeitungswesens haben sich nur ganz wenige Nationalökonomen hineingewagt.

Freilich hat es nicht an Männern gefehlt, die auch auf dem Katheder die Bedeutung der Presse anerkannt haben, nicht an solchen, die Verständnis für die Bedeutung und zugleich für die Schwierigkeiten des Zeitungswesens hatten, aber diese gehören doch zu den größten Seltenheiten. Einer dieser Männer, der selbst aus der Zeitungslaufbahn hervorgegangen ist, der mit zu unseren besten Kennern der Presse gehört und der vor Jahren die Redaktionsstube mit dem Hörsaal vertauscht hat, ist Karl Bücher, der Nationalökonom an der Leipziger Universität und Leiter des dortigen Institutes für Zeitungswesen. Dieser hat einmal die Leistung der Presse treffend anerkannt, wenn er sagt:

> „Jede Nummer eines großen Tageblattes, die heute erscheint, ist ein Wunderwerk der kapitalistisch organisierten volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung und der maschinellen Technik, ein Mittel des geistigen und wirtschaftlichen Verkehrs, in dem sich die Wirkungen aller anderen Verkehrsmittel: der Eisenbahn, der Post, des Telegraphen und des Fernsprechers wie in einem Brennpunkte vereinigen[1])."

Daß sich bei uns — von den Ausnahmen abgesehen — die Wissenschaft so wenig mit dem Zeitungswesen befaßt hat, erklärt sich zu einem großen Teil aus dem Mangel an Achtung, dem die Presse in Deutschland im Gegensatz zum Auslande begegnet. Das ist bei uns nicht erst in der Gegenwart festzustellen, sondern schon früher stand man bei uns der Presse mit Mißtrauen gegenüber. So hat Wilhelm Bauer in seiner sehr inhaltreichen Untersuchung über „Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen"[2]) festgestellt, daß schon im 17. Jahrhundert eine Geringschätzung den Vertreter der Presse trifft, gemischt mit dem Mißtrauen, das sich gegen ihn geltend macht. „Sehr oft sind es die Strafverzeichnisse in den städtischen Ratsprotokollen, die uns allein das Andenken an diese oder jene Welt, an diesen oder jenen Zeitungsschreiber bewahrt haben. Das hängt häufig mit einer Überempfindlichkeit der Behörden zusammen, die in der Zeitung eine Quelle von Indiskretionen und Ärgerlichkeiten erblicken, wohl aber auch mit dem Vorurteil gegen

---

[1]) Karl Bücher, a. a. O., S. 282.

[2]) S. 272.

ein Gewerbe, das von der Neuigkeitenverbreitung sein Dasein fristet." Und im Anschluß daran sagt der Verfasser, daß jeder neue Beruf, der sich in vorhandene gesellschaftliche Verhältnisse hineinzwängt, sich seine Stellung erst erkämpfen muß, und daß beim Journalismus außer seiner sozial exponierten Lage noch sein Verhältnis zur Öffentlichkeit hinzukommt. Denn in der ganzen Sendung seines Gewerbes liegt es, daß alles, was er darin tut, nach außen wirkt.

Die geringe Achtung, die man bei uns dem Zeitungswesen entgegenbringt, findet sich sowohl bei den Gebildeten, als auch in der gesamten Volksmasse, die Bauer wie folgt kennzeichnet[1]):

> „So sind einerseits in der Masse, die stets zu generalisierten Urteilen hinneigt, Strömungen lebendig, die den Journalistenstand in Bausch und Bogen verurteilen. Andererseits fühlen sich gerade oft die Besten und Mächtigsten von ihm abgestoßen. Sie wittern in ihm die Handlungen jener bedrückenden Meinungen, die ihre Individualität zu gefährden droht."

An abschreckenden, oft sogar vernichtenden Urteilen über die Presse aus dem Munde jener Besten und Mächtigsten Deutschlands haben wir leider keinen Mangel. Man braucht nur die Aussprüche führender deutscher Männer zusammenzustellen, und man wäre beinahe geneigt, zu sagen, daß sie fast alle das Zeitungswesen in Grund und Boden verdammen. Schreibt doch Goethe:

> A: „Sage mir, warum Dich keine Zeitung freut?
> B: Ich liebe sie nicht, sie dienet der Zeit."

Aber man muß sich doch hüten, jedes im Unmut hingeworfene Wort eines Großen nun unbedingt als die feststehende Stellung dieses Mannes der Presse gegenüber aufzufassen. Wohl jeder hat einmal, wenn eine Zeitung oder auch nur eine Zeitungsnachricht sein Mißfallen hervorrief, verärgert zürnende Worte über die Presse im allgemeinen oder den Journalistenberuf im besonderen gebraucht. Das hindert aber nicht, daß jeder zu anderer Zeit die Presse zu würdigen und zu benutzen versucht hat. Denn auch für die Presse gilt das Wort des Dichters: „Von der Zunge beides kommt, was da schadet, was da frommt."

Das beste Beispiel hierfür ist zweifellos Bismarck. Am bekanntesten ist das Wort Bismarcks, daß die „Presse sich in Händen von Leuten befindet, die ihren Lebensberuf verfehlt" hätten. Hieran anknüpfend glauben viele nachweisen zu können, daß Bismarck der Presse mit Verachtung oder auch mit

---

[1]) S. 275.

mangelndem Verständnis gegenübergestanden habe, und diese Auffassung könnte bestärkt werden, wenn man eine Reihe von Aussprüchen des ersten Kanzlers über die Presse und öffentliche Meinung zusammenstellt. So hat Bismarck z. B. im Herrenhause am 13. Februar 1869 zum Ausdruck gebracht, „daß wir uns erst allmählich gegen die Autorität des Gedruckten hätten abstumpfen können“, und im Zusammenhang damit findet er sehr abfällige Worte über diejenigen Schriftsteller, die damit beschäftigt sind, Zeitungen durchzulesen und zu sehen, ob sich eine Alarmnachricht findet. „Findet er keine, so hat er sie zu machen und telegraphiert sie als aufregendes Symptom an verschiedene ausländische Blätter“. Auch in anderen Reden, namentlich im Reichstag, hat Bismarck der Presse manches harte Wort gesagt, freilich manches auch berechtigte, so z. B. wenn er Kritik an der „Sensationslust gewisser Blätter“ übt. Er betont, daß unsere Zeitungen „zu sehr dem Sensationellen nachlaufen“, als ob alle Tage so etwas passieren müßte.

„Jede Nummer muß aber möglichst etwas Neues bringen, etwas Bedeutendes, etwas Außerordentliches. So verwöhnen sie das Publikum, das nun solche Dinge erwartet und verlangt von seinen Blättern und die verlangen es dann von ihren Korrespondenten, der kommt dann in eine schlimme Lage[1].“

In einer Rede im Reichstag am 9. Februar 1876 gibt Bismarck der Presse den Rat, sich mehr mit inneren Angelegenheiten zu beschäftigen. Aber er ist gerecht genug, nicht der Presse allein die Schuld in die Schuhe zu schieben, sondern macht auch die Leser mit verantwortlich.

„Die Zeitungen beschäftigen sich für meinen Geschmack nicht hinreichend mit inneren Angelegenheiten, sie sind mit ausländischen überfüllt. Die eigentliche Schuld liegt doch an der wunderbaren Leichtgläubigkeit und an der Sensationsbedürftigkeit der Leser. Namentlich die deutschen Leser mögen ernste, sachlich geschriebene, belehrende Artikel über innere Angelegenheiten, die uns doch zunächst interessieren, nicht lesen. Keiner liest die gern, und schreiben mögen die Redaktionen sie noch weniger gern, das erfordert Anstrengung und Arbeit. Deutsche Zeitungen sollen politische Unterhaltungslektüre sein, die man eben beim Schoppen gelegentlich verrichtet, und von der man eine anregende Unterhaltung, vor allen Dingen etwas Neues weit aus dem Auslande erwartet. Die übertriebene Ausdehnung der ausländischen Artikel und der leichtgläubige Hunger nach fremden diplomatischen Nachrichten entschuldigt die Zeitungsredaktionen, es ist der Fehler des lesenden Publikums. Unsere parlamentarischen Einrichtungen sind noch neu; hoffen wir, daß sie die Wirkung haben, das Interesse der

---

[1]) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, Bd. 1, S. 76.

deutschen Zeitungsleser mehr als bisher den inneren deutschen Angelegenheiten zuzuwenden, daß wir namentlich in Telegrammen nicht mehr damit behelligt werden, was irgendein französischer Deputierter in Carcassonne gesprochen hat, während hier mehr von Interesse wäre, zu hören, was in Breslau oder Königsberg vorgekommen ist."

Daß die vielen Angriffe, die die Presse gegen Bismarck richtete, ihn oft zu einer scharfen Verdammung der Presse hinrissen, ist menschlich begreiflich. So z. B. kommt eine solche Stimmung zum Ausdruck in den Worten, die Bismarck im Reichstag am 8. Januar 1885 aussprach:

„Wenn jemand in einem anonym geschriebenen Brief verleumdet, so hält man das im allgemeinen für eine ehrlose Beschäftigung; wenn jemand aber in gedruckten Blättern verleumdet, ebenso anonym, so ist es „Freiheit der Presse", für die einzutreten ist gegen jedermann, der sich gegen diese Verleumdungen wehren will!"

Früher hatte sich Bismarck auch einmal — es war im Vereinigten Landtag 1849 — über die Preßfreiheit sehr abfällig geäußert:

„Die ungezügelte Preßfreiheit und das Versammlungsrecht ohne Kontrolle sind antizipierte Bruchstücke eines zukünftigen Rechtszustandes, Bruchstücke, welche, wo ihnen die Ergänzung durch Repressionsgesetze fehlt, jede Regierung zu einem fortwährenden Kriegsfuß gegen den Aufruhr nötigen."

Aus den Äußerungen, die Bismarck gegen die Presse getan hat, erwähnt man u. a. seinen Standpunkt gegen die Aufhebung des Zeitungsstempels, wobei er betonte, daß die Zeitungen gegenwärtig kein Bildungs-, sondern ein „Verbildungsmittel" seien, das keine Begünstigung verdiene. Später hat sich Bismarck ebenfalls gegen die Abschaffung des Zeitungsstempels ausgesprochen mit der Begründung, daß unter der Herrschaft dieser Besteuerung ein gewisses Kapital „und mit dem Kapital ein gewisses Maß von Bildung erforderlich war, um eine Zeitung ins Leben zu rufen" — eine Auffassung, über die wir im Laufe unserer Vorlesung noch mehrfach sprechen müssen.

Freilich fehlt es auch nicht an anerkennenden Worten über die Presse. Sie fielen dann, wenn Bismarck nicht gerade durch Angriffe der Presse gereizt war. Er sagte zwar selbst einmal: „Was die Zeitungen über mich schreiben, das ist Staub, den ich mit der Bürste abwische, das ist mir gleichgültig." Aber Poschinger erwähnt in seinen Tischgesprächen doch zwei recht charakteristische Aussprüche Bismarcks:

„Ich ließ heute drei Diplomaten, von denen einer Botschafter war, abweisen, dagegen empfing ich fünf Journalisten. Ich

erfuhr mehr von ihnen, als ich von den anderen erfahren hätte, die alle mehr oder weniger Lehrlinge von Machiavelli oder Talleyrand sind . . . . .

Ich kann aus einem tüchtigen Redakteur leichter einen Staatssekretär des Äußern und Innern machen — bitte, denken Sie nur an Lothar Bucher — als aus einem Dutzend Geheimräte einen gewandten, leitenden Redakteur."

Auch eine andere Äußerung, die Poschinger wiedergibt, gehört hierher:

„Ich gebe Ihnen gleich einen Leiterwagen voll von diesen Geheimräten, Juristen, Theologen oder auch Philologen mit lauter ersten Noten in die Lehre, und Sie können aus ihnen nicht viel mehr als einen Schneider machen, der mit der Schere irgendein geistloses Lokalblatt zusammenstellt. Das Zeug zum Redakteur, der selber denkt, schafft und schreibt mit Schwung und Kraft muß man auch mitbringen. Die Übung und Erfahrung bessert und feilt auch allerdings viel aus, und selbst das Einsperren gehört zur politischen Erziehung."

Wenn man die Aussprüche Bismarcks über die Presse, die sich erheblich vermehren lassen, durchliest, so könnte man leicht zu einer falschen Auffassung kommen. Zwar hat Bismarck über die Presse zuweilen — und das in kräftigen Ausdrücken — geschimpft; aber er betrachtete sie trotzdem als ein Instrument, dessen Bedeutung er richtig einschätzte. Hierfür haben wir einen wertvollen Kronzeugen in der Person Moritz Buschs, der uns in seinen „Tagebuchblättern" ungemein reichhaltiges Material hinterlassen hat. Busch wurde von Bismarck beauftragt, den Verkehr mit der Presse wahrzunehmen, nachdem er vorher die „Grenzboten" redigiert hatte. Bei seiner Anstellung sagte ihm Bismarck:

„Ich habe die Absicht, Sie sollen nach meinen Angaben und Intentionen — denn selber kann ich doch keine Leitartikel schreiben — Aufsätze und Korrespondenzen machen für die Zeitungen und andere dazu veranlassen[1])."

In der Folgezeit erhielt nun Busch ständig Aufträge, und ihre Wiedergabe in den „Tagebuchblättern" zeigt uns in interessanter Weise, wie Bismarck es verstanden hat, die Presse in den Dienst seiner Politik zu stellen. Die Blätter, denen fertige Aufsätze zugingen, waren damals die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die „Spenersche Zeitung", sowie die „Neue Preußische Zeitung". Oft wurden auch Korrespondenzen angefertigt für die „Kölnische Zeitung", die die Gedanken des Kanzlers wiedergaben.

---

1) Bd. I, S. 3.

Daneben wurde eine ganze Reihe von Zeitungen direkt oder indirekt beeinflußt, so die „Magdeburgische Zeitung", die „Augsburger Allgemeine Zeitung" usw. Mit Recht sagt Busch, sein Tagebuch zeige, „daß der Staatsmann, dem ich zu dienen die Ehre hatte, auch das Handwerk des Journalisten aus dem Grunde verstand." Und in der Tat; man staunt, wie geschickt Bismarck Instruktionen erteilte. Je nach der Wichtigkeit der Nachrichten und je nach der Wirkung, die sie erzielen sollte, gab Bismarck an, für welche Zeitung sie zu verwenden war. Einmal trägt die Anweisung den Vermerk, „der Graf will, daß Nachstehendes in süddeutschen Blättern gebracht wird." Das nächste Mal soll die Notiz zuerst in der „Kölnischen Zeitung" erscheinen; dann soll in süddeutschen Blättern darauf hingewiesen werden. Einmal finden wir die Bemerkung, „ich bitte Sie, dieses Thema immer und immer wieder zu wiederholen. Dann müssen in der „Spenerschen Zeitung" und anderen uns zugänglichen Blättern diese Artikel abgedruckt werden[1]."

Interessant ist, wie Bismarck auch fingierte Artikel — deren Zulässigkeit ja heute die Presse mit Recht allgemein ablehnt — veranlaßt! So z. B. bestellte er einen Artikel für die „Kölnische Zeitung", zu dem er die Grundgedanken angibt und von dem er verlangt, daß er aus Paris datiert werden sollte! Als Busch ihm den Entwurf vorlegte, sagte er: „Der Aufsatz ist logisch und inhaltlich gut, aber so konsequent und geregelt denkt kein Franzose, der den Brief doch geschrieben haben soll. Da muß mehr Causerie drin sein, abspringend von einem zum anderen. Sie müssen sich dabei ganz auf den französischen Standpunkt stellen. Ein liberaler Pariser schreibt ihn und spricht über die Stellung seiner Partei zu der deutschen Frage und bedient sich dabei der gewöhnlichen Form solcher Betrachtungen." Zuletzt diktierte er mehr als die Hälfte dieses Artikels selbst, wobei er schilderte, wie man in Paris alles beobachte!

Wenn ein Aufsatz in einer Zeitung das Mißfallen des Kanzlers hervorrief, dann veranlaßte Bismarck eine Widerlegung, wobei gleichzeitig meist angegeben wurde, wo die Widerlegung erscheinen sollte und welche Form ihr zu geben sei.

Ein Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" bestimmte Bismarck eine „römische Korrespondenz" für die „Kölnische

---

[1]) Busch, Bd. I, S. 9.

Zeitung“ zu fingieren. Zuweilen legte der Kanzler direkt Wert darauf, daß seine Aufsätze in Zeitungen erschienen, die der Regierung fern standen, um den Ursprung zu verwischen.

Bemerkenswert ist eine Anweisung über die Zeitungsausschnitte für den König. Hier verlangt Bismarck, sie sollten besser gesichtet und geordnet werden. Es soll das getrennt von dem aufgeklebt werden, was sich eignet und was sich für den König nicht eignet. „Wenn der so etwas sieht schwarz auf weiß, glaubt er, es ist wahr. Der kennt ja den Charakter des Blattes nicht“ . . . . .[1]).

Zuweilen werden auch Anregungen gegeben, welche Haltung die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in bestimmten Fragen einnehmen soll. Namentlich gibt Bismarck viele Winke in den kritischen Monaten des Jahres 1871. So insbesondere ist eine Anweisung interessant: „Auf die Redaktionen, die ja durch die Börse eingeschüchtert sind“, würde möglichst persönlich einzuwirken sein durch die Vorstellung, daß, „wenn die deutsche Presse nicht dem Skandal der französischen Ansprüche begegnet, die Franzosen immer unverschämter werden und auch in anderen Fragen, die Deutschland näher angehen, unerträgliche Ansprüche machen würden. Eine feste kühne Haltung mit etwas Spott über die erhitzten Herren, die jemand umbringen möchten und nicht wissen, wen, wäre die geeignete, um dem Skandal bald ein Ende zu machen und ernstliche Komplikationen zu verhüten“.

Am 8. Juli verlangt Bismarck, daß die Presse eine grobe Sprache führen solle. Am nächsten Tage wird bemerkt, diese Aufforderung solle für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ keine Geltung haben!

Die spanische Thronfolgerfrage bietet Bismarck Veranlassung, Leitartikel anzuregen mit folgender Anweisung: „Nicht in offiziösen Blättern, aber in der „Kölnischen Zeitung“ oder „Spenerschen Zeitung“ und abgekürzt für das Literarische Büro Hahns[2]).

Am 13. Juli 1870, also kurz vor dem Ausbruch des Krieges, gab Bismarck eine Reihe von Anweisungen für einzelne Blätter, und er verlangt, daß in der nichtoffiziösen Presse etwas gegen Württemberg geschrieben wird, da es sich zunächst ausweichend wegen einer Teilnahme am Kriege ausgesprochen habe. Am nächsten Tage aber läßt er schon in amtlichen Blättern auf die

---

[1]) Busch, S. 23.

[2]) S. 36.

loyale Haltung Württembergs hinweisen, „die infolge eines Mißverständnisses einiger Blätter als ausweichend bezeichnet worden sei". Hier hatte anscheinend Bismarck mit seiner Zeitungsnotiz den gewünschten Erfolg gehabt.

Zuweilen schrieb Bismarck sogar direkt die einzelnen Ausdrücke vor. So z. B. sollte Bucher schreiben, wie Frankreich überall um Hilfe bettele. Er betonte ausdrücklich: „Brauchen Sie den Ausdruck „betteln".

Am 23. Juli will der Kanzler, daß die Namen der bayerischen Abgeordneten, die für die Neutralität gestimmt haben, mit Angabe ihrer bürgerlichen Stellung in die Presse gebracht werden, zuerst in die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Zuweilen läßt Bismarck auch die Charakteristik seiner Gegner an die Presse gehen, so z. B. wird auf Veranlassung des Fürsten eine Kritik der Politik Napoleons und der Franzosen in der „Spenerschen Zeitung" wiedergegeben. In den Grundgedanken werden die Ausführungen wiederholt in der „Magdeburgischen Zeitung" und einer Anzahl anderer Blätter[1]).

Das sind nur einige Beispiele für die Zeit vor Ausbruch des Krieges, die beweisen, wie Bismarck die Presse richtig einzuschätzen wußte und vor allem, wie er es glänzend verstand, sie seinem Zwecke dienstbar zu machen. Daraus geht wohl deutlich genug hervor, daß Bismarck der Presse keineswegs mit Geringschätzung oder gar mit Verachtung gegenüberstand, wie man gemeinhin annimmt.

Von ungeheuerem Werte für die Beurteilung Bismarcks ist für uns das Werk eines Journalisten, des früheren leitenden, politischen Redakteurs der „Hamburger Nachrichten", Hermann Hofmann. Hier wird uns Bismarck geschildert, wie er nach seinem Rücktritt arbeitet. Namentlich zeichnet sich das Buch dadurch aus, daß es die wichtigsten Aufsätze, die auf Veranlassung Bismarcks veröffentlicht wurden, zusammenstellt. In der Hauptsache bediente sich Bismarck, wie bekannt, damals der „Hamburger Nachrichten", daneben aber auch noch des „Schwäbischen Merkur", der „Badischen Landeszeitung", der „Neuen Freien Presse", der „Leipziger Neuesten Nachrichten", „Schlesischen Zeitung", „Täglichen Rundschau", „Dresdner Nachrichten", des „Hannoverschen Kurier" und der „Braunschweigischen Landeszeitung".

Der Verleger der „Hamburger Nachrichten", Dr. jur. Emil

[1]) S. 51.

Hartmeyer, hatte kurz nach dem Rücktritt Bismarcks dem Fürsten das gesamte weiße Papier der „Hamburger Nachrichten“ zur Verfügung gestellt, was für Bismarck um so wertvoller war, als sich, wie Hofmann schreibt, „damals in der ganzen deutschen Presse zunächst kein anderes Blatt fand, das seine Spalten dem in Ungnade Gefallenen geöffnet hätte.“ Hofmanns Werk ist nicht nur für den Historiker und Politiker, sondern auch für den, der sich mit dem Zeitungswesen in Deutschland beschäftigt, eine wertvolle Fundgrube. Auch hier ersieht man wieder, wie Bismarck die Presse richtig zu werten verstand. Von Friedrichsruh aus übte der Fürst Kritik, oft in sehr scharfer Form, an den Handlungen der Regierung, „da der Fürst amtlich nicht um Rat befragt wurde, so blieb ihm nichts anderes übrig, als zu schweigen und die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen, selbst wenn sie ihm schwere Besorgnisse einflößten, oder seinen Rat auf andere Weise zu erteilen, d. h. Kritik an der Regierungspolitik zu üben.“ Dies geschah, abgesehen von seinen öffentlichen Reden, in den „Hamburger Nachrichten“.

Scharf wurde der Ton Bismarcks in den „Hamburger Nachrichten“ von dem Augenblick an, als jener Brief von Berlin nach Wien ging, dessen Zweck es war, den ehemaligen Kanzler, der zur Hochzeit seines Sohnes nach Wien gefahren war, gesellschaftlich zu boykottieren. Da brach Bismarck in die Worte aus:

> „Nun habe ich gar keine persönlichen Verpflichtungen mehr gegen die jetzigen Persönlichkeiten und gegen meinen Nachfolger. Alle Brücken sind abgebrochen[1].“

Von da ab kam es direkt zum Kampf in der Presse und hüben und drüben fielen scharfe Worte, die die „Kölnische Zeitung“ zu der bekannten Redewendung veranlaßten, „daß jemand nörgelnd und polternd hinter dem Reichswagen herlaufe.“ Besonders interessant ist der Kampf zwischen den „Hamburger Nachrichten“ und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, wo in einem offiziösen Artikel behauptet wurde, daß „die Erinnerungen des Fürsten bereits anfingen, sich völlig zu verwirren.“ Bismarck antwortete nicht weniger scharf.

Das Buch Hofmanns ist eine lückenlose Sammlung der damaligen ebenso traurigen wie geschichtlich lehrreichen Pressepolemik. Bekannt ist, daß der deutsch-russische Neutralitätsvertrag zuerst in den „Hamburger Nachrichten“ enthüllt wurde.

---

[1]) S. 59.

Mit der Stellung Bismarcks zur Presse werden wir uns in meinen Vorlesungen noch eingehend befassen. Für heute müssen wir uns mit den wenigen Bruchstücken begnügen, die aber bereits ein Schlaglicht auf Bismarcks Standpunkt werfen.

Ich habe mich aber bereits an dieser Stelle etwas ausführlicher mit der „journalistischen" Tätigkeit Bismarcks beschäftigt, weil sie uns die Auffassung eines Mannes in ganz anderem Lichte zeigt, der bisher stets als ein Verächter der Presse und der in ihr tätigen Personen angesehen wurde und von den Gegnern des Zeitungswesens meist als Kronzeuge angeführt wird. . . . .

Ein anderer, der mit Vorliebe als Kronzeuge gegen die Presse — in diesem Falle freilich auch mit Recht — angeführt wird, ist Heinrich von Treitschke. Dieser, selbst ein Meister des Stils, mit einer ausgesprochenen journalistischen Begabung, hat ungemein scharfe Worte gegen die Presse gefunden. Sie finden sich sowohl in seinen „Bildern aus der deutschen Geschichte", als namentlich auch in seinen Universitätsvorlesungen über „Politik". In diesen Vorlesungen beschäftigt er sich im 5. Kapitel „Regierung und Regierte" mit dem Recht der freien Meinungsäußerung und der Preßfreiheit und führt aus, daß man sich über die Wirksamkeit der Presse keinen Illusionen hingeben sollte. Er sagt dann wörtlich:

> „Besonders die Tagespresse, welche ein gereiftes und ernstes Nachdenken ihrer Arbeiten nicht vertragen kann, die also leichtfertig ist und sein muß, schafft nichts Neues — wo sollen solche Leute neue Gedanken hernehmen? Aber Sie bringen es an den Tag. Sie bringt Leidenschaften zutage, die schon vorhanden sind im Volke und kann solche vorhandenen Ideen und Empfindungen dermaßen steigern, daß sie zuweilen sogar eine schreckhafte Macht gewinnt. Indem sie diese Interessen vertritt mit dem ganzen Lärm des schamlos gedruckten Wortes, wird sie zu einer öffentlichen Macht im Staate."

Treitschke streift die „entsetzliche Unsitte der Anonymität", eine sittliche Korruption, deren Folgen man nicht stark genug schildern könne. Die freie Presse sei nicht die hohe Schule des Bürgerurteils geworden, sondern im Gegenteil eine „Schule der moralischen Feigheit". Es bezeichnet die Anonymität als eine moralische Pest. „Man dürfe sich an ein Tollhaus erinnern, wenn man mit ansehen muß, daß Menschen, die sich selbst verstellen, den Beruf haben sollen, alles Verborgene ans Licht zu ziehen." Es sei gar nicht auszusagen, in welchem Maße das die öffentliche Meinung korrumpiert habe. Alsdann ergeht sich Treitschke in einer vernichtenden Kritik des 19. Jahrhunderts, das er ein „Börsenzeitalter" nennt und meint, daß der heutige

Mensch „ohne diesen Schmutz nicht mehr leben kann, daß das bestehende Zeitungswesen notwendig scheint wie das liebe Brot."

Treitschke spricht dem Staate das Recht zu, die Ausschreitungen des freien Wortes zu hemmen; aber die Zensur lehnt er ab mit der einzigen Begründung, daß sie — eine päpstliche Erfindung sei. Ebenso verwirft Treitschke die anderen Präventivmaßregeln, wie Kautionen, die dem Staate zu stellen sind; denn die schlechtesten Blätter seien gerade die reichsten. Ihr tief eingewurzelter Schaden sei die Verbindung mit dem Inseratenwesen, trotzdem doch gar kein Zusammenhang zwischen Geschäftsanzeigen und Politik bestehe. Treitschke erwähnt hierbei, daß dem Staate früher ein Monopol des Inseratenwesens zugestanden habe; der preußische Staat habe aber sein Regal verjähren lassen, und daher sei die Verbindung zwischen Inseratenwesen und politischer Parteiwelt so innig geworden, daß man gar nicht mehr sehe, wie hier Abhilfe geschaffen werden könne. Bei den Inseraten ständen aber gerade die sittlich verworfensten und ehrlosesten Blätter sich materiell am besten, daher gebe es denn brave Leute genug unter den Zeitungslesern, die ihr Blatt verachten und die doch gezwungen sind, es zu halten!

Ferner erwähnt Treitschke den Vorschlag, ein Examen für Journalisten einzuführen; er verwirft jedoch diesen Plan, indem er ein englisches Wort zitiert: „Die Deutschen sind ein wunderliches Volk, die eine Hälfte ist immer damit beschäftigt, die andere zu prüfen". Von einem Examen für Journalisten will Treitschke nichts wissen; denn es sei verkehrt, Tugend mit Intelligenz zu verwechseln. Im Anschluß daran sagt er wörtlich:

> „Unter unseren Journalisten gibt es sehr tüchtige und ehrenhafte Männer, die man nur hochschätzen kann, weil sie sich in einer solchen Atmosphäre so rein erhalten haben. Die Mehrzahl aber besteht aus katilinarischen Existenzen, wie Bismarck sagt, aus Leuten, die sonst im Leben nicht fortgekommen sind."

Durch ein Examen aber würden nach Ansicht Treitschkes gerade die allerschlimmsten nicht ausgeschlossen sein; denn ihnen mangele es nicht an der nötigen Intelligenz. So kommt denn Treitschke zu dem Schluß, daß es einer schlechten Presse gegenüber nur das eine Mittel gibt: daß das Publikum lernt, die Verhältnisse nach ihrem sittlichen Wert zu betrachten und eine solche Presse mit der Verachtung anzusehen, die sie verdient.

Im weiteren Verlauf tritt Treitschke für den Zeugniszwang gegenüber der Presse ein; aber er gibt zu, daß auch hiermit noch nicht die Sicherheit geschaffen ist, die notwendig ist. Die Preßfreiheit habe nicht den Segen gebracht, den die Enthusiasten erhofft hatten.

Die Wirkungen der Presse auf die Allgemeinheit werden von Treitschke geradezu vernichtend beurteilt. Er spricht von dem unsichtbaren, verwüstenden Einfluß auf unsere individuelle Bildung. „In welchem Maße die Presse unsere Gesellschaft verödet und geistlos gemacht hat, ist gar nicht zu sagen“. . . . .

Soviel über Treitschkes Worte in seiner „Politik“. Im Laufe der Vorlesungen werde ich noch mehrfach Gelegenheit haben, auf andere seiner Äußerungen zurückzukommen. Einen Satz möchte ich an dieser Stelle wiederholen, den Treitschke in der gleichen Vorlesung gesagt hat, in der es sich um die Stellung der Frauen handelt. Da sagt er wörtlich (S. 252):

> „Es ist also eine schändliche moralische Schwäche so vieler wackerer Männer heute, daß sie angesichts der Schwärmereien der Zeitungen davon reden, unsere Universitäten der Invasion der Weiber preiszugeben und dadurch ihren ganzen Charakter zu verfälschen. Hier liegt eine unbegreifliche Gedankenschwäche vor. Hermann Grimm hat leider auch mit in das Horn geblasen. Die Universitäten sind doch mehr als bloße Lehranstalten für Wissenschaft; namentlich die kleinen Universitäten bieten eine Kameradschaft, welche in ihrer freien Form für die Charaktererziehung eines jungen Mannes völlig unschätzbar sind. Soll man nun zwei Klassen Studenten haben, eine mit und eine ohne akademische Freiheit? Wir dürfen aber den Frauen keine akademische Freiheit geben. Soll wegen einer Zeitungsphrase das herrliche Institut, unsere Universität, korrumpiert und soll auch den Männern die schöne akademische Freiheit genommen werden. Sie sehen, wie wir hier in den baren Unsinn hineingeraten.“

Goethes Stellung zur Presse sucht Treitschke in seiner „Deutschen Geschichte“ wie folgt zu kennzeichnen:

> „Mit unüberwindlichem Abscheu erfüllte ihn das aufblühende Zeitungswesen; ihm entging nicht, wie verflachend und versandend dies Haschen nach den Tagesneuigkeiten, diese ungesunde Vermischung von ödem Klatsch und politischer Belehrung auf die allgemeine Bildung wirken mußte.“
>
> „Tiefe Verachtung öffentlicher Meinung“ schien ihm der einzige Gewinn aus der belobten Preßfreiheit.

Es kann hier nicht der Ort sein, die Ausführungen Treitschkes kritisch zu behandeln oder gar zu widerlegen. Es wird sich im Laufe der Vorlesungen mehr als einmal die Gelegenheit

ergeben, auf die Stellungnahme dieses Mannes einzugehen. Man muß sich immer vor Augen halten, daß Treitschke nicht nur Universitätslehrer, sondern auch Künstler war. Er hat lange geschwankt, ob er Gelehrter oder Dichter werden sollte! Die künstlerische Natur Treitschkes kommt stets aufs neue zum Durchbruch, oft auf Kosten der gründlichen Untersuchung des Gelehrten. Gustav Schmoller hat daher recht, wenn er in seiner Gedächtnisrede in der Leibnitz-Sitzung der Akademie der Wissenschaften zu Berlin am 2. Juli 1896 von Treitschke sagt:

> „Er liebte und haßte mit elementarer, fast vulkanischer Gewalt, und das hielt er für sein gutes Recht. Er konnte sich keinen edlen Mann denken ohne solchen Haß und ohne solche Liebe[1]."

Schmoller stellt fest, daß seine Art im Widerspruch stand mit der kühlen Untersuchung, mit abwägender Gelehrsamkeit. Seine Urteile lauteten eben absolut generalisierend. Aber Schmoller betont selbst, daß Treitschke der „erste vornehmste Publizist in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts war". —

Zu den scharfen Kritikern der Presse gehört auch Ferdinand Lassalle; wenngleich er, was seine geistige Bedeutung und seine moralischen Eigenschaften anbelangt, von den vorher erwähnten Männern weit entfernt ist, so können seine Ausführungen doch auch an dieser Stelle schon kurz gestreift werden. An mehreren Stellen hat Lassalle scharfe Worte gefunden gegen die Journalistik, so z. B. in seiner Broschüre: „Herr Julian Schmidt, der Literar-Historiker." Hier sagt er:

> „Aber mitten in ihre Reihen hat sich unter denselben Feldzeichen, in derselben Tracht und Gewandung eine Bande unwissender und gedankenloser Buben geworfen, zu jeder bürgerlichen Hantierung zu schlecht, zu ignorant zum Elementarschullehrer, zu unfähig und arbeitsscheu zum Postsekretär und eben deshalb sich berufen glaubend, Literatur und Volksbildung zu betreiben! Diese nur führen gar zu oft das große Wort in Literatur und Politik, in Zeitungen und Journalen, und wie sollten sie es nicht führen?"

Besonders eingehend befaßt sich Lassalle mit der Journalistik in einer Rede, die er in den Versammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu Barmen, Solingen und Düsseldorf gehalten hat. Sie trägt den Namen: „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. Drei Symptome des öffentlichen Geistes[2]."

---

[1]) Schmoller, Charakterbilder, S. 202.

[2]) Chicago 1872.

Diese Rede sollte die große Abrechnung Lassalles mit seinen Gegnern sein. Zunächst führte Lassalle aus, daß eine Bewegung der Bourgeosie ohne Zeitungsorgane ganz und gar unmöglich wäre; „denn der Philister ist gewöhnt, sich seine Meinung von den Zeitungen machen zu lassen. Er schwätzt abends beim Wein wieder, was er früh beim Kaffee gelesen hat, und er kann gar nicht anders." Im Gegensatz zu den Arbeitern. Im Wesen des Arbeiterstandes liege es, „sich von der Herrschaft der Presse emanzipieren zu können". Im Arbeiterstande liege bereits „ein tiefer Klasseninstinkt, welcher ihn selbständig macht gegen alles, was eine elende Presse sagen will, was ihn unabhängig macht von allen Zeitungsschreibern der Welt."

Nachdem er so seinem Hörerkreis einige wohlüberlegte und wirkungsvolle Schmeicheleien gesagt hat, befaßt er sich mit der liberalen Partei und deren Abgeordnetenfeste, um dann wieder auf die Presse zu sprechen zu kommen, die er als „verhängnisvolles Symptom der völligen Auflösung und Fäulnis der Fortschrittspartei" bezeichnet. Er versteigt sich zu der Phrase:

> „Unser Hauptfeind, der Hauptfeind aller gesunden Entwicklung des deutschen Geistes und des deutschen Volkstums, das ist heutzutage die Presse! Die Presse ist in ihrem Entwicklungsstadium, auf welchem sie angelangt, der gefährlichste, der wahre Feind des Volkes, ein um so gefährlicherer, als er verkappt auftritt. Ihre Lügenhaftigkeit, ihre Verkommenheit, ihre Unsittlichkeit werden von nichts anderem überboten, als vielleicht von ihrer Unwissenheit."

Nach diesen Worten ereifert sich Lassalle über die Lügenhaftigkeit der Presse, ohne freilich Beweise hierfür zu bringen. Dann kritisiert er, daß die Presse, als ihre Freiheit geknebelt wurde, statt sich zum Widerstande aufzuschwingen, geschwiegen habe, daß sie aus Furcht, das Kapital der Verleger zu riskieren, den Kampf gegen die Regierung vermieden hätte. Hier, sagt Lassalle, habe die Presse offen eingestanden, daß sie nichts weiter sei als eine industrielle Kapitalsanlage und Geldspekulation.

Nachdem Lassalle sich nun des längeren mit der falschen Taktik der liberalen Presse befaßt hat, die es nicht verstanden habe, in Ehren zu sterben, sucht er den Nachweis ihrer absoluten Unfähigkeit zu erbringen. Namentlich richtet er seinen Zorn gegen die „Berliner Volks-Zeitung", die ihn vorher scharf angegriffen hatte. Hier findet er nur Worte der Entrüstung und meint:

> „Wenn nicht eine totale Umwandlung unserer Presse eintritt, wenn diese Zeitungspest noch 50 Jahre so fortwütet, dann muß unser Volksgeist verderben und zugrunde gerichtet sein bis in seine Tiefen."

Denn der Volksgeist müsse zugrunde gehen, wenn die Zeitungsschreiber ihre stupide Unwissenheit, ihre Gewissenlosigkeit, ihren Eunuchenhaß gegen alles Wahre und Große in Politik, Kunst und Wissenschaft dem Volke einhauchen. Um daher die Frage zu beantworten, wie eine totale Umwandlung der Presse möglich sei, versuchte Lassalle ein Bild von den Ursachen des Verfalls zu geben, und hierbei kommt er auf das Inseratenwesen zu sprechen. Diese Annoncen der Zeitungen, sagt er, seien ein ergiebiges Mittel, um Reichtümer zusammenzuschlagen. Von dem Augenblick an, wo die bezahlten Anzeigen eine immer größere Bedeutung erlangt hätten, sei die Zeitung eine äußerst lukrative Spekulation für einen kapitalbegabten oder auch für einen kapitalhungrigen Verleger geworden. Um viele Anzeigen zu erhalten, hätte man zunächst dafür gesorgt, viele Abonnenten zu bekommen. Es handelte sich daher nicht mehr darum, für eine hohe Idee zu streiten und zu ihr langsam und allmählich das große Publikum hinaufzuheben, sondern umgekehrt, solchen Meinungen zu huldigen, welche der größten Zahl ihrer Käufer genehm seien. Deshalb seien die Zeitungen unter dem Schein, Vorkämpfer für die geistigen Interessen zu sein, „zu schnöden Augendienern der geldbesitzenden Bourgeosie und ihres Geschmacks“ geworden, kurzum ein ganz gemeines Geldgeschäft wie jedes andere auch, nur unter dem heuchlerischen Schein des Kampfes für große Ideen.

„Wenn jemand Geld verdienen will, so mag er Cotton fabrizieren oder Tuche oder auf der Börse spielen. Aber daß man um schnöden Gewinnstes willen alle Brunnen des Volksgeistes vergiftet und dem Volke den geistigen Tod täglich aus tausend Röhren kredenzt — es ist das höchste Verbrechen, das ich fassen kann.“

Bei diesem Satz verzeichnet der Bericht: „Langanhaltendes, sich immer wieder erneuerndes Bravo!“

Endlich geht Lassalle auf das geistige Proletariat ein, das nicht, wie die Proletarier, Zeit und Arbeit, sondern seine Seele verkaufe, das bewirkt hätte, daß alle tüchtigen Elemente, die früher in der Presse tätig waren, sich daraus zurückgezogen hätten. Er verwahrt sich dagegen, daß seine Ausführungen über die Presse aus „persönlicher Erbitterung über die Angriffe“, die er erfahren, entstanden seien; aber Bebel hat recht, wenn er in den „Erinnerungen aus meinem Leben“ schreibt:

„Die liberale Presse war es jetzt auch, die mit einem Wut- und Hohngeschrei über Lassalles Auftreten herfiel, wie es bis dahin wohl unerhört war. Persönliche Verdächtigungen und

Herabsetzungen regneten auf ihn nieder und daß es vorzugsweise konservative Organe, z. B. die „Kreuz-Zeitung" waren, die Lassalle objektiv behandelten, weil ihnen sein Kampf gegen den Liberalismus ungemein gelegen kam, erhöhte den Kredit Lassalles und seiner Anhänger in unseren Augen nicht."

Daß im übrigen Lassalle die Bedeutung der Presse keineswegs unterschätzte, geht aus einem Privatbrief hervor, den Lassalle einstens seinem Verleger Duncker geschrieben hat und den Georg Brandes in seiner Broschüre über Lassalle zum Abdruck bringt[1]). In diesem Briefe erinnert Lassalle den Verleger daran, nunmehr den Zeitungen Rezensions-Exemplare seines neu erschienenen Buches zugehen zu lassen. Er macht auf die Breslauer oder Schlesische Zeitung, die „Kölnische Zeitung", die „Nationalzeitung" u. a. aufmerksam, und er schreibt dann wörtlich:

„Es würde vielmehr sehr nützlich sein, wenn Sie das Buch der Breslauer oder Schlesischen Zeitung mit Bitte um baldigste Rezension zuschicken. Wird nämlich durch eine solche — ganz egal ob günstig oder ungünstig — die Aufmerksamkeit des Publikums dort hinreichend schnell und stark auf das Ding gezogen, so wäre bei der Größe der Stadt und meiner Bekannten darin vielleicht ein sehr starker Absatz zu gewärtigen[1])."

In weiteren Briefen weist er ebenfalls auf die Zeitungsbesprechungen hin, woraus erhellt, welchen Wert Lassalle darauf legte, daß die Presse ihn wenigstens beachtete.

Sicher ist, daß die ungewöhnlich scharfen Angriffe, namentlich der liberalen Presse, Lassalle zu jener maßlosen Kritik veranlaßt haben. Würde ein so krankhaft eitler Mann das gleiche Urteil über die Presse gefällt haben, wenn sie ihn dauernd gefeiert hätte? . . . .

Lassalle gibt selbst einige Winke, wie er sich die Besserung der Presse denkt. Seine erste Forderung ist die absolute Preßfreiheit; „denn nur auf dem Boden wirklicher Freiheit kann sich alles entwickeln". Die zweite Forderung lautet: Aufhebung der Kautionen für Zeitungen; denn diese Kautionen hätten nur die Wirkung, die Zeitungen zu einem Monopol der Kapitalisten zu machen und es dem Volke zu wehren, seinerseits Organe gründen zu können, die seine Überzeugung vertreten. Die dritte Forderung geht auf Abschaffung der Stempelsteuer; denn diese Steuer habe dieselbe Wirkung wie die Kautionen. Außerdem wäre es „stupide", die Zeitungen, insofern sie ja Volkslehrer sein wollen, zu besteuern. „Es ist, als ob man den Schulunterricht oder gar

---

[1]) Brandes, a. a. O., S. 188.

die Predigt der Geistlichen besteuern wolle.“ Aber diese Maßregeln allein würden nach Lassalle noch nicht ausreichen, wenn nicht eine vierte hinzukäme, nämlich: das Anzeigenwesen von der Zeitung zu trennen, da beide miteinander nichts zu tun hätten. In einem sozialdemokratischen Staate müßte ein Gesetz gegeben werden, das jeder Zeitung verbiete, eine Anzeige zu bringen! Die Anzeigen müßten ausschließlich dem vom Staate oder von der Gemeinde herausgegebenen Amtsblatt zugewiesen werden. Von dieser Trennung verspricht sich Lassalle die einzige Rettung. Von da ab würden sich die spekulierenden Kapitalisten von der Presse zurückziehen, „verhungert das stehende Heer der Zeitungsschreiber, existieren nur solche Zeitungen, die, ohne Rücksicht auf Bereicherung die Mission in sich fühlen, für die geistigen Interessen und das Wohl des Volkes zu kämpfen“.

Lassalle sucht auch zu begründen, warum die Anzeigen dem Staate zufallen sollen; denn die Annoncen stellten nur einen öffentlichen Ausrufer dar, und dieser habe stets eine Staatsfunktion. Hier könnte der Staat eine sehr reichliche Steuerquelle finden: die Verstaatlichung des Inseratenwesens sei eine demokratische Forderung ersten Ranges. Lassalle schließt seine Ausführungen mit den pathetischen Worten:

> „Halten Sie fest mit glühender Seele an dem Losungswort, das ich Ihnen entgegenschleudere: Haß und Verachtung, Tod und Untergang der heutigen Presse! Es ist das eine kühne Losung, ausgegeben von einem Manne gegen das tausendarmige Institut der Zeitungen, mit dem schon Könige vergeblich kämpften! Aber so wahr Sie leidenschaftlich und gläubig an meinen Lippen hängen und so wahr meine Seele in edler Begeisterung erzittert, indem sie in die Ihrige überströmt, so wahr durchzuckt mich die Gewißheit: Der Augenblick wird kommen, wo wir den Blitz werfen, der diese Presse in ewige Nacht begräbt.“

Das ist im wesentlichen der Gedankengang der bekannten Rede Lassalles gegen die Presse. Auch auf diesen Inhalt näher einzugehen, wird Aufgabe der einzelnen Vorlesungen sein, die ich später vor Ihnen zu halten die Ehre habe. Namentlich mit der Forderung der Trennung von Inseraten- und Zeitungswesen müssen wir uns eingehend beschäftigen. Wir müssen alle Gründe, die für und wider sprechen, sorgsam gegeneinander abwägen.

Daß ein Mann wie Bebel auch an der Presse kein gutes Haar läßt, ist weiter nicht verwunderlich. In seinem Buch: „Die Frau und der Sozialismus“ kommt er auch auf die Presse zu sprechen, der er manches kräftige Wörtlein sagt, so unter anderen an der Stelle „Kunst und Literatur in der sozialistischen Gesellschaft“.

Nachdem er gezeigt hat, wie in der sozialistischen Gesellschaft sich alles wandelt, wie alsdann die ganze Literatur verändert wird, betont er, daß auch die Belletristik und das Zeitungswesen in dem gleichen Maße wie die Literatur getroffen werden können. Alsdann sagt er wörtlich:

„Etwas geistloseres und oberflächlicheres als der größte Teil unserer Zeitungsliteratur existiert nicht. Sollte nach dem Inhalt unserer Zeitungen der Stand unserer Kulturerrungenschaften und unserer wissenschaftlichen Gesichtspunkte gemessen werden, er käme tief zu stehen. Die Tätigkeit unserer Presse und der Zustand der Dinge wird von Standpunkten aus beurteilt, der vergangenen Jahrhunderten entspricht und durch unsere Wissenschaft längst als unhaltbar nachgewiesen ist. Ein erheblicher Teil unserer Journalisten sind Leute, die, wie ein Bismarck nicht unrichtig sagte: „ihren Beruf verfehlten", deren Bildungsstandpunkt und deren Lohnansprüche aber dem Bourgeosie-Interesse für das Geschäft entsprechen.

Daneben haben diese Zeitungen wie die Mehrzahl der belletristischen Blätter die Aufgabe, in ihrem Annoncenteil die schmutzigste Reklame zu begünstigen; ihr Börsenteil entspricht dem gleichen Interesse auf einem anderen Gebiet. Das materielle Interesse der Unternehmer bestimmt den Inhalt. Die belletristische Literatur ist durchschnittlich genommen nicht viel besser als die Zeitungsliteratur . . ."

Bebel meint nun, daß die Gesellschaft der Zukunft hier gründlich aufräumen würde. Die Wissenschaft, die Wahrheit, die Schönheit, der Meinungskampf um das Beste werde diese Gebiete in Zukunft allein beherrschen. Es hänge nicht mehr von der Gunst des Buchhändlers, sondern von der Beurteilung unpolitischer Sachverständiger ab, daß jeder, der Tüchtiges leistet, Gelegenheit habe, sich zu beteiligen[1]).

Daß Bebel bei seiner Kritik über das Ziel hinausschießt, bei seinen Hoffnungen auf die neue Gesellschaft aber nach der anderen Richtung zu weit geht, braucht wohl nicht besonders gesagt zu werden. —

Zu den Nationalökonomen, die sich eingehender mit dem Zeitungswesen befaßt haben, gehört auch der süddeutsche ehemalige Tübinger Universitätsprofessor und spätere österreichische Minister Albert Schäffle, was sich schon daraus erklärt, daß Schäffle selbst aus der Zeitungslaufbahn hervorgegangen ist. Er ist 10 Jahre lang Redakteur am „Schwäbischen Merkur" gewesen, bevor er die Universitätslaufbahn einschlug. Unter anderem behandelt Schäffle das Zeitungswesen in seinem umfangreichen Werke: „Bau und Leben des sozialen Körpers"[2]). In dem

---

[1]) Bebel, „Die Frau und der Sozialismus", S. 163.

[2]) Tübingen 1875.

Abschnitt: „Die geistige Reaktion der Massen auf die leitenden Kräfte und die passive Seite der Autorität“[1]) kommt Schäffle auf die Öffentlichkeit, auf das Publikum, die öffentliche Meinung und die Tagespresse zu sprechen. Er betont, das Öffentlichkeit, Publikum, öffentliche Meinung und Tagespresse ein zusammengehöriges Ganze bilden. „Was ist die viel erörterte Öffentlichkeit anderes, als die symbolisch durch Wort, Schrift und Druck vermittelte geistige Offenheit sozialer Erkenntnisakte, Wert- und Willensbestimmungen für die Masse des Volkes oder wenigstens für die interessierten besonderen Kreise? Was ist das Publikum anderes, als eine gegen die Organe der sozialen geistigen Tätigkeit offen empfängliche wie reagierende, mitwissende, mitwürdigende und mitwollende soziale Masse? Was ist die öffentliche Meinung, wenn nicht der Ausdruck der Ansichten, Werturteile und Willensneigungen des allgemeinen oder irgendeines speziellen Publikums? Und endlich die Presse — ist sie nicht die eigentliche Leitung für die geistigen Wechselwirkungen zwischen den führenden Organen der sozialen geistigen Tätigkeit und dem Publikum?“

Alsdann geht Schäffle dazu über, die Tätigkeit der Tagespresse zu charakterisieren. Sie umfaßt nach seiner Feststellung alle Seiten der geistigen Betätigung: Beobachtung, Berichterstattung über die beobachteten Tatsachen, logische Verarbeitung, Würdigung, Akte des Lobes und Tadels, Willenskundgebungen und Willensmeinungen, Aufforderungen und Warnungen. Schäffle analysiert das an Hand der Zeitungen und meint, daß man in dem Haupttext und in den Anzeigen Beobachtungen und Tatsachen finde, ferner Schlüsse, Ansichten, Kenntnisse und Wissen. Daneben dient das Blatt als kritisches Organ dem Ausdruck des öffentlichen Gefühls. Es beeinflußt aber auch Kurse und Preise und darüber hinaus den Willen des Publikums durch Agitation. Im Hinblick auf die außerordentliche Vielseitigkeit der Presse erklärt dann Schäffle, daß man der Presse ebensowenig wie der öffentlichen Meinung universellste Bedeutung für alle Gebiete sozialer Geistesbestätigung absprechen könne, ja die Presse sei noch universeller als die öffentliche Meinung.

Schäffle vertritt die Ansicht, die auch von anderer Seite oft ausgesprochen wird, und mit der wir uns an dieser Stelle später noch eingehend beschäftigen müssen, nämlich: daß die Presse nur ein Leitungsorgan sei. Er sagt wörtlich:

---

[1]) S. 442.

„Bei aller glänzenden Begabung vieler dieser Arbeitskräfte erweisen sie sich doch weniger als die eigentlich schöpferischen und leitenden, vielmehr als modifizierende und anpassende Organe der geistigen Reaktion und der Agitation der Volksmasse gegen und durch die Parteien, gegen und durch die leitenden Kräfte jener sozialen Sphäre. Die schöne Kunst und die verschiedenen Wissenschaften fördern die geistigen Barren zutage. Die Tagespresse besorgt mit zum Teil glänzender Formgewandtheit die Ausprägung in allgemein kursierende kleine Münze[1]).“

In eigenartig ähnlichem Sinne hat sich auch Bücher vor einiger Zeit geäußert, wenn er sagt:

„Die aktiven leitenden Elemente, von denen jene Strömungen ausgehen, stehen über, nicht in der Presse. Die Redakteure und Mitarbeiter haben keine selbständige schöpferische und beratende Rolle; sie sind Anpassungsorgane. Auch wo sie sich in der Opposition befinden, leiten sie nur die in den Volksmassen entstehenden Gegenströmungen gegen Maßnahmen der Regierung auf diese zurück. Ihre Tätigkeit ist eine wesentlich formgebende; sie prägt das Metall, welches bei der eigentlich schöpferischen Geistesarbeit in Politik, Wissenschaft, Kunst zutage tritt, in kleine Münze um, um es also zirkulationsfähig zu machen[2]).“

Es zeigt sich hier eine auffallend übereinstimmende Beurteilung der Tätigkeit der Journalisten, die aber, wie gesagt, nicht unwidersprochen bleiben darf. Wir werden uns im Laufe der Vorlesung mit dieser Frage eingehend zu beschäftigen haben, d. h. wo und wann die Presse schöpferisch tätig gewesen ist bzw. sein kann.

Über das Publikum, das hinter den Zeitungen steht, sagt Schäffle: Es sei eine unmeßbare Größe, die sich von Zeit zu Zeit auf die öffentliche Wage begeben müsse. Eine solche Wage sei die Wahl in die Parlamente. Hier biete sich Gelegenheit zu periodisch öffentlichem Ausmaß der sonst unsichtbaren Massenmeinungen[3]).

Die Tätigkeit des Journalismus als Leitungs- und Ausbreitungsbahn der Ideen vergleicht Schäffle mit dem Nervensystem, welche in die Masse der organischen Körper sich unübersehbar leicht verästeln. Hierdurch erst werde der Journalismus ein wirksames Mittel der Massenbeeinflussung und der Rückwirkung des Geistes der Massen andererseits.

Die Presse ist allerdings, so sagt Schäffle, nicht das einzige Gewebe dieser Art. Tribüne, Kanzel, Katheder dienen auch der

---

[1]) S. 457.

[2]) Kultur der Gegenwart, Bd. I, S. 508.

[3]) S. 458.

Fortleitung maßgebender Strömungen in das Publikum. Aber keinem ist die Wirkung so allgemein, trifft sie so regelmäßig und so sicher das bestimmte Publikum wie bei der Presse. Die Presse ist das Hauptorgan der öffentlichen Meinung und der Publizität. Weder Redner, noch Kanzel, noch Katheder erreichen ein so großes Publikum noch so regelmäßig, noch so vielseitig, so faßlich, so packend, so einschmeichelnd.

Nicht unwidersprochen bleiben darf der Satz von Schäffle, „von sehr geringem Einfluß auf die wissenschaftliche Geistesarbeit, sehr wenig fruchtbar an großen neuen Ideen, wird so dennoch die Tagespresse unstreitig die wichtigste Kraft der täglichen geistigen Erregungen und Beschwichtigung des sozialen geistigen Körpers". Von der heutigen Presse kann man jedenfalls nicht mehr sagen, daß sie von geringem Einfluß auf die wissenschaftliche Geistesarbeit sei, im Gegenteil, der Einfluß wird ständig größer werden.

Als die Macherin der öffentlichen Meinung ist die Presse nicht die sechste, sondern die erste Großmacht und daher das Bestreben der Regierungen und anderer maßgebenden Kreise, Zeitungen zu erwerben, und das bewirke, wie Schäffle sagt, die Preßkorruption zum Teil in internationalem Maßstabe.

> „Alle Leitbahnen der öffentlichen Meinung und alle Formen öffentlicher Massenkundgebungen sind in hohem Grade den Gefahren der Korruption und der Fälschung ausgesetzt. Dies gilt ganz besonders für die Tagespresse."

Schäffle sucht das zu belegen, bringt aber selbst keine Beweise für die Preßkorruption bei. Er sagt nur, daß durch die Tagespresse der Weg zum Verständnis und Beifall, zum Tun und Lassen der Volksmassen gehe und daß dieser Weg die unlautersten Bestrebungen am eifrigsten zu besitzen sucht.

> „Das muß beachtet werden, wenn man begreifen will, daß schon mit dem Aufschwung der Presse eine in der Geschichte unerhörte Korruption verbunden ist."

Die Presse unterliege der Versuchung leichter, da der Journalist mit dem Tage denke, fühle und strebe und daher eher der gründlichen Geistesarbeit sich entfremde, um so mehr, als zum journalistischen Handwerk außer einiger Formgewandtheit nur wenig gründliche Bildung erforderlich sei — eine Auffassung, die für die heutige Zeit als gültig nicht mehr anzusehen ist. Schäffle ist aber gerecht genug, nicht zu verallgemeinern. Er sagt: „Man übt nur Gerechtigkeit, wenn man den unbestechlichen und gebildeten

Namen der Presse ein doppeltes Maß der Wertschätzung entgegenbringt“[1]).

Die von Schäffle erwähnten Mißstände im Zeitungswesen sind aber nach seiner Auffassung nicht im Zeitungswesen selbst begründet, sondern in der Organisation der modernen Gesellschaft, die sich in einer allgemeinen Zersetzung befinde:

„Wäre die moderne Gesellschaft nicht in einer allgemeinen Zersetzung begriffen und infolge hiervon einer unnatürlichen mechanischen Zentralisation verfallen, so wäre die heutige Preßkorruption nicht möglich; die korporierten Schichten wären widerstandsfähig. Diese Auflösung und mechanische Zentralisation begünstigt das künstliche Machen einer öffentlichen Meinung durch die Presse in unmeßbarem Maße. Die Zentralgewalten selbst sind fast genötigt, zur Korruption der Presse beizutragen[2]).“

Ein weiterer Grund für die „Presseverderbnis“ liegt nach Schäffle in volkswirtschaftlichen Fehlern der herrschenden sozialen Organisation. Die einflußreiche großstädtische Tagespresse sei zum größten Teil in die Hände des Spekulations-, sogar des Börsen- und Bankkapitals gelangt, eine Feststellung, die für die heutige Zeit nicht mehr gilt. Schäffle sagt, daß die Grundursache der „Presseverderbnis“ auf die Herrschaft eines entarteten Kapitalismus zurückzuführen sei. Allerdings könne das Grundübel schwerlich durch Zentralisation des Annoncenwesens in Staats-Intelligenzblättern gehoben werden, wie Lassalle vorschlug. „Es müßte eine allgemeine volkswirtschaftliche Reform sein, welche den wichtigsten Apparat zur Anregung und Äußerung des Volksgeistes von der Umstrickung durch Spekulationskapital und durch Ausbeutung durch Annoncen freihielte. Reinigt sich die Volkswirtschaft in diesem Punkte, so würden auch die Presse und der Journalistenstand von der Korruption frei. Aber weniger die Schuld des Journalisten, als die Entartung der Volkswirtschaft hat das Übel sehr gesteigert. Das Heilmittel kann unter keinen Umständen in einer staatlichen Zentralisation des Journalismus gesucht werden. Diese wäre selbst ein noch größeres Übel, was wir hier schon nachdrücklich bemerken[3])“.

Schäffles Ausführungen sind nur zu verstehen, wenn man bedenkt, daß sie auf Grund der Beobachtung österreichischer Zustände in der Zeit der Gründerperiode geschrieben wurden, wo in der Tat volkswirtschaftliche Mißstände erster Ordnung

---

[1]) S. 464.

[2]) S. 465.

[3]) S. 466.

nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt festzustellen sind. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß diese Zustände auch auf das Zeitungswesen abfärben mußten[1]).

Für die heutige Zeit gilt eine derartige pessimistische Auffassung des Zeitungswesens nicht mehr, was auch schon am besten daraus hervorgeht, daß die heutigen Nationalökonomen eine andere Stellung der Presse gegenüber einnehmen, als es Schäffle getan hat.

Sind nun in Vorstehendem einige besondere charakteristische Aussprüche großer Männer wiedergegeben worden, die sich mehr ablehnend als zustimmend mit der Presse befaßt haben, so fehlt es andererseits auch nicht an Worten der Anerkennung; aber wie es in der Natur der Sache liegt, sind diese Worte viel spärlicher. Denn es ist eine bekannte Tatsache, daß sich der Mensch meist nur dann äußert, wenn er mit einer Einrichtung unzufrieden ist, daß er aber den Zustand, der ihn zufriedenstellt, als selbstverständlich schweigend hinnimmt.

In objektiver Weise hat sich der bereits erwähnte Altmeister der deutschen Journalistik, Karl Bücher, über die Presse geäußert. Nachdem er schon früher in einer Reihe wissenschaftlicher Arbeiten die Bedeutung der Presse hinreichend gekennzeichnet, hat er neuerdings in einer Broschüre Stellung zu den brennenden Tagesfragen des Zeitungswesens genommen. Der Aufsatz „Krieg und Presse" hat seinerzeit bei Erscheinen in Kreisen der Berufskollegen viel Staub aufgewirbelt. Er hat auch zu mancher Preßfehde Anlaß gegeben, wohl verursacht durch die Bemerkung Büchers: „daß die Presse in diesem Kriege ihre Aufgabe nicht erfüllt habe[2])." Bücher sagt nämlich:

> „Man sollte nun glauben, daß die Presse gerade in solchen Zeiten ein lebhaftes Bewußtsein ihrer Aufgabe betätigen und von dem Gefühl ihrer Verantwortlichkeit durchdrungen sein würde, die ihr gebieten müßte, über dem Kampf der Parteien zu stehen und der Wahrheit und nur der Wahrheit zu dienen, und mäßigend auf die entflammten Volksleidenschaften einzuwirken. Leider bestätigen die Erfahrungen diese Erwartungen nicht. Ein großer Teil der Tagespresse pflegt vielmehr in der leidenschaftlichsten Weise Partei zu ergreifen. Alle Haltung geht ihr verloren und mit einer Art satanischer Freude verschärft und vergiftet sie die Gegensätze, die im Kampf der Waffen aufeinanderstoßen."

---

[1]) Auch Schmoller spricht von dem Einfluß „der trüben Erfahrungen in Österreich in bezug auf Korruption der Presse und des Parlaments" auf Schäffle. (Zur Literaturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaften.)

[2]) Unsere Sache und die Tagespresse. S. 18.

Diese Worte waren für viele das Signal zu einem Angriff gegen Karl Bücher, ein Angriff, zu dem er aber keinen berechtigten Anlaß gegeben hat; denn auf Seite 52 derselben Broschüre sagt Bücher ausdrücklich:

„Man kann und wird gewiß gern zugeben, daß die deutsche Tagespresse, verglichen mit England, Frankreich, Belgien und Rußland, im ganzen sich würdig hält und daß ihre eigenen Leistungen turmhoch emporragen über die des feindlichen Blätterwaldes."

Mehr kann die deutsche Presse von einem so kritischen Geiste wie Karl Bücher, von einem Manne, dessen wissenschaftliches Ansehen so hoch steht, der die Theorie und die Praxis des Zeitungswesens gleichmäßig beherrscht und der an die Frage, ob die Presse ihre Schuldigkeit getan hat, mit der Gründlichkeit eines deutschen Gelehrten herangeht, nicht verlangen. Daß die Presse im allgemeinen während des Krieges, um mit Bücher zu reden, „viele Fensterscheiben eingeschlagen hat", läßt sich nicht bestreiten, und es ist Bücher auch zuzugeben, daß in Deutschland ebenfalls gesündigt worden ist, daß manche Zeitung an Verhetzung unserer Gegner ein reichliches Maß geboten hat. Andererseits kann man nicht gut im Zustand eines Krieges von einer Zeitung erwarten, daß sie immer mäßigend auf die entflammten Volksleidenschaften einwirkt; denn die Zeitung wird von Menschen gemacht, die menschlichen Gefühlen unterliegen. Wer konnte von einem Deutschen im August 1914 verlangen, daß er mäßigend auf seine Leser einwirkte, in dem Augenblick, in dem der Taumel der Begeisterung jeden Einzelnen fortriß? Wilhelm Wundt sagt sehr richtig:

„Daß gebildeten Menschen, die den Dialekt ihrer Heimat längst abgelegt haben, plötzlich in diesen zurückfallen, sobald sie von einem lebhaften Affekt ergriffen werden; denn im Affekt kommt der natürliche Mensch wieder zum Vorschein, den im gewöhnlichen Verkehr die gesellschaftliche Sitte mit einem zur Gewohnheit gewordenen Gewand überkleidet hat. Und ähnlich wie mit dem einzelnen Menschen verhält es sich mit den Nationen. Auch hier schwindet der Zwang im Affekt, und es gebe keinen Affekt, der mächtiger sei als jener, den der Krieg hervorruft. Erst im Kriege bekommt man zu hören, was die Staatsmänner wirklich voneinander denken[1])."

Das Gleiche gilt nun von dem Journalisten, und man kann diesem nicht übelnehmen, wenn er in so erregten Zeiten wie in einem Kriege seine menschlichen Gefühle die Feder diktieren läßt. Aber Bücher gibt selbst zu, daß unsere Gegner weit mehr gesündigt haben als wir, wenn er schreibt:

[1]) Die Nationen und ihre Philosophie, S. 124.

„Dasjenige Volk, welches am meisten in dieser Richtung sündigt und den guten Ruf, dessen seine Presse in vielen Kreisen sich erfreut, aufs Schwerste schändet, ist, fast möchte man sagen natürlich, das englische."

Und von der französischen Presse sagt Bücher treffend:

„Aber die französische Presse gibt der englischen in diesen beiden Dingen nur wenig nach. Der einzige Unterschied zwischen beiden liegt nur darin, daß die englische mit bewußter Bosheit die abscheulichsten Lügen verbreitet, während die französische Presse in eine Art hysterischen Wutzustand verfällt und in diesem alle Haltung und Selbstbeherrschung verliert." ...

Auf zahlreiche andere Äußerungen Büchers wird bereits in der heutigen Rede in anderem Zusammenhange zurückzukommen sein. Außerdem werden wir uns im Laufe der Vorlesungen dauernd mit der sehr bemerkenswerten Stellungnahme Büchers zu den wichtigsten Streitfragen der Presse jeweils beschäftigen müssen. —

Während sich — von wenigen Ausnahmen abgesehen — bisher die Gelehrtenwelt unseres Vaterlandes meist wenig lobenswert über die Presse ausgesprochen haben, so können wir erfreulicherweise in der neuesten Zeit eine Wandlung feststellen. Zum Teil rührt das daher, daß die Presse sich immer mehr verbessert hat, wenngleich sie auch heute noch nicht in jeder Beziehung ihren Höhepunkt erreicht hat. Zum anderen Teil hängt das damit zusammen, daß man den Wert der Presse für die allgemeine Bildung mehr und mehr anerkennt und eingesteht.

Als ein deutliches Zeichen hierfür ist das Ergebnis einer Rundfrage anzusehen, die die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" im Januar 1918 über das Thema: „Universität, Öffentlichkeit und Presse" veranstaltete. Damals wurden Rektoren einer Anzahl deutscher Hochschulen aufgefordert, sich zu dieser Frage zu äußern, und die Antworten ließen alle ein erfreuliches Verständnis für das Wesen der Presse in den Kreisen unserer Hochschullehrer erkennen. Im Hinblick auf die Bedeutung dieser Umfrage für das Problem „Wissenschaft und Presse" seien an dieser Stelle einige der wichtigsten Antworten hier im Auszug wiedergegeben.

Der damalige Rektor der Berliner Universität Prof. Dr. Albrecht Penck führte in Nr. 1 vom 1. Januar 1918 aus, daß sich die deutschen Universitäten über eine Teilnahmlosigkeit der Presse bei uns nicht beklagen können, denn alle großen Tageszeitungen berichteten getreulich über Berufung und Todesfälle von Professoren. Sie halten dadurch ihre Leser auf dem Laufenden über alle Veränderungen, die der Lehrkörper der Universität erleidet. Penck wünscht nicht, daß die Teilnahme der Presse

an den Vorgängen des akademischen Lebens größer wird, als sie gegenwärtig ist, denn es wäre nicht von Vorteil, wenn die Presse Stellung nähme zu den Vorschlägen zur Wiederbesetzung erledigter Professuren. Hier könnte eine größere Teilnahme der Presse unter Umständen schädlich wirken. Dagegen könnte nach Auffassung von Penck umgekehrt die Mitarbeit von Universitätskreisen an der Presse größer werden, als es jetzt der Fall ist. Die Professoren sollten mehr als es bisher der Fall war, für die Presse arbeiten. Dabei betont Penck ausdrücklich, daß es sehr wohl möglich sei, „fachliche Tüchtigkeit mit wahrhaft volkstümlicher Tätigkeit zu verbinden". Hieraus würde durchaus keine Verflachung der Gelehrten erwachsen, sondern im Gegenteil viele Fachleute hätten gelernt, so zu reden und zu schreiben, daß sie leicht verstanden werden können. „Ja, noch mehr: wer vor dem Volke vorgetragen und für das Volk geschrieben hat, hat gelegentlich an sich selbst erfahren, daß dort, wo er nicht verstanden wurde, Lücken in der Beweisführung oder der Erkenntnis vorlagen."

Weiter betont Penck, daß sich die Universität mehr der Pflege der Gegenwartswissenschaft zuwenden solle, und hierbei könne die Presse das Mittel sein, diesem Ruf Geltung zu verschaffen.

Hat nun Penck einerseits mit Recht darauf hingewiesen, daß das Unverständliche der Schreibweise meist am Schreibenden selbst liegt und weniger am Leser, so ist auch noch ein anderes Wort aus seinen Ausführungen ebenfalls beachtenswert; er tritt der Auffassung entgegen, daß die Beschäftigung mit Problemen, die außerhalb des eigenen Forschungsgebietes liegen, „Journalismus" (im üblen Sinne zu verstehen!) sei, wo es sich doch in Wirklichkeit um eine ernste wissenschaftliche Arbeit handelt. In vielen Fällen ist der Gelehrte gezwungen, Fragen des öffentlichen Lebens in der Presse und nicht in der Fachzeitschrift zu behandeln. Deshalb müsse mit der alten Auffassung von dem Unterschiede zwischen Gelehrtenarbeit und Journalismus endgültig gebrochen werden, wobei Penck daran erinnert, daß zwei der bedeutendsten Geographen, Oskar Peschel und Friedrich Ratzel aus dem Dienst der Presse in den der Universität getreten sind.

Der damalige Rektor der Straßburger Universität, Prof. Dr. E. W. Mayer äußerte sich über das Thema „Universität, Öffentlichkeit und Presse" in Nr. 6 vom 4. Januar 1918 dahin, daß die

Beziehungen zwischen Universität und Presse nicht alle Zeit und durchweg erfreulich gewesen seien. Unter Hinweis auf den Standpunkt Treitschkes betonte er, daß auch heute noch eine Abneigung gegen die Presse bei unseren Höchstgebildeten und auch bei unseren Universitäten nicht völlig ausgestorben ist; denn noch immer fehlt es hier und da an einer ausreichenden Würdigung der Fülle von geistiger Kraft, geistiger Schulung und opferwilliger Entsagung, die unserem Zeitungswesen trotz einzelner unerquicklicher Erscheinungen zugrunde liegt. Mindestens sei bisher ein kühles Verhältnis zwischen Universität und Presse festzustellen gewesen, das aber in der Natur der Sache nicht begründet sei und vor allem niemanden gedient habe. Denn für eine gegenseitige Annäherung der beiden sprechen zahlreiche realistische und ideale Motive. Die Hochschulen können der Hilfe der Presse gar nicht entbehren, um das Verständnis für ihre jeweiligen Aufgaben zu wecken und lebendig zu halten, namentlich, wenn man das Auslandstudium in Betracht zieht. Wer aber, so sagt Prof. Mayer, wäre besser geeignet, die nationale, wirtschaftliche, soziale und politische Bedeutung des Auslandstudiums dem Publikum zum Bewußtsein zu bringen, als die Presse?

Auch auf anderen Gebieten haben die Universitäten ein großes Interesse an einem guten Verhältnis zur Presse, namentlich wenn man bedenkt, daß sie nicht nur Lehrstätten sind, sondern auch Akademien, und auch hier wäre die Presse imstande, aufklärend zu wirken.

Darüber hinaus kann die Universität auf die Mitarbeit der Presse gar nicht verzichten, denn die Geschichte, und zwar nicht nur die politische, sondern auch die Kulturgeschichte, soweit sie es mit der neueren Zeit zu tun hat, „vermag ihre Aufgabe nicht zu erfüllen, ohne die Presse als Forschungsquelle mit zu Rate zu ziehen. Die Presse ist ein Universalspiegel des Zeitgeistes“. Wenn die Geschichte nicht dauernd im Rahmen der einseitig vornehmen Betrachtungsweise Rankes verharren wolle, wenn sie auch das Bewußtsein der Massen zur Darstellung bringen wolle, so werde sie — das betonte Prof. Mayer besonders — notwendig ihre Aufmerksamkeit der Zeitung widmen müssen. Denn die Zeit seit 1848 sei ohne sorgfältiges Studium der Presse weder in Deutschland noch in Frankreich darzustellen.

Ganz besonders wichtig sei aber die Tatsache, daß die Universitäten nicht nur Pflegestätten der Wissenschaften, sondern auch der Ideale sind. Sie wollen Berater und Leiter des Volkes sein.

Denselben Anspruch erhebt aber auch die Presse, und sie hat ihn tatsächlich durchgesetzt. Sie gestaltet mit den Geist der Zeiten und übt auf ihn den denkbar größten Einfluß aus. Man mag es beklagen oder sich darüber freuen, man kann es nicht bestreiten, daß sie auf die Denkweise und das Verhalten unseres Volkes in stärkerem Maße einwirkt als Kirche und Schule, als Gerichtssaal und Theater. Diese Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, am wenigsten dadurch, daß man sie ignoriert. Deshalb wäre es widersinnig, wenn die beiden Mächte, die jetzt auf ihre Weise Anspruch erheben Berater des Volkes zu sein, ohne Verständnis nebeneinander hergingen. Eine Annäherung zwischen Universität und Presse sei nicht nur ratsam, sondern auch geboten. Will man aber diese Annäherung erzielen, dann muß man an beide Seiten Anforderungen stellen. Von den Gegnern der Presse muß man ein größeres Verständnis verlangen für die Organisation, die Betriebsbedingungen und die Technik der Presse. Denn die Presse wirkt ebenso wie das Theater erzieherisch und weckt edlere Bedürfnisse. Andererseits soll die Presse einen reicheren Gebrauch machen von dem, was die Universitäten zur Erleichterung ihrer Aufgaben zu bieten vermögen.

Wirkl. Geh. Legationsrat Dr. von Buchka äußert sich zu dem gleichen Thema in Nr. 10 vom 6. Januar 1918 dahin, daß in unserem öffentlichen Leben seit 1848 die Presse immer mehr in den Vordergrund getreten sei, und daß sie, wenn auch durch viele Widerstände und oft gegen unverhohlenen Widerwillen, sich eine Großmachtstellung erworben habe, deren Einfluß sich niemand mehr entziehen kann, der irgenwie mit der Öffentlichkeit in Berührung tritt, und der Einfluß der Öffentlichkeit ist auf allen Gebieten unseres Volkslebens immer größer geworden. Er hat unsere Hochschulen nicht unberührt gelassen. Früher bildeten sie eine Welt für sich, die außerhalb der akademischen Kreise wenig gekannt war. Jetzt sind ihre Einrichtungen mehr und mehr Gemeingut geworden, wobei, wie Buchka betont, die Universitäten im allgemeinen das gehabt haben, was man eine „gute Presse" nennt. Die 22 reichsdeutschen Universitäten seien nicht zum wenigsten dank der Unterstützung der Presse Institutionen geworden, die von allen Seiten hochgehalten werden, denen gegenüber der Parteihader schweigt und an deren Blüte das ganze deutsche Volk den wärmsten Anteil nimmt.

Der Einfluß der Presse erstreckt sich auch auf die Förderung der wissenschaftlichen Tätigkeit der einzelnen

akademischen Lehrer, die früher Jahrzehnte brauchten, bis ihre Forschungsergebnisse bekannt wurden. Heute sorgt nicht nur der organisierte Buchhandel für ihre Verbreitung, sondern auch eine weitverzweigte Presse steht zur Verfügung, um die Resultate wissenschaftlicher Arbeit überall bekannt zu geben und der öffentlichen Kritik zu unterbreiten. Die Presse hat sich zu einem unentbehrlichen Bindeglied zwischen dem Hochschullehrer und der Öffentlichkeit entwickelt. Sie schafft den Resonanzboden, den auch der Gelehrte nötig hat, um für seine Ideen zu wirken und für sie Propaganda zu machen. Deshalb haben sich immer mehr Wechselbeziehungen zwischen Universität und Presse herausgebildet, und wenn auch Auswüchse und Mißstände nicht ausgeblieben sind, hat doch die deutsche Presse ihre große und dankbare Aufgabe, die Vermittlung zwischen dem geistigen Leben der Universitäten und dem deutschen Volke zu bilden, voll erfüllt. Buchka sagt ausdrücklich, daß die deutsche Presse sich in diesem weltgeschichtlichen Ringen auf der Höhe der ihr zugefallenen Aufgaben bewährt hat. Sie sei es gewesen, die auf allen ihr zugänglichen Wegen unseren feldgrauen Kriegern draußen bis zur äußersten Front die ihnen unentbehrliche geistige Nahrung zugeführt hat und auch den akademischen Bürgern ein besonders entgegenkommendes Verständnis gezeigt hat. Deshalb hätten sich, so meint Buchka, „während des Krieges die Bande zwischen Universität und Presse noch enger geknüpft, und sie werden auch den Krieg überdauern“.

Der Rektor der Technischen Hochschule in Braunschweig, Prof. Dr. Timerding, betont in Nr. 15 vom 9. Januar 1918 die Bedeutung der Presse vom Standpunkt der Technischen Hochschule aus und meint, es sei einer unserer größten Fehler gewesen, daß wir die Bedeutung der Zeitung als entscheidenden Faktor im Staats- und Kulturleben nicht immer richtig erkannt hätten. Dieser Fehler habe sich auch in der unvollkommenen Fühlung zwischen der wissenschaftlichen Forschung und der Presse zu erkennen gegeben. Bisher habe die Zeitung lediglich die Personalien gebracht, sich weniger aber um den inneren Lehrbetrieb der Hochschulen gekümmert, und selbst über die bedeutendsten wissenschaftlichen Werke hätte nur gelegentlich im „Feuilleton“ eine Anzeige gestanden. Freilich sei nicht jede wissenschaftliche Arbeit zur Mitteilung an weite Kreise geeignet. Aber es sei in jedem wissenschaftlichen Fache so viel Grundsätzliches, dessen Bedeutung auch dem klar gemacht

werden kann, der in dem Fache sonst nicht zu Hause ist und nur ein gewisses Maß von allgemeiner Bildung mit sich bringt. Zweifellos sei die Tageszeitung das geeignete Organ, um die dauernde Fühlung zwischen der Forschung und der Allgemeinheit aufrecht zu erhalten. Sie habe darin eine Kulturmission zu erfüllen, deren volle Bedeutung man ermessen könne, wenn man bedenke, wieviel an der wissenschaftlichen Arbeit doch Fragen betreffe, die das geistige und wirtschaftliche Leben des Volkes innig berühren. Sie sind der tiefsten Teilnahme jedes denkenden Menschen gewiß, wenn sie von berufener Seite dargebracht werden. Gerade Naturwissenschaft und Technik sind geeignet, den Menschen der Gegenwart mit Staunen zu packen. Aber die Zeitungen haben bisher zu wenig auf diesem Gebiet gebracht, und es wäre daher wichtig, wenn die Fortschritte in der Naturerkenntnis und Naturbeherrschung ihren Widerhall in der Presse finden würden.

Vom Standpunkt der Landwirtschaftlichen Hochschulen aus äußerte sich Prof. Dr. Wygodzinski von der Landwirtschaftlichen Akademie Bonn-Poppelsdorf dahin, daß die Presse in verschiedenster Weise die Landwirtschaftlichen Hochschulen unterstütze. Die moderne Presse mit ihrem vorzüglichen Nachrichtenapparat sei für die Zwecke der landwirtschaftlichen Forschung vielfach Quelle; das gelte namentlich für die landwirtschaftliche Betriebslehre und Agrarpolitik, die beide ihr Material besonders im Handelsteil, gelegentlich auch im politischen Teil der Zeitungen finden. Nachrichten über Ernteaussichten und Ernten, Witterung, Preisbildung, Arbeiterlöhne, Wanderungen usw. seien für die landwirtschaftliche Forschung schlechthin unentbehrlich. Das gleiche gelte für die anderen Zweige der an den Landwirtschaftlichen Hochschulen gelehrten Wissenschaften, wie der Tierarzneikunde, der Lehre von der Pflanzenschädlingsbekämpfung, der Fütterungslehre. Daneben dient die Presse aber auch der Landwirtschaftswissenschaft als Mittel, denn diese Wissenschaft hat eminent praktische Zwecke. Durch die Presse wird das Ergebnis der Landwirtschaftswissenschaft in breite Kreise getragen, denn die Vorgänge der Kriegszeit haben gezeigt, daß die städtische Bevölkerung über die Wesensvorgänge der landwirtschaftlichen Produktion nicht in dem Maße unterrichtet ist, wie notwendig. Hierbei hat die Presse die landwirtschaftlichen Lehrer wirkungsvoll ergänzt. In gemeinsamer Arbeit hat sie sich der Aufklärung mit der Landwirtschaftlichen Hochschule unterzogen.

Der Rektor der Universität Leipzig, Geheimrat Prof. Dr. Kittel äußert sich in der Nr. 23 vom 13. Januar dahin, daß die Wissenschaft ihr Leben im Verborgenen führen müßte, wenn ihr nicht die Presse das Sprachrohr darböte, um auch weitere Kreise mit ihren Errungenschaften bekannt zu machen. Die Universitäten müssen darauf rechnen, daß die Presse die hohe Bedeutung der Wissenschaft der breiten Öffentlichkeit vor Augen führt. Kittel stellt das Verlangen, daß auf diesem Gebiete mit der Zeit noch mehr geschieht als bisher, vor allem, daß die Vertretung der wissenschaftlichen Interessen in unseren Universitäten mehr zum Gegenstand der Aufmerksamkeit der Presse gemacht werde. Denn die Zeitung kann nie genug darin tun, die Bedeutung der deutschen Universitäten in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Universität und Presse sind eng miteinander verbunden und aufeinander angewiesen, da die Kreise ihrer Aufgaben sich fortwährend miteinander berühren. Was nun die Universität den Höhergebildeten darbietet, das bietet die Presse in ihrer Weise und mit ihren Mitteln der Gesamtheit dar. Die Presse ist, sofern sie ihre Aufgabe richtig versteht, nichts anderes als die Hochschule für die breite Masse des Volkes. Sie ist die umfassende Bildungsanstalt, der gewaltige Hörsaal für Zehntausende und Hunderttausende. Fragte man die Mehrheit der Leser nach der Aufgabe ihrer Zeitung, so würde die Antwort lauten: sie habe ihre Lesergemeinde auf dem Laufenden zu erhalten, ihr alles Wissenswerte aus allen Gebieten zu vermitteln.

Zunächst haben die Zeitungen die Tagesgeschichte zu schreiben, aber sie dürfen sich nicht darauf beschränken, nur zu berichten, trotzdem auch die Berichterstattung eine wichtige Rolle spielt. Die Hauptaufgabe sei, die Ereignisse im Lichte der Idee zu sehen, d. h. die Presse müsse die Ereignisse in den Dienst der vaterländischen Aufgaben und in den Dienst der Nationalpolitik stellen. Da diese Darstellung je nach der eigenen Auffassung verschieden sei, müßten wir verschiedene Parteien und Blätter verschiedener Richtungen haben. Aber gemeinsam muß ihnen das Vermögen und der Wille sein, die Begebenheiten ins Licht der Idee zu stellen. Die Leiter der Presse müßten in ihrer Weise Staatsmänner sein, wenn auch Staatsmänner ohne Amt. Denn auch solche hat der Staat bitter nötig. Die Presse sei in politischen Dingen der freiwillige Ratgeber der Krone und der Regierungen.

Aber darüber hinaus habe die Presse weitere Aufgaben: Als Volkshochschule im weitesten Sinne des Wortes gibt sie Nachricht über den Stand von Kunst und Wissenschaft, berichtet sie über neue Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur, der bildenden Kunst, der Tonkunst und der darstellenden Künste. Sie versucht unfähige Kräfte fernzuhalten, unzureichende, sich vordrängende Leistungen gebührend zurückzuweisen, fähigen Talenten ihr Recht werden zu lassen. Sie hat die Aufgabe, als Richter zu walten und als Lehrer weiter Kreise den guten Geschmack zu fördern. Nur eindringende literarische, ästhetische, musikalische und kunstgeschichtliche Studien geben der Presse das Recht, solche Ämter zu begehren, deren Verantwortung sie vor der Gesamtheit des Volkes trägt. Endlich hat die Presse den großen Problemen der öffentlichen Moral, der Volksgesundheit und Rassehygiene und der Bevölkerungspolitik ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Aus alledem ergibt sich, daß Universität und Presse miteinander verknüpft sind, daß dieses Verhältnis durch gegenseitiges Geben und Nehmen zum Ausdruck gebracht wird. Das Geben von seiten der Universität durch die Ausbildung der Mitarbeiter, von seiten der Presse durch die Berichterstattung über das Universitätsleben. Auch die Zukunft wird es immer mehr bekunden, daß, je enger der Zusammenhang zwischen Universität und Presse ist, desto größer auch das Feld werden wird, auf dem die Presse der Universität etwas zu geben hat. —

In einem anderen Zusammenhang hat sich in sehr lobender Weise Prof. Eugen Böhm-Bawerk, der Präsident der Akademie der Wissenschaften in Wien in der Jubiläumsnummer der „Neuen Freien Presse" vom 30. August 1914 über die Presse ausgesprochen. Böhm-Bawerk sagt, daß für den Forscher eines Spezialgebiets es heutzutage unmöglich sei, in vielleicht 50 anderen Spezialwissenschaften, die alle fortschreiten und deren jede Erkenntnisse bringen kann, die sowohl für Universalbildung als auch für das eigene Fach von Bedeutung sind, durch gleichmäßige, systematische Studien an der Quelle auch nur halbwegs auf dem Laufenden zu bleiben. Hierzu setze ihn aber die Presse instand, die alles wirklich Bedeutende behandelt. So würde oft für entlegenere Wissensgebiete eine gedrängte Mitteilung des Wesentlichen genügen. Ein Fingerzeig weist auf lohnende Fundgruben hin. Dadurch sammeln sich in den Mappen der Gelehrten bald wertvolle Ausschnitte, bald

Daten und Tatsachen, bald kurze Berichte über neue Entdeckungen und Erfindungen, bald lichtvolle, auch dem Laien verständliche Darstellung des Kerns neuer Theorien. So sei die Presse „eine Fundgrube wertvollen Materials, eine reichhaltige, zuverlässige wirtschaftliche Weltchronik."

Sieht man aus der vorher wiedergegebenen Rundfrage der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", daß sich heute die Wissenschaft der Presse gegenüber zu einem großen Teil anders verhält als früher, so erscheint es doch angezeigt, einmal kurz festzustellen, warum bisher die wissenschaftliche Forschung an einer Untersuchung des Zeitungswesens — das kennen zu lernen für die Wissenschaft nicht weniger wichtig ist als die Erforschung des Zunftwesens im Mittelalter, des Handwerks bei den Negern und dergleichen — meist achtlos vorübergegangen ist. Alsdann ist festzustellen, in welchem Umfange bisher das Zeitungswesen an unseren Universitäten gepflegt wurde.

Die Ursachen hat Karl Bücher treffend wie folgt dargestellt:

> „Die enge Verbindung, welche in Deutschland zwischen wissenschaftlicher Forschung und Universitätsunterricht besteht, hat neben manchen unverkennbaren Lichtseiten doch auch einen großen Nachteil. Dieser besteht darin, daß solche Gebiete des Wissens, welche nicht die Grundlage einer akademischen Laufbahn bilden können, von der Forschung vernachlässigt werden. Unter diesem Schicksal hat auch das Zeitungswesen zu leiden[1])."

In England und Frankreich ist das anders. Dort hat entsprechend der völlig anders gearteten Stellung, die dort die Presse einnimmt, sich auch die Wissenschaft in ganz anderer Weise mit dem Zeitungswesen beschäftigt[2]).

Bisher hat man sich im Rahmen der deutschen Universitäten meist nur auf zwei Gebieten mit dem Zeitungswesen befaßt, nämlich auf dem Gebiet der Jurisprudenz unter dem Gesichtspunkt: welche Stellung der Staat gegenüber der Presse einzunehmen hat. Man hat zuweilen Vorlesungen über Preßrecht

---

[1]) Die Entstehung der Volkswirtschaft, S. 251.

[2]) Eine Zeitungsnotiz der deutschen Presse aus dem Juli 1919 besagte folgendes: Der Senat der Londoner Hochschulen hat auf Veranlassung des englischen Instituts für Journalisten beschlossen, Diplome für Journalistik zu verleihen und zwar sollen die ersten Diplome im Jahre 1921 an diejenigen verteilt werden, die die Abschlußprüfung des jetzt eingerichteten Lehrkursus für Journalisten bestanden haben. Es hat sich in London ein Komitee gebildet, dessen Vorsitzender der Shakespeare-Forscher Sidney Lee ist und dem hervorragende Professoren und Journalisten angehören.

gehalten und darüber hinaus ist im geschichtlichen Unterricht (meist aber ungenügend) auf die Zeitung als ein Ausdrucksmittel der öffentlichen Meinung hingewiesen worden. Daß das nicht reichte, darüber mußte man sich im klaren sein und Bücher hat mit Recht in seinem Buche „Die Entstehung der Volkswirtschaft" darauf hingewiesen, daß eine so komplexe Erscheinung wie das Zeitungswesen sich von sehr verschiedenen Gesichtspunkten aus fruchtbar behandeln läßt: vom politisch-historischen, dem literarisch-historischen, dem bibliothekarischen, dem juristischen und selbst dem philologischen. Aber im Anschluß daran sagt Bücher: „Am nächsten liegt der Gegenstand zweifellos dem Nationalökonomen; denn die Zeitung ist in erster Reihe eine Verkehrseinrichtung, und sie bildet eines der wichtigsten Stützorgane der heutigen Volkswirtschaft."

Aber auch die Nationalökonomie kann sich nur einseitig mit dem Zeitungswesen beschäftigen. Die Zeitungskunde als solche soll sich aber nicht nur auf die wirtschaftliche Seite, die rechtliche und die geschichtliche Entwicklung erstrecken. Sie muß, wenn sie nutzbringend sein will, darüber hinaus die Presse selbst untersuchen, ihre Technik und Arbeitsweise erörtern, ihre Stellung in der Literatur des Landes und darüber hinaus ihre Beziehung zum Leben, ihren Einfluß auf die Kultur und Wirtschaft, wie auf das ganze gesellschaftliche Leben überhaupt. Nur dann, wenn sie diesen Rahmen ausfüllt, kann man von einer „Zeitungswissenschaft" sprechen, vorher aber noch nicht und leider muß man gestehen, daß die Ansätze hierfür sehr gering sind. Es sind nur wenige Bausteine vorhanden, und noch nie ist der Versuch gemacht worden, diese Steine zusammenzufassen zu einem organischen System.

Die Frage, ob überhaupt an den deutschen Universitäten oder Hochschulen Vorlesungen über Zeitungskunde, Zeitungswesen und Zeitungspraxis gehalten werden sollen, ist ganz jungen Datums; wie denn überhaupt die Beschäftigung der Wissenschaft mit Fragen des Pressewesens erst bei uns seit höchstens 20 Jahren festzustellen ist[1]). Früher ist das Zeitungswesen höchst selten Gegenstand des Unterrichts an deutschen Hochschulen gewesen. Die Wissen-

[1]) Prof. Dr. Hans Gerh. Gräf in Weimar erwähnt in einem Aufsatze „Aus dem Stammbuch Johann Georg Ecks in Leipzig" (Zeitschr. f. Bücherfreunde, 1919/20, S. 77), daß Eck (geb. 1745) an der Universität Leipzig seit 1768

schaft hatte zuviel andere Probleme, mit denen sie sich beschäftigte, als daß sie sich einem so schwierigen Gebiet wie der Presse zuwenden konnte, und die Journalistik selbst hat sich mit Spezialfächern beschäftigt, weniger dagegen mit dem Wesen der Zeitung.

In der schon genannten Broschüre „Unsere Sache und die Tagespresse“ befaßt sich Bücher auch kurz mit der akademischen Berufsbildung für Zeitungskunde. Er erwähnt, daß seit einer Reihe von Jahren ehemalige Kollegen, die im praktischen Dienst der Presse ständen, ihn gebeten hätten, Einrichtungen zur Verbesserung der wissenschaftlichen Ausbildung künftiger Journalisten zu treffen, mit dem Hinweis darauf, daß bisher die Ausbildung der Journalisten fast ganz dem Zufall anheimgegeben sei. Das bisherige Studium hätte der Konzentration entbehrt; die Eigenarten des Journalismus müßten bis zu einem gewissen Grade lernbar sein wie die Berichterstattung, das Redigieren und die selbständige literarische Produktion. Überdies könne, so wurde damals ausgeführt, die Bekanntschaft mit Geschichte, Organisation, Technik und Statistik des Zeitungswesens durch Lehraufträge vermittelt werden. Endlich lege das Bedürfnis besserer Zeitausnützung den Gedanken nahe, denjenigen, welche die Journalistik als Lebensberuf erwählen wollen, das unsichere Umhertasten in verschiedenen Wissenschaften zu ersparen und ihr Studium auf solche Wissenschaft zu konzentrieren, welche für den erwählten Beruf wirklich von Bedeutung sei.

Nach langem Bedenken hat sich Bücher denn auch dazu entschlossen, einer besonderen Berufsbildung für Journalisten näher zu treten, nachdem ihm Mittel für Journalisten-Lehreinrichtungen an der Universität Leipzig aus Kreisen der Presse zur Verfügung gestellt wurden. Büchers Plan geht von der Grundauffassung aus, daß die zur wissenschaftlichen Ausbildung von Journalisten gehörigen Fächer an den deutschen Universitäten bereits vertreten sind, und daß es im einzelnen Falle nur auf eine zweckmäßige Verwendung dieser Fächer ankommt, die je nach der einzuschlagenden Studienrichtung verschieden sein kann. Deshalb hat Bücher einen besonderen Studienplan entworfen, der für die drei in Betracht kommenden Richtungen:

Vorlesungen gehalten habe und 1770 nach Gellerts Tode dessen Nachfolger in der Professur für Moral, Politik und Poesie geworden sei. Seit 1780 habe er ein „Zeitungskóllegium“ gehalten! (Vgl. auch Allgem. Deutsche Biographie, V., S. 602.)

politische Presse, Handelspresse und Feuilleton die Fächer angibt, denen die wissenschaftliche Beschäftigung sich besonders zuzuwenden hat. Dieser Lehrplan zeigt folgendes Bild:

A) Für politische Journalistik.

Zu hören sind Vorlesungen aus folgenden Gebieten:

1. Geschichte (alte, mittlere und neuere, unter besonderer Berücksichtigung der neuesten, der Kulturgeschichte, Sozial- und Verfassungsgeschichte, Wirtschaftsgeschichte).
2. Nationalökonomie (allgemeine und spezielle nebst Wirtschaftspolitik), Finanzwissenschaft, Geschichte der Nationalökonomie, Sozialpolitik, speziell Arbeiterfrage, Kolonialwesen.
3. Statistik (Geschichte, Technik und Organisation, Bevölkerungsstatistik und Bevölkerungslehre, Wirtschafts-, Moral-Kulturstatistik).
4. Geographie (besonders politische und Wirtschaftsgeographie).
5. Verwaltungslehre.
6. Politik und allgemeine Staatslehre.
7. Rechtswissenschaftliche Fächer (Völkerrecht, Staats- und Verwaltungsrecht, Preßrecht).

Ergänzend können je nach Neigung hinzutreten: Vorlesungen aus dem Gebiete der Philosophie, Literaturgeschichte, Völkerkunde.

B) Für Handelsjournalistik.

Den Mittelpunkt der Studien hat eine eingehende Beschäftigung mit Nationalökonomie, Statistik und Verwaltungslehre zu bilden. Außer den oben unter 2, 3, 4 und 5 genannten Fächern kommen dabei in Betracht nationalökonomische Spezialvorlesungen wie Agrarwesen und Agrarpolitik, Gewerbepolitik, Handelspolitik, Geld-, Kredit- und Börsenwesen, Verkehrswesen, Versicherungswesen.

Von rechtswissenschaftlichen Vorlesungen sind außer der Allgemeinen Rechtslehre besonders Handels-, Wechsel- und Seerecht, Konkursrecht, Urheberrecht, Versicherungsrecht, Völkerrecht zu hören.

Außerdem wird den Studierenden empfohlen, die handelstechnischen Fächer (Handelsbetriebslehre, Buchführung, kaufmännische Arithmetik), welche an der Handelshochschule

gelesen werden, als Hörer dieser Anstalt sich anzueignen, oder ihr Studium mit der Absolvierung eines vollständigen, durch die kaufmännische Diplomprüfung abzuschließenden Lehrgangs an der Handelshochschule zu beginnen und darauf ein dreisemestriges Universitätsstudium folgen zu lassen.

C) Für die feuilletonistische Richtung.

1. Philosophie, insbesondere Geschichte der Philosophie, Psychologie, Ethik, Ästhetik.
2. Deutsche, französische und englische Literaturgeschichte, Theaterwesen, Musikgeschichte.
3. Germanistische und allgemeine sprachwissenschaftliche Fächer.
4. Kulturgeschichte, Kunstgeschichte, Archäologie.

Für die Studierenden aller drei Richtungen werden darüber hinaus noch besondere Vorlesungen über Geschichte, Organisation und Technik des Zeitungswesens und besondere Übungen vorgesehen, die in einer eigenen Abteilung der Vereinigten staatswissenschaftlichen Seminare der Universität zu Leipzig abgehalten werden. Außerdem besteht zur praktischen Vorbereitung eine Abteilung für Zeitungskunde. Die Übungen zerfallen, wie Bücher mitteilt, in einen Hauptkursus, in welchem die Quellenkunde und die Arbeitsweise der Zeitungen behandelt und Anleitung zu eigenen wissenschaftlichen Untersuchungen gegeben werden und vier Fachkursen, die von Praktikern der Presse geleitet werden. Es kommen folgende Fachkurse in Betracht: Politische Journalistik, Handelsjournalistik, Feuilletonistik und Herstellungstechnik und Kostenberechnung. Zu diesem Lehrplane sagt Bücher[1]):

„Der Gedanke, welcher bei der Einrichtung dieser Kurse maßgebend war, geht dahin, daß bei dem raschen Wechsel der Zeitungstechnik nur Personen, welche aus unmittelbarer, täglicher Erfahrung imstande sind zu schöpfen, beruflich Brauchbares lehren können, während meine weit älteren Beobachtungen, zusammen mit meinen wissenschaftlichen Studien wohl ausreichen können, um den Hauptkursus zweckmäßig auszugestalten. Eine der vornehmsten Aufgaben dieses Kursus wird darin bestehen, die wissenschaftliche Untersuchung des modernen Zeitungswesens zu organisieren und methodisch durchzubilden."

Sehr richtig bemerkt Bücher, daß, soweit die Erziehung eines Journalistenstandes in Frage steht, der in Wissenschaft,

[1]) Seite 68.

Technik und sittlicher Hinsicht seinen großen Aufgaben gewachsen ist, der Weg auf der Grundlage einer Verbesserung des akademischen Berufswesens zu suchen sein wird. Es dürfe kein Zweifel darüber sein, daß manche Lebensumwege durch eine zweckmäßige, direkt auf das Ziel gerichtete Ausbildung sich ersparen lassen und daß der Journalistenberuf heute bedeutsam genug geworden sei, um eigene Veranstaltungen für die akademische Vorbereitung zu rechtfertigen.

Eine weiter sehr treffende Bemerkung macht Bücher über das Ziel seiner Vorlesungen, eine Bemerkung, die für alle Vorlesungszyklen über Zeitungswesen an Hochschulen gelten müßte und die auch ich mir als richtunggebend für den Vorlesungs-Zyklus, den ich vor Ihnen zu halten die Ehre habe, vorschreibe:

> „Hätten die Veranstaltungen nur die eine Wirkung, daß ungeeignete Elemente rechtzeitig den einzuschlagenden Weg als für sie ungangbar erkennen würden, so würde das bereits ein Gewinn sein, daß aber die wirklich Berufenen zu einer soliden, den Forderungen der Praxis angepaßten Berufsvorbereitung Gelegenheit finden, kann ihnen und dem Stande, dem sie später angehören wollen, gewiß nur willkommen sein[1].“

Frühzeitig hat man an der Universität Heidelberg angefangen, der Zeitungskunde Beachtung zu schenken. Prof. Adolf Koch begründete im Jahre 1897 ein journalistisches Seminar an der Universität Heidelberg. Er hielt auch dort regelmäßig Vorlesungen über Zeitungskunde. Speziell hielt er Vorlesungen über „Geschichte, Wesen und Bedeutung der öffentlichen Meinung der Presse und des Journalismus in Deutschland.“ Später hat man diese Vorlesungen ausfallen lassen müssen, da Einwände gegen die Person Prof. Kochs erhoben wurden und Prof. Koch von seinem Lehramt zurücktrat.

Die erste Berufung eines Praktikers ging von der Handelshochschule Köln aus, die stets der Zeitungswissenschaft ein großes Interesse entgegengebracht hat. Dr. Robert Brunhuber, der Wirtschaftspolitiker der „Kölnischen Zeitung“, erhielt den Auftrag, Vorlesungen zu halten über das heutige Zeitungswesen, sowie über „Kultur und Presse“. Der Erfolg, den die Handelshochschule Köln mit diesen Vorlesungen hatte, bewirkte, daß man diese Disziplin immer mehr ausbaute.

Wie der Leiter der Kölner Hochschulen, Geheimrat Eckert, mir vor einiger Zeit mitteilte, planen die Kölner Hochschulen

---

[1]) Seite 70.

eine Ausdehnung der journalistischen Vorlesungen und zwar soll eine ordentliche Professur für Zeitungswesen geschaffen werden.

Über die Kölner Zeitungsvorlesungen hat sich der Studiendirektor der vereinigten Kölner Hochschulen, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Christian Eckert, in sehr lehrreicher Weise in Nr. 77 der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 11. Februar 1918 geäußert. Hierbei wies Eckert darauf hin, daß die Kölner Handelshochschule bereits seit einem Jahrzehnt journalistische Vorlesungen kennt und auch die journalistischen Übungen in ihren Aufgabenkreis gezogen hat. Als Zweck dieser Vorlesungen bezeichnet Eckert: „dem künftigen Kaufmann und den übrigen Hochschulbesuchern ein Bild der vielseitigen und großen Aufgaben auf dem Gebiet des Zeitungswesens zu geben. Sie wollten aber auch zugleich denjenigen, denen später eine journalistische Tätigkeit Lebensmöglichkeiten bieten konnte, eine Einführung in künftiges Schaffen geben, die neben der praktischen Einschulung wichtige Aubildungselemente vermitteln konnte.“

Nach den Mitteilungen Eckerts wurden von den Praktikern der Kölner Presse folgende Themata behandelt: Zeitungswesen, Die Presse im modernen Kultur- und Wirtschaftsleben, Die moderne Reklame, Unterstützung und Behinderung der Presse, Wirtschaftliche Berichterstattung der Tagespresse, Wer hilft in der Geisteswerkstatt der Presse mit, Der Weltkrieg und die Presse, Alldeutschlands gemeinbürgschaftliche Pressetätigkeit im Kriege, Aus der Entwicklung der deutschen Presse, Zwischen den beiden Kriegen, Die Presse in der Gegenwart, ihre Bedeutung und ihre Organisation (eine Einführung in die Zeitungskunde), Seminar für Reklame und Organisationskunde, Das auswärtige Nachrichtenwesen Deutschlands, Der Krieg und die Presse, Die Gliederung der deutschen Presse, besonders der Großpresse nach den Gesichtspunkten ihrer Entwicklung, die Presse als Spiegel der Gegenwart, Presse, Privatwirtschaft und Volkswirtschaft.

Neben den Vorlesungen, die ursprünglich die Redaktion als Hauptfach behandelten, wurden in Köln immer mehr Übungen eingeführt, die die Zeitung als wirtschaftliches Unternehmen betrachten, also vor allem die geschäftliche Propaganda, Reklame usw. So hat man in Köln ein Seminar für Reklame eingerichtet, das beitragen soll zur Vertiefung der Kenntnisse über Reklame und ihrer Notwendigkeit für das Wirtschaftsleben im Innern wie ihre große Bedeutung für den Außenhandel nach dem

Kriege. Gerade die Einrichtung des Seminars für Reklame ha den Wert der Vorlesung an der Kölner Handelshochschule über Zeitungswesen erheblich gesteigert.

Leider hat Köln eine ausgezeichnete Lehrkraft verloren: Dr. Robert Brunhuber[1], von dem bereits die Rede war und dessen Vorlesungen zu hören stets ein besonderer Genuß war, ist aus einer Forschungsreise nach Tibet, wo er den Spuren Sven Hedins in seinem nicht zu stillenden Forschungsdrange folgen wollte, im Innern Chinas vor einigen Jahren ermordet worden. Mit ihm verlor die deutsche Presse eine ihrer edelsten, tüchtigsten und fähigsten Gestalten, einen Mann, der in erheblichem Umfange bestrebt war, die im deutschen Zeitungswesen vorhandenen Schäden zu bessern und das Ansehen der deutschen Journalisten zu heben. Die deutsche Wissenschaft verliert in ihm einen jungen erfolgreichen Lehrer, dessen bisherige Tätigkeit ihm große Aussichten eröffnete. Über den Lebensgang Brunhubers werde ich an dieser Stelle ausführlich zu sprechen Gelegenheit haben, namentlich über seine Stellung zu den jeweiligen Fragen der Presse. So klein die beiden Büchlein, die er geschrieben hat, auch sind, so sind sie doch in der Anlage und in der Form der Darstellung ausgezeichnet geraten, und als erste Einführung kann ich Ihnen, meine Damen und Herren, die Lektüre der beiden Schriften Brunhubers nur empfehlen.

Brunhuber (der am 31. August 1878 geboren und am 5. Januar 1909 ermordet wurde), hat schon in frühen Jahren viel geleistet. Er war nicht nur ein ausgezeichneter Journalist, sondern zugleich einer jener typischen Forschernaturen, die, wenn sie ein Ziel ins Auge gefaßt, es nicht mehr loslassen. Nach einer kurzen Reise nach China und Japan faßte er den Plan, das Innere Tibets kennen zu lernen. Seine Ermordung an der Grenze von China und Burma setzte der Ausführung ein allzu rasches Ende. . . . .

Die hinterlassenen Papiere, insbesondere sein Tagebuch, hat Brunhubers geistvolle Frau, Otto Neitzels Tochter, gesammelt und unter dem Titel: „An Hinterindiens Riesenströmen"

---

[1]) Aus der Feder Brunhubers sind außer den beiden Büchern über Zeitungswesen in der Göschensammlung noch folgende Arbeiten in Buchform erschienen: „Neue Kommunal-Gewerbesteuern" (Eine sozialwirtschaftliche Studie), Jena 1907; „Die Wertzuwachssteuer" (Zur Theorie und Praxis), Jena 1906, sowie „Die heutige Sozialdemokratie", Jena 1906. Vgl. hierzu die Entgegnung von Eduard Bernstein: „Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis. Antwort auf die Artikelserie der Kölnischen Zeitung." München 1905.

(bei Franz Ledermann, Berlin-Friedenau) herausgegeben. Wenn es sich hier auch nur um flüchtige Skizzen und Fragmente handelt, so bietet dieses Buch doch einen wertvollen Einblick in die ganze Psychologie dieses seltenen Mannes. Kein Geringerer als Sven Hedin hat diesem Buch ein Vorwort gewidmet, in dem er schreibt, daß Brunhuber der richtige Mann gewesen sei, um auf der Expedition Großes zu leisten. Er habe Mut und Unternehmungsgeist für seine Aufgabe gehabt.

„Er wußte, daß mehrere Europäer in diesen tief eingeschnittenen Tälern und an den Ufern dieser wilden Ströme von den Eingeborenen ermordet worden waren, und doch ließ er sich nicht davon abhalten, ihren Spuren zu folgen. Er wollte seine ganze Jugendkraft und sein ganzes Können dafür opfern. Nur der Erfolg selbst würde zeigen, wie weit seine Kräfte reichten."

Alsdann schreibt Sven Hedin:

„Er und sein Reisegefährte haben ihr Leben geopfert für die Forschung und die Wissenschaft. Und die Wissenschaft ist bereichert worden mit neuen Beobachtungen in einem Gebiete, aus welchem jede Mitteilung wertvoll und wichtig ist. Reisenden der Zukunft haben die beiden Deutschen auch einen großen Dienst geleistet, indem sie gezeigt haben, wie gefahrvoll es ist, in diese Flußlabyrinthe sich ohne starke Eskorte hineinzuwagen . . . Mit Bewegung liest man diese Zeilen des Ermordeten. Durch sein Buch hat er sich ein Denkmal aufgerichtet, und in seiner Reisebeschreibung tritt er uns lebendig vor die Augen. Er hat anderen neue Wege gebahnt, und wenn einmal die Entdeckungsgeschichten der großen geheimnisvollen Ströme geschrieben werden, wird sein Name immer unter den ersten genannt werden müssen. So hat er nicht nur der Wissenschaft gedient, sondern auch sein großes Vaterland geehrt."

Sven Hedin sagt selbst, daß Brunhuber für die Expedition genügend vorgebildet war. Er habe die geographische Literatur und die Entwicklungsgeschichte in diesen schwierigen und gefährlichen Gegenden vielleicht besser als sonst jemand unter den lebenden Asia-Forschern gekannt.

Was Brunhuber nach Tibet zog, das schildert er selbst in einem Aufsatz, mit dem er sein Tagebuch einleitet:

„So wenig der Verfasser dieser Zeilen die Kühnheit hat, sich in die Reihe der an den genannten erdkundlichen Problemen arbeitenden Geographen und Forscher einzuschließen, so notwendig mußte doch eine großzügigere Darstellung der wissenschaftlichen Sachlage erscheinen, um das Ziel meiner Reise klar zu machen. Ich gedenke über Bhamo in Oberbirma zum Salween und zum Mekong zu gehen, um dort zu versuchen, die Kenntnis dieser Gebiete, Ströme und Völker soweit zu bereichern, als es meine Kräfte erlauben. Nichts weiter! Ich ziehe mit keinen bestimmten Ambitionen aus, sondern nur mit dem festen Willen, soviel zu tun, wie meine Kraft zu erreichen vermag. Wie weit sie reicht, wird der Erfolg selbst zeigen."

Nicht ohne Rührung kann man die Notizen im Tagebuch lesen, das Sehnen nach Strapazen, das Streben nach dem Ziel, und selbst die Warnung vor dem Tode vermögen den kühnen Forscher nicht zu schrecken. Mehr als einmal steigt ihm das Bild des Todes auf, mehr als einmal verweigern die Begleiter den Dienst. Aber immer weiter zieht es Brunhuber. Denn er sagt: „Gilt es doch, soweit es in meinen schwachen Kräften liegt, dieses für die Geographie nicht uninteressante Gebiet in einem Landstrich kartographisch zu erschließen, in dem noch kein Deutscher Forschungsarbeiten ausgeführt hat."

Schließlich trennt er sich von den Trägern und von dem großen Gepäck und wandert mit dem Kölner Landsmann Schmitz zusammen und notiert wie in Todesahnung die Worte:

> „Um uns war uns nicht bange. Aber es war immerhin ein gefährliches Abenteuer, mit nur 2 Mann Begleitung, mit unsicheren Trägern aus den Wildstämmen, mitten hinein in ein Gebirgssystem zu dringen, das noch kein Europäer vorher je betreten hatte und das uns auf neuen Wegen nach Tibets Grenzen führen sollte. — Ein abenteuerlicher Plan. Gewiß! Aber die Lorbeeren des Forschungsreisenden sind ohne dies bischen Lebensverachtung nicht zu pflücken! Denn ist nicht das Leben des Kulturmenschen so schal, weil es ihm mangelt an größeren Spannungsmomenten, an Abenteuern?"

Mit diesen Worten schließen die Tagebücher, die man gerettet hat. Ob es seine letzten Aufzeichnungen waren oder ob das andere verloren ging, ist nicht festzustellen. Am 5. Januar werden die beiden Reisenden von Tibetanern überfallen, beraubt und büßten ihre Kühnheit, den Fuß in bisher unbetretene Gebiete setzen zu wollen, mit dem Leben. . . . .

In Berlin hat man bisher der wissenschaftlichen Behandlung des Zeitungswesens nicht das Interesse entgegengebracht, das sie verdient, und das ist um so eigenartiger, als Berlin als Zentrale des deutschen Zeitungswesens innerhalb der deutschen Presse eine überragende Stelle einnimmt. Das sieht man schon aus der Statistik: So wurden nach der amtlichen Feststellung nach Berlin 75 Millionen Zeitungen eingeführt, aus Berlin dagegen 581 Millionen nach dem Reich versandt. Berlin ist der Sitz des „Vereins Berliner Presse", der angesehensten deutschen Interessenvertretung der Presse. Es ist ferner der Sitz des „Reichsverbandes der deutschen Presse", des „Vereins großstädtischer Zeitungsverleger" und zahlreicher anderer journalistischer Organisationen sowie amtlicher Pressestellen. In keiner

Stadt des Deutschen Reiches wohnen derartig viel Personen, die direkt oder indirekt mit dem Zeitungswesen zu tun haben, wie in Berlin.

Der einzige Ansatz, der bisher gemacht wurde, waren Spezialvorlesungen, die die Handelshochschule Berlin veranstaltete. Im Iahre 1910 erhielt der damalige Chefredakteur der Handelszeitung des „Berliner Tageblattes", Artur Norden, einen Lehrauftrag über „Volkswirtschaft und Presse". Diese Vorlesungen waren regelmäßig sehr stark besucht. Infolge Arbeitsüberlastung legte Norden einige Jahre später die Dozentur nieder. Die Vorlesungen wurden alsdann dem Leiter der Gesellschaft Transocean, Dr. Haas, übertragen, der seit einigen Jahren Vorlesungen über Handelsjournalistik hält. Mit diesen Spezialvorlesungen wird aber dem Bedürfnis weiter Kreise in Berlin keineswegs Rechnung getragen. . . . .

Im Jahre 1900 wurde vom Schweizer Presse-Verein den Universitäten der Schweiz die Anregung gegeben, Journalistik als Lehrfach dem Universitätsstudium einzugliedern. Damals gab die staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Zürich ein Gutachten ab, in dem folgendes betont wurde[1]:

> „Die Fakultät verkenne die große Bedeutung nicht, die der politischen Presse zukomme, und sie begrüße es, wenn für die Vertreter der Presse eine interne Schulung und ausreichende Berufsbildung erstrebt werde; aber das Bildungsbedürfnis der Journalisten sei kein diesem Beruf eigentümliches. Es decke sich vielmehr mit allgemeiner Bildung. Wer die Journalistik zum Berufe wähle, müsse über politische, internationale und wirtschaftliche Tagesfragen in sachverständiger Weise berichten und urteilen können. Die praktische Kenntnis und Fähigkeit, über die der Journalist verfügen müsse, lerne jeder am besten in der Praxis."

Deshalb kam die Fakultät damals zu einem ablehnenden Bescheid bezüglich der journalistischen Professuren, gab aber zu, daß in den allgemeinen Vorlesungen auf das Bedürfnis der journalistischen Betätigung mehr Rücksicht zu nehmen sei, als bisher. 3 Jahre nach Abfassung dieses Gutachtens habilitierte sich an der Universität Zürich der erste Privatdozent für journalistische Fächer und 2 Jahre später erhielt er einen förmlichen Lehrauftrag für „Geschichte und Recht der Presse", sowie für ein journalistisches Seminar. Gleichzeitig wurde in Bern die Habilitation eines journalistischen Privat-Dozenten bewirkt.

Der Standpunkt der Züricher Fakultät wirft die Frage auf:

---

[1]) Vgl. Studien über das Zeitungswesen. Frankfurt 1907.

„Sollen überhaupt Vorlesungen über Zeitungswesen gehalten werden?“

Dazu ist zu bemerken, daß Zeitungskunde bisher, wie schon erwähnt, in anderen Disziplinen überhaupt nicht beachtet wurde. So wurde im historischen Unterricht die Geschichte der Presse, deren Kenntnis zur allgemeinen Bildung gehört und namentlich das politische Verständnis der Studierenden sehr erheblich erweitert, bisher kaum berücksichtigt. Für jeden gebildeten Menschen ist es aber wichtig, z. B. die Rechtsgrundlagen der Presse kennen zu lernen, namentlich die Vorschriften über die Verantwortlichkeit des Redakteurs, über das Berichtigungswesen und dergleichen. Gewiß werden hierüber im Rahmen der juristischen Vorlesungen Vorträge gehalten. Diese werden aber nur von Juristen besucht, während deren Kenntnis für weite Kreise von außerordentlichem Wert sein würde. Ein sehr wesentliches Kapitel ist ferner, die Presse als Quelle wirtschaftlicher Studien kennen zu lernen[1]). Dieser Frage ist die Nationalökonomie bisher nicht genügend nähergetreten. Gerade für Studenten der Staatswissenschaften wäre die Kenntnis von außerordentlichem Nutzen. Auch das Wesen der Kritik kennen zu lernen, dürfte für die Studenten aller Fakultäten von Vorteil sein. Und schließlich ist es unbedingt erforderlich, daß die jungen Akademiker aller Fakultäten in großen Zügen vertraut gemacht werden mit dem Wesen der Presse überhaupt.

Erwägungen dieser Art führen zu der Frage: „Für wen sollen denn überhaupt Vorlesungen über Zeitungswesen gehalten werden?“ Der Laie wird in erster Reihe dabei denken, daß diese Vorlesungen für Journalisten, namentlich für angehende, bestimmt sind. Das ist aber keineswegs der Fall. Gewiß wäre es sehr gut, wenn den jüngeren Redakteuren eine bessere Kenntnis von der Wissenschaft ihres Berufes vermittelt würde; aber es kann nicht Aufgabe der Universität sein, Redakteure auszubilden und besondere „Hochschulen für Journalisten“ sind mit Recht bisher von den Vertretern der Presse abgelehnt worden. Für Journalisten kämen daher die Vorlesungen erst in zweiter Reihe in Betracht. Viel wichtiger sind sie für Studenten und weite Kreise des gebildeten Volkes. Ihr Zweck soll es sein, den Leser mit den notwendigen Wissenschaften und dem technischen Rüstzeug zu versehen, damit er die Zeitung mehr als bisher

---

[1]) Eine Ausnahme machen die Kölner Vorlesungen des ausgezeichneten Handelstechniker Professor Eugen Schmalenbach.

mit Verständnis und Kritik zu lesen versteht. In erster Reihe soll hierbei dem Studenten ein Einblick in die Technik der Presse, in die Organisation und die Bedürfnisse der Presse gegeben werden. Gerade die Technik der Presse, die Aufgaben der Redaktion, die Auswahl des Stoffes, die Heranziehung der Mitarbeiter und dergleichen sind Probleme, die in der Regel dem Akademiker fremde Gebiete sind. Sie kennen zu lernen ist aber um so wichtiger, als die Presse eine immer steigende Bedeutung erfahren wird, und als mamentlich auch an amtlicher Stelle das Bedürfnis nach Sachverständigen des Zeitungswesens immer größer wird. Es hat sich namentlich bei Schaffung des Kriegspresseamtes, bei Handhabung der Zensur und bei Errichtung der zahlreichen amtlichen Pressestellen als Mangel herausgestellt, daß nur wenige zu finden waren, die mit dem Wesen der Presse vertraut waren. So haben in der letzten Zeit zahlreiche Behörden eigene Presse-Dezernate geschaffen, wie z. B. das Reichsamt des Innern, das Reichswirtschaftsamt, das Reichsfinanzministerium, das Reichsarbeitsamt, das Reichsschatzamt, das Kriegsministerium, der Generalstab usw. Es ist anzunehmen, daß in Zukunft die Pressereferate weiter ausgedehnt werden, und da ist es notwendig, daß die in Betracht kommenden Beamten schon vorher eine entsprechende Vorbildung erfahren haben. In der Ausbildung der Beamten bestand aber bisher durch die Vernachlässigung der Beschäftigung mit der Presse eine fühlbare Lücke.

Wichtig ist ferner, daß das kritische Urteil der Presse gegenüber gehoben wird, woran es gerade in Deutschland sehr mangelt. Der Durchschnitts-Deutsche ist gewöhnt, eine Zeitung zu lesen, und sich in vielen Fällen deren Urteil zu eigen zu machen. Dadurch wird die Unabhängigkeit gegenüber Äußerungen der Presse, die in anderen Ländern viel stärker ausgebaut ist als in Deutschland, erheblich beeinträchtigt. Daß hierunter auch die politische Bildung und politische Reife leiden muß, bedarf keiner besonderen Erörterung. Gerade wenn man jetzt die politische Bildung fördern will, muß man dem Wesen der Presse eine erhöhte Beachtung widmen. Darüber hinaus ist es notwendig, daß auch das wirtschaftliche Urteil weiter ausgebildet wird, und hier leistet die Presse unschätzbare Dienste.

Eine sehr wichtige Aufgabe würden Vorlesungen über Zeitungswesen dadurch erfüllen, daß sie der heranwachsenden Jugend Gelegenheit bieten, sich besser als bisher auf die Mitarbeit bei der Presse vorzubereiten. Bisher war es meist so, daß der

junge Akademiker der Presse völlig verständnislos gegenüberstand, keine Ahnung von ihren Bedürfnissen und ihren Erfordernissen hatte. Aber in vielen Fällen mußte er sich der Presse bedienen, sei es, um wissenschaftliche Aufsätze zu publizieren, sei es, um sonst in irgendeiner Weise seinen Gedanken Eingang in die Presse zu verschaffen. Wenn man sieht, wie ahnungslos die „freien Mitarbeiter" der Aufgabe gegenüberstehen, dann muß man unbedingt die Forderung aufstellen, daß hier Wandel geschaffen wird. Es kann sich natürlich nicht um eine systematische Ausbildung zur Mitarbeit an der Presse handeln, wohl aber um Anleitung.

Ein sehr wichtiges Gebiet ist auch die Auslandstätigkeit der deutschen Presse. Bisher sind mit Recht Klagen darüber laut geworden, daß der Auslandsdienst der Presse vielfach nicht den Anforderungen entspricht, die man in dieser Beziehung stellt. Zum Teil liegt das daran, daß nicht die geeigneten Kräfte zur Verfügung standen. Darum ist es gut, wenn die jungen Akademiker, die später ins Ausland gehen, vorher mit dem Wesen der Presse vertraut gemacht werden, damit sie aus dem Ausland zutreffende und belehrende Aufsätze der Presse zur Verfügung stellen können, und dadurch an der politischen Erziehung des deutschen Volkes mitwirken. Deshalb ist gerade auf die Auslandstätigkeit der deutschen Presse ein besonderer Wert zu legen.

Ist nun im Vorstehenden gezeigt worden, daß in erster Reihe Vorlesungen über Zeitungswesen allen Studenten und darüber hinaus weiten Kreisen der gebildeten Bevölkerung zugänglich gemacht werden sollen, so wird daneben Gelegenheit zu bieten sein, angehende Journalisten mit dem Rüstzeug für ihren Beruf zu versehen. Es soll, wie gesagt, nicht die Hauptaufgabe sein, wohl aber soll sich der Dozent auch mit dieser Frage befassen.

Man hatte sich schon früher mit diesem Problem beschäftigt, und behauptet, das Journalistik für Hochschulen keine Disziplin sei. Journalistik sei Talentsache und die notwendige Routine lerne man am besten im Beruf. In gewissem Grade ist dieser Einwand richtig; denn zu einem guten Journalisten gehört vor allem Talent — neben der wissenschaftlichen Ausbildung. Wer nicht die Begabung zum Journalisten hat, kann auch nicht dazu erzogen werden. Aber man kann nicht sagen, daß deshalb, weil Journalismus eine Talentsache ist, er kein Gebiet des Hochschulstudiums werden könne; denn mit Recht betonte

vor einiger Zeit Dr. Wettstein, Privatdozent für Journalistik an der Universität in Zürich[1]):

> „Geht nicht der Maler, auch wenn er das größte Talent besitzt, an eine Maler-Akademie, um sich praktische Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen, der Musiker nicht an ein Konservatorium, und wozu bringt man denn den Pfarrer und Lehramtskandidaten an den Universitäten die Grundzüge der praktischen Seelsorge und Lehrtätigkeit bei? Auch Predigen und Pädagogik sind Talentsachen, und wozu habe man juristische Seminare eingerichtet, wenn nicht um den angehenden Juristen schon an der Hochschule einen richtigen Begriff von der Anwendung ihres Wissens zu geben . . . Darum handelt es sich auch bei der akademischen Journalistik: Die Anstalt, die ihm die theoretische Bildung vermittelt, soll den angehenden Journalisten auch in das Wissen einführen, wie er einmal in der Praxis diese Bildung verwenden muß und wie er sie nicht verwenden darf . . . Wie der Lehrberuf sich zum Teil mit schlecht und recht ausgebildeten Kräften, die kein hervorragendes pädagogisches Talent besitzen, behelfen müsse, so ist auch die Presse darauf angewiesen, neben ausgesprochenen Talenten Leute heranzuziehen, die die angeborene Begabung durch Fleiß, solide Schule und Bildung ersetzen."

Treffend sagt Dr. Wettstein im Anschluß hieran, daß man die vielgestaltige Detailarbeit des Redakteurs einer großen Tageszeitung nicht verwechseln dürfe mit vielgestaltender schriftstellerischer Tätigkeit, die ja in ganz anderer Weise eine Talentsache ist als jene. Auch dürfe man nicht vergessen, wie weit im heutigen Zeitungswesen die Arbeitsteilung bereits eingedrungen ist. Sie zusammen mit der Hast der redaktionellen Arbeit, mache es den meisten Journalisten unmöglich, die journalistischen Anfänger allseitig und gründlich auszubilden. Die angehenden Journalisten hätten gar nicht mehr die Gelegenheit, das ganze Gebiet ihrer künftigen Tätigkeit zu überschauen, und hier soll es Aufgabe der Hochschulen sein, schon vorher den jungen Journalisten vorzubereiten. Journalistische Vorlesungen hätten den Vorteil, so sagt Wettstein, daß viele in den Vorlesungen und Übungen die Schwierigkeiten des Journalismus kennen lernen und dadurch von einer Vorliebe für diesen Beruf, der der Veranlagung nicht entspricht, geheilt werden, andererseits begabte Studenten auf eine günstige Beschäftigungsmöglichkeit aufmerksam mache.

Diese Ausführungen sind durchaus zutreffend. Gewiß kann der Journalismus richtig nur in der Praxis erlernt werden. Das Gleiche gilt aber auch vom Kaufmannsstande, und trotzdem läßt sich nicht bestreiten, daß die Handelshochschulen eine sehr fruchtbringende Tätigkeit entfalten, wenn sie vorher den jungen

---

[1]) Studien über das Zeitungswesen, Frankfurt 1907, S. 5.

Kaufmann mit den wissenschaftlichen Grundlagen der Praxis vertraut machen und hat nicht gerade die Landwirtschaftsbetriebslehre eine außergewöhnliche Zukunft, trotzdem man gerade in der Landwirtschaft die praktische Tätigkeit so besonders hoch bewertet?

Schließlich darf man nicht vergessen, daß wenige Berufe so sehr unter dem Mangel an geeigneten Nachwuchs leiden, wie gerade die Presse. Gute Redakteure finden heute meist lohnende Beschäftigung, und namentlich Volkswirtschafts-Redakteure werden ständig von den führenden Tageszeitungen gesucht. Hier kann die akademische Ausbildung des jungen Studenten viel Gutes stiften, im Interesse des Studenten selbst und zugleich im Interesse der gesamten Presse.

Neuerdings befaßt sich die Fürst Leopold-Akademie in Detmold — die es als ihre Aufgabe bezeichnet, den mittleren Beamten vorzubilden — auch mit dem Zeitungswesen. In einer Broschüre führt die Leitung dieser Akademie aus:

> „Journalismus ist Kunst und beruht auf Veranlagung; er kann an sich nicht gelehrt und nicht studiert werden. Wohl aber bedarf ein Tagesschriftsteller gewisser Kenntnisse unbedingt, um seinen Platz wirklich auszufüllen. Diese Kenntnisse wurden bisher nur sehr lückenhaft durch das Studium auf einer Universität erworben, oder es blieb dem Zufall der Lebensführung und der Energie des Einzelnen überlassen, ob er ein tüchtiger Journalist wurde oder nicht. Hier füllt der Lehrgang der Fürst Leopold-Akademie eine Lücke aus."

Alsdann wird gesagt, daß in der Leopold-Akademie eine Prüfung eingeführt wird, nach deren Bestehen die Diplomierten zur praktischen Einarbeit in die Redaktionen eintreten. Was freilich die Diplominhaber im Leben erreichen, hänge von ihrer Tüchtigkeit und Begabung ab; aber es sei keineswegs nötig, „daß sie alle Redakteure oder freie Journalisten" würden. Es gebe im inneren Dienst der Zeitungen eine Reihe von gutbezahlten Stellungen wie: Redaktionssekretär, Stenographen, Archiv- und Büchereileiter, zu denen die in der Akademie gewonnene Ausbildung im besonderen Maße befähigten. Deswegen sei der Lehrgang auch nicht als ein solcher für Journalisten, sondern als ein solcher für Beamte der Presse gekennzeichnet. Über diese wird alsdann gesagt:

> „Wen Begabung und Neigung zum eigentlichen Journalismus befähigen, der wird aber mit dem Diplom der Akademie auch für diesen Hauptweg legitimiert sein. Und natürlich ist gerade solchen Persönlichkeiten zu diesem Lehrgang vor anderen zu raten."

Besonderen Wert legt die Akademie auf die Fachpresse; denn der Redakteur der Fachpresse bedürfe neben den Kenntnissen seines besonderen Gewerbezweiges noch der gleichen allgemeinen volkswirtschaftlichen und politischen Ausbildung wie der Journalist überhaupt. Diese könne er auf der Akademie erwerben und wenn er zu den besonderen Fachkenntnissen die allgemeinen Kenntnisse hinzubringt, dann würde sich sein Eintritt in die Fachpresse wesentlich erleichtern. Behandelt wird in Detmold unter anderen:

Geschichte und Entwicklung des Zeitungswesens; die Zeitung als Gewerbebetrieb; Anzeigenwesen und Zeitungsreklame; Übersicht über die Fachpresse; Presserecht.

Papierherstellung; Druckherstellung; Illustrationstechnik.

Volkswirtschaftliche Übungen; fachjournalistisches Seminar, journalistisches Seminar.

Ein Urteil über die Erfolge der Detmolder Vorlesungen ist mit Rücksicht darauf, daß diese Einrichtung erst vor kurzem ins Leben getreten ist, noch nicht möglich. An sich ist der Gedanke durchaus begrüßenswert, auch die Hilfskräfte der Presse mit geistigem Rüstzeug zu versehen. Denn ebenso wie beim Militär neben dem Führer die Subalternklasse nicht zu entbehren ist, ebenso wird in der Presse stets ein Bedarf an „mittleren“ Beamten sein. Namentlich Redaktionssekretäre haben oft wichtige Aufgaben zu erfüllen, und es ist durchaus gut, wenn diese auf ein höheres Niveau gehoben werden, als es bisher der Fall war, und da es in der Presse nicht darauf ankommt, welche Examina jemand gemacht hat, sondern was jemand leistet, so wäre diesen Hilfskräften der Aufstieg zu gehobenen Stellungen durchaus möglich. Ich kenne eine ganze Reihe von guten Journalisten, die als Presse-Stenographen angefangen haben und sich, da sie Talent hatten, durch eigene Kraft zu brauchbaren Journalisten ausgebildet haben. —

Wenn ich es nun unternehme, meine Damen und Herren, an dieser Stelle das Zeitungswesen und seine Beziehungen zur Außenwelt vor Ihnen zu erörtern, so dürfte es angebracht erscheinen, daß ich heute, am Tage des Beginns Ihnen zunächst einen gedrängten Überblick über das gebe, was in den Rahmen meiner Untersuchungen gehört. Dabei möchte ich von vornherein bemerken, daß ich den Rahmen meiner Erörterungen so weit wie möglich spannen werde, um Ihnen das Eindringen in dieses Gebiet zu erleichtern. Aus diesem Grunde beabsichtige ich, zunächst

wöchentlich 2 Stunden Vorlesung zu halten, und das ganze Vorlesungsgebiet auf 4 Semester zu verteilen. Zu betonen brauche ich wohl nicht, daß der Besuch meiner Vorlesungen die anderen Lehrgebiete nicht nur nicht ausschließt, sondern im Gegenteil sie gerade voraussetzt. Wer ein brauchbarer Journalist werden will, muß sich so vielseitig wie möglich bilden. Je mehr Kenntnisse desto besser. Und gekrönt kann die Ausbildung durch eine praktische Tätigkeit (etwa in einer politischen Organisation, in einer Handelskammer, in einem wissenschaftlichen Institut oder in einem wirtschaftlichen Betriebe) und längere Auslandsreisen werden. Die Mahnung muß heißen: Nicht zu früh in den journalistischen Beruf!

Die Gebiete, die ich zu behandeln gedenke, sind in der Hauptsache folgende:

I. Einführung in das Zeitungswesen:

Die Stellung der Presse in der Literatur; Die wissenschaftliche Behandlung des Zeitungswesens.

II. Die Zeitung:

Begriffsmerkmale; Herstellungsweise; Das Druckgewerbe; Die Buchdrucker und ihre Orgiansation; Der moderne Zeitungsbetrieb.

III. Der Journalist:

Redakteure und Berichterstatter; Freie Mitarbeiter; Die Aufgaben der Redaktion; Die soziale Stellung der Journalisten; Das Problem der Anonymität; Journalismus und Stil.

IV. Nachrichtenquellen:

Die Korrespondenzen; Korrespondenzbüros; Die Telegrafenbüros.

V. Der Verleger:

Aufgaben des Verlegers; Stellung des Verlegers zur Redaktion; Wirtschaftliche Grundlagen der Zeitung; Inserat und Reklame; Das Verlagsgeschäft.

VI. Die Teile der Zeitung:

Politische Redaktion; Wirtschaftliche Redaktion; Der Unterhaltungsteil; Geschichtliches zur Entwicklung der einzelnen Teile.

VII. Presse und Außenwelt:

Die öffentliche Meinung; Politik und Presse; Parlament und Presse; Wirtschaftliche Bedeutung der Zeitung; Volkswirtschaft und Presse; Bildung und Presse.

VIII. Staat und Presse:

Staatliche Preßpolitik; Die rechtliche Stellung der Presse; Die Preßgesetzgebung.

Die Seminarübungen über „Zeitungskunde und Zeitungspraxis“ sollen vom Wintersemester ab beginnen, d. h. nachdem die erste Einführungsvorlesung beendet ist. Hierbei lege ich besonderen Wert auf die Erziehung zum kritischen Lesen der Zeitungen, auf die Feststellung, wer journalistische Begabung hat und auf die Erleichterung der Mitarbeiterschaft bei der Presse. Alle 14 Tage soll in dem Seminar eine Übung stattfinden im Berichterstatten; hierbei sollen seitens der Teilnehmer kurze Berichte angefertigt werden über bemerkenswerte Vorgänge im politischen Leben, im Wirtschaftsleben oder in der Wissenschaft. Nachdem diese Berichte vorgelesen sind, findet ihre Kritik und dann die redaktionelle Bearbeitung statt; ihre Druckfertigmachung wird im Kreise der Seminarteilnehmer durchgesprochen werden. Eine weitere Aufgabe wird sein die Anfertigung von Nachrichten, Meldungen und Aufsätzen für die Presse und ihre kritische Erörterung unter den Mitgliedern.

Ein wichtiges Mittel zur Erziehung der Leser ist die Wahrscheinlichkeitsprüfung von Nachrichten. Ich werde von Zeit zu Zeit eine Reihe von Zeitungsmeldungen mitbringen, und es soll im Kreise der Teilnehmer untersucht werden, ob diese Nachricht richtig ist, welche Gründe für ihre Wahrscheinlichkeit sprechen, welche dagegen. Dabei wird besonderer Wert auf die Untersuchung der Quellen zu legen sein, aus der die Pressenachricht stammt. Schließlich wird in diesem Seminar die Kommentierung von Nachrichten eine Rolle spielen, eine Aufgabe, die ja für die Presse der Gegenwart von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Ich werde zusammen mit den Seminarmitgliedern Telegramme über Vorkommnisse des Wirtschaftslebens, der Politik usw. zu erklären versuchen. Diese praktischen Übungen finden, wie erwähnt, alle 14 Tage statt. In den dazwischen liegenden Seminartagen sollen Praktiker des Zeitungswesens vor ihnen sprechen und anschließend daran soll eine Diskussion unter den Seminarmitgliedern stattfinden. Es ist mir gelungen, eine Reihe hervorragender Journalisten für die Mitarbeit an diesen Seminarübungen zu gewinnen. Diese werden über Vorkommnisse ihrer besonderen Arbeitsgebiete sprechen und dabei Einblick in die einzelnen Verhältnisse des Zeitungswesens gewähren, die sonst dem Außenstehenden nicht möglich sind. U. a. war es mir möglich, einen hervorragenden Journalisten dafür zu gewinnen, einen einführenden Vortrag über das Problem „Technik und Presse“ zu

halten und im Anschluß Sie durch eine moderne Setzerei und Druckerei zu führen.

Der zweite Vortrag wird von einem hervorragenden Politiker der Berliner Presse gehalten über „Auswärtige Politik und Presse". Alsdann schließt sich an der Vortrag eines bekannten Musikreferenten über die „Kritik der Musik durch die Presse". Weitere Vorträge werden sein über die sozialdemokratische Presse, über die Herstellung humoristischer Zeitschriften usw. Später beabsichtige ich, Journalisten, die für die ausländische Presse in Berlin tätig sind, zu bitten, über die Stellung der Presse ihres Landes zu sprechen, so insbesondere wird ein amerikanischer Schriftsteller hier über die Presse Amerikas sprechen, ein anderer über die Presse Italiens. Vielleicht gelingt es mir später, auch je einen Engländer und Franzosen hierfür zu gewinnen. Ich glaube, daß gerade durch diese Einzelvorträge der Fachleute das Verständnis für die auswärtige Presse gefördert wird.

Folgende Themata sind bis jetzt von Teilnehmern an dem Vorlesungszyklus zur Bearbeitung für das „Seminar für Zeitungskunde und Zeitungspraxis" übernommen worden:

Der Helgolandvertrag und seine Beurteilung in der Presse;
Bismarcks Rückversicherungsvertrag in der Presse;
Börse und Presse;
Richard Wagner und die Presse;
Die Preßgesetzgebung Friedrichs des Großen;
Goethes und Schillers Beziehungen zur Presse;
Die Technik des Zeitungsvertriebes;
Die Deutsche Gewerkschaftspresse;
Die Geschichte des Inserats;
Schriftsteller und Journalist;
Studenten- und Hochschul-Zeitungen;
Heine und Börne als Journalisten;
Die Presse Rußlands in der Freiheitsbewegung;
Die internationale Presse und die Bagdadbahn;
Amtliche Nachrichtenstellen;
Zeitungsarchive, ihre Einrichtungen und Technik;
Die technische Fachpresse Deutschlands;
Theaterkritik und Presse.

Von Praktikern des Zeitungswesens werden im Wintersemester u. a. folgende Vorträge gehalten:

Auswärtige Politik und Presse; Gedanken über das Feuilleton; Musikkritik und Presse; Die japanische Presse; Die chinesische Presse und die ausländischen Zeitungen in China; Technik und Presse.

Für später ist geplant, Gelegenheit zu schaffen, die besonders gut ausgefallenen Seminararbeiten zusammen zu veröffentlichen. Hierbei kann es sich naturgemäß nur um eine Auswahl handeln. —

Auch die Ausgestaltung des Seminars muß späteren Zeiten vorbehalten werden. Ich rechne dazu die Aufstellung aller in der Presse notwendigen Handbücher, besonders wertvoller Zeitungsnummern, Jubiläumsschriften, ferner sämtlicher Zeitungskorrespondenzen usw. Schließlich gehört hierher das „Archiv für die Technik der Reklame", das zurzeit angelegt ist, und später bei unseren Besprechungen über das Inseratenwesen Dienste leisten soll. —

Nachdem ich nun einen gedrängten Überblick über meine Disposition gegeben habe, will ich schon heute einiges über die Grundfragen meiner Vorlesungen an dieser Stelle erörtern. Der Zweck meiner Vorlesungen wurde schon angedeutet. Journalismus kann man nicht auf Hochschulen lernen; denn, wie ich schon sagte, ist Journalismus eine Begabung, die zwar durch das Studium gefördert werden kann, für die aber Anlagen bereits vorhanden sein müssen. Es gehören hierzu vor allem: Rasches Auffassungsvermögen, eine geistige Elastizität, schnelles Arbeiten und eine Gewandtheit im Ausdruck. Diese Gewandtheit ist unbedingt notwendig beim schriftlichen Stil; nicht erforderlich ist sie in der Rede. Zwar findet man sehr häufig, daß gute Schriftsteller zugleich auch gute Redner sind. Der umgekehrte Fall ist aber auch sehr oft festzustellen. Ich brauche ja nur an Emil Zola zu erinnern, der in der mündlichen Darstellung völlig versagte. Für den Journalisten kommt in der Hauptsache die schriftliche Darstellung in Betracht.

Diese Anlagen müssen vorhanden sein. Ohne sie ist ein Journalist nicht möglich; aber sie reichen nicht aus, um den Journalisten auszufüllen. Zu der Begabung müssen Kenntnisse treten. Ein bekannter hiesiger Gelehrter schrieb mir einmal sehr treffend:

> „Das Wichtigste scheint mir, daß die Journalisten möglichst irgendeine Fachwissenschaft gründlich studieren, entweder Staatswissenschaft, Germanistik oder Geschichte. Politische Bildung ist jetzt alles. Natürlich muß sie bei den Leuten von der Feder einsetzen."

Diese Darstellung ist durchaus treffend; denn ohne gründliche Kenntnis gibt es nur Subaltern-Redakteure oder „Zeitungsbeamte". An beiden hat die Presse einen starken Überfluß, während an wirklich kenntnisreichen Schrift-

stellern, die sich für die Presse eignen, stets Mangel herrscht. Denn man muß im Auge behalten, daß nicht jeder Schriftsteller ein Journalist und umgekehrt nicht jeder Journalist ein Schriftsteller ist. Auf diesen Unterschied werde ich gelegentlich meiner Ausführungen über Journalisten und Schriftsteller noch zurückkommen.

Für ganz besonders wichtig halte ich, wie erwähnt, die Aufgabe, Leser zu erziehen. Wer in der Presse steht, weiß, wie kritiklos in der Regel der einzelne Leser seinem Blatte gegenübersteht. In Frankreich ist es Sitte, daß jeder Gebildete möglichst viele Zeitungen liest und zwar nicht nur sein Parteiorgan, sondern darüber hinaus auch gerade die Presse, die die entgegengesetzte Ansicht vertritt. Zola spricht sogar direkt von „dem Publikum, das an dem Fieber leidet, gleich beim Aufstehen zehn Zeitungen zu durchfliegen". In Deutschland ist man leider noch nicht so weit. Hier finden wir meist das „Einzeitungspublikum", und die Zahl derjenigen Privatleute, die gleichzeitig die „Deutsche Tageszeitung" und den „Vorwärts", die „Tägliche Rundschau" und das „Berliner Tageblatt" lesen, ist nicht allzugroß. Im Interesse der politischen Bildung unseres Volkes wäre es zweifellos, wenn der einzelne Leser sich nicht darauf beschränken würde, nur das Organ seiner politischen Anschauung zu lesen, sondern auch die Zeitungen seiner Gegner. In unserer nervösen Zeit fehlt es ja den meisten an Ruhe, um die Zeitung so zu lesen, wie sie gelesen werden muß. Man überfliegt die Nachrichten, die einen besonders interessieren und behauptet, zum Lesen mehrerer Blätter „habe man keine Zeit". Oft wird der Einwand gemacht, daß das Halten mehrerer Zeitungen zu kostspielig sei. Prüft man aber einmal die Verhältnisse näher, so ist es doch eigentlich auffallend, wie wenig ein gebildeter Mensch bei uns für Zeitungen ausgibt. Wenn man bedenkt, wieviel geistigen Stoff unsere wirklich guten Zeitungen liefern, dann muß man sagen, eine ähnliche Einrichtung, die einem soviel wirklich Gutes an Bildungsmaterial zu einem so billigen Preise liefert, gibt es in Deutschland nicht mehr. Die Zeitungen, die im Laufe eines Monats geliefert werden, umfassen einen stattlichen Band, der oft mehr bietet, als zwei Bände eines Lexikons, und wirklich gute Zeitungen bringen auch wertvolles Unterrichtungsmaterial. Natürlich kann man eine Zeitung nicht nur nach ihrem Umfang schätzen. Es kommt ausschließlich auf den Inhalt an.

Natürlich soll damit der Wert der Presse auch nicht überschätzt werden. Der Inhaber der bekannten Buchhandlung Th. Reklam jun. Hans Heinr. Reklam hat einmal ein sehr treffendes Wort ausgesprochen:

„Die Presse gleicht dem Gift, das in der Hand des Arztes wohltätig wirkt, während der Pfuscher und der Böswillige Unheil damit stiften.“

Es muß Aufgabe des Lesers sein, selbst festzustellen, was gut und was schädlich ist. Er muß selbst imstande sein, zu beurteilen, ob die Zeitung, die er liest, seinen Anforderungen entspricht oder nicht. Darüber hinaus muß er aber auch bei Nachrichten, die die Zeitungen bringen, sich ein eigenes Urteil bilden und sich nicht auf das zu verlassen, was gedruckt steht.

Prof. Eugen Schmalenbach hat einmal in einem sehr geistvollen Aufsatz gesagt: „daß es für Deutschland von nachteiliger Wirkung war, daß wir eine so gute und anständige Presse haben.“ Hierbei spricht Schmalenbach freilich nur von der Finanzpresse. Aber was er über diesen Zweig der Presse sagt, gilt auch für die anderen. Schmalenbach führte aus, daß es in keinem anderen Lande so sehr wie in Deutschland gelungen ist, eine durch nicht wenige Organe vertretene unabhängige und anständige Finanzpresse zu erzeugen. Aber man dürfe nicht glauben, daß eine gute und anständige Finanzpresse, rein wirtschaftlich betrachtet, unter allen Umständen einen Vorteil darstelle. Schmalenbach begründet diese eigenartige Bemerkung in folgender höchst origineller Weise:

„Die Finanzpresse wird, je besser sie ist, um so mehr ein Vormund ihrer Leser, des Publikums. Je besser der Vormund, desto kritikloser und unwissender in wirtschaftlichen Dingen das Mündel.“

Diese sehr lustige Bemerkung ist durchaus zutreffend und wie schon erwähnt, gilt das, was von der Finanzpresse gesagt ist, von der Presse Deutschlands im allgemeinen. Im Vergleich mit dem Auslande haben wir in Deutschland eine saubere und gute Presse — trotz mancher Mängel, die ihr noch anhaften — und da das Publikum weiß, daß unsere Presse ehrlich und unbestechlich ist, so bringt es ihr ein Vertrauen entgegen, das oft die Kritik ausschließt.

In Frankreich ist das anders. Hier weiß der Leser, namentlich der Kapitalist, ganz genau, daß der Handelsteil dieser Presse im Besitz des einen Bankinstitutes und der Handelsteil jener Zeitung im Besitz eines Börsenspekulanten ist. Infolgedessen steht der französische Leser oft — nicht immer — den Ausfüh-

rungen seiner Presse ganz anders gegenüber. Wenn wir uns also auch freuen dürfen, daß wir eine viel bessere Presse haben als die Franzosen, Amerikaner oder Österreicher, so haben wir keinen Anlaß zur Zufriedenheit darüber, daß der Leserkreis sich oft zu sehr leiten läßt.

Wenn es mir gelingt, mit Ihnen, meine Damen und Herren, das Gebiet des Zeitungswesens durchzugehen und ihren Blick dort zu erweitern, wo die Verhältnisse eine Kritik herausfordern, wo es nötig ist, dieser oder jener Meinung mit Zurückhaltung gegenüberzustehen, so ist ein Teil meiner Aufgabe als gelöst anzusehen.

Wenn ich mich nun dem Zeitungswesen selbst zuwende, so folge ich in wesentlichen Punkten der sehr guten Disposition meines verstorbenen Lehrers, Dr. Robert Brunhuber.

Erste Aufgabe bei der Besprechung des Objektes des Zeitungswesens, d. h. der Zeitung, wird eine genaue Definition des Zeitungswesens sein. In meinen Vorlesungen beabsichtige ich, die bisherigen sämtlichen Definitionen an dieser Stelle eingehend mit Ihnen zu erörtern. Hier seien nur die wesentlichsten Ergebnisse zusammengestellt:

Karl Bücher definiert die Zeitung als „eine auf dem Wege mechanischer Vervielfältigung hergestellte, in sich abgeschlossene Zusammenstellung von neuen Nachrichten, welche zum Zwecke der Veröffentlichung in kurzen Zeitfristen fortlaufend erscheint." (Kultur der Gegenwart Band I, Seite 482.)

Bücher spricht nur von Nachrichten, nicht aber von Aufsätzen, die doch auch ein wesentliches Begriffsmerkmal der Presse sind. Im Gegensatz zu Brunhuber legt aber Bücher mit Recht Wert auf die mechanische Vervielfältigung.

Salomon verzichtet in seinem umfangreichen Werke über die Geschichte des deutschen Zeitungswesens und auch in seinem Aufsatz im Handwörterbuch der Staatswissenschaften auf eine Festlegung dieses Begriffes. In dem letzterwähnten Aufsatze beschränkt er sich darauf zu sagen, daß die Formulierung des Begriffes schwer sei und bemerkt, daß Löbl die klarste und präziseste Erklärung abgegeben habe.

Löbls Erklärung, die in dem ausgezeichneten Buche „Kultur und Presse" enthalten ist, lautet folgendermaßen:

„Eine in regelmäßigen Zeitintervallen erscheinende, durch mechanische Vervielfältigung allgemein zugänglich gemachte Publikation von kollektivem mannigfaltigem Inhalt, die durch Allge-

meinheit des Interesses gekennzeichnet, sowie aus den Ereignissen und Zuständen der unmittelbaren Gegenwart geschöpft ist".

Eine andere Definition ist die des damaligen Kölner Oberlandesgerichtsrates und jetzigen Reichsgerichtsrates Dr. Neukamp, im Wörterbuch der Staatswissenschaften. Sie lautet:

„Zeitung im modernen Sinne ist eine innerhalb bestimmter Zeiträume — wenn auch in unregelmäßigen Fristen — in einzelnen Blättern wiederkehrend erscheinende, zur Mitteilung und Verbreitung unter das Publikum (d. h. an einen individuell nicht begrenzten Personenkreis) bestimmte Druckschrift, welche Nachrichten über politische oder sonstige das Publikum als solches interessierende Tagesbegebenheiten oder Angelegenheiten enthält und nicht bestimmt ist, ein abgeschlossenes Werk zu bilden."

Neukamps Definition, so gut sie an sich auch ist, leidet dadurch, daß sie ebenfalls nur von „Nachrichten" spricht, nicht aber von der kritischen Stellungnahme der Redaktion zu den Begebenheiten durch Leitartikel, Aufsätze usw.[1]).

Eine andere Definition ist in dem Buche „Die Entwicklung des Inseratenwesens in Deutschland" von Dr. Munziger enthalten. Munziger definiert:

„Ein für einen unbekannten, individuell unbeschränkten Leserkreis gewerbsmäßig hergestelltes Druckerzeugnis, welches in bestimmten kürzeren Zwischenräumen regelmäßig erscheint."

Neu ist hierbei der Begriff „gewerbsmäßig", das heißt zum Zwecke des Erwerbes. Ein solcher Begriff ist aber nicht notwendigerweise mit einer Zeitung verbunden. Es gibt Zeitungen zur Vertretung besonderer Ideen, politischer Ziele usw., wo also der Erwerbszweck fortfällt. Das gleiche gilt für amtliche Zeitungen, die also nicht gewerbsmäßig betrieben werden, sondern oft sogar einen staatlichen Zuschuß erfordern. Muß also der Begriff „gewerbsmäßig" aus der Definition herausbleiben, so fehlt andererseits bei Munziger die sehr wichtige Begriffsbestimmung des zeitgemäßen Inhalts.

---

[1]) Der § 7 des Reichspreßgesetzes vom 7. Mai 1874 spricht nur von „Zeitungen und Zeitschriften, welche in monatlichen oder kürzeren, wenn auch unregelmäßigen Fristen erscheinen (periodische Druckschriften im Sinne des Gesetzes)". Die alte Preuß. Preßverordnung vom 30. Juni 1843 besagte: „Unter Zeitschriften werden nur solche Schriften verstanden, welche täglich oder in anderen bestimmten Zeiträumen, die kleiner als Monatsfristen sind, blatt- und heftweise erscheinen und ihrem Plane nach nicht bestimmt sind, ein in sich abgeschlossenes Ganzes zu bilden."

Zu den erwähnten Definitionen nimmt Brunhuber Stellung, indem er sagt, daß sowohl Neukamp als auch Löbl die übliche Erscheinung unserer landläufigen Zeitung treffen, daß sie aber z. B. die Gewerkschaftspresse oder die Publikationen der Fachpresse nicht treffen, da diese weder Vielseitigkeit des Inhalts noch Allgemeinheit des Interesses aufweisen. Auch bestreitet Brunhuber, daß die mechanische Vervielfältigung in die Begriffsbestimmung gehört. Brunhuber teilt daher ein in Zeitungen im weiteren und im engeren Sinne:

A. Zeitung im weiteren Sinne ist jede in gewissen Zeitabständen erscheinende, einem individuell nicht bestimmten Personenkreise zugängliche Veröffentlichung mit zeitgemäßem Inhalt.

B. Zeitung im engeren Sinne ist jede in gewissen Zeitabständen erscheinende, einem individuell nicht bestimmten Personenkreis zugängliche Veröffentlichung mit vielseitigem, zeitgemäßem, allgemein interessierendem Inhalt.

Im Gegensatz zu Löbl steht Brunhuber auf dem Standpunkt, daß Vervielfältigung durch den Druck kein wesentliches Merkmal einer Zeitung ist, eine Auffassung, der nicht zuzustimmen ist. Von der Zeitung im heutigen Sinne ist der Begriff der Vervielfältigung nicht mehr zu trennen. Eine gesprochene Zeitung gibt es nicht, ebensowenig kann man heute noch von geschriebenen Zeitungen sprechen.

Die oben erwähnten Definitionen, so interessant und stellenweise gut formuliert sie auch sind, reichen aber nicht aus, um wirklich die Begriffsmerkmale zu umgrenzen. Brunhuber verlangt von einer Zeitung „im weiteren Sinne“, wozu also Fachblätter und Zeitschriften gehören, daß sie zeitgemäßen Inhalt habe. Das trifft aber auf eine Reihe von Zeitschriften nicht zu. So enthalten z. B. die Preuß. Jahrbücher oder die Historische Zeitschrift, die unstreitig zu den Zeitschriften gehören, zahlreiches historisches, also keineswegs zeitgemäßes Material. Die „Deutsche Kolonialzeitung“ die 42000 Abonnenten hat, geht in der Hauptsache den Mitgliedern der Deutschen Kolonialgesellschaft zu. Hier kann man von einem individuell nicht bestimmten Personenkreis nicht mehr reden. Das gleiche gilt von zahlreichen Vereinsschriften.

Meines Erachtens ist ein beträchtlicher Unterschied zwischen Zeitung und Zeitschrift. Deshalb muß man die Definition der Zeitung anders fassen als die der Zeitschrift. Ich würde folgende zwei Definitionen vorschlagen:

Zeitung ist jede in kürzeren Zwischenräumen — mindestens wöchentlich — regelmäßig erscheinende, im Wege der Vervielfältigung hergestellte, allgemein erhältliche, für einen nicht begrenzten Leserkreis bestimmte Veröffentlichung mit zeitgemäßem und vielseitigem Inhalt, der für weiteste Kreise von Interesse ist.

Zeitschrift ist jede in gewissen Abschnitten — die nicht über drei Monate hinausgehen — erscheinende, fortlaufend im Wege der Vervielfältigung hergestellte Veröffentlichung mit meist zeitgemäßem Inhalte und einem Verbreitungskreis, der nur bei Fachblättern begrenzt ist[1]).

Wenn auch zugegeben ist, daß sich gegen diese beiden Formulierungen von mir Einwendungen machen lassen, so glaube ich doch, daß sie der Wahrheit am nächsten kommen, denn eine Definition des Begriffes Zeitung ist nur möglich, wenn man Zeitung und Zeitschrift hierbei trennt. In meinen Vorlesungen werde ich hierauf noch zurückkommen und meine Definition zu begründen versuchen.

Daß sich eine Zeitung nicht nur auf Nachrichten beschränken darf, sondern daß sie darüber hinaus eine Tendenz haben muß, hat Karl Biedermann im Staatslexikon[2]) sehr richtig festgestellt, wenn er betont, daß die Zeitungen in allen nur irgend zivilisierten Ländern aufgehört haben, bloße Neuigkeitsblätter zu sein. Wie sehr sie auch die Meldung neuer Tatsachen als Hauptaufgabe anzusehen haben, „so würde doch heutzutage eine Zeitung, welche sich auf bloße Berichterstattung beschränken wollte, kaum auf den Namen einer solchen, keinesfalls aber auf eine hervorragende Bedeutung in der Tagespresse Anspruch machen können.“ Das Mindeste, was man gegenwärtig von einer Zeitung verlangt, sei, daß sie ihre Neuigkeiten derart wiedergebe, daß zugleich ein bestimmter politischer Gesichtspunkt der Redaktion hervorleuchte, der für den Leser zum leitenden Faden, zum maßgebenden Bestimmungsgrund seines eigenen politischen

---

[1]) Wenn Brunhuber meint, daß man die „Hilfe“, das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften oder die „Nationalliberale Jugend“ ebensogut als Zeitschrift wie als Zeitung bezeichnen könne, so ist dem nicht zuzustimmen. Organe, die einmal in der Woche erscheinen, wie die „Hilfe“, sind Zeitschriften und das „Correspondenzblatt“ ist, da es sich auf ein enges Fachgebiet beschränkt, als „Fachblatt“ anzusehen!

[2]) Band 14, Seite 725.

Urteils werde. Jede Zeitung müsse ihr bestimmtes festes politisches Programm haben und hiernach ihre gesamte Tätigkeit einrichten. „Die gute, alte Zeit der Unparteilichkeit ist für die periodische Presse so gut vorüber wie für die Geschichtsschreibung."

Heutzutage verlangt das Publikum, wie Biedermann sagt, eine entschiedene Parteinahme. Freilich sollen die Zeitungen nicht lediglich Sprachrohr der öffentlichen Meinung sein. Sie können die Kundgebungen nicht in der bisher noch rohen und unabgeklärten Gestalt, in der sie sich vernehmen lassen, als öffentliche Meinung proklamieren, sondern gewissermaßen die Stellung verantwortlicher Ratgeber des Publikums einnehmen, indem sie die öffentliche Meinung, wenn sie nach ihrer Überzeugung übel beraten oder irre geht, besser beraten und auf den richtigen Weg zu leiten suchen.

Biedermann vertritt die Auffassung, daß keine Zeitung irgendwie belangreiche Bedeutung beanspruchen dürfe, wenn nicht hinter ihr eine politische Partei steht, eine Anschauung, die früher allgemein üblich war, heute aber nicht als zutreffend anzusehen ist. Denn unsere führenden Blätter sind zu einem großen Teil gar keine Parteiblätter mehr, während zahlreiche eigentliche Parteiblätter nur kümmerlich ihr Dasein fristen. Das Problem: Parteiblatt oder unabhängige Zeitung, wird uns noch lange beschäftigen, wir werden vor allem die Schattenseiten der „reinen Parteiblätter" zu untersuchen haben.

Mit den Einzelheiten des Inhalts der Zeitung uns zu beschäftigen, wird eine wichtige Aufgabe sein, namentlich mit den drei großen Gebieten: dem politischen Teil, dem volkswirtschaftlichen resp. Handelsteil und dem Feuilleton oder Unterhaltungsteil. Ganz kurz werden wir uns mit dem sogenannten städtischen Teil (Lokalen Teil) befassen können. Er gehört leider zu den Teilen der Zeitung, in dem bisher am wenigsten Geist angewandt wurde. Zwar haben einige der führenden Blätter Deutschlands „städtische Teile", gegen die sich nicht das Geringste einwenden läßt. Diese sind dann aber auch meist sehr kurz gehalten. Gute Redaktionen für kommunal-politische Angelegenheiten haben wir bis jetzt nur sehr wenige. Leider aber haben viele Zeitungen einen sogenannten „Lokalen Teil", der unter aller Kritik ist. Ganz abgesehen davon, daß diese Abschnitte meist in dem fürchterlichsten Deutsch geschrieben sind, das man sich denken kann (stets kommen bei den gleichen Ereignissen auch die gleichen

Redewendungen vor!), ist es gerade der „Lokale Teil“, der gewissen großstädtischen Zeitungen den Stempel „Sensationspresse“ aufgedrückt hat. Ausführliche Berichte über Morde, Prozesse usw., die keinen gebildeten Menschen interessieren können, zeigen deutlich das niedrige Niveau dieser Redaktionen. Auch die Wiedergabe von städtischen Klatsch und dergleichen gehört hierher, und verschlimmert wird dieser Teil meist dadurch, daß man ihm einen „Sport-Teil“ anhängt, dessen Raum in gar keinem Verhältnis zu seiner Bedeutung steht. Hier allerdings ist das Deutsch oft noch schlimmer, als im sogenannten „Lokalen Teil“, da es hier mit dem üblichen Jockei-Jargon durchseucht ist.

Mit Recht sagt Bücher von den Lokalchronisten:

„Im großen Durchschnitt sind sie auf dem niederen Niveau einer geistlosen Chronistik geblieben oder bevorzugen in korrumpierender Weise das Sensationelle.“

Hier kann die Reform nur von dem Leserkreis selbst ausgehen; denn von der Redaktion ist eine Besserung nicht zu erwarten, und dabei besteht zweifellos ein Bedürfnis nach einem guten Teil, der sich mit dem städtischen Angelegenheiten befaßt. Der jetzige „Lokale Teil“ hat in vielen Fällen kaum Existenzberechtigung.

Um die Aufgaben der Presse zu verstehen, müssen wir uns auch eingehend mit den einzelnen Begriffsmerkmalen befassen. In erster Reihe stehen hier meines Erachtens der zeitgemäße Inhalt und die fortgesetzte Erscheinungsweise. Alsdann sind erforderlich: die Allgemeinheit des Inhalts, die Vielseitigkeit des Inhalts und die Allgemeinheit des Interesses. Löbl zählt in folgender Reihenfolge auf:

1. Periodizität.
2. Einheitlichkeit des Unternehmens.
3. Allgemeinheit des Interesses.
4. Aktualität.
5. Kollektivität des Inhalts.

Meines Erachtens kann als Zeitung nur die periodische Druckschrift bezeichnet werden, deren wesentlicher Inhalt sich mit den Tagesereignissen oder doch wenigstens mit Gegenwartfragen befaßt. Organe, die die Vergangenheit behandeln, sind Zeitschriften; als Zeitungen kann man sie nicht ansprechen.

„Die Aktualität ist“, wie Prutz mit Recht sagt, „ein unentbehrliches Requisit der Zeitung.“ Nun hat sich frei-

lich der Begriff dessen, was als zeitgemäßer Inhalt zu bezeichnen ist, im Laufe der Zeit stark geändert. Heute braucht man für die gleiche Nachricht oft noch nicht halb soviel Stunden, wie früher Tage. Im 18. Jahrhundert wurden wichtige Nachrichten oft ein bis eineinhalb Monat später in der Presse bekannt. Sie galten damals noch als Neuigkeit. Zeitgemäß des Inhalts und Verkehrswesen sind eng miteinander verknüpft. Je mehr das Nachrichtenwesen eine Beschleunigung erfuhr, um so höher waren die Anforderungen, die man an den Inhalt der Zeitung stellte. Oft ist aber — man denke nur an die „Times“ oder die „Kölnische Zeitung“ — die Presse bahnbrechend vorangegangen, indem sie Mittel und Wege fand, Nachrichten noch schneller heranzuziehen, als es durch gewöhnliche Verkehrsmittel möglich war. Treffend sagt Brunhuber:

> „Wenn die Aktualität das Lebensblut des Zeitungswesens ist, so ist der Telegraph die Hauptader, durch die heute das Lebensblut fließt.“

Wie staunte man 1849, als der elektro-magnetische Staatstelegraph arbeitete und wenige Tage später schon Meldungen an die Presse gab. Aber wie gewaltig sind die Fortschritte seit jener Zeit. In Friedenszeiten konnten in Berlin abends um 8 Uhr die Reichstagsabgeordneten noch ihre Reden halten, und am anderen Morgen konnte man in Berlin bereits den ausführlichen Bericht in der „Frankfurter Zeitung“, Kölnischen Zeitung“ und in der „Kölnischen Volkszeitung“ usw. lesen. Einen Rekord erzielte einst die „Frankfurter Zeitung“: Am 28. Januar 1905 erfolgte in Berlin um 8 Uhr abends die Veröffentlichung der Hauptpositionen der neuen Handelsverträge und am 29. Januar früh brachte die „Frankfurter Zeitung“ in einer besonderen Beilage den vollständigen Inhalt der Veröffentlichung. Es handelte sich hierbei um 30 000 Worte, die bis 3 Uhr morgens auf 4 verschiedenen Leitungen (Telephon und Telegraph eintrafen. Von Berliner Blättern brachten am nächsten Morgen nur 2 die vollständige Wiedergabe! Und welche Leistungen haben die Zeitungen nicht während der Weimarer Tagung der Nationalversammlung aufzuweisen, wo unter den schwierigsten Verhältnissen die Berichte über die Tagung selbst über späte Abendsitzungen an alle deutschen Zeitungen geleitet wurden.

Heute ist die Verwendung des Telegraphen in der Presse eine Selbstverständlichkeit, trotzdem sie eine völlige Umgestaltung des Etats der Verleger mit sich gebracht hat. Die Anforderungen an die finanziellen Leistungen des Verlegers werden immer größer,

während der Preis der Zeitungen im Laufe der Zeit bis vor dem Kriege immer niedriger geworden ist.

Aber die jetzige Form der Nachrichtenübermittlung, so gut sie an sich auch ist, ist zweifellos noch nicht die höchste Stufe. Die drahtlose Telegraphie und Telephonie, der Fernschreiber, das Membran und alle anderen Errungenschaften der modernen Technik werden bald weitere Beschleunigungen bringen und immer wieder wird man meinen, daß man den Höhepunkt erreicht habe. Aber wir wollen abwarten, ob uns die Zukunft nicht ganz andere Mittel beschert; wie lange es noch dauert, bis die „Sprech-Setzmaschine“ erfunden ist, die das in weiter Ferne gesprochene Wort (das drahtlos übermittelt wird) aufnimmt und ähnlich wie die Setzmaschine in gegossener Form gleich druckfertig herstellt? Man mag über die Ausgestaltung der Aktualität noch so ablehnend denken, bestreiten läßt sich nicht, daß sie erbliche Vorteile mit sich gebracht hat. Man denke nur, wie die Beschleunigung Handel und Industrie zugute kommt, wie der Kaufmann die Kurse, Warenpreise, Tendenzmeldungen durch die Zeitungen oft früher erhält als durch die Mitteilung seines eigenen Korrespondenten, wie durch die Zusammenfassung der Berichterstattung durch die Presse aber erhebliche Kosten gespart werden. Das freilich mit der Beschleunigung der Berichterstattung Schäden verknüpft sind, wird kein denkender Journalist bestreiten. Diese leiden oft selbst am meisten darunter.

Mit diesem Problem werden wir uns an dieser Stelle besonders eingehend befassen müssen, mit den Vorteilen und Nachteilen der beschleunigten Berichterstattung. Man darf Schnelligkeit der Berichterstattung nicht mit Oberflächlichkeit, Flüchtigkeit oder Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl verwechseln. Der ernsthafte Journalist wird stets bei aller Schnelligkeit und bei der vorgerücktesten Zeit die Anforderungen der Zuverlässigkeit nicht außer Acht lassen, wird keine Tatarennachricht in die Welt setzen, wird lieber eine richtige Nachricht zurückhalten, als durch eine Sensation zu blenden. Aber der Journalismus besteht ja nicht nur aus Idealgestalten, in ihm finden sich ebenso wie anderswo Charaktere, die besser einen anderen Beruf gewählt hätten, die eine zu große Portion Leichtfertigkeit verbunden mit einem Mangel an Verantwortungsgefühl mitbringen und die reine Sklaven der Aktualität sind. Ihnen ist es stets um die Sensation zu tun, ohne Rücksicht auf die Richtigkeit. „Lieber eine

falsche Nachricht und später das Dementi, als eine interessante Meldung auch nur eine Nummer zurückzuhalten.“ Das ist die Losung jener Kategorie von Journalisten, die zu einem erheblichen Teile aus Ungarn oder Galizien stammen und die leider in immer größerem Umfange in Deutschland einwandern. Zu dieser Kategorie gehören auch diejenigen, die durch Aufbauschung, Übertreibungen oder Mangel an Takt so sehr dem Rufe der Presse schaden, die bei jedem Mord unter allen Umständen ein Interview bringen müssen und sei es nur bei der Inhaberin eines Bordells!

Eine der wichtigsten Aufgaben für den Redakteur ist daher die „Wahrscheinlichkeitsprüfung“ der eingelaufenen Meldungen. Oft hilft hier jahrelange Erfahrung, Routine und Personenkenntnis über die Schwierigkeiten fort. Zuweilen muß man sich auch auf sein Gefühl verlassen können. Eine unbedingte Garantie gibt es hier nicht. Daher muß in Zweifelsfällen eine Nachricht stets vorher nachgeprüft werden. Freilich ist das oft leichter verlangt als ausgeführt, namentlich dann, wenn die Stellen, die es wissen sollten, die Nachrichten meist selbst erst aus der Zeitung erfahren! Denn die amtlichen Apparate arbeiten stets viel langsamer als die Presse.

Voraussetzung für eine Zeitung ist die Öffentlichkeit des Erscheinens. Die Denkschriften, die während des Krieges in großem Umfange, oft mit einer gewissen Regelmäßigkeit mit sehr zeitgemäßem Inhalt erschienen sind, sind nicht als Zeitungen anzusehen. Ebensowenig etwa Buchwalds Börsenberichte, die nur an einen ganz bestimmten Leserkreis abgegeben, anderen dagegen vorenthalten werden. Als Zeitung ist nur das anzusehen, was öffentlich erscheint, also von jedem, der den Kaufpreis entrichtet, bezogen werden kann. „Vertrauliche“ Zeitungen gibt es nicht.

Die Tatsache, daß zum Wesen einer Zeitung die „Öffentlichkeit des Erscheinens“ gehört, schließt die brieflichen Mitteilungen des Altertums von den Zeitungen im heutigen Sinne aus. Denn selbst wenn diese Briefe in Freundeskreis zirkulierten, so blieb der Leserkreis doch auf den Adressaten und seinen Anhang beschränkt.

Dies wird anders, als in Italien und anderswo gegen Entgelt unpersönliche schriftliche Mitteilungen angefertigt werden. Bezieher dieser Korrespondenzen konnte jeder werden, der den Bezugspreis entrichtet. Von diesem Moment ab ist die „Öffentlichkeit des Erscheinens“ bewirkt.

Heutzutage ist die Öffentlichkeit des Erscheinens eine wichtige Grundlage für das Gedeihen einer Zeitung, deshalb das Bestreben, namentlich im Anfange, einen großen Kreis von Abonnenten zu gewinnen. Im Unterschied gegen früher ist aber — namentlich bei großen Zeitungen — heute kaum noch eine Beziehung zwischen Zeitungsbesitzer und Zeitungsbezieher vorhanden. Zwischen Verleger und Abonnent tritt die Expedition, die Vertriebsfiliale, die Bestellanstalt, nach auswärts die Post.

Brunhuber wirft die Frage auf, wie es mit Zeitungen zu handhaben ist, die nur an Bewohner einer bestimmten Stadt, an Mitglieder eines Vereins (Bodenreform, Dürerbund usw.) abgegeben werden, wo also die Öffentlichkeit des Erscheinens begrenzt ist. Bücher vertritt den Standpunkt, daß das Begriffsmerkmal der Öffentlichkeit kaum gewahrt sei, „wenn die Aufnahme in diesen Kreis nicht individuell begrenzt ist“ und wenn sich die Mitteilungen nicht an die einzelnen Vereinsmitglieder richten, sondern an die Gesamtheit der Gemeinschaft.

Meines Erachtens sind derartige Organe mit begrenztem Leserkreis — selbst wenn jeder einzelne die Möglichkeit hat, der Lesergemeinschaft dadurch anzugehören, daß er dem Verein, der in Betracht kommt, beitritt — nicht als Zeitung, sondern als Zeitschrift anzusehen. Sie rangieren meist in einer Reihe mit den Fachzeitschriften.

Der Bergriff „Öffentlichkeit“ hat sich im Laufe der Zeit beträchtlich verändert. Im alten Rom begnügte man sich mit einigen (3—4) Wachstäfelchen; das Mittelalter war mit einer geringen Zahl (bis zu 20) Pergamentrollen zufrieden. Die Zahl wird erst vermehrt, als die Druckerpresse erfunden war. Freilich ging das zunächst noch langsam. Brunhuber schätzt, daß 100 bis 200 Exemplare das Durchschnittsmaß waren, über das sich zunächst nur wenige gut geleitete Zeitungsunternehmen erhoben.

Selbst im Jahre 1809 hatte die „Kölnische Zeitung“ erst 326 Abnehmer und der „Courier du Bas Rhin“ nur 150.

Heute haben sich die Verhältnisse freilich ganz anders gestaltet. Bei der großstädtischen Presse ist eine Auflage von vielen Hunderttausenden durchaus keine Seltenheit; freilich an die Millionenziffern der englischen und französischen Zeitungen reichen die deutschen nicht heran.

Zum Begriff der Zeitungen gehört, wie schon erwähnt, meiner Ansicht nach unbedingt die Vervielfältigung. Ob das durch die Druckpresse oder in anderer Weise geschieht, etwa durch Licht-

druck, Manuldruck oder sonstwie, ist meines Erachtens belanglos. Brunhuber steht zwar auf einem anderen Standpunkt. Er sagt nämlich:

„In manchen Definitionen des Zeitungswesens findet man auch als konstitutives Begriffsmerkmal die Vervielfältigung durch den Druck. Ich kann mich dieser Auffassung keineswegs anschließen. Gewiß könnte die Erscheinungsform auch ein konstitutives Begriffsmerkmal bilden, wenn sie einer bestimmten Art der Presse ureigen, bei ihr unbedingt erforderlich und unersetzbar wäre. Das ist jedoch beim Druck nicht der Fall. Der Druck der Zeitung ist lediglich eine vorübergehende Erscheinungsform, die mit dem spezifischen Wesen der Zeitungsform nichts zu tun hat."

Brunhuber meint sogar, daß eine telegraphierte Zeitung denkbar sei, ja sogar eine gesprochene Zeitung. Meines Erachtens ist, wie ich schon sagte, aber eine gesprochene Zeitung nicht als Zeitung anzusehen. Von der Zeitung im heutigen Sinne ist die Druckpresse untrennbar. Ob später darin einmal infolge technischer Vervollkommung eine Änderung eintritt, ist eine andere Frage.

Das zweite wichtige Begriffsmerkmal ist die Regelmäßigkeit des Erscheinens.

„Zeitungen resp. „Presse" in weitestem Sinne sind nur jene literarischen Veröffentlichungen, die regelmäßig in bestimmten Zeitabschnitten (periodisch) erscheinen.

Eine Denkschrift einer Behörde oder eines Vereins kann niemals unter den Begriff Presse fallen, auch wenn sie noch so aktuell ist. Das äußere Kennzeichen der Periodizität ist die fortlaufende Nummer. Die Numerierung der Zeitungen wird seit der Mitte des 16. Jahrhunderts festgestellt." (Löbl, S. 13.)

Voraussetzung ist also die Regelmäßigkeit des Erscheinens innerhalb gewisser Zeitabschnitte. Wie groß sollen diese sein? Der Zwischenraum hat sich mit der Ausdehnung des Nachrichtenwesens und Verbesserung der Technik der Presse immer verringert. Deshalb darf die Frist nicht allzulange bemessen werden.

Das nordamerikanische Pressgesetz rechnet selbst noch die Jahrbücher zur periodischen Presse[1]), die wir nicht als Presse, sondern als Buchliteratur ansehen. Das österreichische Gesetz (1862) verlangt wenigstens einmaliges Erscheinen im Monat. Eine einheitliche Regelung ist hier sehr schwer. Löbl schlägt vor, das Vorhandensein einer Zeitung nur da vorauszusetzen, wo die regelmäßigen Zwischenräume des Erscheinens kürzer sind als

[1]) Löbl, S. 14.

die Frist eines Monats. Monatsschriften wären alsdann der Buchliteratur zuzuschreiben. Die ersten täglich erscheinenden Zeitungen waren:

Deutschland	1660	„Leipziger Zeitung“
England	1702	„Daily Courant“
Frankreich	1777	„Journal de Paris“.

Die Regel ist, daß die großen Zeitungen mindestens zweimal am Tage erscheinen. Das gilt für alle großen Berliner Blätter. In der Provinz ist das anders. Dort müssen die Blätter auf das Eintreffen der hauptstädtischen Presse Rücksicht nehmen. Deshalb erscheinen die großen Provinzblätter (Köln und Frankfurt usw.) bis in zu vier Ausgaben: erste Morgenausgabe, zweite Morgenausgabe, Mittagsausgabe und Abendausgabe. Der „Vorwärts“ war bisher das einzige große politische Organ, das nur morgens erschien. Die Revolution brachte es mit sich, daß er seiner Tradition untreu wurde und seit dem 1. Dezember 1918 erscheint der „Vorwärts“ täglich zweimal.

In England und Frankreich ist das anders. Dort gibt es noch heute spezifische Morgenblätter und Abendblätter; es sind das ganz getrennte Unternehmen, so daß sich dort die Morgenausgabe von der Abendausgabe erheblich unterscheidet. Daher kommt es, daß die Leser dieser Zeitungen gezwungen sind, morgens und abends zwei verschiedene Zeitungen zu lesen. In Frankreich und England stehen die nur einmal täglich erscheinenden Blätter an erster Stelle; die mehrfach täglich herauskommenden sind dort weniger bekannt.

Während sich nun in Frankreich und England die Morgen- und Abendblätter als zwei ganz verschiedene Unternehmen charakterisieren, haben bei uns in der Regel die beiden Ausgaben eine äußerliche Gleichmäßigkeit in der Anordnung des Stoffes, der Aufmachung und der Behandlung der Gegenstände. Trotzdem haben die einzelnen Ausgaben gewisse typische Eigenschaften. So bringen die Morgenblätter mehr Nachrichten als redaktionelle Auslassungen, was sich meist daraus erklärt, daß nachts nach Fertigstellung des wesentlichsten Materials noch zahlreiche Depeschen einlaufen, die oft ohne Kommentar gegeben und erst in der Abendausgabe erläutert oder kritisiert werden. Bei den Abendblättern wiederum tritt die Zahl der Nachrichten zurück hinter den schriftstellerischen Leistungen, hinter den Artikeln, der Tagesschau usw. In den Abendblättern wird mehr Kritik gegeben.

Eine Neuerscheinung ist für Deutschland das Mittagsblatt. Hier ist zu unterscheiden zwischen Mittagsausgaben (Frankfurter Zeitung) und selbständigen Mittagsblättern (B. Z. am Mittag). Hierbei soll es sich meist um eine rasche Information (u. a. der Börse) handeln. Die Ansprüche der Leser werden immer größer, dadurch die Zwischenräume zwischen den einzelnen Erscheinungszeiten immer geringer. Diesen Anforderungen trägt die Technik Rechnung, weil immer neue Verbesserungen eingeführt werden. Für die Redaktion ist dies von Nachteil, ihre Arbeitszeit wird nicht verkürzt, die Anforderungen an die Schnelligkeit nur gesteigert.

Ein weiteres Merkmal ist die Mannigfaltigkeit des Inhalts. Gerade hierdurch unterscheidet sich die Presse von dem Buch; denn das Buch kann sich nur mit einer geistig engumgrenzten Frage befassen, ja je enger die Grenze ist, um so besser das Buch. Anders die Zeitung. Hier kommt es auf die Vielseitigkeit und Verschiedenartigkeit an, je vielseitiger um so inhaltsreicher, um so besser.

Ebenso wie die Aktualität bei der Tageszeitung am schärfsten in Erscheinung tritt, ebenso ist es mit der Vielseitigkeit. Je häufiger eine Zeitung erscheint, je größer ihr Umfang und ihre Auflage, um so reichhaltiger ist meist ihr Inhalt. Zeitungen, die nicht mindestens täglich erscheinen, können gar nicht die Vielseitigkeit bieten, weil ihnen schon nicht der Raum zur Verfügung steht, um die Menge von Material unterzubringen, das man in der Tagespresse findet. Und diese Vielseitigkeit ist das Bedürfnis des Publikums. Jeder will seine Materie besonders behandelt, jeder über seinen Sport am ausführlichsten berichtet wissen. Der Kaufmann verlangt möglichst viel Telegramme und Marktberichte über sein Gewerbe. Handelt er mit Getreide, so will er regelmäßig Meldungen über den Saatenstand im Inlande und im Auslande, daneben Berichte über die Börsen und den Weltmarkt, möglichst dazu noch Angaben, „ob die Preise steigen oder fallen". Handelt der Kaufmann aber mit Baumwolle, dann interessiert ihn meist nicht, wie es an der Getreidebörse zugeht, er will ausführlich berichtet haben über den nordamerikanischen Markt und die Entwicklung der Saaten in Texas, über die Börsen von Liverpool und Bremen, daneben über die Geschäftslage der Textilindustrie und zwar sowohl bei den Spinnern als bei den Ausrüstern und im Detailgewerbe. Spekuliert er aber an der Börse — und das tun ja nicht nur die Kaufleute —, dann erwartet er von der Zeitung nicht

nur täglich eine Stunde nach Schluß der Börse den Kurszettel (das ist ja eine „selbstverständliche“ Forderung!), sondern auch ausführliche Stimmungsberichte, möglichst mit Angabe, ob die Kurse weiter steigen und ob er seine „Laura“, „Harpener“ oder „Rheinstahl“ behalten oder verkaufen soll!

Aber eine Zeitung wird ja nicht nur von Kaufleuten gelesen — trotzdem diese besonders anspruchsvoll zu sein pflegen und für ihren Abonnementspreis einen realen Gegenwert zu sehen erwarten —, sondern von jedermann. Und wie verschieden sind da die Interessentenkreise! Der Politiker will möglichst rasch über die Parlamente unterrichtet sein, und schon am nächsten Morgen erwartet er den kritischen Leitartikel, nach dem er — seine eigenen Gespräche und Ansichten richtet. Daneben gibt es nun solche, die sich nicht so sehr (oder auch gar nicht) für die innere Politik und das Parteigezänk interessieren. sondern für „auswärtige“ Politik. Diese Leser sind zum Teil gebildeter, sachverständiger und daher auch kritischer, anspruchsvoller. Meist kennen sie — oder behaupten es wenigstens! — ein Land besonders und nun verlangen sie ausführliche Telegramme über Tunis, Algier, Abessinien oder Nicaragua!

Aber die Leser sind ja nicht Einzelwesen, die allein hausen, meist sind sie verheiratet, haben Kinder und je nach dem Bildungsgrad werden nun verlangt: spannende Romane, die möglichst modern sind — aber doch so sein müssen, daß die 17jährige Tochter ohne Gefahr für Leib und Leben sie lesen darf! Außerdem muß die Zeitung möglichst viel bringen über die neuesten Moden, was in Paris oder London als chic gilt und was „man“ auf der Rennbahn jetzt trägt. —

Der subalternste Teil des Lesepublikums ist unstreitig — ebenso wie die Redakteure dieser Kategorie — der des „lokalen“ Teils. In Provinzzeitungen steht hier der Stadtklatsch — das Lieblingsthema nicht nur der Waschfrauen. In der hauptstädtischen Presse tritt dazu noch die widerwärtige Aufmachung der Mordprozesse und der städtischen Verbrecher, sowie sonstiger Unrat, der an anderen Stellen des Blattes nicht gebracht wird.

Einen eigenartigen Typ der Leser stellen die Interessenten des „Sportteiles“ dar. Teils sind es Sportleute von Beruf, teils gewerbsmäßige Totalisatorspieler, denen der Sport gar nichts, der Geldgewinn alles ist. Teils sind es jene Schieberexistenzen, die man an Renntagen in auffallender Kleidung und noch auffallenderem Benehmen nach dem Turf fahren sieht. . . . . .

Nicht immer freilich ist der Leserkreis von so niedrigem geistigen Niveau — im Gegenteil bei angesehenen Zeitungen setzt er sich zum großen Teil aus Gelehrten oder doch wenigstens aus Akademikern zusammen, und deren Interessen sind oft sehr vielseitig. Aber nicht nur das: sie stellen höhere Anforderungen an die Qualität, sie halten nicht zurück mit ihrem Urteil, wenn ihnen der Bericht über die Akademiesitzung nicht gefällt oder in einem Feuilleton eine Jahreszahl oder ein Goethezitat falsch ist. Diese Leser, die einem anständigen Redakteur übrigens viel lieber sind, als das vorher erwähnte Publikum, lesen die Zeitung mit ganz anderem Interesse und vor allem unterscheiden sie sich von dem übrigen Leserkreis dadurch, daß sie meist mitarbeiten. Dieser Kreis beschränkt sich nämlich nicht darauf, die Zeitung zu beziehen, sie halten sich für verpflichtet, ihr zu helfen — teils im Interesse ihrer Wissenschaft, teils im Interesse der betreffenden Schule oder Fakultät, teils freilich auch um eine Lust am Gedrucktwerden zu befriedigen. Kleine Eitelkeiten spielen da zuweilen eine Rolle. Dazu kommt das Bestreben, das schwache Staatsgehalt etwas zu „strecken". Der Interessenkreis dieser Akademiker ist meist besonders groß. Zunächst verlangen sie möglichst umfangreiche Personalnachrichten, d. h. also Ernennungen von Professoren, Geheimräten, Habilitation von Privatdozenten, Berufungen an eine andere Universität, daneben regelmäßig Kritiken der neuen wissenschaftlichen Werke aus möglichst sachverständiger Feder. Ferner soll für sie die Zeitung referieren über alle wichtigen Vorkommnisse aus der wissenschaftlichen Welt, von Südpolfahrten bis zum Relativitätsprinzip, von neuen Wirtschaftstheorien bis zur Entdeckung des künstlichen Kautschuks. Daneben müssen ausführliche Referate gebracht werden über wissenschaftliche Vorträge, Sitzungen gelehrter Gesellschaften und Festsitzungen der Universitäten.

Eine weitere Kategorie von Lesern stellen die Freunde und Jünger der Kunst dar. Diese erstrecken sich von den Bewunderern der Meisterwerke der Plastik bis zu den Futuristen und Kubisten, von den schwärmenden höheren Töchtern, die Moissi oder andere Mimen andichten, bis zu denen, die nur im Film ihren Kunstgenuß befriedigen. Daneben dann die endlose Reihe der Musikfreunde vom Cembalo bis zum Orchester. Alle diese verschiedensten Kunstverehrer verlangen von der Zeitung ausführlich Bericht über „ihr" Spezialgebiet. Wehe der Zeitung, die nicht rechtzeitig berichtet über die Uraufführung im Schauspielhaus oder

über den Film „Die Lieblingsfrau des Maharadja". Und wehe der Zeitung, die es wagt, an Katharina Petronella Schulz-Graudenz Kritik zu üben, weil ihr Geigenspiel von der Art, wie Josef Joachim zu spielen pflegte, sich zu weit entfernt. Der Kritiker, der das gewagt hat, gerade diese Freundin des Hauses zu tadeln, ist ein Dummkopf! Aber wenn einmal eine Kunstausstellung stattfindet, namentlich eine recht moderne, dann warten zahlreiche Leser bescheiden mit ihrem Besuch, bis — die Kritik von Fritz Stahl erschienen ist, lesen sie gründlich und finden dann, daß die Bilder von X „zu wenig Luft" haben, daß die Technik von Y „zu unruhig wirke" usw. Genau wie es Fritz Stahl am Tage vorher gefunden!

Summiert man alle diese Anforderungen an die Presse, dann ergibt sich allerdings eine Vielseitigkeit der Interessen, denen die Zeitung zu dienen hat. Und mit Recht sagt Brunhuber, daß „die Zeitung eine Enzyklopädie der Tagesereignisse sein muß".

„Die Presse wird zum Universallieferanten geistiger Nahrung für ganz große Volksschichten, der nichts anderes neben sich duldet", sagt Bücher unter Hinweis auf den Zeitungsroman als Konkurrenz des Buches, die Beilagen als Konkurrenz der Zeitschrift — eine Auffassung, die freilich nicht ohne Einschränkung gilt.

Welcher Unterschied gegen früher! Was enthielten dagegen die alten Zeitungen, ja sogar noch die Zeitungen unserer Väter. Wie eng begrenzt war der Kreis der Materien, die in die Berichterstattung einbezogen wurden, wie viele Gebiete blieben damals von der Presse überhaupt völlig vernachlässigt! Welchen Raum nahmen damals die Hof- und Personalnachrichten ein!

In der Neuzeit muß man unstreitig, wenn von Vielseitigkeit des Inhalts die Rede ist, den Annoncenteil mit erwähnen, da er ebenfalls in hohem Grade die Interessen zahlreicher Kreise befriedigt. Man denke nur an: Inserate der Theater, der Konzerte, der Vorträge, der wissenschaftlichen Institute, Buchhandlungen, der Unterrichtsanstalten usw.

Entsprechend der immer ausgedehnteren Berichterstattung macht sich auch eine immer größere Spezialisierung innerhalb der Redaktion bemerkbar. Cardanus konnte noch im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts sechs Wochen lang mit einer einzigen Hilfskraft die ganze „Kölnische Volkszeitung" (abgesehen vom Handelsteil) selbst machen! Heute ist das ganz unmöglich. Eine gute Redaktion umfaßt heute meist 25—40 fest an-

gestellte Redakteure. Dazu kommen dann meist noch zahlreiche ständige Mitarbeiter, Rechercheure, Kritiker usw. Die Spezialisierung hat immer weitere Fortschritte gemacht.

Eine besondere Stellung innerhalb der Presse nimmt die Zeitschrift ein. Sie behandelt das Problem tiefer und eingehender als es in der Tagespresse möglich ist.

> „Die Wochenpresse hat die Aufgabe, den Einseitigkeiten und der an sich unvermeidbaren Flüchtigkeit der Tagespresse nachzuhelfen. Jene ist in der besseren Lage, sorgfältig sichten zu können, weil niemand von ihr die Neuheit des dargebrachten Lesestoffes zu fordern berechtigt ist und es nicht darauf ankommt, eine Nachricht zuerst mitgeteilt zu haben. Indem sie auf diesen Anspruch der Tagesblätter Verzicht leistet, gewährt sie die Muße an Stelle des Nebeneinanders des dargebrachten Stoffes, gleichzeitige Neuigkeiten des Hintereinander und die Reihenfolge der Ereignisse vorzutragen und gleichsam einen wöchentlichen Zeitraum in Form einer Chronik der zeitgenössischen Geschichtsschreibung darzubieten[1]."

Löbl betont, daß Nationen mit hoch entwickeltem öffentlichen und geistigen Leben zugleich eine blühende Zeitschriftenliteratur besitzen; bei ihnen macht sich das starke Bedürfnis geltend, die Darbietungen der Tagesblätter nicht ohne Ergänzung aufzunehmen, sondern ihnen in der Wochen- oder Monatsschrift ein Korrektiv gegenüberstellen[2].

Mit den deutschen Zeitschriften und ihrer Eigenart, ihrer Stellung in der deutschen Literatur und der deutschen Journalistik müssen wir uns im Rahmen der Vorlesungen eingehend befassen. Desgleichen mit den Beziehungen zwischen „Buch und Presse".

Das heutige Zeitungswesen wird u. a. dadurch gekennzeichnet, daß sich zwischen dem Herausgeber der Zeitung und dem Leser eine Stelle einschiebt, die Schriftleitung (Redaktion). Das war früher nicht der Fall. Die älteren Zeitungen beschränkten sich darauf, Nachrichten zu geben und diese Nachrichten zu sammeln. Dazu war der Drucker, der zugleich Verleger war, allein imstande. Eine eigene geistige Arbeit war nicht oder doch nur in sehr geringem Umfange erforderlich. Das wird anders vom dem Augenblick an, wo die Zeitungen außer den Nachrichten auch Aufsätze bringen, Leitartikel, Kritiken, oder auch Ergänzungen der eingegangenen Meldungen. Von da ab, wo es sich nicht nur um Sammlung von Materialien handelt, sondern auch um Sichtung und Bearbeitung, entsteht die Redaktion. Freilich nicht sofort, denn auch im Anfang wird der Verleger

---

[1]) Franz v. Holtzendorff, Berlin 1870.

[2]) S. 28.

selbst noch versucht haben, die Aufsätze selbst zu schreiben, Erscheinungen, die man heute noch in Dörfern und ganz kleinen Städten finden kann. Für eine Zeitung, deren Inhalt aber auch nur etwas über das Handwerksmäßige hinausgeht, ist dieser Zustand unmöglich. Hier bildet sich die Arbeitsteilung derart, daß der Verleger den technischen und wirtschaftlichen Teil übernimmt, die Schriftleitung dagegen den geistigen. So entsteht das neue, aber wichtige Zwischenglied, und mit ihm bildet sich auch ein neuer Beruf, der Tagschriftsteller, der Journalist. Dieser Beruf beschränkt sich nun nicht auf die Mitglieder der Redaktion allein. Er dehnt sich auch aus auf den großen Kreis der Mitarbeiter, die zu der Tageszeitung in einem mehr oder minder losen Verhältnis stehen. Die Redaktion entstand erst, als die Zeitungen anfingen, politische Tagesfragen zu besprechen und zu kritisieren (England 1649, später Deutschland, Frankreich nach der Revolution). Von da ab werden die Zeitungen Träger und Leiter der öffentlichen Meinung. Hierbei schiebt sich zwischen Drucker und Leser der Redakteur. Der Verleger wird zum „Händler mit öffentlicher Meinung" (Bücher, S. 279).

Mit der Ausdehnung der Berichterstattung auf die verschiedensten Gebiete erweitert sich zugleich der Kreis der „Rohstofflieferanten", und so kann man heute folgende Stellen unterscheiden, von denen das Material, das der Zeitung zuströmt, herstammt:

a) aus der Redaktion selbst,
b) von den ständigen Korrespondenten,
c) von den Büros der Spezialberichterstatter in den Hauptstädten des In- und Auslandes,
d) von Korrespondenzen und Telegraphenbüros,
e) von freien Mitarbeitern,
f) von Reportern und Rechercheuren.

Befassen wir uns zunächst mit dem wichtigsten Teil, mit dem Journalisten. Wie schon erwähnt, ist dieses Wort der Sammelbegriff sowohl für die Redakteure, als auch für die freien Mitarbeiter. Was für den einen Teil gilt, gilt meist auch für den anderen. Nur sind gewisse Unterschiede vorhanden. Der Redakteur ist in einer etwas an den Beamten erinnernden festen Anstellung, der freie Mitarbeiter führt mehr ein Dasein, das dem

der Künstler nahekommt. Beiden gemeinsam ist aber meist die gleiche soziale und wirtschaftliche Stellung[1]).

Ich werde mich in meinen Vorlesungen eingehend mit dem Beruf des Journalisten beschäftigen, mit seiner Tätigkeit innerhalb der Zeitung und seinen Aufgaben. Zunächst kommt dabei in Betracht eine Darstellung des Tagewerkes, die Durchsicht und Sichtung des eingelaufenen Materials, das Prüfen der eingegangenen Aufsätze und Meldungen, das Redigieren der druckfertigen Arbeiten und die Zusammenstellung der Zeitung. Gerade mit der Arbeit des Redigierens werden wir uns sehr lange beschäftigen müssen; denn sie ist eine sehr wesentliche Tätigkeit des Journalisten. Diese kennen zu lernen ist aber für den Leser nicht minder interessant und wichtig. Wir werden uns alsdann mit den verschiedenen Arten der Redaktion befassen, dem Chefredakteur, dem verantwortlichen Redakteur und den Ressort-Redakteuren. Je bedeutender die Zeitung ist, um so mehr Ressort-Redakteure muß sie beschäftigen.

Karl Becker hat vor einiger Zeit in seinen sehr feinsinnigen Aufsätzen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" sich mit Recht gegen das Spezialistentum gewandt, das sich neuerdings nicht nur in der Wissenschaft, sondern im Leben überhaupt geltend gemacht hat. Überall finden wir einseitig gebildete Spezialisten, die den Zusammenhang mit der Gesamtheit der Wissenschaft verlieren. So berechtigt aber die Forderung Beckers[2]) nach Beseitigung der Spezialisten im allgemeinen und für den Katheder im besonderen ist, so muß doch gesagt werden, daß für das Zeitungswesen der Spezialist von großem Vorteil ist. Gewiß soll der Journalist so vielseitige Kenntnisse haben wie nur möglich, je mehr, desto besser. Aber die Zeiten sind dahin, wo ein Journalist zu gleicher Zeit das ungemein schwierige Gebiet der auswärtigen Politik, der inneren Politik und des Wirtschaftslebens völlig be-

[1]) Die eigenartige Stellung des Journalisten in Deutschland kennzeichnet Bücher sehr treffend, wenn er sagt: Der Journalistenberuf steht zwischen der Tätigkeit der Beamten und derjenigen des Geschäftsmannes in Industrie und Handel. Mit dem Berufe des Beamten teilt er die Notwendigkeit umfassender Vorbildung, entbehrt aber die Ehre der Stellung, welche das Amt mit seinem Einfluß, seinem Titel und seiner sozialen Geltung von selbst mit sich bringt. Mit dem Geschäftsmann verbindet ihn die Eingliederung in eine kapitalistische Unternehmung, ohne daß er direkt an ihrem Gewinn und ihrem Erfolg beteiligt wäre. (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jahrg. 72, S. 309.)

[2]) Vgl. dazu die Broschüre: Gedanken der Hochschulreform (Leipzig 1919), in der Becker seine Aufsätze zusammen veröffentlicht hat.

herrschen kann. Kennen muß er natürlich alle wichtigen Vorgänge der drei erwähnten Gebiete. Aber schreiben soll nur derjenige, der auf dem betreffenden Gebiet in allen Sätteln gerecht ist und bei der Hast, mit der leider im Zeitungsbetrieb gearbeitet werden muß, ist es unmöglich, daß jemand eingehend alle Vorkommnisse auf allen Gebieten verfolgen kann. Deshalb ist es besser, wenn der einzelne Redakteur im Rahmen seiner Tätigkeit in der Zeitung sich mit einem, natürlich nicht zu engen Gebiet, besonders beschäftigt und dort alsdann in der Lage ist, sich erhebliche Kenntnisse anzueignen. Wie schon gesagt, soll das Gebiet nicht zu eng begrenzt sein; aber es darf auch nicht zu umfangreich sein, weil er sonst in der Fülle der Ereignisse ertrinkt. Anders der Chefredakteur. Er soll kein Spezialist sein. Er muß ungewöhnlich großes allgemeines Wissen haben. Er muß Urteilsfähigkeit und die Eigenschaft besitzen, sich schnell mit jeder Materie, mag sie ihm sonst noch so fernliegen, vertraut zu machen.

Für die freien Mitarbeiter gilt die Forderung der Spezialisierung nicht in dem Maße wie für den Journalisten, trotzdem sie auch hier unstreitig gewisse Vorteile hat; der freie Mitarbeiter, der nicht in den aufreibenden Tagesdienst der Presse gespannt ist, hat eher Zeit zur Verfügung, sich in bestimmte Fragen zu vertiefen, als der Tagesschriftsteller.

Im allgemeinen empfiehlt sich eine Zergliederung der Redaktion in großen Zügen in: politische Redaktion, Handelsteil, Feuilletonredaktion, Lokaler Teil. Innerhalb dieser Gebiete muß alsdann wieder eine weitere Teilung erfolgen. Man wird in der Politik Spezialredakteure anstellen für innere und äußere Politik, einen Spezialredakteur für die Parlamente. Vielleicht nimmt man noch eine Zergliederung vor in einen Teil der Redaktion, der speziell die Angelegenheiten des Reiches behandelt und einen, der sich mit den Bundesstaaten befaßt.

Im Feuilleton wird man die Spezialisierung in der Weise vornehmen, daß ein Redakteur sich besonders mit dem Theater beschäftigt, ein anderer mit der bildenden Kunst, einer mit der Literatur usw.

Besonders zergliedert ist oft der Handelsteil, was ja nicht weiter verwunderlich ist, wenn man bedenkt, wie vielgestaltig heutzutage das Wirtschaftsleben ist. So erscheint es dem Laien vielleicht verwunderlich, daß in den Handelsteilen großer Tageszeitungen oft genau so viel Redakteure tätig sind, wie in sämtlichen anderen Teilen der Zeitung zusammen. Man findet

da einen Spezialredakteur für die Börse und das Bankwesen, je einen Fachredakteur für den Warenmarkt und den Welthandel, für die Industrie und ihre Organisationen. Oft sogar noch einen besonderen Redakteur für das ebenso wichtige wie schwierige Gebiet der Montanindustrie.

Über alle diese einzelnen Unterabteilungen der Schriftleitung werde ich im Laufe der Vorlesung sprechen, namentlich über das Arbeitsgebiet der erwähnten Ressort-Redakteure. Darüber hinaus werden wir uns mit der Stellung der Mitarbeiter in der Presse befassen und zwar sowohl mit den ständigen Mitarbeitern, den Korrespondenten und den gelegentlichen Mitarbeitern. Alsdann werde ich dazu übergehen, eine Darstellung der Stellung der Redakteure im öffentlichen Leben zu geben und in der Presse im besonderen.

Das Bild, das Sie, meine Damen und Herren, alsdann von den Journalisten bekommen, würde aber unvollständig sein, wenn ich nicht noch mit einigen Worten der eigenartigen *Stellung der Journalisten in der Gesellschaft* gedenken würde, die ja keineswegs als befriedigend anzusehen ist. Man hat oft über das mangelnde soziale Standesbewußtsein der Redakteure geklagt. Man hat Vergleiche gezogen zwischen der glänzenden Organisation unseres deutschen *Ärzte*standes mit seinen für die Hebung des Standes sehr wesentlichen Einrichtungen wie: Ärztekammern, Ehrengerichte und dergleichen, Einrichtungen, die leider dem Journalistenstande bis heute gefehlt haben. Gerade die mangelnde Organisation ist zum Teil die Ursache dafür, daß in Deutschland der Journalist nicht so bewertet wird, wie er es vielfach verdient. Deshalb werden wir uns auch hier an dieser Stelle besonders eingehend der Frage der *Organisation der Journalisten* in Deutschland zuwenden müssen. Ich werde einen kurzen Überblick geben über die verschiedenen Vereinigungen, die die Journalisten gegründet haben und die, so gut sie an sich sein mögen, bis jetzt keineswegs die Anforderungen erfüllen, die man an sie stellen muß. Deshalb ist es zu verstehen, wenn in Kreisen der Journalisten so oft die Forderung nach einem *gewerkschaftlichen Zusammenschluß* erhoben wurde, eine Forderung, die früher wenig Aussicht auf Verwirklichung hatte, da im Journalismus zu verschiedenartige Elemente tätig sind, die sich oft gar nicht organisieren lassen. Auch muß man bei einem Vergleich mit anderen Berufen, namentlich mit dem Ärztestande, berücksichtigen, daß es im Journalismus zuviel *Außenseiter* gibt, die imstande und willens

sind, Bestrebungen der Journalisten auf Verbesserung ihrer Lage aus unschönen Motiven heraus zu durchkreuzen. Ich denke dabei namentlich an die zahlreichen nichtdeutschen Journalisten, die schon jetzt in bedrohlicher Weise den deutschen Journalistenstand durchsetzen, namentlich die aus Galizien und Ungarn stammenden Elemente, deren Auffassung von Ehre und Moral der Presse leider von der der deutschen Journalisten himmelweit entfernt ist.

Ein weiterer Grund für die mangelnde Achtung, die den Journalisten in Deutschland entgegengebracht wird, ist darin zu suchen, daß in der Presse oft Menschen tätig sind, die besser ferngeblieben wären. Ich meine dabei die Menschen in subalternen Stellungen wie: Reporter, Rechercheure usw., das heißt also, jene Arten von Journalisten, die meist keine eigene geistige Arbeit verrichten, desto mehr aber mit der Außenwelt in Berührung kommen. Für den Journalisten, der Wert auf die Ehre der Presse legt, ist es kein erfreuliches Bewußtsein, zu sehen, wie bei Festessen, offiziellen Veranstaltungen und dergleichen die Presse oft vertreten ist — ein Problem, von dem noch die Rede sein wird.

Wollen wir die soziale Lage der Journalisten richtig erfassen, dann müssen wir uns auch mit den Verhältnissen derjenigen Mitarbeiter beschäftigen, die nicht in der Redaktion selbst tätig sind, sondern als Spezial-Berichterstatter oder als Korrespondenten an anderen Plätzen sitzen. Auch hier finden wir sehr viel verbesserungsbedürftig. Namentlich den Berichterstattern in Provinzstädten fehlt es oft an der genügenden Bildung an Vorkenntnissen und einer Kritik für das, was wichtig und unwichtig ist.....

Für eine Zeitung kommt es nicht darauf an, daß alles gemeldet wird, sondern nur das, was von allgemeinem Interesse ist. Weiter ist notwendig, daß das, was gemeldet wird, kurz und in der Form klar ist. Hiergegen verstoßen aber leider die Korrespondenten der Zeitungen sehr erheblich, und gerade auf diesem Gebiet ist die „Zeilenschinderei" sehr häufig zu treffen. Ein weiterer Übelstand ist, daß bei den auswärtigen Mitarbeitern oft die rasche Bedienung der Zeitung auf Kosten der Güte und Zuverlässigkeit des Beitrags erfolgt. Das ist hier um so bedenklicher, weil der Redakteur, der nicht am Platze des Ereignisses sitzt, meist keine Möglichkeit der Nachprüfung hat.

Will man aber den Journalismus und die Presse überhaupt verstehen, dann genügt es nicht, wenn wir nur die Probleme, die

ich eben angedeutet habe, erörtern, sondern wir müssen tiefer dringen, wir müssen versuchen, eine Psychologie des modernen Journalisten, und zwar sowohl des deutschen als auch des ausländischen, zu geben. Ich bin mir bewußt, daß eine solche Psychologie im Hinblick auf die Verschiedenartigkeit der Personen, die in der Presse tätig sind, ungemein schwierig ist. Trotzdem werden wir hierauf nicht verzichten können. Sie ist nicht nur zum Verständnis des ganzen Zeitungswesens erforderlich, sie ist auch für die von Wichtigkeit, welche die Absicht haben, später einmal in irgendeiner Form in die Dienste der Presse zu treten. Noch fehlt uns bis heute ein gutes Werk über die Psychologie des Journalisten; wir haben bis jetzt erst einen Ansatz in der sehr lesenswerten Studie des österreichischen Schriftstellers J. J. David[1]). Dieser versucht, den Journalisten vom psychologischen Standpunkt aus zu betrachten. Allerdings sieht er das Objekt seiner Untersuchung etwas pessimistisch an, was aber im Hinblick darauf, daß der Verfasser in der Hauptsache die österreichischen Zeitungen im Auge hat, nicht verwunderlich ist. Aber recht gut ist das Bild, das David von dem Journalisten im allgemeinen gibt, wenn er betont, daß oft Menschen, an deren Befähigung vom journalistischen Standpunkt aus die Wissenden und Urteilsfähigen durchaus zweifeln mußten, durch Zufälligkeiten und durch Launen der Eigentümer an die Spitze von Zeitungen gestellt wurden, wo sie Erfolge gehabt haben, besser als andere, weil sie im Bewußtsein ihrer eigenen Geringwertigkeit sich nichts wünschten, als den Geschmack des großen Haufens zu erringen[2]).

Andererseits seien Männer mit großen Aussichten zu solchen Aufgaben berufen worden und hätten versagt, weil in ihren Händen das zerbrach, was eine gute Waffe hätte sein sollen. Mit Recht sagt David:

> „Jene Summe von Begabung und Gemütseigenschaften, die allein zusammengenommen den geborenen, den großen Chefredakteur ausmachen, wird immer selten sein. Die sind zu zählen, die sich in deutschen Landen, da Zeitungswesen wahrhaft üppig genug wuchert, als Zeitungsgründer namhaft und bemerkbar gemacht haben[3])."

Über die Begabung des Journalisten heißt es:

> „Die Gabe einer vollkommen sicheren und immer willigen Hand, einer stets bereiten und nicht gleich zu verwirrenden Aufnahmefähigkeit und Empfänglichkeit ist hier Grundbedingung und keineswegs so allgemein

---

[1]) Die Zeitung in der Sammlung der Gesellschaft.

[2]) S. 11.

[3]) S. 12.

wie man annehmen sollte. Sie genügt aber an sich noch lange nicht, unabgenützte Nerven müssen hinzukommen, eine ansehnliche Spannkraft, wie sie eigentlich nur der ersten frischen Jugend eigen, um den vielen wechselnden Aufregungen des Berufes nur bald zu erliegen. Die Intelligenz muß groß genug sein, alles zu fassen und zu begreifen, wiederum so schmiegsam, um sich ohne Hast und ohne Frage dem Überlegenen sicher unterzuordnen[1]."

Daß man im Auslande, zum Teil auch bei unseren früheren Bundesgenossen, eine Auffassung vom Journalismus hat, die sich von der unserigen weit entfernt, wurde schon gesagt. Dieser Unterschied kommt auch zum Ausdruck in dem sonst sehr wertvollen und inhaltreichen Werk des Österreichers Wilhelm Bauer über die „öffentliche Meinung", wenn der Verfasser schreibt:

„In unserem nach materiellen Gütern ringenden Dasein werden sich auch charakterfesteste Journalisten hüten, die Übelstände einer Bahn, einer Fabrik, einer Bank in alle Welt hinauszurufen, wenn diese Institute Tausende an Reklame und Veröffentlichungen seinem Blatte einbringen. Hier übt der Abnehmer eben eine gewisse Zensur aus, die, ohne behördlich zu sein, nicht minder hemmend sein kann als etwa die staatliche[2]."

Und in ähnlichem Sinne schreibt auch Max Garr in Wien: „Jede Kritik muß in der Zeitung schweigen, wenn als Repressalie die Entziehung eines Druckauftrages droht; denn Buchdruckerei und Zeitung sind eins, und der Besitzer will verdienen."

Gegen eine derartig gleichmäßig korrupte wie subalterne Gesinnung kann nicht scharf genug Stellung genommen werden. Der anständige deutsche Journalist lehnt es mit Recht entschieden ab, diese Auffassung sich zu eigen zu machen. Kein Verleger eines Blattes, der Ansehen hat, darf es wagen, dem Redakteur Zumutungen zu machen, die aus Inseratenrücksichten diktiert sind, und in meiner langjährigen Praxis im deutschen Zeitungswesen ist nicht ein einziges Mal entfernt der Versuch gemacht worden, meine Kollegen oder mich in dieser Weise zu beeinflussen. Daß es leider auch in Deutschland Zeitungen gibt, in denen Rücksicht auf den Inseratenteil genommen wird, ist nicht zu bestreiten, aber zu den angesehenen und anständigen sind diese nicht zu rechnen. In Österreich ist das anders. Hier sagt ja auch Garr mit Recht, daß dort direkt kapitalistische Beteiligungen von Banken an Zeitungsunternehmen seit geraumer Zeit eine ziemlich alltägliche Erscheinung sind (Seite 39).

---

[1]) S. 21.

[2]) S. 281.

Über diese Probleme wird namentlich bei meinen Ausführungen über die Verleger einiges zu sagen sein. —

Feine Worte hat auch Robert Brunhuber über den Journalisten gefunden, der selbst einer der besten Journalisten gewesen ist, die die deutsche Presse aufzuweisen hat. Mit Recht sagt er, daß die oft gehörte Bemerkung, ein Journalist müsse in allen Sätteln gerecht sein, den geistigen und sozialen Ruin des gesamten Standes der Zeitungsleute darstelle. Brunhuber meint demgegenüber, daß wohl in einem Chefredakteur eine Zentralinstanz der Verwaltungsleitung und Direktive geschaffen werden könne, daß die Entscheidung in allen einzelnen sachlichen Fragen aber den Fachleuten überlassen bleiben müßte. Der Redaktionsstab in seiner Gesamtheit muß die sachlich maßgebende Stelle sein. Durch den Zusammenklang der Meinungen aller Ressorts entsteht die „Meinung der Zeitung“.

Eine treffende Charakterisierung des Journalisten gibt ferner Artur Fürst — ein ausgezeichneter Journalist und feiner Stilist — im „Jubiläumswerk für Rudolf Mosse“. Fürst schildert zunächst, wie ein hochgespannter elektrischer Strom von dem Punkte, an dem er erzeugt wird, ruhig und unauffällig durch die Leitungen fließt. Endlich komme er an eine Stelle, wo die starke Spannung zwischen den verschiedenpoligen Leitungen sich ausgleichen kann. Die Folge davon sei, daß prachtvolle Blitze hinüberfeuern und ringsum die ganze Gegend beleuchten. Diesen Vorgang vergleicht Artur Fürst mit dem Leben des Journalisten, indem er schreibt:[1]

> „Der Zeitungsschilderer, dem es ernst um seine Arbeit ist, fühlt oft in seinem Innern Vorgänge, die jenen in einer Hochspannungsleitung sehr ähnlich sind. Wenn er irgendwo draußen einem bedeutsamen, wirkungsvollen Ereignis beiwohnt, fühlt er in seinem Herzen eine Potentialdifferenz entstehen. Sein Inneres steht nun unter Spannung. Diese innerliche Spannung trägt der Journalist dann, indem er sorgfältig acht gibt, daß sie ungemindert und isoliert bleibt, über viele Kilometer hinweg, bis zu seinem Schreibtisch. Hier, beim Niederschreiben, gleicht die Potentialdifferenz sich in lebhaft zuckenden Blitzen aus, die das zu schildernde Ereignis klar und scharf beleuchten. Wenn der Aufsatz für die Zeitung bis zum letzten Punkt vollendet ist, fühlt der Schilderer, daß die Spannung in seinem Innern aufgehört hat — und nun erst wird er inne, daß er seit acht Stunden keinen Happen gegessen hat.“

Ein Problem, das bisher in der Literatur noch nicht gewürdigt wurde, ist das Verhältnis von Rasse und Journalis-

---

[1]) Mosse-Jubiläum, S. 30.

mus. Eine Untersuchung über Zusammenhänge auf diesem Gebiet erscheint aber um so notwendiger, als doch unverkennbar sich die Rasseeigenschaften der verschiedenen Völker in ihrer Presse widerspiegeln. So hat der temperamentvolle, sensationsbedürftige Franzose eine ganz andere Presse, als der kaltblütigere, mehr betrachtende Deutsche. Der Amerikaner, dem nichts schnell genug gehen kann, prägt seiner Presse einen ganz anderen Stempel auf als der Engländer. Die österreichische Presse unterscheidet sich ganz erheblich durch die Art ihrer Aufmachung von der etwas nüchternen Art, mit der die Schweizer ihre Zeitungen herzustellen pflegen.

Eine weitergehende Untersuchung dieses Problems kann zu wichtigen Ergebnissen führen, weshalb wir uns im Rahmen unserer Vorlesungen auch hiermit befassen müssen[1]).

Manch' Wörtlein wird zu sagen sein über Anstand und guten Ton in der Presse. Hier liegt nicht nur bei uns in Deutschland, sondern bei der Presse aller Länder viel Zündstoff angesammelt. Findet man doch in Zeitungen, deren Redakteure wirklich den Anspruch darauf machen können, gebildete Menschen zu sein, oft eine Form der Kritik und Polemik, die auf jeden denkenden Leser abstoßend wirken muß. Über die Kritik wird an anderer Stelle noch zu sprechen sein. Sie soll jeder Gehässigkeit und vor allem jeder Schnoddrigkeit entbehren. Sie kann ruhig satirisch gehalten sein; aber der Kritiker muß sich stets der Folgen seiner Kritik bewußt bleiben. Je ruhiger und sachlicher die Kritik gehalten ist, um so mehr wirkt sie. Das gleiche gilt auch von der Polemik. Besonders ausfallend pflegen Redakteure zu sein, wenn sie Kritik an ihren Fachgenossen üben. Dieselben Redakteure, die am Abend vorher noch im „Verein Berliner Presse" am Biertisch nebeneinander gegessen haben, befehden sich am nächsten Morgen oft in der tollsten Weise, so daß im Leserkreise der Eindruck hervorgerufen wird, daß sie sich beide mit Erbitterung und Haß gegenüberstehen. Das Publikum hat indes an derartigen Pressepolemiken weder das Interesse noch die Freude, die die Journalisten selbst haben, und deshalb wäre es wirklich einmal an der Zeit, darüber nachzudenken, ob man das sich gegenseitige Bewerfen nicht auf ein Mindestmaß beschränken, vielleicht sogar

[1]) Vgl. hierzu auch das Werk von Werner Sombart, „Die Juden und das Wirtschaftsleben", sowie den Aufsatz Heinrich von Treitschke's „Radikalismus und Judentum".

ganz unterlassen kann; denn das durch gegenseitige Zeitungspolemik das Ansehen der Presse vor der Außenwelt gehoben wird, kann doch wohl niemand behaupten. . . .

Weiter wäre es angebracht, wenn die Angriffe, die die Presse gegen Personen des öffentlichen Lebens richten zu müssen glaubt, in etwas andere Form gekleidet werden, und zwar gilt das für die Presse aller Parteien. Jeder sieht in dem sachlichen Gegner einen Feind, den er vernichten zu müssen glaubt, und wenn man sich einmal die Kritiken der deutschen Presse an unseren führenden Männern ansieht, dann muß man allerdings sagen, sie verraten teilweise einen außerordentlich geistigen Tiefstand. Natürlich schwebt mir nicht etwa eine Kirchhofsruhe in der Presse vor, derart, daß überhaupt keine Angriffe mehr erfolgen sollen. Davon kann gar keine Rede sein. Das Wesen des politischen Lebens gipfelt im Kampf, und wo gehobelt wird, da fallen Späne. Aber es ist doch erwägenswert, ob man nicht zu etwas vornehmeren Kampfesmethoden übergehen kann, als es bisher der Fall war, ob man nicht den, den man sachlich bekämpft, als Mensch genau so hoch schätzen kann, wie seinen eigenen Parteigenossen. Ich weiß, daß die unsympathische Form des Parteikampfes nicht Alleinbesitz der Presse ist. Sie findet sich in Wahlversammlungen und auch sonst wo. Aber es wäre doch vielleicht gut, wenn die Presse hier bahnbrechend vorangehen würde. Sie könnte sich in der Tat ein Verdienst erwerben, wenn sie veredelnd auf die Kampfesmethode einwirkt. Alles, was zur Verhetzung im Innern gedient hat, kommt auf dieses Konto.

Weiter könnte eine Verbesserung gegenüber der Behandlung privater Angelegenheiten in der Presse eingeführt werden. Die Klatsch- und Sensationsgeschichten des sogenannten „Lokalteils" bilden hierfür ein trauriges Beispiel. Der Journalist muß sich stets den Grundsatz vor Augen halten: „Es gibt im Heiligtum der Ehre ein Allerheiligstes, des Andern Ehre". Wenn er diesen Grundsatz beherzigt, dann wird er manches aus dem Privatleben nicht veröffentlichen, was er gegenwärtig nicht unterdrücken zu können meint. Freilich gibt es hier keine Normen. Hier hängt alles von dem Taktgefühl des Journalisten ab. Der eine wird Meldungen oder Nachrichten aus dem Privatleben hochstehender Persönlichkeiten mit wichtigen politischen Motiven begründen, ein anderer dagegen wird den Standpunkt vertreten, daß das Privatleben eines Mannes, der in der Öffentlichkeit steht, nicht in

die Presse gehört. Mit Verschärfung des Strafrechtes ist hier eine Besserung nicht zu bewirken. Auch hier hängt alles von der Selbstzucht des Journalisten ab.

Das gleiche gilt von der Wahrheitsliebe der Presse. Es gibt keine Zeitung der Welt, die nicht schon irgendeiner falschen oder sagen wir ungenauen Nachricht zum Opfer gefallen wäre. Das läßt sich bei der Hast, mit der im Zeitungsbetriebe gearbeitet wird, und bei der Unzahl der Mitarbeiter nicht vermeiden. Dann soll aber auch die Presse den Mut haben, falsche Nachrichten richtigzustellen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß ein Mann, wie Bücher, sagen kann:

> „Gibt es doch Redaktionen, welche grundsätzlich nicht berichtigen, was einmal in ihrem Blatte gestanden hat und würden ihnen auch faustdicke Irrtümer nachgewiesen."

Leider hat Karl Bücher auch hier wieder allzu recht. Die Presse muß soviel Anstand besitzen, daß sie, ohne daß ihr mit dem Berichtigungsparagraphen gedroht wird, Irrtümer richtigstellt. Andererseits darf man aber doch nicht unerwähnt lassen, daß der Berichtigungsparagraph sehr häufig mißbraucht wird. Wenn man z. B. an einem Schwindler oder Börsenschieber eine berechtigte sachliche Kritik geübt hat, so kann man sich darauf verlassen, daß am nächsten Tage irgendein Rechtsanwalt mit einer „Berichtigung auf Grund des Gesetzes" erscheint und glaubt, die Redaktion zum Abdruck der Berichtigung zwingen zu können, trotzdem von vornherein zu erkennen ist, daß diese Berichtigung auf Unwahrheit beruht; denn das Pressegesetz zwingt den Journalisten, auch dann eine Berichtigung zu bringen, wenn er genau weiß, daß sie Unwahrheiten enthält. Gewiß gibt es hiergegen Maßregeln. Der Journalist kann die Berichtigung durch einen Zusatz so entwerten, daß der Leser weiß, woran er ist. Immerhin bedeutet der Berichtigungsparagraph unter Umständen eine schwere Fessel des Journalisten — wenn unsere Juristen imstande wären, eine Richtigstellung anzufertigen, die den Anforderungen des Pressegesetzes entspricht. Das ist nun merkwürdigerweise nicht der Fall. In einer mehr als zwölfjährigen Praxis habe ich überhaupt nur eine einzige dem Pressegesetz entsprechende Berichtigung zu sehen bekommen! Im Zusammenhang mit den Erörterungen über die preßrechtlichen Bestimmungen in Deutschland werde ich daher versuchen, zu zeigen, worauf es bei einer Berichtigung ankommt und welche Anforderungen das Gesetz in dieser Beziehung stellt. —

Trotz aller Schwierigkeiten, die der Journalismus bietet, trotz aller Anforderungen und trotz der ungewöhnlich langen Arbeitszeit, die er erfordert — eine Arbeitszeit, die die aller anderen geistigen Berufe meist erheblich überschreitet —, fühlt sich der Journalist in seinem Berufe, wenn er wirklich Journalist ist, wohl. Das erkennt auch David an, wenn er so schön sagt:

„Wer aber, in welcher Stellung und in wie eingeengtem Wirkungskreis er immer eine Zeit im journalistischen Dienst verbracht hat, der taugt kaum mehr für einen anderen Beruf. Sonderbar genug, wohin er immer sich gestellt sieht, er fühlt sich degradiert dem gegenüber, was er früher trieb. Er ist der Aufregungen, komprimiert in jedem Sinne, zusammengedrängt in die kürzeste, atemloseste Weile, zu sehr gewohnt, liebt das Schlendern in den vielen durchaus notwendigen Pausen zu sehr, als daß er sich, wo immer, einheimen könnte, da man eine immer gleiche Leistung von ihm begehrt[1]."

Damit trifft David durchaus in vieler Beziehung das Richtige. Mag der Beruf des Journalisten noch soviel Unangenehmes, oft sogar direkt Widerwärtiges bringen, läßt er den in ihm Tätigen auch nie zur Ruhe kommen, den wahren Journalisten fesselt er und läßt ihn aus seinen Klammern meist nicht los.

Obgleich der deutsche Journalist im allgemeinen sich keiner besonderen Wertschätzung in Deutschland erfreut — man denke nur an die zahlreichen abfälligen Urteile über deutsche Journalisten —, so muß doch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der deutsche Journalist in seiner überwiegenden Mehrzahl in moralischer Beziehung turmhoch über seinen ausländischen Kollegen steht.

Wenn ich vorhin sagte, daß die deutsche Presse zu ihrem größten Teile unbestechlich ist, so liegt das nicht zum wenigsten an der sittlichen Auffassung unserer Journalisten, die jede Beeinflussung oder gar Bestechung weit von sich weisen. Dabei fehlt es auch in Deutschland keineswegs an Versuchen, Zeitungen in dieser oder jener Weise zu beeinflussen. Natürlich soll nicht bestritten werden, daß der eine oder andere Journalist dieser Versuchung erliegt; aber das sind nur Ausnahmen, die die Regel bestätigen; die Mehrheit der deutschen Journalisten ist moralisch einwandfrei.

Wenn die Presse, besonders in Deutschland, nicht die Achtung genießt, die sie verdient, so spielt hier, wie schon angedeutet, zu einem Teil die Verwechslung zwischen Reporter und Redakteur eine Rolle. Das Publikum beurteilt sehr häufig die Redakteure

---

[1]) S. 22.

nach den Persönlichkeiten, die es in der Öffentlichkeit kennen lernt. So sieht z. B. die Außenwelt die eigentlichen Redakteure viel seltener als die Lokalredakteure, Festberichterstatter, Korrespondenten und dergleichen. Hier haben wir es allerdings sehr häufig nicht mit dem besten Material zu tun. Sowohl Chefredakteur als auch namentlich Verleger begehen meist den Fehler, die gesellschaftliche Stellung des Reporters nicht genügend zu berücksichtigen. Es werden für diese Zwecke minderwertige Kräfte angestellt, deren Auftreten in der Öffentlichkeit sehr oft abstoßend wirken muß. Man sehe sich doch einmal an, wie die Presse bei öffentlichen Veranstaltungen, Vorträgen, Begräbnissen großer Persönlichkeiten, Gerichtsverhandlungen und dergleichen vertreten ist. Gewiß sind darunter auch Personen, die Schreibgewandtheit haben, auch solche, die Kenntnisse besitzen. Ihnen fehlt aber sehr häufig das achtunggewinnende Auftreten, und sie tragen zu einem nicht geringen Teil Schuld an der Auffassung von der Stellung der Redaktion. Freilich hat man es hierbei auch meist mit der sogenannten „dritten Garnitur" zu tun. Bei „größeren" Veranstaltungen, wichtigen Versammlungen erscheinen die Redakteure selbst, bei ganz wichtigen Vorkommnissen sogar die Chefredakteure. Aber die Natur der Sache bringt es mit sich, daß der breite Kreis des Publikums mit diesen wirklichen Redakteuren weniger zusammen kommt als mit den sogenannten Reportern.

Ein Beispiel dafür, daß auch die Presse in durchaus standesgemäßer Weise vertreten sein kann, haben die Verhandlungen der Friedensdelegation zu Versailles gezeigt. Dort war meist die „erste Garnitur" der Presse vertreten. Damit hängt es denn auch zusammen, daß sich die Berichterstattung im großen und ganzen einwandfrei vollzog, daß die Zeitungen von den Tartarennachrichten frei waren, die sonst bei öffentlichen Ereignissen sehr häufig die Blätter füllen. Die Berichterstattung für die deutsche Presse stand turmhoch über demjenigen, was gleichzeitig die französische Presse leistete.

Die Mitglieder der Friedensdelegation, die nach Frankreich kamen, hatten Gelegenheit, die Arbeit der französischen Presse in der Nähe zu beobachten, konnten daher interessante Vergleiche ziehen. Was die französische Presse sich an Erfindungen, Übertreibungen, Entstellungen, Takt- und Geschmacklosigkeiten geleistet hat, läßt sich überhaupt nicht beschreiben, ist aber, wie gesagt, für den keine Überraschung, der die französische Presse auch sonst verfolgt hat.

Bis in alle Einzelheiten wurde die Ankunft der Friedensdelegation geschildert, jede Handbewegung, jede Verbeugung wiedergegeben, daneben fortlaufend Schilderungen der Kleidung, namentlich der Sekretärinnen und Schreibmaschinendamen. Und diese Schilderungen waren fortwährend begleitet von Meldungen, die für jeden einigermaßen denkenden Menschen schon als Unsinn erkennbar waren. Besonders lustig war in dieser Beziehung eine Meldung der Pariser Presse, daß sich unter den Mitgliedern der Delegation auch der Bruder des früheren Kaisers befinde, der Prinz Heinrich! Selbst für einen Franzosen mußte es doch klar sein, daß diese Nachricht aus der Luft gegriffen war. Das hinderte aber die französische Presse nicht, eine solche Meldung zu bringen, und am nächsten Tage verstieg sich sogar eine Zeitung zu der Nachricht, daß sich Graf Brockdorff-Rantzau bei dem französischen Polizeikommissar erkundigt habe, ob es wahr sei, daß der Prinz Heinrich zur Friedensdelegation reise! Wieviel politische Unfähigkeit gehört wohl dazu, um eine derartige Nachricht in die Welt zu setzen. Entstanden ist sie dadurch, daß bei der Friedensdelegation sich ein höherer Marineoffizier, der Kommodore Heinrich befand und die findigen Pariser Reporter hieraus Prinz Heinrich gemacht hatten.

Auch sonst leisteten sich die französischen Reporter die tollsten Sachen. Sie interviewten die Kellner des Speisewagens, der die Friedensdelegation nach Paris gebracht hatte und erkundigten sich, wieviel Mahlzeiten die Deutschen eingenommen hatten, ob sie Sekt tranken usw. Geradezu komisch mußte es auf die Deutschen wirken, wenn sie sahen, wie sie bei ihrer Ankunft von einigen Dutzend Reportern umringt wurden, die von allen Seiten versuchten, in der Dunkelheit zu knipsen und zu kurpeln, ganz gleichgültig, wer von der Kamera getroffen wurde; die Hauptsache war, daß sie irgendein Bild von der Friedensdelegation fixierten. Und bereits am nächsten Morgen brachten zwei französiche Zeitungen, das „Echo de Paris" und „Exelsior" photographische Aufnahmen von der Ankunft der Delegation. Journalistisch war das zweifellos eine Leistung, in technischer Beziehung aber stellten diese Aufnahmen ein schlimmes Stümperwerk dar; denn niemand war auf dem Bilde zu erkennen. Es waren total verschmierte und unklare Bilder; aber die Sensationslust der Franzosen war durch sie befriedigt. . . . .

Von solcher Sensationshascherei haben sich erfreulicherweise die deutschen Journalisten ferngehalten, und wenn in der

Berichterstattung über Versailles zwei Taktlosigkeiten vorgekommen sind, so rührten diese nicht von reichsdeutschen Journalisten her, sondern von solchen, deren Wiege in der Nähe der Karpathen gestanden hat. Bei diesen sind allerdings erhebliche Verstöße gegen das Anstandsgefühl der Presse vorgekommen. Das schlimmste in dieser Beziehung war ein fingiertes Interview eines österreichischen Journalisten, sowie ein belauschtes Privatgespräch, das zu einem Interview aufgebauscht wurde.

Die deutsche Presse muß sich klar darüber sein, daß durch solche Taktlosigkeiten ihr Ruf schwer leidet, und es wäre Aufgabe der Presseorganisationen gewesen, solche Vergehen entsprechend zu ahnden. Das kann unter anderem auch dadurch geschehen, daß in Zukunft bei derartigen Anlässen Journalisten ausgeschlossen werden, die sich bei früheren Gelegenheiten Handlungen haben zuschulden kommen lassen, die gegen den Ehrbegriff der deutschen Journalisten verstoßen. Hätte man diesen Maßstab angelegt, so würden einige Herren, die als Pressevertreter in Versailles erschienen, von vornherein von der Mitfahrt ausgeschlossen gewesen sein. Leider ist bis jetzt der Ehrbegriff im deutschen Journalistenstande noch nicht so ausgebildet, wie es notwendig wäre. Will aber die Presse die gesellschaftliche Stellung erlangen, die ihr zukommt, dann kann sie auf die Dauer hierauf nicht verzichten; sie muß unbedingt die Ehrgerichtsbarkeit entsprechend ausbauen und alle die Journalisten dauernd aus dem Stande ausschließen, die sich einer Handlung, die mit der Ehre des Journalisten im Widerspruch steht, schuldig machen.

Diese Ehrengerichtsbarkeit müßte sich aber nicht nur auf die Journalisten erstrecken, sondern ihre Aufmerksamkeit auch auf die Zeitungen selbst lenken. Ich denke dabei natürlich nicht an die großen Tageszeitungen, für die eine solche Aufsicht nicht in Betracht kommen kann, als vielmehr an die zahllosen Winkelblättchen, die wir leider in Deutschland besitzen. Es ist eine Schmach, daß in Deutschland immer noch so viele Skandal- und Revolverblätter existieren und daß diese Zeitungen überhaupt lebensfähig sind. Wird das Ehrengericht der deutschen Presse ausgebaut, dann muß es möglich sein, alle die Blätter, deren Skandal- und Revolvercharakter einwandfrei feststeht, zu unterdrücken. Leider schießen aber seit der Revolution derartige Winkelblättchen wie Pilze aus der Erde. Ein Blick auf den Zeitungs-Kiosk lehrt uns in dieser Beziehung genug. Blättchen wie: „Der Galgen", „Die freie Liebe" haben absolut keine Existenzberechtigung,

und es wäre zu erwägen, ob man nicht von seiten der Regierung den Presseorganisationen das Recht verleiht, solchen Skandalblättern dadurch den Garaus zu machen, daß man ihnen die Zuwendung von Papier, Kohle und Licht entzieht. Denn das in dieser Beziehung die Pressefreiheit, von der im Laufe der Vorlesung noch eingehend die Rede sein wird, Schattenseiten hat, kann niemand bestreiten. Man denke nur an die Beunruhigung, die durch die Notiz eines solchen Revolverblattes in Berlin hervorgerufen wurde, wonach in Berlin „Kinderfleisch zu Ziegenwurst" verarbeitet worden sei. Schon eine solche Notiz müßte genügen, um dauernd den Herausgeber bzw. den Redakteur einer solchen Zeitung aus dem Pressestand auszuschließen. Schwingt sich die Presse nicht zu einer derartigen Organisation auf, dann kann sie sich nicht beklagen, wenn sie in Deutschland nicht die Achtung genießt, die andere Berufe mit Recht in Anspruch nehmen.

Das Wort „Planwirtschaft" ist bei uns etwas abgenutzt, um so mehr als vielfach ihm etwas ganz anderes unterlegt wird, als was ursprünglich beabsichtigt war. Aber hier wäre für die Presse die Möglichkeit, durch Überwachung der periodischen Druckschriften eine „Planwirtschaft der Moral" zu treiben, von der sie selbst die größten Vorteile hätten. . . . .

Ein sehr wichtiges Problem ist auch die Frage, ob der Redakteur lediglich Journalist oder ob er nicht daneben auch noch Politiker, Volkswirt, Wirtschaftspolitiker sein muß. Ich weiß, daß der Standpunkt, den ich einnehme, nicht von allen Berufskollegen geteilt wird; aber gerade deshalb werden wir uns an dieser Stelle sehr ausführlich mit diesem Gedanken befassen müssen. Ich meine damit folgendes:

Es kann sehr oft vorkommen, daß ein gewisser Konflikt zwischen der journalistischen Aufgabe und den Bedenken entsteht, die der Politiker haben muß. Z. B.: Ein Journalist erfährt von irgendwelchen geheimen Plänen der Regierung. Er hört irgendwelche private Bemerkungen eines Staatsmannes, die von erheblicher politischer Bedeutung sind. Betrachtet sich der Redakteur nur als Journalist — und das tun sehr viele —, dann wird er das, was er erfahren hat, auf dem schnellsten Wege in seiner Zeitung verwenden, sei es in Form einer Nachricht oder sei es, daß er das Gehörte in einen Leitartikel ohne Quellenangabe hineinverarbeitet. Fühlt aber der Journalist, daß er gleichzeitig Politiker sein muß und nicht nur Zeitungsmann, dann wird er sich zunächst einmal über die Wirkung seiner Veröffentlichung klar sein müssen,

und dann entsteht der Gewissenskonflikt. Als Politiker muß er sich sagen, daß die Veröffentlichung unter Umständen von erheblichen Folgen begleitet sein kann; sie kann unter Umständen gewisse Pläne der Regierung durchkreuzen, oft sogar der Politik des eigenen Landes gefährlich sein, und er wird alsdann zu der Überzeugung kommen, daß es besser ist, die Veröffentlichung zu unterlassen.

Ich habe stets auf dem Standpunkt gestanden und vertrete ihn auch heute noch, daß bei einem Konflikt zwischen Journalist und Politiker der Politiker siegen muß, daß also die journalistische Aufgabe leiden muß zugunsten der Politik. Ein guter Journalist muß nicht nur schreiben können, sondern — und das ist für ihn sicherlich sehr schwierig — muß auch verstehen zu schweigen! Nur dann erwirbt er sich das Vertrauen der Kreise, auf die er angewiesen ist, nur dann unterläßt er Handlungen, von denen er überzeugt sein muß, daß — mögen sie journalistisch noch so hoch gewertet werden — sie politisch von bedenklichen Folgen begleitet sind.

Dasselbe was für den politischen Redakteur gilt, gilt auch für den Volkswirtschaftler. Auch er muß, wenn er seiner Aufgabe gerecht werden will, und sich nicht nur als Reporter betrachtet, oft Informationen zurückhalten, wenn dadurch wichtige nationalwirtschaftliche Interessen gefährdet werden können. So z. B. kann die vorzeitige Veröffentlichung eines Gesetzentwurfes diesen zum Scheitern bringen und damit Wirkungen hervorrufen, die ein ernsthafter Volkswirt nur verurteilen muß. Deshalb muß auch hier der Volkswirt gegenüber dem Journalisten Sieger bleiben. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß der Journalist auf private Interessen Rücksicht nehmen soll. Sehr oft kann es vorkommen, daß durch eine Veröffentlichung private Kreise geschädigt werden. Hierauf Rücksicht zu nehmen ist nicht Aufgabe des Redakteurs. Er hat lediglich die allgemeinen Interessen im Auge zu behalten und diesen haben sich die privaten unterzuordnen. Allgemein gültige Regeln lassen sich hier nicht aufstellen. Es hängt hier alles von der Bildung und dem Taktgefühl des Redakteurs ab, und es wird immer der Fall sein, daß der eine Redakteur die Veröffentlichung mit seinem politischen und wirtschaftlichen Gewissen vereinbaren zu können glaubt, ein anderer dagegen nicht. Die Hauptsache ist nur, daß der Redakteur sich bei der Veröffentlichung seiner Verantwortung bewußt ist und sich nicht lediglich als Journalist fühlt oder gar als Reporter. Unter

diesem Zwiespalt haben, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, die Pressevertreter bei der Friedensdelegation in Versailles oft stark zu leiden gehabt. —

Notwendig zum Verständnis der Anfertigung einer Zeitung ist ein Lichtblick in die Organisationsform der Redaktion. Deshalb gedenke ich einen kurzen Überblick zu geben über die verschiedenen Zweige der Redaktion, angefangen vom Sekretariat bis zur Einteilung der einzelnen Redaktionsressorts, der Honorarabrechnungsstelle und der Zergliederung der Redaktionsarbeit. Wir werden uns dabei mit den verschiedenen Formen der Redaktionstätigkeit befassen müssen, und dabei kommen wir von selbst zu der Frage, welche Form der Redaktion den Vorzug verdient: die autokratische oder die demokratische. Bei der autokratischen Leitung steht ein Chefredakteur entweder an der Spitze des ganzen Blattes oder doch an der Spitze des Ressorts, bei der demokratischen fehlt der Chefredakteur. Hier gibt den Ausschlag die Gesamtheit der Redaktion, die Redaktionskonferenz. Ich werde versuchen, die Vorteile und Nachteile beider Systeme gegeneinander abzuwägen. Beide Systeme haben unbestritten ihre Vorzüge; aber eine langjährige Praxis hat mir gezeigt, daß auch hier der Satz von Homer seine Richtigkeit hat: „Einer soll herrschen". Alle Versuche, eine genossenschaftliche Zeitung herauszugeben, d. h. eine Zeitung, die im Besitz der Redaktion ist und bei der die Redaktion zugleich die Verwaltung hat, sind gescheitert. Die Trennung zwischen Redaktion und Verlag hat unbestritten den wirtschaftlichen Vorteil der Arbeitsteilung. Aber auch die Versuche, eine Zeitungsredaktion im demokratischen Sinne zu führen, sind in vielen Fällen mißglückt. Von den großen deutschen Zeitungen ist eigentlich die „Frankfurter Zeitung" die einzige, die keine Chefredaktion besitzt. Dort entscheidet das Kollegium der Redaktion in einer Redaktionskonferenz. Es wird nach dem demokratischen Prinzip abgestimmt und die Mehrheit entscheidet. Ein solches System ist nur durchführbar bei einer Zeitung mit alter Tradition und geistig sehr hochstehenden Redaktionsmitgliedern. Es muß zum Schaden des Blattes wirken, wenn die geistig hervorragenden Redakteure in der Minderzahl sind und ihre Vorschläge stets von der Mehrheit überstimmt werden. In diesem Zusammenhang ist es interessant, darauf hinzuweisen, daß das Organ der sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts", vor längerer Zeit vom demokratischen zum autokratischen Prinzip übergegangen ist. Früher besaß der „Vorwärts" keinen Chefredakteur.

Die Redaktionskonferenz beschloß jeweilig die Stellungnahme. Man hat aber eingesehen, daß dieses System erhebliche Schattenseiten hat, und so ist denn hier eine Änderung eingetreten. An der Spitze des „Vorwärts" steht ein Chefredakteur, Friedrich Stampfer[1]).

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß beim autokratischen System nun etwa der Chefredakteur diktatorische Gewalt hat, der sich alle Redaktionsmitglieder unbedingt zu fügen haben. In jeder einigermaßen gut geleiteten Redaktion wird ein dauernder Gedankenaustausch, ein dauerndes Sichaussprechen erfolgen. Nur muß die Entscheidung sowohl wie die Initiative beim Chefredakteur liegen, er muß die geistige Führerschaft übernehmen. Voraussetzung dafür ist natürlich auch, daß er seinen Redaktionskollegen geistig und journalistisch überlegen ist.

Ein unentbehrliches Werkzeug einer guten Redaktion ist das Zeitungs-Archiv. Je besser das Archiv ist, um so leichter ist das Arbeiten, um so besser fundiert sind die Zeitungsaufsätze. So z. B. stützt sich die „Frankfurter Zeitung" in hervorragendem Maße auf ein ausgezeichnetes Archiv, und so kann mit Recht Schmalenbach von der „Frankfurter Zeitung" sagen:

> „Ich habe aus der Lektüre den Eindruck gewonnen, daß bei niemand so sehr das archivarische Arbeiten eingebürgert ist, wie bei der „Frankfurter Zeitung". Es ist meist nicht schwer, das Gute und Schlechte im Finanzleben zu erkennen, wenn man die Daten zusammen hat. Es scheint mir, daß bei den guten Arbeiten des Handelsteils der „Frankfurter Zeitung" das Archiv eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat[2])."

Im Hinblick auf die Wichtigkeit, die das Archiv für eine gute Zeitungsredaktion hat, gedenke ich eine Darstellung der Einrichtung eines Zeitungsarchivs zu geben, wobei ich die verschiedenen Systeme: Klebebände, Kartothek usw. schildern und gleichzeitig auch das Archivmaterial einer kritischen Prüfung unterziehen werde.

Zu den Hilfsmaterialien gehören u. a.: das Zentralarchiv für die gesamte Zeitungspraxis, sowie das Archiv für publizistische Arbeit, beides Unternehmungen, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Archivarbeiten der Zeitungen zu ergänzen oder zu vervollständigen. (Das Zentralarchiv wird von dem Berliner Verlag von Paul Frenzel, das Archiv für publizistische Arbeit von Dr. Ludwig Munzinger in Weingarten herausgegeben.)

Für später plane ich die Anlegung eines Spezialzeitungsarchivs, das uns bei unseren Seminararbeiten zur Verfügung stehen soll.

---

[1]) Ausgetreten 21. Juni 1919.

[2]) Die deutsche Finanzpresse, S. 467

Unter den Rohstofflieferanten der Presse stehen an erster Reihe die Korrespondenten, Nachrichtenbüros und Telegraphenagenturen. An die Stelle der früheren „Nachrichtensammler“ und Postmeister ist heute ein eigener Beruf getreten, der des Zeitungskorrespondenten, des sogenannten Spezialberichterstatters. Mit seiner Stellung und mit seinen Aufgaben werden wir uns im Laufe der Vorlesungen mehrfach beschäftigen müssen. Wir haben hier zu unterscheiden zwischen den fest angestellten Korrespondenten, den Spezialkorrespondenten und den auswärtigen Berichterstattern. Speziell die Frage der Auslandsberichterstattung der deutschen Presse, an der man ja während des ganzen Krieges sehr scharfe Kritik geübt hat, wird Gegenstand unserer Erörterungen sein.

Die Zeitungskorrespondenzen spielen eine immer größere Rolle. Ihre Bedeutung ist in der Neuzeit wieder sehr erheblich gewachsen, nachdem vorübergehend einmal ein Rückschlag eingetreten war. Sie sind in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden. Ihre Begründer waren meist ehemalige Journalisten, Reporter oder Redakteure. Aufgabe der Korrespondenzen ist die Stoffbeschaffung, und zwar unterscheidet man die Lokalkorrespondenzen und die nach Materien eingeteilten Korrespondenzen. Korrespondenzen der ersten Art sind diejenigen, welche über bestimmte Städte oder Bezirke berichten, z. B. Berliner Stadtkorrespondenz, Neckarkorrespondenz, Schlesische Nachrichten, Orientkorrespondenz, Afrikakorrespondenz usw. Zu der zweiten Art gehören die: Hochschulkorrespondenz, die Korrespondenz der Deutschen Kolonialgesellschaft, die Feuilletonkorrespondenz, die Parlamentarisch-Politischen Nachrichten usw. Ich habe versucht, ein Archiv der Korrespondenzen für unser Seminar anzulegen, das im Laufe der Zeit vervollkommt werden soll und für welches ich bestrebt bin, von allen zurzeit bestehenden Korrespondenzen einige Exemplare zu sammeln. Ein genaues Verzeichnis aller bestehenden Korrespondenzen gibt es bis jetzt noch nicht. Auch die Übersicht, die in Kürschners Literaturkalender enthalten ist, läßt zahlreiche Korrespondenzen vermissen. Im Seminar werden wir uns daher mit den verschiedenen Arten der Korrespondenzen beschäftigen, und es wird Ihnen Gelegenheit geboten werden, die wichtigsten Korrespondenzen mit einer kurzen Charakteristik kennen zu lernen. Auch wird dabei eine Übersicht über die Bezugsbedingungen der Korrespondenzen gegeben werden.

Ursprünglich brachten die Korrespondenzen nur Nachrichten-

manuskripte. Das war zu der Zeit, als es noch keine Telegraphen und noch keine Telephone gab. Später, als Fernsprecher und Fernschreiber Wettbewerb machten, als die verschiedenen Telegraphenagenturen auftraten, da widmeten sich die Korrespondenzen mehr und mehr dem Artikeldienst, wenngleich sie auch heute noch Nachrichten bringen. Freilich handelt es sich hierbei meist um Nachrichten lokaler Natur oder Nachrichten, die aus einem engeren Fachgebiet stammen.

Gelegentlich der Besprechung der Korrespondenzen wird auch einiges über deren Charakter zu sagen sein. Wir haben, ebenso wie bei den Zeitungen, offizielle Korrespondenzen und Korrespondenzen öffiziöser Natur. Vielfach bringen Korrespondenzen das gesamte Material für die kleinen Blätter, und sie bilden so den Vorläufer für die jetzt so wichtigen „Kopflosen Zeitungen", die in Berlin vollständig hergestellt werden und den wesentlichen Teil einer großen Zahl der Provinzzeitungen ausmachen, wodurch die „Uniformierung der Presse" ihren höchsten Grad erreicht hat. Vorteile und Nachteile der Korrespondenzen sollen eingehend gegeneinander abgewogen werden. Die Vorteile bestehen darin, daß sich die Kosten der Redaktion reduzieren, daß Kräfte gespart werden und eine wirtschaftliche Arbeitsteilung eintritt. Durch die Spezialisierung sind die Korrespondenzen imstande, ihre einzelnen Gebiete besser zu beachten, als es in den Redaktionen möglich ist. Andererseits sind aber auch Nachteile bemerkbar. In vielen Fällen — das konnte man leider während des Krieges feststellen — haben sie eine Schablonisierung der Presse bewirkt; sie drücken das geistige Niveau der Redaktionen herab, die sich gar nicht mehr die Mühe nehmen, objektive Quellen aufzusuchen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Herstellung der Zeitungen in der Provinz vielfach immer mehr mechanisiert wird.

Die einseitige Wirkung der Korrespondenzen kann dadurch ausgeglichen werden, daß von allen Parteien- und Interessengruppen Korrespondenzen angefertigt und verschickt werden. Der Einfluß der Arbeitgeberkorrespondenz wird durch die Gewerkschaftskorrespondenz, der Antialkoholkorrespondenz durch die Mitteilungen des Brauerbundes gemildert und so weiter.

Sehr eingehend werden wir uns mit den Telegraphenbüros befassen müssen; denn sie bilden ein sehr wichtiges Gebiet in der deutschen Presse. Um ihre Entwicklung und Bedeutung zu verstehen, werde ich daher im Laufe der Vorlesungen eine geschichtliche Darlegung der Telegraphenbüros, ihrer Aus-

dehnung und ihres Betriebes zu geben versuchen. Die Übermittlung auswärtiger Nachrichten ist schon längst Gegenstand der unternehmungsweisen Organisation geworden, und damit hat ein Teil der Nachrichtenlieferungen für die Presse eine ganz besondere Entwicklung genommen.

Telegraphenbüros können nur bestehen, wenn sie über einen ausgedehnten Kreis von Beziehungen verfügen und zwar sowohl zu Behörden, als auch zum Auslande, wenn sie gleichzeitig im Inlande einen großen Kreis von Berichterstattern und ein genügend großes Absatzgebiet für Meldungen besitzen. Während des Krieges hat man sich oft mit der Konstruktion der Telegraphenbüros beschäftigt. Ihre Reformbedürftigkeit trat, soweit Deutschland in Betracht kommt, zu deutlich in die Erscheinung. Bücher hatte schon frühzeitig auf die Nachteile der Telegraphenagenturen hingewiesen, die vor allem darin wurzeln, daß die Büros sämtlich offiziös sind; sie sind von ihrer Regierung abhängig, berichten daher nur das, was der Regierung zur Verbreitung als geeignet erscheint. Manches wird tendenziös wiedergegeben, manches wird verschwiegen. Auch mit den anderen Vorwürfen gegen die Telegraphenbüros und namentlich gegen die deutschen, müssen wir uns im Laufe der Vorlesungen befassen. Sie sind in dem temperamentvollen Buche meines vor kurzem verstorbenen Kollegen Rudolf Rotheit zum wesentlichen Teil zusammengefaßt in dem Buch: „Die Friedensbedingungen der deutschen Presse Los von Reuter und Havas[1].“

Freilich enthält die Broschüre Rotheits nicht alle Mängel, die den Telegraphenbüros anhaften. Er erwähnt nicht die oft sehr subalterne Besetzung wichtiger Auslandsposten, die völlig ungenügende Bezahlung eines sehr erheblichen Teiles der Angestellten, den Einfluß, der durch nichtdeutsche Vertreter eines Telegraphenbüros ausgeübt werden kann, sowie die Abhängigkeit von privaten Bankkreisen. Hat man doch einmal unwidersprochen in der deutschen Presse auf die Abhängigkeit des Wolffschen Telegraphenbüros von einem Berliner Bankhause hingewiesen und dabei Klagen darüber geführt, daß dieses Bankhaus auf den Zeitpunkt der Bekanntgabe gewisser Meldungen Einfluß genommen hat — eine Behauptung, deren Richtigkeit mir von sehr sachverständiger Seite ausdrücklich zugegeben wurde.

---

[1]) Berlin 1915.

Eine sehr treffende Charakterisierung der „journalistischen Blockade“, in der wir uns während des Krieges befanden, gibt Prof. Dr. C. H. Becker in seiner Broschüre: „Deutschland und der Islam“, wenn er sagt:

> „Wir haben zweifellos zu spät erkannt, wie lange der europäische Krieg durch die Pressebeeinflussung unserer Gegner vorbereitet war. Unsere Feinde beherrschen mit ihren Nachrichtendienst die bewohnte Erde, und ihr ganzer, schon in Friedenszeiten gefährlicher Stab mit seinen Vorposten und Hilfskräften hat jetzt mobil gemacht. In offener Gegenwehr suchen wir diesem Ansturm zu begegnen, aber es ist meist ein geistiger Franktireurkampf, und dem stehen wir vorerst machtlos gegenüber. Durch französisch-russisch-englische Machenschaften haben wir so manche natürliche Sympathie bei Neutralen verloren, ja wir begegnen zuweilen einer ganz unerklärlichen, direkt feindlichen Stimmung, die nichts anderes ist als übertragener französischer Revanchehaß oder englischer Konkurrenzneid. Mit Erstaunen werden wir gewahr, daß wir von Leuten, die keinerlei historischen Grund dazu haben, in unseren besten Absichten verdächtigt, ja geradezu gehaßt werden. Haben wir denn in Friedenszeiten nichts getan, das wichtige Imponderabile des Beliebtseins uns für die Stunde der Gefahr zu sichern?“

Leider ist auf diesem so wichtigen Gebiete in Friedenszeiten gar zu viel versäumt worden.

Die englischen und französischen Büros hatten ihr Netz auf der ganzen Erde ausgebreitet, wobei ihnen die britische Kabel- und Telegraphenpolitik sehr zustatten kam und infolgedessen waren unsere Gegner in der Lage, die Presse der ganzen Erde mit eigenen Nachrichten zu überschwemmen und diejenigen zu unterdrücken, deren Verbreitung unerwünscht war.

Im Kriege hat es sich denn auch gezeigt, von welch schädlichen Wirkungen die Abkommen, die zwischen den einzelnen Telegraphenbüros abgeschlossen worden sind, für Deutschland waren. Aber schon im Frieden hatten wir darunter zu leiden, daß die Telegraphenbüros von England und Frankreich keine Verpflichtung übernommen hatten, Meldungen, die ihnen im Austausch von den deutschen Telegraphenbüros übergeben worden sind, zu verbreiten. Die Auswahl war ihnen überlassen und von dieser Möglichkeit machten denn auch Reuter und Havas nachdrücklichst Gebrauch — sehr zum Schaden Deutschlands.

Wie nun stets, so haben auch die Mißstände auf diesem Gebiet zahlreiche Reformpläne hervorgerufen. Man hat daran gedacht, ähnlich wie die Associated Press in Deutschland auf genossenschaftlicher Grundlage ein Telegraphenbüro zu errichten, und auch andere Versuche sind gemacht worden. Vielfach aber

kranken die Reformpläne daran, daß sie die tatsächlichen Verhältnisse nicht berücksichtigen und daß sie insbesondere aus der Geschichte der verschiedenen Telegraphenbüros, namentlich von Reuter und Havas, nicht die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen haben. Um daher die Lebensbedingungen der Telegraphenbüros zu begreifen, müssen wir uns zunächst einmal mit der Entwicklung dieser Institute vertraut machen und müssen untersuchen, welche Gesichtspunkte für das Gedeihen maßgebend gewesen sind. Eine sehr wirksame Unterlage bietet das vor kurzem erschienene inhaltreiche Werk meines Kollegen Dr. Friedrich Fuchs, „Telegraphen-Nachrichtenbüros" (Berlin 1919), der sich die Mühe gemacht hat, das oft verstreute Material über die einzelnen Telegraphenbüros zu sammeln, zu sichten und systematisch zu verarbeiten. Fuchs sucht die Einwände, die sehr häufig gegen die Tätigkeit des Wolffschen Telegraphenbüros gemacht wurden, zu widerlegen, und er bringt eine ganze Menge von wertvollem Material. Freilich geht er nicht auf alle Vorwürfe ein, die gegen das deutsche Depeschenbüro erhoben wurden und läßt es auch an der notwendigen Kritik fehlen. Namentlich auch das Problem der Personenauswahl, das hier außerordentlich wichtig ist, wird nicht berührt[1]).

Ein sehr wirksames Mittel gegen die Mängel bei den Telegraphenbüros sind die Privattelegramme der eigenen Korrespondenten. Voraussetzung ist hierbei, daß diese Berichterstatter völlig unabhängig sind. Sie sind in der Lage, den Zeitungen Meldungen zu machen, die durch die Telegraphenbüros nicht verbreitet werden, und gerade auf der Ausbildung des Systems der ausländischen Korrespondenten beruht der gewaltige Vorsprung, den zahlreiche Blätter haben. Damit wird aber nur die eine Seite des Problems gelöst, nämlich die Berichterstattung über das Ausland, nicht aber die andere, ebenfalls sehr wichtige Seite, nämlich die Berichterstattung über deutsche Verhältnisse in der ausländischen Presse. Die bisherigen Versuche haben aber dieses Problem noch nicht zu lösen verstanden[2]).

---

[1]) Vgl. hierzu meine Kritik in Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. 1919.

[2]) Als Telegraphenbureaus kommen in den wichtigsten Ländern folgende in Betracht: Deutschland: Wolffs Telegraphen-Bureau (W. T. B.); England: Reutersche Bureau; Frankreich: Agence Havas; Italien: Agenzia Stefani; Österreich: Telegraphen-Korrespondenz-Bureau; Rußland: Nordische Telegrafischen Agente; Madrid: Agencia Fabra; Budapest: Ungarische Telegraphen-Bureau; Stockholm:

Ein Problem, mit dem wir uns als einer wichtigen Zeitfrage der Presse auch hier beschäftigen müssen, ist die internationale Organisation der Presse. Diese Frage ist keineswegs neu. Man hat schon in früheren Zeiten oft einen internationalen Zusammenschluß der Presseorganisation in Aussicht genommen. Zahlreiche internationale Kongresse der deutschen und ausländischen Journalisten sollten eine solche Einrichtung vorbereiten. In einer Rede, die Emil Zola vor vielen Jahren gehalten hat und die Bücher auszugsweise wiedergibt[1]), deutet der Redner an, daß ihm wie ein Traum vorschwebe, wenn sich die Presse aller Länder zu Vereinen zusammenschließe. Auf diese Weise sollte, so meinte Zola, ein internationales Korps von würdigen und fähigen Journalisten zusammentreten. Auf Grund dieser Einrichtung sollten dann internationale Tagungen gebildet werden, auf denen die Presse aller Länder vertreten ist. Aufgabe dieser Tagungen seien die Fragen von allgemeinem Interesse, die Wünsche der Presse an die Parlamente aller Länder usw. Den Beschlüssen einer internationalen Tagung könnte, so meinte Zola, sich kein Parlament der Welt entziehen, und dann sagt er wörtlich:

> „Wenn die Machthaber, die Könige, die Kaiser, die Herren der Welt sich nicht verständigen können, so würden sich vielleicht die freien Geister, die Intelligenten, jenen, denen die Mission zu urteilen und zu sprechen zukommt, untereinander verständigen . . . . Es gibt da feierliche Gerichtssitzungen, in denen Mißverständnisse zerstreut, Bündnisse geknüpft würden.“

Zola selbst gibt zu, daß dieser Gedanke ihm wie ein Traum vorschwebe und daß Jahre vergehen würden. . . .

Trotzdem der Krieg die Völker und damit auch die Zeitungen der einzelnen Länder so entfremdet hat, wie es seit Menschengedenken nicht mehr zu beobachten war, ist der Gedanke einer internationalen Verständigung der Presse nicht begraben, findet vielmehr immer wieder Anhänger und Befürworter. So hat noch jüngst auf einer Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse, Dr. Alfons Goldschmidt, den Antrag gestellt, eine internationale Presseorganisation mit obligatorischem Schiedsgericht zu schaffen mit dem Zweck, die Völkerver-

---

Svenska Telegraphenbureau; Christiania: Norsk Telegramm Bureau; Kopenhagen: Ritzaus Bureau; Bern: Schweizerische Depeschen Agentur; Bukarest: Agence Roumaine; Sofia: Agence Bulgare; Konstantinopel: Agence Milli; Rotterdam: Hollandsch Nieuws Bureau

[1]) Zitiert bei Bücher, Anonymität der Presse, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jahrg. 72.

hetzung durch die Presse zu verhindern. Goldschmidts Vorschlag rief damals einen sehr starken Widerspruch hervor. Man war wohl nicht mit Unrecht der Ansicht, daß der gegenwärtige Zeitpunkt so ungünstig wie möglich ist. Ohne einen Völkerbund ist auch eine Verständigung der Presse kaum durchführbar. Kommt aber einstens einmal ein wirklicher Völkerbund zustande, der allen Nationen volle Bewegungsfreiheit läßt, und keine von den Vorteilen des Bundes ausschließt, dann wird man auch vielleicht einmal über eine Verständigung der Presse reden können. Dann wird der Gedanke Zolas vielleicht seiner Verwirklichung nähergebracht werden; aber allzu große Hoffnungen darf man in dieser Beziehung nicht hegen, denn die Schäden, die unstreitig vorhanden sind, können auch durch internationale Vereinbarungen niemals in vollem Umfang beseitigt werden.

Einen Ansatz für eine internationale Regelung der Presse machte seinerzeit der von der deutschen Regierung aufgestellte Gegenentwurf für den Völkerbund. Hier ist unter Abschnitt 4 eine besondere Bestimmung aufgenommen und zwar in dem Kapitel: „Verhütung internationaler Streitigkeiten":

„Jeder Völkerbundstaat ist verpflichtet, die Beschimpfungen eines anderen Volkes in Wort, Schrift oder Bild durch seine Gesetzgebung oder Verwaltung zu bekämpfen. Bei Verletzung dieser Pflicht kann der geschädigte Staat die Entscheidung des internationalen Gerichtshofes anrufen. Zwischen den Staaten des Völkerbundes gilt eine wechselseitige Verpflichtung, solche tatsächlichen Behauptungen, die durch die Presse des einen Staates zum Nachteil des anderen veröffentlicht worden sind, jederzeit zu berichtigen. Bei Verweigerung dieser Berichtigung entscheidêt der internationale Gerichtshof[1]."

Wie Professor Schücking in einem Vortrage vor der Friedensdelegation in Versailles mitteilte, ist der geistige Vater dieser Vorschrift der bekannte Hamburger Bankier Max Warburg. Dieser hatte seinerzeit die Anregung gegeben, auch das internationale Pressewesen mit in den Kreis der zu regelnden Gebiete einzubeziehen. Max Warburg versprach sich hiervon eine Verbesserung der Verhältnisse zwischen den einzelnen Völkern. Vor allem stand er dabei auf dem Standpunkt, daß durch die Unterdrückung der Beschimpfung ganzer Länder die Grundlage zur Völkerverhetzung entzogen werden könne. Ebenso versprach sich

[1]) Abgedruckt im „Zeitungsverlag" vom 2. Mai 1919.

Warburg sehr viel von dem Berichtigungszwang. Wie er mir in Versailles seinerzeit mündlich mitteilte, erhofft er hiervon eine sachgemäße und wirksame Aufklärung aller Völker, die ja heute völlig fehlt.

So gutgemeint nun die Vorschläge auch sind, so ist, wenn man sich den Völkerbundentwurf unserer Feinde durchsieht, jede Hoffnung vergebens, von dem Völkerbund das Heil zu erwarten, namentlich wenn man bedenkt, daß die Zeitungen der meisten dem Völkerbund angehörigen Staaten auf einer wesentlich tieferen Kulturstufe stehen, als die deutschen Zeitungen. . . . .

Wenn man auch dem Redakteur mit Kritik, oft sogar mit sehr scharfer, gegenübersteht, so fehlt es doch nicht an Stimmen, die seine Tätigkeit zu würdigen imstande sind, Äußerungen hervorragender Männer, die den ungewöhnlichen Anforderungen, die man an die Journalisten stellt, gerecht zu werden versuchen; denn es gibt kaum einen Beruf, der derartig viel in bezug auf Menge und Beschaffenheit der Arbeit von seinen Mitarbeitern verlangt, wie der Journalismus. Wenn man bedenkt, mit welcher Schnelligkeit gearbeitet werden muß, wie hinter dem Redakteur stets der Setzer drängend um Eile steht, wie eine Zeitungsnummer die andere unaufhörlich ablöst, wie dieses geistige Paternosterwerk ohne Unterbrechung Woche für Woche, Monat für Monat, Jahr für Jahr läuft, dann wird man selbst da, wo man mit den Leistungen eines Journalisten nicht ganz einverstanden ist, zum mindesten mildernde Umstände walten lassen.

Dieses Wohlwollen, das man den Journalisten gegenüber anwendet, findet man aber meist nicht gegenüber einer anderen Person der Presse, gegenüber dem Verleger. So hat Bücher folgendes harte Urteil gefällt[1]):

> „Der Unternehmer strebt nach Gewinn; er grast zu diesem Zwecke die Annoncenwiese der Zeitung ab; für ihn ist die Redaktion nichts weiter als ein kostensteigerndes Übel. Je besser die in seinem Dienste stehenden Redakteure arbeiten, um so größere Anziehungskraft hat der Annoncenteil."

Ähnliche Urteile über den Verleger findet man häufig in der Wissenschaft. So hat unter anderen auch Schäffle sich sehr abfällig über die Verleger ausgesprochen:

> „Eine Hauptsache der Preßverderbnis liegt nicht in politischen, sondern in volkswirtschaftlichen Fehlern der herrschenden sozialen Organisation.

---

[1]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 72. Jahrg. Bücher, S. 299.

Die eigentlich einflußreiche großstädtische Tagespresse ist größtenteils in die Hände des Spekulations-, sogar des Börsen- und Bankkapitals gelangt und in erster Linie Erwerbsmittel geworden. Da bedarf es nicht vieler Schritte, bis die Presse Erpressungsanstalt wird und bis der ganze Leitungsapparat täglichen Denkens, Fühlens und Wollens aller Völker und Stände derjenigen Klasse ausgeliefert wird, welche die spekulative Geldmacht in Händen hat, und bis die Regierungen selbst verleitet werden, die Presse durch Geld zu gewinnen. Allerdings kann dieses Grundübel schwerlich dureh Zentralisation des Annoncenwesens in Staats-Intelligenzblättern gehoben werden, wie Lasalle vorschlug. Es müßte eine allgemeine volkswirtschaftliche Reform sein, welche den wichtigsten Apparat zur Anregung und Äußerung des Volksgeistes von der Umstrickung durch Spekulationskapital und von der Annoncenausbeutung frei erhielte. Reinigte sich die Volkswirtschaft in diesen Punkten, so würden auch die Preise und der Journalistenstand von der Korruption frei."

Bei diesen Äußerungen ist freilich zu berücksichtigen, daß sie älteren Datums sind und zu einem Teile nicht die deutschen, sondern die österreichischen Verhältnisse im Auge haben. Seit der Zeit Schäffles haben sich die Verhältnisse im Zeitungswesen erheblich geändert, und an vielen Stellen kann man zweifellos von einer Verbesserung sprechen. Leider stehen dieser Tatsache aber auch sicherlich Verschlechterungen im Vergleich mit früher gegenüber. Daß der Verleger meist eine so wenig liebevolle Aufnahme in der Wissenschaft gefunden hat, rührt zu einem großen Teil aus dem Gegensatz zwischen Redaktion und Verleger her.

Schon Brunhuber weist darauf hin, daß im Zeitungswesen als das eigentliche Subjekt auch heute noch der Journalist anzusehen sei, ohne Rücksicht darauf, ob er nur der geistige Arbeiter ist oder ob er auch wirtschaftlich an der Beherrschung des Unternehmens teilnimmt, oder ob er ein bezahlter und wirtschaftlich abhängiger Beamter ist. Im Hinblick auf diese Einschätzung betrachtet daher Brunhuber mit Recht den Journalisten als das Subjekt des Zeitungswesens, weil er sein geistiger Schöpfer ist und weil er bei dem vornehmlich auf geistiger Tätigkeit beruhenden Produkt den wertvolleren Faktor gegenüber dem wirtschaftlichen Beherrscher darstellt. —

Nun hat man aus der Tatsache, daß der Verleger in den meisten Fällen ein Kaufmann ist und die Zeitung ein kapitalistisches Unternehmen darstellt, den Schluß gezogen, die Leitung einer Zeitung erfolge ausschließlich nach geschäftlichen Grundsätzen, das heißt der Verleger habe nur seinen geschäftlichen Vorteil im

Auge, ohne Rücksicht auf die Stellung der Redaktion, die Unabhängigkeit der Zeitung. Tatsache ist jedenfalls, daß die wirtschaftliche Macht des Verlegers immer wächst und daß ihr Einfluß auf Kosten der Redaktion stärker geworden ist. Aber es wäre verfehlt, wollte man gewisse Auswüchse verallgemeinern. Es soll nicht bestritten werden, daß es auch in Deutschland Verleger gibt, denen eine Seite Inserate lieber ist als der schönste Leitartikel. Solche Krämerseelen sind aber bei uns erfreulicherweise nicht die Regel. Ein nicht geringer Teil der deutschen Verleger und namentlich die Verleger großer Zeitungen haben aus der Entwicklung des Zeitungswesens in Deutschland die richtige Schlußfolgerung gezogen, daß es nämlich eine der vornehmsten Aufgaben des Verlegertums ist, im Gegensatz zu der ausländischen Presse die deutsche Presse rein zu halten. Gewiß soll der Verleger ein Kaufmann sein; aber Schär hat treffend darauf hingewiesen, daß Kaufmann sein und nur Geldverdienen nicht identisch ist und auch von anderer Seite ist in der letzten Zeit erfolgreich betont worden, daß der Kaufmann auch soziale Pflichten zu erfüllen hat und nicht nur auf seinen Gewinn bedacht sein darf[1]). „Der Kaufmann muß sich sozial umorientieren; wie schon Roscher sagt: ein jeder echte Kaufmann sollte sich als Diener der Volkswirtschaft ansehen, dessen Gehalt in einer Tantieme des Nutzens besteht, den er leistet“ (Schär).

Auch im Zeitungswesen gibt es hochstehende Kaufleute, denen das Geldverdienen nicht der Lebenszweck ist, die ihre Befriedigung darin sehen, eine Zeitung auf geistige und moralische Höhe zu bringen und der guten Überlieferung treu zu bleiben. Auch heute noch gibt es Verleger, die den guten Ruf der Zeitung höher einschätzen als den gesteigerten Gewinn, Verleger, die genau wissen, daß der gute Ruf einer Zeitung das wichtigste Aktivum in der Bilanz darstellt, und dieser Ruf kann gefährdet, ja völlig untergraben werden, wenn der Verleger aus wirtschaftlichen Gründen Einfluß auf die Redaktionen zu nehmen sucht.

Im Laufe meiner Praxis habe ich die Erfahrung gemacht, daß vielfach die größten Blätter auch die saubersten gewesen sind. Bei ihnen ist der Verleger meist so unabhängig, daß er allen unlauteren Einflüssen gegenüber hart bleiben kann. Je größer der Inseratenteil einer Zeitung, um so eher ist der Verleger

---

[1]) Vgl. hierzu die Schriften: Schär, „Der soziale Handel.“ Jaroslaw, Ideal und Geschäft. Walther Rathenau, Die neue Wirtschaft.

imstande, Versuche, Inseratenaufträge mit Beeinflussung zu verquicken, scharf zurückzuweisen. Schon hieraus sieht man, wie völlig verfehlt der Vorschlag von Lassalle gewesen ist, Inseratenteil und Text in der Zeitung zu trennen und den Inseratenteil zu verstaatlichen. Würde der Inseratenteil von der Zeitung losgetrennt werden, dann würde den unsauberen Geschäften in Deutschland in ähnlicher Weise Tür und Tor geöffnet werden, wie es in Frankreich jetzt schon der Fall ist. In Frankreich haben die Zeitungen meist nur wenig Inserate, oft nur einen Bruchteil der deutschen, dagegen hat sich in Frankreich die Sitte eingebürgert, den Text der Zeitung z. T. gegen Bezahlung herzustellen. So hat Cambon in einem Vortrag erzählt, daß man von ihm für die Besprechung eines sehr interessanten Buches, das er geschrieben hatte, pro Zeile 15.— Frcs. verlangt habe, und diese Forderung, die der deutsche Journalist mit Recht als Korruption von sich weisen würde, ist in Frankreich gang und gäbe. Berichtet doch z. B. Max Garr, der interessante Gegenüberstellungen zwischen den Einnahmen deutscher Zeitungen und französischer Zeitungen macht, daß in Frankreich die Anzeigen zum großen, ja zum größten Teil durch die bezahlte Reklame im redaktionellen Teil verdrängt worden seien.

> „Nicht nur Anpreisungen von Waren und Etablissements jeder Art im textlichen Teil, die ja auch in deutschen Blättern zum erhöhten Preise Aufnahme finden, sondern auch Bücher, Rezensionen, Theaterbesprechungen, Gesellschaftsartikel, politische und gesellschaftliche Charakterbilder sind für Geld und auf Bestellung jederzeit zu haben. Vor allem aber wird der finanzielle Teil in aller Form an Börsenkontore und Börsenunternehmen verpachtet und zwar für höchst ansehnliche Summen[1]."

Derartige Korruptionen kennt man in Deutschland nicht. Die wenigen Fälle, die zur Sprache kamen und auch in Zukunft nicht ausbleiben, beruhen darauf, daß Inserenten unter Hinweis auf einen großen Anzeigenauftrag versuchten, entweder eine lobende Besprechung im textlichen Teil der Zeitung durchzusetzen oder aber eine unliebsame Kritik zu unterdrücken und daß in solchen Fällen der Verleger nicht immer genügend Rückgrat gezeigt hat[2]. Aber wie gesagt, bei einer Zeitung, die Wert auf den Ruf der Unbestechlichkeit legt, ist etwas derartiges unmöglich, ist der Inseraten-

---

[1]) Die wirtschaftliche Grundlage. S. 46.

[2]) Ich spreche natürlich nur von Zeitungen, die auf dieses Wort Anspruch machen dürfen, Skandal- und Sensationsblätter rechne ich hierzu nicht.

teil vom redaktionellen Teil vollkommen getrennt, und diese Trennung bringt die oft für den Leser nicht verständliche Tatsache mit sich, daß beide Teile aufeinander keinen Einfluß haben. Daß der Inseratenteil auf die Redaktionen keinen Einfluß haben soll, müßte selbstverständlich sein. Alle Wünsche der Inserenten wegen Stellungnahme der Redaktion dürfen nicht über den Anzeigenteil gehen. Handelt es sich um Forderungen, die im Gegensatz zu der Auffassung der Redaktion stehen, so sind sie ohne Rücksicht auf den Inseratenauftrag selbstverständlich abzulehnen.

Eine andere Frage ist, ob man der Redaktion einen Einfluß auf den Inseratenteil einräumt. Diese Frage ist nicht so ohne weiteres zu bejahen; denn alsdann müßte die Redaktion jedes Inserat prüfen, und sie würde damit sicher eine schwere Verantwortung auf sich laden. Deshalb erscheint mir der Weg richtig, den die angesehenen deutschen Zeitungen wählen, daß nur die als schwindelhaft erkennbaren Inserate von vornherein abgelehnt werden, im übrigen aber der Inseratenteil unabhängig von der Redaktion ist, und diese Unabhängigkeit kommt am klarsten darin zum Ausdruck, wenn in der gleichen Nummer, in der das Inserat erscheint, auch die Kritik der Redaktion erscheint, wenn solche erforderlich ist.

In der Literatur finde ich Bezug genommen auf einen Aufsatz, den ein guter Freund von mir, Dr. Alfons Goldschmidt, in der Zeitschrift „März" veröffentlicht hat, und in dem er behauptet, die Propaganda, der Nachrichtendienst und die Köderung illustrer Mitarbeiter verschlinge bei der Berliner Tagespresse seit mehreren Jahren solche Unsummen, daß einige Verleger bei den Banken Kredite von bedeutender Höhe in Anspruch genommen hätten, die sogar zu direkter Beteiligung der Banken führen können, jedenfalls aber den Handelsteil der betreffenden Blätter in eine höchst unstatthafte und schändliche Abhängigkeit von den Darlehn gewährenden Banken brächten[1]).

Der Fall, den Goldschmidt im Auge hat, ist mir sehr genau bekannt, und er hat mit Recht in Kreisen der anständigen Journalisten eine scharfe Verurteilung erfahren. Hier handelt es sich unbestreitbar um einen Fehler, den ein Berliner Verlag gemacht hatte, und ich glaube annehmen zu dürfen, daß dieser Verlag auch

---

[1]) Vergl. hierzu die Zeitschrift „März", 5. Jahrg., 11. Heft, die Erwiderung in der „Frankfurter Zeitung", Handelsteil Nr. 129, 55. Jahrg., 1911, S. 502 und 503, sowie die Ausführungen von Garr, „Die wirtschaftliche Grundlage", S. 38.

das verkehrte seiner Haltung längst eingesehen hat. Der Verlag hätte unbedingt die Verpflichtung gehabt, Zumutungen der Geldgeber zurückzuweisen und sich schützend vor die Redaktion zu stellen, die ihre Pflicht getan hat, nicht aber die Redaktion dem Kapitalisten preiszugeben. Erfreulicherweise hat Dr. Goldschmidt sich als charaktervoller Mann gezeigt und sofort seine Tätigkeit niedergelegt, statt unter das kaudinische Joch zu kriechen, das ihm zugemutet wurde. . . . .

Inwieweit die von Goldschmidt erwähnte Kreditgabe seitens der Banken auch bei anderen Zeitungen festzustellen ist, ist schwer zu sagen. Immerhin zeigt der angezogene Fall deutlich, daß, je kapitalkräftiger ein Verleger ist, desto unabhängiger die Redaktion wird. Unter Umständen kann eine große Kreditgewährung durch Banken für die Unabhängigkeit einer Zeitung schädlich sein, weil hierdurch die Banken leicht einen Einfluß auf den Verleger ausüben. Unbedingt zu verwerfen ist, wenn Banken Eigentümer von Zeitungen sind. Der Zeitungsverleger darf einen anderen Beruf als Verleger (freilich im weiteren Sinne) nicht ausüben.

Daß Verleger und Redakteur zuweilen in Widerspruch geraten können, ist zuzugeben. Das muß aber nicht immer der Fall sein. Meist ist dem Verleger am besten damit gedient, wenn er der Redaktion vollkommen freie Hand läßt oder wenn er anderer Ansicht ist, sich mit ihr in Ruhe ausspricht. Das braucht nicht gleich, wie oft angenommen wird, zu Konflikten zu führen, was namentlich dann nicht der Fall ist, wenn auf beiden Seiten ehrliche Männer sind, die vor der Überzeugung des anderen die notwendige Achtung haben. Unvermeidbar aber sind die Konflikte, wenn der Verleger zu den vorhin erwähnten „Krämerseelen" gehört, der auf dem Standpunkt steht, daß die Überzeugung des Redakteurs genau so eine „Ware" ist, mit der er handelt, wie alle übrigen Kaufmannsgüter.

Freilich läßt sich nicht bestreiten, daß das Verhältnis zwischen Verlag und Redaktion in sehr vielen Fällen kein ideales ist. Zwar denkt nicht jeder Journalist so, wie es einst ein Veteran der Presse ausdrückte: „Jeder Verleger ist mein natürlicher Feind, den ich bekämpfen muß", aber oft muß die Machtstellung, die der Verleger auszuüben imstande ist, wie eine Härte wirken. Denn der Redakteur ist der Ansicht, daß er ein öffentliches Amt verwalte, während der Verleger seine Stellung überwiegend der Tatsache verdanke, daß er im Besitze der erforderlichen Kapitalien sei. Daß freilich der Kapitalbesitz allein in der Regel nicht aus-

reicht, um Verleger zu bleiben, sondern daß zum Verleger eine ganze Menge von positiven Kenntnissen gehören, Kenntnisse, die zunächst auf kaufmännischem Gebiete, darüber hinaus aber auf psychologischem liegen, daß der Verleger Spürsinn und „Marktinstinkt“ haben muß, wird oft übersehen. Ohne Verleger wäre der Redakteur hilflos, denn es gibt nur sehr wenige Journalisten, die zugleich Verlegernaturen sind und in Deutschland vermag sich — im Gegensatz zu Frankreich — der einzelne Journalist, wenn kein tatkräftiger Verleger hinter ihm steht, nicht durchzusetzen. Eine Abhängigkeit in wirtschaftlicher Hinsicht ist also unstreitig vorhanden.

Nun wird aber die Macht, die der Verleger ohnehin ausübt, dadurch vergrößert, daß er nicht nur Einfluß auf die Tendenz und den Inhalt der Zeitung hat, sondern auch auf die wirtschaftliche Lage derer, die sich als das geistige Subjekt bezeichnen. Der Verleger ist imstande, Redakteure, die ihm jahrelang treu gedient oder die unter dem Vorbesitzer der Zeitung in Ehren grau geworden sind, unter Einhaltung der oft sehr kurzen Kündigungsfrist zu entlassen; er kann sich eine völlig neue Redaktion zusammenstellen, kann Chefredakteure anstellen, die den übrigen Redakteuren im höchsten Grade unsympatisch sind usw. Gewiß ist das in vielen anderen Berufen genau so — aber es ist doch ein Unterschied, ob es sich um ein Baumwollengrosgeschäft oder eine politische Tageszeitung handelt. Denn hier spielen nicht nur die privatwirtschaftlichen Seiten, sondern auch eminent nationalwirtschaftliche Fragen eine Rolle. Es ist für die Allgemeinheit keineswegs gleichgültig, wenn plötzlich ein Kapitalist eine Zeitung ankauft und alle bisherigen Redakteure entläßt, um der Zeitung eine andere politische Richtung zu geben.

Inwieweit man hier die Rechte der Redakteure erweitern kann, indem man ein Mitbestimmungsrecht einführt bei Neuanstellung oder Entlassung von Redakteuren, wird noch zu untersuchen sein. Gegen ein Mitbestimmungsrecht könnte geltend gemacht werden, daß hierdurch vielleicht ein Zustand der Erstarrung, eine geistige Verkalkung eintreten kann, wenn der Verleger immer gezwungen wird, sich nach dem Votum der Redakteure zu richten und dadurch den notwendigen Zustrom frischen Blutes, auf den gerade eine Zeitung nie verzichten kann, zu unterlassen.

Andererseits muß betont werden, daß die Bedenken, die in kaufmännischen Betrieben gegen das Mitbestimmungsrecht sprechen können, für die Redaktion nicht in gleicher Weise erhoben

werden dürfen. Zunächst hat man es bei den Redakteuren doch überwiegend mit geistig reifen, selbständig denkenden Menschen zu tun, die sich nicht wie die Kommis von gewissenlosen Schlagwortrednern oder Agitatoren aufhetzen lassen und ferner ist zu beachten, daß sich die Redakteure mit ihrer Zeitung meist eng verbunden fühlen. Sie sind mit der Entwicklung ihrer Zeitung zu sehr verknüpft, hängen viel zu sehr an ihrem Werke, sind mit Liebe in ihrem Berufe, als daß sie ohne Grund von ihren Rechten einen zu weit gehenden Gebrauch machen. Schließlich ist zu beachten, daß in einer Redaktion, die wirklich auf der Höhe sein soll, eine gewisse „Homogenität" vorhanden sein muß; an einem kollegialem Zusammenarbeiten aller Kräfte hat nicht zuletzt der Verleger selbst das größte Interesse.

Der Verleger also, der nicht autokratisch herrschen, sondern gemeinsam mit der Redaktion arbeiten will, wird von selbst schon so viel Einsicht haben, daß er den Redakteuren das notwendige Maß von Einfluß einräumt. In welcher Weise das geschieht, ist nicht von so großer Bedeutung. Lange bevor man die „Demokratisierung" der Betriebe einführte, hatten zahlreiche deutsche Verleger mit ihrer Redaktion stets eine enge freundschaftliche Fühlungnahme, so daß keine Personalveränderung vorgenommen wurde, über die nicht vorher mit den Kollegen von der Redaktion eine Aussprache erfolgt war. Hierzu ist nur der Wille zur Verständigung und eine gewisse Kulturhöhe des Verlegers notwendig.

Einer Kulturhöhe bedarf es aber beim Verleger auch auf anderem Gebiete. Bisher waren zahlreiche Verleger allzu „kaufmännisch" veranlagt, wenn es sich um die Bezahlung der Leistungen handelte. Hier galt für sie der kaufmännische Grundsatz „billig einzukaufen". Nun weiß ja jeder Kaufmann, daß nicht der billigste Kauf auch der günstigste ist, bei Bezahlung der geistigen Kräfte der Zeitung rächt sich aber oft die zu niedrige Bemessung. Wenn vielfach — durchaus nicht immer, denn es gibt zahlreiche Zeitungen, die gute Honorare zahlen — in der Presse so niedrige Gehälter gezahlt wurden, so ist gerade hierin die Ursache für das oft nicht standesgemäße Auftreten der Redaktionsmitglieder zu sehen. Der Verleger muß unbedingt darauf achten, daß auch die geistige Tätigkeit ihre auskömmliche Entgeltung findet, und daß nicht das Einkommen der Handarbeiter das der geistigen erheblich übersteigt. Aber Gott behüte die Redakteure vor Festlegung von „Mindest- oder Höchstgehältern". Den Fehler, den jetzt die irregeleiteten

Bankbeamten machen, daß sie entsprechend dem steigenden Alter entsprechende Gehaltsklassen verlangen, werden hoffentlich die Redakteure nicht machen. Jede Bürokratie ist in der Presse vom Übel und die schematische Behandlung der Gehaltsfrage würde den Trieb vorwärts zu kommen hemmen. In der Presse soll — natürlich in ihrer Art — Qualitätsarbeit geleistet werden, und diese läßt sich nicht in einen „Lohntarif" zwängen.

Alles das sind Probleme, zu deren Lösung der Verleger berufen ist. Ein Kaufmann, der die Forderungen der Zeit versteht, wird sie so zu lösen verstehen, wie es das Interesse zugleich der Zeitung und ihrer geistigen Väter erfordert.

Welche Form der Honorierung die geeignete ist, soweit festangestellte Redakteure in Betracht kommen, wird im Laufe der Vorlesungen zu untersuchen sein. Die Erfahrung lehrt, daß die Entschädigung entsprechend der quantitativen Arbeit, also das sogenannte „Zeilenhonorar" nicht zu empfehlen ist, denn sie dient nur dazu, Vielschreiberei („Zeilenschinderei") großzuziehen, und veranlaßt leicht den Redakteur, eigene Arbeiten bei der Auswahl höher einzuschätzen als Einsendungen von auswärts. Auch gegen eine Beteiligung am Gewinne der Zeitung sprechen Bedenken. Denn wenn eine Gewinnbeteiligung zugesagt ist, so wäre die logische Folgerung, daß ein etwaiger Verlust zu Lasten der Redaktion gehen würde. Zudem erscheint auch eine Beteiligung am Ertrage wirtschaftlich nicht gerechtfertigt, denn in den meisten Fällen ist es ja nicht der Redakteur, der den Gewinn bewirkt, sondern die kaufmännische Abteilung des Verlages. Zudem könnte eine Gewinnbeteiligung unter Umständen auch Gefahren für die kritische Tätigkeit des Redakteurs in sich bergen.

Aus allen diesen Gründen empfiehlt sich für den Verleger, seinen geistigen Mitarbeiter durch eine feste, aber auskömmliche Bezahlung unabhängig von der Menge Worte, die geschrieben werden und unabhängig von der Rentabilität der Zeitung zu entgelten.

Da die Aufgaben des Verlegers in weiten Kreisen meist nicht genügend bekannt sind, müssen wir uns im Laufe der Vorlesungen etwas eingehender mit ihnen befassen. Hierher gehört zunächst die Organisation der Redaktion und die Auswahl der Kräfte, mit denen der Verleger zusammen die Zeitung macht, die Einrichtung der Druckerei sowie die Vertriebs- und Propaganda-abteilungen. In gleicher Weise muß das Bestreben dahin gehen, Inserenten und Bezieher zu gewinnen, eine Aufgabe, deren glück-

liche Lösung viel kaufmännischen Geist, Beobachtungsgabe und Routine voraussetzt.

Daß die Schaffung der angedeuteten Einrichtungen keineswegs leicht ist, muß jedem klar werden, der einmal einen Blick in eine große Tageszeitung geworfen hat.

Deshalb ist Dr. Cohn[1]) durchaus zuzustimmen, wenn er in dem Bestreben, für die Verleger eine Lanze zu brechen, sagt:

> „Versagt eine dieser Organisationen oder drängt eine auf Kosten der anderen sich in den Vordergrund, so kann ein gedeihliches Zeitungsunternehmen nicht entstehen. Nur in der richtigen Balance zwischen idealen Gesichtspunkten und Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten kann ein Zeitungsunternehmen gedeihen . . .“

Die Stellung des Verlegers ist nicht zu verstehen, wenn wir uns nicht mit den wirtschaftlichen Grundlagen des Zeitungswesens vertraut machen. Daher ist es notwendig, die wichtigste Grundlage, das Inserat, in seinen verschiedenen Formen sowie darüber hinaus das Wesen der Reklame zu untersuchen. Nur wenn wir uns über die Grundbedingungen der Reklame im klaren sind, können wir Verständnis für die Aufgaben des Verlegers gewinnen[2]).

Sombart sagt in seinem Buche über den modernen Kapitalismus:

> „Die Inseratenreklame ist in der Tat eine Art stummer Marktverkehr großen Stils.“

Die Geschäftsanzeige bringt Angebot und Nachfrage näher (ähnlich wie auf der Börse), sie hebt den Bedarf, oft ruft sie ihn sogar erst hervor und regt die Produktion an, neue Erzeugnisse herzustellen. Schließlich wirkt sie Zeit und Geld ersparend. Und ebenso wie man sich mit den verschiedenen Arten des Marktverkehrs, mit der Börse, mit der Messe, dem Produktenmarkt und dergleichen befaßt, muß sich der Wirtschaftspolitiker auch mit dem

---

[1]) a. a. O., S. 115/130.

[2]) Löbl (S. 30) versucht, das Wesen der Annonce zu charakterisieren:

> „Unter Inserat oder Annonce wird im weitesten Sinne jede Veröffentlichung in Zeitungen verstanden, welche vom redaktionellen Teil getrennt und nicht intellektuelles Produkt der Redaktion ist, sondern aus dem Publikum hervorgeht und den Zweck verfolgt, gewissen Mitteilungen und Ankündigungen die Publizitätskraft des Blattes zu verleihen.“

In dieser Definition fehlt das wichtigste Moment des Inserats, nämlich die Bezahlung. Inserate ohne Entgelt gibt es bis jetzt noch nicht!

Marktverkehr des Inseratenteiles beschäftigen. In der Tat haben wir es hier mit einem sehr ausgedehnten „Markt" zu tun, ein Markt, der ebenso wie die anderen seine Licht- und Schattenseiten hat. Eingehend müssen wir daher im Laufe der Vorlesungen das Inseratenwesen betrachten. Wir werden an erster Stelle den unleugbaren Nutzen zu untersuchen haben. Im Anschluß daran gelangen alle die Vorwürfe zur Untersuchung, die man im Laufe der Zeit dem Zeitungsinseratenwesen gemacht hat. Schon an anderer Stelle war die Rede von dem Zusammenhang zwischen Redaktion und Inseraten und der Möglichkeit der Zeitungsbeeinflussung durch Inseraterteilung. Aber daneben gibt es noch zahlreiche andere Vorgänge im Inseratenwesen, die einer Kritik unterzogen werden müssen.

Um das Inseratenwesen zu begreifen, müssen wir uns mit der geschichtlichen Entwicklung und dem Wesen der Reklame überhaupt vertraut machen. Zu ihrer Entwicklung hat Bücher in der zweiten Sammlung der Untersuchung der Volkswirtschaft einen wertvollen Beitrag geliefert[1]). Daneben sei das hervorragende Werk des Nationalökonomen und Ministers Viktor Mataja[2]) genannt.

Haben wir uns mit der geschichtlichen Entwicklung befaßt, dann müssen wir zur Technik des Inseratenwesens, der Inseratengewinnung, übergehen und hierbei auch das Wesen der Anzeigenvermittlungsstellen betrachten. Alsdann werden wir zu untersuchen haben, welche Anforderungen an den Inseratenteil zu stellen sind, wobei wir namentlich zu der Forderung gelangen werden, daß die Anzeigen von dem redaktionellen Teil scharf getrennt sein müssen, d. h., daß genau zu erkennen ist, wo es sich um redaktionelle Mitteilungen handelt resp. um bezahlte Reklamen.

In der nordamerikanischen Presse ist der Inseratenteil nicht in dem Maße von dem redaktionellen geteilt, wie wir es gewohnt sind. Dort erscheinen — ebenso wie in Frankreich — oft die bezahlten Inserate zwischen den redaktionellen Notizen. Bei uns hat sich im Laufe der Zeit ein von dem übrigen Teil getrennter Inseratenteil entwickelt; aber leider gibt es auch bei uns gewisse Arten von Reklamen, die für den Laien als solche nicht sofort erkennbar sind. Sie sind in Form redaktioneller Notizen

---

[1]) Die wirtschaftliche Reklame. Abgedruckt aus: „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft." Jahrg. 1917/18.

[2]) Die Reklame, Leipzig 1916.

abgefaßt und sehr oft auf Täuschung berechnet. Von Frankreich war bereits die Rede, daß dort die bezahlten Zeitungsnotizen eine große Rolle spielen. Erfreulicherweise hat sich die deutsche Presse von diesen Manipulationen ferngehalten; aber auch bei uns ist auf dem Gebiet der Reklame noch sehr vieles verbesserungsbedürftig. Namentlich erscheint es notwendig, daß die Inseraten-Abteilungen hier für eine Reinigung des Inseratenteiles sorgen, daß sie also den Mut haben, Inserate, über deren Charakter ein Zweifel nicht bestehen kann, von der Annahme auszuschließen. Freilich muß hier eine Solidarität der Zeitungen vorausgesetzt werden, da sonst der Zweck vereitelt würde.

Bücher verlangt mit Recht ein Verbot der Förderung von Geschäftsinteressen im redaktionellen Teile der Zeitungen und zwar nicht nur im Falle direkter Bezahlung, sondern auch als verschleierte Nebenleistung bei größeren Insertionsaufträgen[1]).

Eine Frage, mit der wir uns ebenfalls beschäftigen müssen, ist, ob der Leser durch die Beifügung des Inseratenteiles geschädigt wird. Schon jetzt kann ich sagen, daß ich in dieser Frage zu einer Verneinung komme; denn erstens ist schließlich der Anzeigenteil für jeden Leser in irgendeiner Form von Interesse. Der Gewerbetreibende kann vielfach ohne einen Inseratenteil überhaupt nicht bestehen, sei es sowohl als Verkäufer, wie auch als Einkäufer. Aber auch für den Gelehrten ist der Inseratenteil oft von Nutzen. Man braucht sich ja bloß zu vergegenwärtigen, ein wie wichtiges Mittel der Inseratenteil für den Buchhandel ist, die Anzeigen über Neuerscheinungen, über Ausverkäufe von antiquarischen Büchern usw., und schließlich sind ja auch die Anzeigen über Konzerte und Theater für jeden gebildeten Menschen von Wert. Ein weiterer Vorteil für den Leser ist die Tatsache, daß der Anzeigenteil den Bezugspreis der Zeitung erheblich verbilligt, und hier sehen wir denn auch die Begründung für die Verknüpfung zwischen Zeitung und Anzeige. Erst durch das Inserat wird es ermöglicht, den Verkaufspreis unter den Herstellungskosten festzusetzen. Gerade aber der Gesichtspunkt der Verbilligung der Zeitung — man vergleiche einmal den Preis eines gleich großen Buches mit dem einer Zeitung — ist von erheblicher Bedeutung; denn sie kommt nicht nur der Verbreitung und damit unter Umständen der Volksbildung zustatten, sondern diese ermöglicht auch

---

[1]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Jahrg. 72. S. 326.

die qualitative Verbesserung der Zeitung, ohne daß eine besondere Preiserhöhung vorgenommen wird.

Wer die Inserate der Zeitung entziehen will, gibt damit zu, daß er die wirtschaftlichen Grundlagen des heutigen Zeitungswesens nicht kennt oder nicht berücksichtigen will. Denn die Presse wäre gar nicht imstande, das zu leisten, was sie zurzeit vollbringt, wenn nicht der Inseratenteil ihr die Mittel zur Verfügung stellen würde. Schon oft ist nachgewiesen worden, daß Blätter mit zahlreichen Anzeigen oft weniger als 40 % der Herstellungskosten durch den Bezugspreis decken und oft mehr als 60 % aus den Anzeigen aufbringen müssen[1]). Würde man den Blättern die Anzeigen entziehen, so wäre zunächst die Folge eine starke Erhöhung des Verkaufspreises der Zeitungen und darüber hinaus die schon eben angedeuteten unangenehmen Möglichkeiten.

Gerade gegenüber denen, die im Interesse der Moral glauben, die Inserate aus der Presse entfernen zu müssen, sei der Ausspruch eines sachkundigen Franzosen wiederholt, der richtig das erkannt hat, woran die Presse krankt. Der französische Schriftsteller Noussanne schrieb in einem Aufsatz, der in einer französischen Zeitschrift erschien[2]):

> „Die finanzielle und moralische Situation der französischen Zeitungen würde sich heben, wenn das Annoncenwesen einen breiteren Raum darin einnehmen würde.“

Das spricht der Verfasser aus, obwohl er selbst auf sogenannte verstärkte Textinserate hinweist, also auch die geheimen Einnahmequellen des französischen Verlages kennt.

Um die wirtschaftlichen Seiten des Zeitungswesens richtig zu begreifen, muß man sich vergegenwärtigen, wie verschieden Anzeigen und Bezieher vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu bewerten sind. Bücher hat das sehr treffend als das „Kostengesetz der Presse“ bezeichnet[3]):

> „Zunächst ruft die steigende Verbreitung der Zeitung meist eine Zunahme der Anzeigen nach sich. Während dieser Zeit muß die Werbung neuer Anzeigen mit der Werbung neuer Bezieher parallel laufen. In diesem Falle lohnt sich also die Steigerung der Zahl der Leser und der Verleger hat alles Interesse daran, die Verbreitung zu fördern. Aber schließlich gibt

---

[1]) Bei den „Münchener Neuesten Nachrichten“ decken, wie Garr mitteilt, die Abonnements nur 35% der Gestehungskosten. S. 33.

[2]) Garr, S. 44.

[3]) Kultur der Gegenwart. S. 505.

es auch hier eine Höchstgrenze. Es ist theoretisch leicht möglich, die Zahl der Bezieher durch vermehrte Reklame, durch Steigerung der Beilagen, Vermehrung des Textes usw. zu steigern, die Erhöhung der Anzeigen hat aber eine Grenze, die sich ohne zu starke Aufwendungen oft sogar kaum noch steigern läßt. Alsdann kommt der Zeitpunkt, wo die Rentabilität nicht mehr steigen kann, ja sogar, wo neue Bezieher den Gewinn herabdrücken, unter Umständen sogar auch einen Verlust bedeuten. Dieser kann dann eintreten, wenn neue Bezieher kostspielige Maschinenbauten nötig machen, die sie nicht zu verzinsen imstande sind."

Ein sehr aktuelles Problem, das im Rahmen der Vorlesungen gestreift werden muß, mit dem sich aber die wissenschaftliche Literatur überhaupt noch nicht beschäftigt hat, ist die „Sozialisierung der Presse". In Bayern, Rußland und in Ungarn hat man geglaubt, mit diesem Experiment den Anfang machen zu müssen. Freilich waren auch hier wie bei der ganzen Revolutionsregierung in Bayern üble Dilettanten am Ruder, was am besten aus den Pressemeldungen hervorgeht. Über die Pläne der bayerischen Regierung berichtete nämlich die „Republik" vom 11. April 1919:

„Die gesamte Presse Bayerns, so lautet die Fassung des Sozialisierungsplanes der Münchener Regierung, wird einer gesellschaftlich-wirtschaftlichen Kontrolle unterstellt. Sämtliche Zeitungen gehen in städtische Verfügungsgewalt, aber nicht in deren Bevormundung oder Disziplinarrecht über. Der Verwaltungsrat besteht aus einem Mitglied der Regierung, zwei Mitgliedern des Arbeiterrats, einem Mitglied der Partei, der die Zeitung gehört, einem sozialistischen Lehrer, einem freien sozialistischen Schriftsteller und zwei Schriftführern jeder Zeitung als beratende Mitglieder. Über den Inhalt entscheidet der Redaktionsstab, im Streitfalle der Vertreter der Partei, der die Zeitung zugewiesen wurde.

Die Verträge aller Angestellten und Redakteure bleiben in Kraft. Austretende erhalten noch ein halbes Jahr ihr Gehalt in Monatsraten und dann eventuell Erwerbslosenunterstützung. Sie sollen aber von der Stadt vorzugsweise für geeignete Ämter angestellt werden. Die Stadt ist für die Erfüllung haftbar.

Die bisherigen Besitzer von Zeitungen erhalten keine Entschädigung. Im Bedürfnisfalle können sie sich in ihrem früheren Betriebe anstellen lassen und werden ihren Leistungen entsprechend bezahlt, bei einem Maximalgehalt von 12 000 Mark. Bisher in solchen Betrieben, auch in den Expeditionen, mitarbeitende Besitzer müssen noch ein halbes Jahr nach der Sozialisierung mitmachen.

Das Bürgertum und die Kapitalisten können sich wieder eigene Blätter gründen, aber ohne Inseratengeschäft. Das gesamte Inseratengeschäft fällt an einen Ortsverwaltungsrat. Zeitschriften werden bis auf weiteres nur auf Antrag der Ortsverwaltung enteignet. Für Inserate wird ihnen nur der Selbstkostenpreis vergütet. Zeitschriften ohne Inserate sollen eingehen, wenn sie anders nicht bestehen können. Aus den Inseratengewinnen sollen

notwendige notleidende Zeitungen und Zeitschriften unterstützt werden. Alle weiteren Überschüsse sollen zur einen Hälfte zur Verbreitung von Volksbibliotheken und guten Büchern, zur anderen Hälfte zur Volksunterhaltung jeder Art verwendet werden. Wer einen Aufsatz veröffentlicht, für den er bezahlt und bestochen wurde, kommt vor das Revolutionstribunal. Auch der Versuch ist strafbar.

Daß das Problem der Sozialisierung der Presse nicht so einfach zu lösen ist wie es in obiger Zeitungsnotiz angedeutet wird, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Wir werden daher sehr sorgfältig zu untersuchen haben, ob überhaupt eine Sozialisierung der Presse möglich ist und in welcher Weise sie durchgeführt werden kann. Dabei wird auch von neuem wieder der Vorschlag zu untersuchen sein, der jetzt immer wieder gemacht wird, ob auf dem Wege der Besteuerung der Inserate oder gar der Verstaatlichung der Annoncen-Expeditionen eine Verbesserung der Zustände der Presse herbeigeführt werden kann. Die Frage der Besteuerung der Anzeigen ist schon einmal Gegenstand der Parlamentsberatungen gewesen. Am 3. November 1908 legte der Reichskanzler den Entwurf eines Anzeigensteuergesetzes vor, der in der Kommission des Reichstages abgelehnt wurde[1]). Wir werden zu prüfen haben, ob die Gründe, die damals gegen die Einführung der Inseratensteuer sprachen, auch heute noch gültig sind, wobei man sich immer wieder vor Augen halten muß, daß eine Besteuerung der Inserate nicht die Zeitung trifft, sondern auf die Inserenten abgewälzt wird.

Ein Punkt, der in erheblichem Umfang bei der Einschätzung der Journalisten mitspricht, ist die Namenlosigkeit der Beiträge, die „Anonymität". Hier handelt es sich um eine der wichtigsten Fragen, nicht nur des deutschen Journalismus, sondern der Presse überhaupt. Deshalb werden wir hier das Für und Wider sorgfältig gegeneinander abwägen. An Literatur auf diesem Gebiet fehlt es keineswegs. Seit Jahren bringen die Fachzeitungen ausführliches Material über diese Frage. Das ist auch nicht weiter verwunderlich; denn von der Regelung dieses Problems hängt ungemein viel ab. Das Beste, was über die Frage der Namenlosigkeit der Aufsätze in den Zeitungen gesagt werden kann, hat der Altmeister der deutschen Zeitungskunde, Karl Bücher, in seinem Aufsatz über „Die Anonymität in der Presse" gesagt[2]).

---

[1]) Vgl. hierzu die Reichstags-Denkschrift Nr. 1001 und 1454. Session 1907 bis 1909.

[1]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Jahrg. 72.

Bücher untersucht die Frage: „Entspricht die Einrichtung der Anonymität noch dem Wesen der modernen Presse? Liegt ein allgemeines Interesse vor, das die Aufrechterhaltung und konsequente Durchführung gebietet oder bestehen Gründe für ihre Einschränkung oder völlige Beseitigung dergestalt, daß wir davon eine Besserung unserer Zeitungszustände zu erwarten hätten?"

In dem erwähnten Aufsatze gibt Bücher eine eingehende historische Übersicht über die Entwicklung der Namenszeichnung der Zeitungsaufsätze. Er schildert dabei die Zustände in Frankreich, wo zeitweise gesetzlich die Namenszeichnung vorgesehen war, und kommt dann auf den Unterschied zwischen den politischen Aufsätzen und den Beiträgen im Feuilleton zu sprechen. In Frankreich hat die Signierung der Aufsätze durchweg gute Wirkung gehabt. Sie erleichterte jungen Talenten den Aufstieg. Mit Recht sagt Bücher, es sei ein nationales Interesse, daß eine Presse des Landes die Talente anzieht und bis zu einem gewissen Grade fördert. Mit der günstigen Wirkung der Aufhebung der Anonymität in Frankreich steht die Tatsache, daß die französische Presse durchweg sehr schlecht ist, in keinem Zusammenhang. Die Gründe für die moralische Minderwertigkeit der französischen Presse sind auf anderem Gebiete zu suchen. Im Gegensatz zu der vielfach vertretenen Auffassung, daß der Zeitungsaufsatz nicht die Ansicht des Verfassers, sondern die Auffassung der Redaktion darstellt, steht Bücher auf dem sehr richtigen Standpunkt, daß in der Regel von einer Gesamtansicht der Redaktion kaum die Rede sein könne. Meist sei ein Spezialstudium zur Behandlung der Frage notwendig; denn die Probleme, die früher die Presse beschäftigten, sind jetzt in den Hintergrund getreten. Der Redakteur, der zu einer aktuellen Frage Stellung nimmt, muß die Materie beherrschen. In den meisten Fällen ist zu einer Redaktionsberatung keine Zeit, und hier bedeutet, wie Bücher sagt, die Anonymität einen Mangel an Verantwortungsgefühl. Auch für den Stil ist die Zeichnung des Aufsatzes von Bedeutung, desgleichen für die Form des Kampfes. Anonymität aber führt zur Herabdrückung des Niveaus. Alles, was für die Anonymität geltend gemacht wird (und dazu gehört unter anderem auch ein recht gedankenreicher Aufsatz von Adolf Braun), wird von Bücher sehr treffend widerlegt, und so kommt denn Bücher zu dem Resultat, daß die Anonymität die hoffnungslose Abhängigkeit des Journalisten bringt, während die Zeichnung der Aufsätze mit Namen seinen Aufstieg erleichtere. Der Fortfall der Ano-

nymität würde den Zeitungsinhalt heben. Die Wirkung der Hetzartikel würde abgeschwächt, wenn die Welt den Verfasser kennen lernt und nicht Zeitung und Verfasser identifiziert. Das Publikum wertet den Aufsatz ganz anders, wenn es den Verfasser kennt. Die wirklich Befähigten kommen zur Geltung, die minderwertigen Kreaturen finden die entsprechende Berücksichtigung.

Schon jetzt möchte ich erklären, daß ich vollkommen auf dem Standpunkt Büchers stehe. Auch ich erkenne die Nachteile der Anonymität in vollem Umfange an. Die Gründe, die als Beweis für den Nutzen der Anonymität angegeben werden, sind als stichhaltig nicht anzusehen. Aber zwei Gründe erscheinen mir sehr wesentlich, trotzdem sie eigentlich in der Literatur meines Wissens noch nicht hervorgehoben worden sind: Welcher Widerspruch liegt darin, wenn man das, was ein Redakteur zu sagen hat, ohne Namen gibt, während man z. B. in derselben Nummer die Zuschrift irgendeines Börsenspekulanten mit Namen veröffentlicht? Das Mitglied der Redaktion wird dadurch gegenüber dem auswärtigen Mitarbeiter stets ungünstiger gestellt.

Und der zweite Gesichtspunkt ist, daß in sehr vielen Fällen nicht nur der Verleger für die Beibehaltung der Anonymität ist, als vielmehr Redakteure selbst. So klagte mir einmal ein hervorragender Journalist, der an einer der besten deutschen Zeitungen arbeitet, es sei ihm nicht möglich, seine Aufsätze mit Namen zu zeichnen, weil die Mehrzahl der Redakteure sich dagegen ausgesprochen hat. Und auf meine verwunderte Anfrage, warum gerade die Redaktion für die Anonymität eintrete, sagte er mir, daß diejenigen Redakteure, die nicht viel schreiben, in der Majorität seien und hierbei die Eifersucht auf schreibende Kollegen eine große Rolle spiele. Dieser Gesichtspunkt scheint mir freilich sehr wesentlich. Er ist bisher noch nicht behandelt worden. Wie ja überhaupt über das Problem der Kollegialität in der Presse noch manches zu sagen wäre. . . .

Erfreulicherweise macht sich auf dem Gebiet der Zeichnung der Aufsätze in der letzten Zeit eine Wandlung zum Besseren bemerkbar. Der Kreis der Zeitungen, bei denen die Redaktion ihre Aufsätze zeichnet, wird immer größer. Bei einer Zeitung in Berlin ist es sogar direkt Vorschrift, daß die Mitarbeiter ihre Aufsätze signieren.

Natürlich muß bemerkt werden, daß nicht jede Zeitungsnotiz gezeichnet zu werden braucht; aber die Aufsätze, die eine eigene geistige Leistung des Verfassers darstellen, sollen ebenso

als geistiges Eigentum gekennzeichnet werden, wie es bei anderen Werken der Literatur als selbstverständlich erscheint. Ich stimme vollkommen mit meinem Lehrer Brunhuber überein, der da sagt, „die grundsätzliche Vernichtung der Persönlichkeit zugunsten des Zeitungsorgans muß verschwinden.“ Von gesetzlichen Eingriffen auf diesem Gebiet verspreche ich mir nichts. Hier muß alles durch das Standesbewußtsein der Redakteure selbst geschaffen werden. —

Ein wunder Punkt im deutschen Zeitungswesen ist zweifellos der Stil. Wer von uns hat sich nicht schon einmal über das Deutsch geärgert, das er zeitweise in Leitartikeln findet. Wer hat nicht bereits den Kopf geschüttelt über manche seltsame Redewendung, über grammatikalische Schnitzer oder über Gemeinplätze in der Zeitung. Aber bevor ich zum Zeitungsstil übergehe, sei eine andere Frage aufgeworfen. Ist der schlechte Stil vielleicht das Alleingut der deutschen Presse? Kommt nicht vielmehr der schlechte Stil auch bei uns vor, wo man ihn am wenigsten erwartet und wo er sich nicht verteidigen läßt, in unserer Buch-Literatur? Fand ich doch kürzlich in einem Buch folgenden Satz:

> „Mit diesem Kriege im Rücken können wir Berge versetzen.“

Der Verfasser dieses Satzes ist kein Geringerer als — Friedrich Naumann, der sicherlich einer unserer besten Stilisten und zugleich einer unserer besten Redner ist[1]). Wer denkt hierbei nicht an den Ausspruch von Nietzsche, „daß das schlechte Schreiben in Deutschland als nationales Vorrecht behandelt wird.“ Und tatsächlich ist der schlechte Zeitungsstil bei uns nicht etwa eine Eigenschaft der Zeitung allein, sondern sagen wir es einmal offen: eine nationale Angewohnheit. Deshalb ist es auch keineswegs berechtigt, wenn Nietzsche an einer Stelle sagt: „Schweinedeutsch. Verzeihung, Zeitungsdeutsch.“

Das Beste, was über den Stil, der für Zeitungen gilt, gesagt worden ist, ist Schillers Wort über den Meister:

> „Jeden anderen Meister erkennt man an dem, was er ausspricht,
> Was er weise verschweigt, zeigt mir den Meister des Stils.“

Damit hat Schiller klar umrissen, worauf es ankommt. Nicht alles soll der Schriftsteller sagen, sondern die Kunst ist, das Wesent-

[1]) Der Satz findet sich in dem Buch „Mitteleuropa‘. S. 32.

liche hervorzuheben, sich nicht im Unwesentlichen zu verlieren, wie schon Voltaire treffend sagt: „Das Geheimnis, jemand zu langweilen ist, ihm alles zu erzählen.“

Auch für den Journalisten gilt das Wort, daß das Beste am Stil ist, daß jemand etwas zu sagen hat. Ebenso wie der Redner und der Buchschriftsteller soll auch der Journalist alle Phrasen fehlen lassen, und er soll sich bemühen, in einem guten Stil zu schreiben. Es gibt kein Zeitungsdeutsch, ebensowenig wie es ein Sportdeutsch, ein Börsendeutsch oder ein Juristendeutsch gibt, sondern es gibt nur eine deutsche Sprache, und niemand hat das Recht, für sich einen besonderen Stil zu beanspruchen!

Wenn ich auch zugebe, daß der Stil der deutschen Presse oft sehr viel zu wünschen übrig läßt, so möchte ich doch für meine Berufskollegen um mildernde Umstände bitten. Denn man muß sich einmal vor Augen halten, unter welchen Verhältnissen der Zeitungsschriftsteller arbeitet im Gegensatz zum Buchschriftsteller. Wer ein Buch schreibt, ja oft sogar wer (ohne Redakteur zu sein) für eine Zeitung schreibt, hat mehr Wochen oder Monate zur Verfügung, als der Zeitungsschreiber Stunden. Wie oft läuft bei der Zeitung eine Nachricht ein, zu der innerhalb einer Stunde ein Leitartikel geschrieben werden muß! Daß dieser stilistisch nicht so geglättet werden kann, nicht so eben sein kann und auch oft im Ausdruck nicht so gut ist, wie die gleiche Arbeit, zu der ein Verfasser 14 Tage Zeit hat, kann doch niemand bestreiten. Hinzu kommt, daß Telefon, Stenographie und Schreibmaschine verheerend auf den Stil gewirkt haben und daß der Journalist oft kaum Zeit hat, seine Arbeit durchzulesen, geschweige denn eine Stilfeilung vorzunehmen. Aber nur selten werden dem Journalisten die mildernden Umstände zugebilligt. Die rühmlichste Ausnahme macht hier Professor Eduard Engel, ein ungewöhnlich kritischer Geist, der sich zweifellos große Verdienste um die Säuberung der deutschen Sprache erworben hat. Engel schreibt in seinem Buche: „Deutsche Stilkunst“, daß in Deutschland auf die Frage, wer den schlechtesten Stil schreibe, meist die Antwort erteilt würde: „Der Zeitungsschreiber“. Er aber antwortet hierauf: „Das schlechteste Deutsch, den schlechtesten Stil schreibt die deutsche Wissenschaft, die rühmlichen Ausnahmen kenne ich und würdige sie doppelt. Daß der Zeitungsmann seine Verstöße im fürchterlichen Drange des Augenblicks, der Wissenschaftler seine Untaten in der weihevollen Stille des

Studierzimmers begeht, soll gerechter als bisher gegeneinander abgewogen werden[1]."

Engel besitzt soviel Verständnis für die Aufgabe und das Wesen der Presse, daß er in seinem Buche dem Zeitungsstil ein besonders lehrreiches Kapitel widmet, und man möchte wünschen, daß dieses Kapitel in gleicher Weise beachtet wird von den Zeitungsschreibern und von den Zeitungslesern. Engel wirft die richtige Frage auf: „Wir haben in der deutschen Presse Deutschlands, Österreichs und der Schweiz mehr als ein volles Hundert glänzender Schreiber. Wieviel glänzende Stilisten gibt es in der deutschschreibenden Wissenschaft der drei Länder? Auf jeden guten wissenschaftlichen Schriftsteller kommen zehn gute Zeitungsschreiber[2]."

Sehr richtig sagt Engel, daß der Stil der Wissenschaftler unter dem Strich den Stil des Zeitungsmannes über dem Strich nur sehr selten übertrifft. Das sei aber nur in Deutschland möglich. Keinem Franzosen fiele es ein, meint Engel, von einem besonders schlechten Stil der französischen Zeitung zu sprechen In Frankreich schreiben, sagt Engel, die Lehrer der Lyzeen, die Lehrer der Universität, die Zeitungsmänner ungefähr den gleichen Stil, den klaren, gefälligen und reinen, den wir kennen und oft beneiden. Ja Engel hat sogar den Mut, von den Vorzügen des deutschen Zeitungsstils zu sprechen, was vor ihm wohl noch niemand getan hat! Er sagt aber mit Recht, daß der Stil des Zeitungsschreibers täglich der Kritik ausgesetzt ist, der wissenschaftliche Stil dagegen nie. Der Zeitungsschreiber, der dauernd unklar schreibt, muß als unbrauchbar entlassen werden, der Wissenschaftler — dafür haben wir ja Beispiele genug — kann sich den Luxus leisten, unklar und schwerverständlich zu schreiben. Treffend sagt daher Engel, daß der Zeitungsstil im allgemeinen klarer ist als der wissenschaftliche und daß vor allem der Zeitungsmann die Gabe besitzen muß, sein Wissen dem Leser in kurzer Form verständlich zu übermitteln.

> „Der Satzbau ist durchweg straffer, übersichtlicher gegliedert, rythmisch feiner, besonders zum sofortigen Verstehen geeigneter, als der durchschnittliche Bücher- oder Kanzleistil."

Das hindert aber Engel nicht, auch die Fehler des Zeitungsstiles zuzugeben; aber auch er führt als mildernden Umstand die

[1]) Deutsche Stilkunst. S. 13.

[2]) Ebenda. S. 440.

Hast beim Schreiben an. Vollkommen recht hat Engel, wenn er von dem sogenannten „gesteigerten Stil" spricht, von dem Übertreiben in der Darstellung und von der Anwendung überflüssiger Wörter. Aber diese Steigerung des Stils ist auch keine Eigenart der Presse. Man findet sie ebensosehr in der Buchliteratur. Das hat schon Nietzsche mit Recht beanstandet, wenn er sagt:

„Schriftsteller, welche im allgemeinen ihren Gedanken keine Deutlichkeit zu geben verstehen, werden im einzelnen mit Vorliebe die stärksten, übertriebensten Bezeichnungen und Superlative wählen. Dadurch entsteht eine Lichtwirkung wie bei Fackelbeleuchtung auf verworrenen Waldwegen."

Auch Bismarck hat sich gegen diese Stilübertreibung gewandt. Wie bekannt, hat ja Bismarck stets den einfachen klaren Stil bevorzugt. So schreibt Hofmann, daß sich Bismarck oft die Manuskripte vor ihrer Verwendung in der Zeitung vorlegen ließ und den Entwurf zuweilen auch stilistisch verbesserte. Mit Vorliebe strich er Adjektive, die nur zur Verstärkung dienen sollen. Mit Recht sagt er einmal[1]):

„Glauben Sie mir, einem alten Stilisten, je einfacher und schmuckloser Sie Ihre Gedanken vortragen, desto stärker wirken sie."

Diese Worte sollten sich auch die Journalisten merken; denn auch auf dem Gebiet des Stils haben die Journalisten eine Mission zu erfüllen. Sie müssen sich bewußt sein, daß sie auf die breite Masse den stärksten Einfluß ausüben und daß sie es in der Hand haben, veredelnd auf Stil und Sprache zu wirken. . . . .

Wenn man von „öffentlicher Meinung" spricht, denkt man im allgemeinen an die Presse. Man identifiziert sogar direkt die Presse mit der öffentlichen Meinung. Das ist keineswegs berechtigt. Die Presse ist nicht die öffentliche Meinung; sie ist auch nicht immer ein Spiegelbild der öffentlichen Meinung. Aber die Presse wirkt auf die öffentliche Meinung, andererseits läßt sie die öffentliche Meinung auf sich einwirken. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsache sagt Wilhelm Bauer in seinem inhaltreichen Werk über die öffentliche Meinung:

„Immerhin ist nicht zu leugnen, daß ganz bestimmte Analogien zwischen Presse und öffentlicher Meinung bestehen. Die Zeitung sammelt eine Unzahl von Einzelurteilen, verarbeitet sie, paßt sie allgemein vorherrschenden Richtungen an. Gewiß sind es einzelne, die zum Publikum sprechen, aber ihre Redefreiheit ist durch das Kollektivelement, durch die Rücksicht auf die

[1]) Vgl. hierzu Hermann Hoffmann, Fürst Bismarck. S. 208.

Menge mehr oder minder bestimmt oder eingeengt. Die Zeitung tritt als eine Einheit auf, die zwar oft recht verschiedene Sonderteile in sich umfaßt, die aber doch ein Ganzes mit eigenem Gepräge bildet. Die einzelne Stimme wird da wie dort nur selten nach ihrem Nennwert und ihrer sachlichen Zuständigkeit eingeschätzt. Sie beide vereinigt die moralische Unverantwortlichkeit."

Bauer faßt die Rolle der Zeitung im politischen Leben dahin zusammen, daß die Presse unter den gegenwärtigen Verhältnissen die sicherste, schnellste und bequemste Verbindung des Einzelwesens und der Masse mit der Öffentlichkeit darstellt. Deshalb sei es von selbst gegeben, daß alles, was sich im Staate zur Geltung bringen will, Regierung, Parteien und der Einzelpolitiker ein bestimmtes Verhältnis zur Presse zu gewinnen suche. Aber sicher sei, daß die Zeitung nicht die gesamte öffentliche Meinung repräsentiere und auch nicht auf sie in vollem Umfang Einfluß nehmen könne, da neben den intellektuellen Kräften auch noch andere Triebe und gefühlsmäßig Wirkendes an ihrem Zustandekommen beteiligt seien. Aber es wäre verfehlt, die Bedeutung der Presse für die Gestaltung des öffentlichen Lebens zu übersehen oder allzugering zu veranschlagen; denn so sagt er: „Wir alle sind in unserer Bildung zeitlebens Schuldner der Presse."

Im Hinblick auf die Bedeutung, die die öffentliche Meinung für die Presse und umgekehrt hat, müssen wir uns im Rahmen unserer Vorlesungen besonders eingehend mit den Beziehungen zwischen Presse und öffentlicher Meinung beschäftigen. Wir müssen zunächst einmal feststellen, was öffentliche Meinung ist und uns dann damit befassen, wie sich die Presse zur öffentlichen Meinung verhält[1]). Um den Begriff öffentliche Meinung zu verstehen, werden wir zunächst die geschichtliche Entwicklung der öffentlichen Meinung untersuchen müssen, mit ihren Grundlagen in der früheren Zeit und in der Neuzeit, der Entwicklung ihres Resonanzbodens und ihrer Ausdrucksmittel.

---

[1]) Einen wertvollen Beitrag zu der Frage, welche Macht die öffentliche Meinung ist, veröffentlicht Adolf Weber in seinem Werk über „Kapital und Arbeit". Hier wird direkt nachgewiesen, daß allein die Furcht vor der öffentlichen Meinung es gewesen ist, die eine Reihe von Mißständen verhindert hat. So z. B. seien die „schwarzen Listen des Zechenverbandes beseitigt worden lediglich aus Furcht vor der öffentlichen Meinung", und Weber zitiert im Zusammenhang damit den Ausspruch Eduard Bernsteins, „daß gerade da, wo die kapitalistische Entwicklung am weitesten vorgeschritten sei, die Herrschaft der Kapitalistenklasse am meisten eingeschränkt sei durch die Macht der öffentlichen Meinung". (S. 191.)

Zunächst werden wir versuchen, die wichtigsten Definitionen der öffentlichen Meinung gegenüberzustellen und gegeneinander abzuwägen. Bücher charakterisiert die öffentliche Meinung wie folgt:

> „Die öffentliche Meinung ist das stark mit Gefühls- und Willensmomenten durchsetzte Urteil der Gesellschaft, die massenpsychologische Reaktion, die sich zustimmend oder ablehnend gegen bestimmte Vorgänge, Maßnahmen oder Einrichtungen wendet."

Brunhuber:

> „. . . die in den verschiedensten Formen — wie Presse, Parlament, Versammlungen — zum Ausdruck kommende, vorwiegend durch den Intellekt bestimmte Stellungnahme der über der Summe der Einzelansichten stehende, aus der Tatsache des sozialen Zusammenseins allgemein beeinflußte Volkspsyche des öffentlichen Lebens, sei es Politik, Justiz, Kunst, Wissenschaft oder Religion[1])."

Brunhuber selbst sagt von dieser Definition, daß sie zu lang und unschön sei. Er erspart also dem Kritiker die Beanstandung.

Wie schon gesagt, ist die Presse nicht identisch mit der öffentlichen Meinung, wohl aber ist sie ein Organ von ganz besonderer Bedeutung, indem sie die Auffassungen, Ideen und Wünsche der Masse aufnimmt, verarbeitet und ihr Resonanz verleiht. Andererseits ist die Presse aber auch wieder von großem Einfluß auf die öffentliche Meinung selbst, indem sie entweder das Urteil einzelner der Masse einzuflößen sucht oder aber indem sie besänftigend oder aufpeitschend auf die öffentliche Meinung wirkt. Aber man kann nicht sagen, daß die Presse ausschließlich die öffentliche Meinung macht. Hier spielen oft noch ganz andere Faktoren eine Rolle, ja es ist sogar denkbar, daß eine Volksbewegung von nachhaltiger Wirkung ohne oder auch gegen den Willen der Presse sich durchsetzt. Bücher weist mit Recht auf zwei Vorkommnisse hin, nämlich: 1. die russische Volksbewegung, die trotz des Druckes durch die Zensur sich durchsetzte und 2. die deutsche Arbeiterbewegung, die in ihren Anfängen stets im Gegensatz zur Presse stand.

Wenn trotzdem die Presse für die öffentliche Meinung der wichtigste Faktor ist, so hängt das damit zusammen, daß sie nicht nur für den Augenblick wirkt, wie beispielsweise ein Redner, eine Flugschrift, ein Buch, sondern daß sie immer wieder denselben Gedanken und dieselbe Forderung wiederholt und sie auf diese

---

[1]) Das moderne Zeitungswesen. S. 85.

Weise in das Gehirn von hunderttausenden von Lesern einhämmert. Durch dieses ständige Wiederholen der Forderung wird schließlich der Leser so von der Richtigkeit überzeugt, daß er, wenn er kein allzu kritischer Geist ist, seine Ansicht und die Ansicht der Zeitung für identisch hält. So nachhaltig kann kein anderes Instrument wirken, wobei die Aktualität das ihrige tut, indem sie jede Nachricht gleich mit ihrer Ansicht versehen vorsetzt.

Verschärft wird weiter der Einfluß der Presse noch dadurch, daß das gedruckte auf den Leser meist viel überzeugender wirkt, als das geschriebene Wort oder gar das gesprochene. Ein Brief, eine Rede, eine Predigt reizen den Durchschnittsmenschen viel mehr zum Widerspruch als beispielsweise ein Buch oder gar eine Zeitung, und nur so erklärt es sich, daß leicht die Ansicht einer einzelnen Person, die ständig in der Presse zu Worte kommt, Allgemeingut weiter Kreise wird. Hieraus kann sich leicht die „Massenansicht" und die öffentliche Meinung entwickeln.

Trotzdem im allgemeinen die Bildung heute besser ist als vor 50 Jahren, das Wissen der unteren Schichten vermehrt wurde und man vielleicht auch vielfach von einer gesteigerten Urteilsfähigkeit gegenüber früher sprechen kann, steht die Masse der Leser heute der Presse immer noch kritiklos gegenüber, nimmt sie gläubig das auf, was ihr seitens der Presse vorgesetzt wird, und so ist es denn auch nicht schwer, die Massen zu beeinflussen und zu leiten. Da ist es schon kein besonderes Kunststück für einen einigermaßen begabten Redner — man denke nur an den Einfluß, den Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf gewisse Kreise des Berliner Proletariats hatten, die zu willenlosen Werkzeugen in ihrer Hand wurden! — und wieviel leichter ist das erst für einen Schriftsteller, der gar nicht persönlich vor die Masse tritt, der aber immer wieder und immer wieder einen Resonanzboden findet. Diese Möglichkeit der Beeinflussung ist etwas sehr Erhebendes für einen Journalisten, aber zu gleicher Zeit auch eine furchtbare Gefahr. Der Journalist, der täglich zum Volk redet, muß wie ein Priester sich seiner Mission bewußt sein. Er muß sich im klaren darüber sein, welches hohe Amt er verwaltet und wie gefährlich es werden kann, wenn er seine Mission nicht erfüllt, sein Amt mißbraucht. Sehr treffend sagt hier Karl Bücher:

> „Welch eine dankbare Aufgabe für eine geistig hochstehende Tagespresse, die sich bewußt ist, daß die Masse dem Guten, Schönen und Edlen ebenso zugänglich ist, wie dem Schlechten, Häßlichen und Gemeinen! Aber auch welche Gefahr der Irreleitung und Volksverführung; wie leicht kann

die Presse zum Ansteckungsherde werden für Geistesepidemien, die ganze soziale Schichten angreifen und verderben[1])."

Im Zusammenhang mit unseren Untersuchungen über die öffentliche Meinung werden wir uns auch ganz besonders mit der Frage: Parlament und Presse beschäftigen müssen; denn beide stehen in engem Zusammenhang. Zwar kann die Presse das Parlament entbehren, umgekehrt aber nicht. Das hat seinerzeit der Journalistenstreik in Berlin ja deutlich bewiesen. Damals versagte die Redelust im Reichstag ganz erheblich; denn der Reichstag ohne Wiedergabe seiner Reden gleicht dem Läutewerk im Deutschen Museum zu Nürnberg, das in einer luftleeren Glocke aufgestellt ist, so daß man die Töne außerhalb der Glocke nicht vernimmt.

Bei einer näheren Untersuchung der Verhältnisse im Parlament werden wir feststellen müssen, daß die Beziehungen keineswegs ideale sind. Die Presse schätzt das Parlament als Einrichtung grundsätzlich hoch ein. Das hindert aber nicht, daß vor den jeweiligen Vertretern des Volkes nicht immer eine sehr große Achtung herrscht. Das ist auch zu verstehen, wenn man bedenkt, daß auf der Pressetribüne oft Männer sitzen, die die Mehrzahl der Parlamentarier an politischem Wissen, an Kenntnis, Form- und Redegewandtheit turmhoch überragen, und die Einschätzung wird noch dadurch beeinflußt, wenn der Journalist auf der Pressetribüne merkt, daß der Redner einer Partei die Gedanken als sein Eigentum wiedergibt, die am Tage vorher der Journalist in seinem Leitartikel geschrieben hat. Das gilt für die Redner aller Parteien. Sie alle suchen sich aus ihren Parteiblättern oder aus der Presse, die ihnen politisch am nächsten steht, das Material für ihre Reden, ihre Angriffe oder Verteidigung zusammen, und so kommt es, daß oft eine sehr große Gedankenübereinstimmung der Parlamentsreden mit den vorher erschienenen Leitartikeln festzustellen ist. Wirklich gute eigene Gedanken gehören im Parlament zu den Seltenheiten, und so kann man es verstehen, wenn die Herren von der Pressetribüne den einzelnen Abgeordneten nicht immer die Beachtung schenken, die diese beanspruchen zu müssen glauben. Hieraus ergibt sich der dauernde Streit um die Wiedergabe der Reden.

Sie alle, meine Damen und Herren, werden wissen, daß das Stenogramm einer einzigen Parlamentssitzung eine stattliche Bro-

---

[1]) Kultur der Gegenwart. S. 510.

schüre von mehreren Druckbogen darstellt. Für den Satz des amtlichen Berichts ist oft so viel notwendig wie 3—4 Zeitungen zusammen umfassen. Das bringt es mit sich, daß die Zeitungen nur auszugsweise die Parlamentsreden wiedergeben können, oft sogar nur einen Bruchteil dessen, was wirklich geredet worden ist.

Zwar werden die Reden von der Ministerbank meist im Wortlaut oder nur wenig gekürzt wiedergegeben. Sie sind ja auch besonders wichtig für jeden Politiker; aber dafür wird an den Reden der Abgeordneten um so mehr gekürzt, und hier haben sich zweifellos große Mißstände entwickelt, die vielfach eine ohnmächtige Wut des Parlaments gegen die Pressetribüne hervorgerufen haben. Nun ist es ja allerdings schwer, aus einer Rede, die zwei bis drei Stunden gedauert hat, in zwanzig Zeilen die Hauptpunkte wiederzugeben. Man beschränkt sich meist darauf, aus dem Zusammenhang gerissene Sätze aneinanderzureihen, die in vielen Fällen gar kein Bild dessen geben, was der Abgeordnete gesagt hat. Daß das ein Mißstand ist, soll nicht bestritten werden. Ein weiteres Übel ist, daß die Zeitungen meist die Reden der Parlamentarier, die ihr politisch nahestehen, ausführlicher geben, dagegen die ihrer politischen Gegner mit wenigen Sätzen abtun. Freilich werden hier auch große Unterschiede gemacht. Die sogenannte „erste Garnitur“ wird meist besser behandelt als die „zweite“ und diese besser als die „dritte“.

Die jetzigen Verhältnisse sind jedenfalls nicht erfreulich, und wir werden im Laufe unserer Vorlesungen versuchen, uns über die Ursachen des jetzigen Zustandes und die Möglichkeit seiner Abhilfe zu unterhalten.

Interessant ist, daß König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen den Zeitungen verboten hatte, die Namen der Redner der Provinzialstände zu veröffentlichen. Er fürchtete nämlich, wie Treitschke erwähnt[1]), die Eitelkeit der Parlamentsredner, und er glaubte, daß, wenn die Zeitungen die Namen nicht erwähnten, die Redner sich wohl größere Zurückhaltung auferlegen würden. Freilich hat er sich darin getäuscht. Die Parlamentarier waren noch eitler als der König geglaubt hatte; denn wie Treitschke mitteilt, wußten es die Redner so einzurichten, daß jedermann auf die Hauptredner mit Fingern weisen konnte!

In richtiger Erkenntnis der Verhältnisse sagt Löbl, daß die Zeitung mit der Zeit des Lesers sparen soll, und daß selbst,

---

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte. V. Teil.

wenn man den Wert der parlamentarischen Berichte sehr hoch einschätzen würde, die heutige Berichterstattung über das Parlament zweifellos an einem Übermaß leidet. In dem Konkurrenzkampf um die besten und ausführlichsten Parlamentsberichte hätten die Londoner Blätter in den dreißiger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts es allmählich auf 8—10 Riesenspalten im kleinsten Druck gebracht. Da habe der Eigentümer der „Times", Herr Walther, einen gedruckten Auszug aus den Parlamentsverhandlungen im Umfange von 80—100 Zeilen gebracht, und es habe sich gezeigt, daß dieser Auszug vom Publikum sehr beifällig aufgenommen wurde. Der Erfolg dieses Auszuges war so groß, daß schließlich alle Londoner Blätter gezwungen wurden, solche Auszüge zu bringen[1]).

Freilich sagt Löbl selbst, daß die Abfassung der Parlamentsauszüge große Geschicklichkeit verlange. Sie müssen einen erschöpfenden objektiven Überblick geben, und dem Leser in knapper Form einen richtigen Überblick über den Verlauf der Sitzung bieten. Vielleicht kommen wir in Deutschland auch noch einmal dazu, daß wir uns nur auf kurze Auszüge beschränken und auf den sogenannten „wörtlichen" Bericht ganz verzichten.

Über die Stellung der Presse zum Parlament äußert sich Biedermann[2]) in recht bemerkenswerter Weise. Er sagt, daß die parlamentarischen Körperschaften unstreitig den Vorzug des bestimmten Mandats, der gesetzlich berechtigten Wirksamkeit für sich haben, welches beides der Presse abgeht. Dagegen hat die Presse den Vorteil, nicht nur einen Bruchteil der öffentlichen Meinung zu vertreten. Deshalb soll die Presse stets auf einer hohen Warte stehen, alsdann würde sie auch von den gesetzlichen Vertretern des Volkes beachtet und respektiert werden, so wie damals (1866) die Urteile der englischen Presse beachtet wurden. Die Presse habe die Aufgabe, überall den prinzipiellen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu stellen, daneben aber die Dinge nach den praktisch gegebenen Umständen zu beurteilen, als auf die Schwierigkeiten Rücksicht zu nehmen, welche die Durchführung eines Prinzips im konkreten Falle finde und danach an die Abgeordneten Mahnungen zu richten. In dieser zugleich praktischen und idealen Haltung der Presse liegt nach Biedermann das beste Korrektiv für beide, für die Presse und für

---

[1]) a. a. O., S. 101.

[2]) Staatslexikon von Rotteck-Walcker.

das Parlament. Die alten feudalen Landtage mußten erstarren, weil sie der Kontrolle von Öffentlichkeit und Presse entzogen waren. Andererseits hatte die Presse in Deutschland vor Entstehung des parlamentarischen Lebens keine berechtigten Organe, auf die sie einen geregelten Einfluß ausüben konnte. Sie ergänzten sich beide, Parlament und Presse, in sehr wirksamer Weise[1].

Eng im Zusammenhang mit der Frage bezüglich Parlament und Presse steht die Immunität der Wiedergabe von Parlamentsreden. Maßgebend in Deutschland ist hier der Paragraph 12 des Strafgesetzbuches:

„Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen eines Landtages oder einer Kammer eines zum Reich gehörenden Staates bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei."

In Übereinstimmung hiermit sagt Artikel 22 der alten Reichsverfassung:

„Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei."

Damit ist einwandfrei zum Ausdruck gebracht, daß Berichte über Parlamente in Deutschland nicht strafbar sind, wenn sie wahrheitsgetreu sind. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß sie wörtlich sein müssen; sie müssen nur mit den Hergängen übereinstimmen[2].

---

[1]) In der Herrenhausrede vom 4. Februar 1867 hat Bismarck einige interessante Parallelen zwischen Presse und Tribüne gezogen. Hier sagt er:

„Ich will nicht darauf hinweisen, daß man zu einem sehr viel größeren und in vielen Fällen weniger urteilsfähigen Publikum durch die öffentlichen Blätter spricht, als von der Tribüne her, sondern nur auf den Übelstand, daß, während jede Meinung, die in einer parlamentarischen Versammlung geäußert wird, ihr Korrektiv in der Widerlegung finden kann, die ihr von der Tribüne zuteil wird — daß dieses Korrektiv in denjenigen Klassen, denen die zahlreichsten Zeitungsleser angehören, fortfällt, weil dieselben nicht zwei Zeitungen verschiedener Farbe lesen, um sich ein unparteiisches Urteil zu sichern, sondern sich an eine Zeitung halten. Diese eine Zeitung pflegt nur die extremsten Reden und Äußerungen ihrer Parteiführer wiederzugeben; derjenige, welcher das liest, ist nicht in der Lage, gleich seinen vielleicht urteilsfähigeren Vertretern im Parlament diese Äußerungen und Parteiauffassungen nach dem Maße der Widerlegungen, welche sie erfahren, abzuwägen und sich das Richtige aus dem Widerstreit verschiedener Meinungen herauszuziehen, sondern er vernimmt nur den einen Redner, welcher gerade der Freund dieser Zeitung ist."

[2]) Vgl. Kommentar zum Pressegesetz von Schwarze-Appelius, S. 102.

Grundsätzlich ist dieser Vorschrift auch durchaus zuzustimmen. Denn wenn die Abgeordneten Immunität besitzen, so ist die unbedingte Folgerung hieraus, daß diese Immunität auch ausgedehnt wird auf die Wiedergabe der Reden. Daß natürlich hierdurch auch gewisse Mißstände hervorgerufen werden, ist nicht weiter verwunderlich. Durch die Immunität der Presse-Berichterstattung können Verleumdungen, die unter dem Schutze der Immunität im Parlament gemacht worden sind, ihrer Berechtigung aber entbehren, ihre weite Verbreitung finden. Kein Geringerer als Bismarck ist es gewesen, der sich gegen die Immunität gewandt hat. Vor allem hatte er Bedenken gegen die unbegrenzte Verantwortungsfreiheit und ferner wollte er die Ausnützung von aufreizenden Reden durch die Presse einschränken[1].

Man hat zahlreiche Vorschläge gemacht, wie man die Mißstände, die sich eventuell aus der straffreien Wiedergabe ergeben, beseitigen könnte; aber die meisten Vorschläge leiden daran, daß sie praktisch nicht durchgeführt werden können und vor einer Zensur der Parlamentsberichte etwa durch Parlamentskommissionen und dergleichen kann nicht dringend genug gewarnt werden. Garr macht den Vorschlag, daß man grundsätzlich die volle und uneingeschränkte Verantwortungsfreiheit der Berichte beibehält, daß man im übrigen aber eine Zeitbegrenzung einführen soll. Als Bericht, meint er, könne nur das angesehen werden, was von den Sitzungen des Parlaments unmittelbar Kunde bringt. Wenn aber ein Blatt eine Äußerung, die vor 20 Jahren im Parlament gefallen sei, heute wieder abdrucke, so sei das kein Bericht mehr und könne ohne Gefahr des Privilegs entkleidet werden. Garr meint, daß die Begrenzung auf 30 Tage nach Erscheinen des stenographischen Protokolls bemessen werden könne. Mir erscheint ein Zeitpunkt von 30 Tagen als viel zu kurz. Wohl aber könnte man meines Erachtens sagen, daß die Immunität aufgehoben ist, „wenn die betreffende Rede mehr als ein Jahr zurückliegt und die Angaben des Abgeordneten erweislich unwahr gewesen sind“. Grundsätzlich muß man aber daran festhalten, daß die Immunität des Abgeordneten auch für die Wiedergabe seiner Rede besteht, wobei die selbstverständliche Voraussetzung ist, daß die Zeitung dem Berichte nichts hinzufügt, was der Redner nicht gesagt hat.

---

[1]) Vgl. hierzu die Ausführungen von Max Garr: „Parlament und Presse“, S. 44.

Notwendig erscheint mir aber auch, daß die Teilnahme der Presse an den Parlamentsverhandlungen gesetzlich geregelt wird. Bis jetzt genossen die Journalisten in den Parlamenten ein Gastrecht, das ihnen eventuell auch einmal durch Beschluß einer Parlamentsmehrheit entzogen werden könnte. Es muß unbedingt festgelegt werden, daß die Presse einen Anspruch auf Teilnahme an den öffentlichen Verhandlungen hat, und die Journalisten nur dann von der Teilnahme ausgeschlossen werden können, „wenn sie sich im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf der Parlamentstribüne Handlungen haben zu schulden kommen lassen, die gegen die journalistische Ehre verstoßen". Es geht aber nicht an, daß eventuell die Majorität des Parlaments oder aber gar ein Parlamentsbeamter das Recht hat, ihm unsympathische Journalisten von der Teilnahme auszuschließen . . . .

Unter der Herrschaft Wilhelms II. hatte es die Presse in Deutschland nicht gerade sehr leicht, und es ist bekannt, daß der frühere Kaiser nur eine geringe Wertschätzung für die deutsche Presse hatte. Zwar hat er einmal zu den amerikanischen Journalisten gesagt, sie seien „kommandierende Generäle in Zivil"; der deutschen Presse indes hat er selten sympathische Worte gesagt. Bekannt sind dagegen zahlreiche andere Aussprüche, so z. B.: „Die Unverantwortlichkeit, die im Journalismus herrscht, ist sehr sonderbar. In allen anderen Berufszweigen muß jemand genaue Bedingungen erfüllen, nur der Journalist braucht weder Examen noch Studien." Aber schlagfertig hat damals die Presse geantwortet, „daß ja auch, um Monarch zu werden, keine Examen nötig sind."

Mit Recht kann man über die Entwicklung der Presse im Wilhelminischen Zeitalter dasselbe sagen, was Schiller von der deutschen Muse gesagt hat:

„Sie ward nicht gepflegt von Ruhme,
Sie entfaltete die Blume
Nicht im Strahl der Fürstengunst.
Von dem größten deutschen Sohne
Von des Großen Friedrich Throne,
Ging sie schutzlos, ungeehrt.
Rühmend darf's der Deutsche sagen,
Höher darf das Herz ihm schlagen,
Selbst erschuf er sich den Wert."

In der Tat, wenn die Presse Deutschlands das geworden ist, was sie heute darstellt, wenn sie sich, verglichen mit der französischen, amerikanischen und leider auch der österreichischen Presse,

in ihrer großen Mehrzahl rein gehalten hat, so hat sie sich das selbst zu verdanken. Von seiten des Staates ist jedenfalls so gut wie nichts geschehen, um die Reinheit der Presse zu fördern. Es liegt im Wesen der Demokratien, daß sie die Presse anders einschätzten, als es in Monarchien der Fall ist. In der Monarchie sieht man vielfach in der Presse ebenso einen Störenfried der Regierungshandlungen, wie im Parlament, wie in der öffentlichen Meinung überhaupt. In der Republik, wenigstens in der demokratischen, ist das anders. Hier muß man auf den Pulsschlag der öffentlichen Meinung hören. Die viel höhere Einschätzung des Parlamentes als Ausdruck des Volkswillens bringt auch eine andere Bewertung der Presse mit sich. Das ist typisch in Frankreich; aber auch in der jungen deutschen Republik hat man hierfür schon Anzeichen. So war die erste Handlung des neugewählten Reichspräsidenten Ebert, am Nachmittag seiner Wahl die Vertreter der Presse zu empfangen und ihnen gegenüber sein Programm zu entwickeln. Er betonte ausdrücklich, daß die erste Tat seines Amtes sein solle, mit der deutschen Presse Fühlung zu nehmen. Er bezeichnete sich selbst als einen Redakteur, der aus eigener Erfahrung Aufgaben und Pflichten, Schwierigkeiten und Anstrengungen der Journalisten kennt. Als seine vornehmste Aufgabe gab er die Wahrung der völligen Preßfreiheit an, und er führte dann aus, „daß die Organe der Regierung, die mit der Presse zu tun haben, angewiesen sind, diese ihre Arbeit in verständnisvollem Sinne zu leisten, in einem Sinne, der nichts zu tun hat mit Beeinflussung, sondern der geeignet ist, die Mitarbeit der Presse anzurufen," und er schloß seine Rede mit den Worten:

> „Aber ich sage heute, und ich würde mich freuen, wenn ich dabei Ihre Zustimmung finde, daß die Freiheit der Presse, ihre Kritik, ihre Mitarbeit, ihre Anregung und ihre Vorschläge, wie dies alles im heutigen Deutschland jeder Beschränkung entbunden sein soll, eine notwendige Fortsetzung unserer Arbeit in der Regierung bildet und uns Tag für Tag in lebendigem Zusammenhang mit Volksmeinung und Volkswillen setzen muß."

Auch der erste Präsident des Reichsministeriums der jungen Republik, Scheidemann, hat als eine der ersten seiner Aufgaben angesehen, ehenso wie Ebert, mit der Presse in Fühlung zu kommen. Auch er bat die Vertreter der deutschen Zeitungen zu sich und betonte gleichfalls in seiner Ansprache, daß auch er sich als Berufskollege fühle. Dabei konnte Scheidemann darauf hinweisen, daß er ein „Veteran der Presse" ist, indem er schon seit 1871 im Dienst dieses Berufes steht. Auch Scheidemann

bekannte sich als ein Mann, der den Einfluß der Presse wohl zu würdigen weiß, und um die Zusammenarbeit zwischen Presse und Regierung enger zu gestalten als bisher, gab er Kenntnis von dem Plane der Regierung, in Berlin eine besondere Stelle zu errichten, die diesem Zweck dienen soll.

Von der richtigen Erkenntnis der Aufgaben der Regierung gegenüber der Presse zeugte auch die Rede, die der Reichsfinanzminister Schiffer am 9. April 1919 zum Etat gehalten hat. Schiffer befaßte sich hierbei mit der Stellung der Reichsregierung zur Presse und machte dabei einige sehr treffende Bemerkungen. In kurzen Worten erklärte Schiffer, „daß man früher vor der Presse zuviel Angst und zu wenig Respekt gehabt habe, daß man sie vielfach als einen ungebetenen und unwillkommenen Gast betrachtete"[1]), daß man aber nicht daran gedacht habe, der Presse die Stellung einzuräumen, die ihr zukam, und mit Recht konnte Schiffer darauf hinweisen, welchen Schaden diese Unterlassungssünde während des Krieges im Gefolge gehabt hat. Der Minister sagte wörtlich:

„Die Gefahr einer Bürokratisierung droht vielleicht auch auf dem Gebiet der Presse. Wir haben im Auswärtigen Amt zwei Posten für den Pressedienst angesetzt, und wir wollen damit nur alte Versäumnisse gutmachen. Wir haben es vor dem Kriege in der Tat an der richtigen Benutzung der Presse fehlen lassen und haben bitter dafür büßen müssen. Im Kriege versuchte man mit großen geldlichen Aufwendungen das Versäumte nachzuholen; aber der Erfolg war kein guter. Auch in der Presse läßt sich ohne Geld nichts machen, aber Geld allein tut es nicht. Das Instrument der Presse muß von einer kunstgewohnten Hand gespielt werden. Es sind Persönlichkeiten notwendig, die zugleich Journalisten und Politiker sind. Wir leiden darunter, daß wir im großen und ganzen der Presse gegenüber zu viel Angst und zu wenig Respekt gehabt haben. Das Übermaß an Preßorganisationen, an dem wir gegenwärtig in der Verwaltung leiden, muß freilich auch abgebaut werden. Wenn jedes einzelne Amt Hunderte von Herren in Preßabteilungen beschäftigt, so ist das kein gesunder Zustand. Das verleitet auch dazu, daß Mißbrauch mit der Presse getrieben wird. Wenn aus Reichsmitteln Propaganda für eine einzelne Partei getrieben würde, so müßte ich das namens der ganzen Reichsregierung als durchaus tadelnswert bezeichnen. Ich kann versichern, daß gegen solche Mißbräuche mit Entschiedenheit vorgegangen wird."

Der stenographische Bericht verzeichnet bei dieser Rede des Finanzministers mehrfach die Zurufe „Sehr richtig" sowie „leb-

---

[1]) Vgl. hierzu den Artikel: „Regierung und Presse" vom 10. 4. 1919, „Kölnische Volkszeitung".

hafte Zustimmung". In der Tat hat der Minister mit wenigen Worten gesagt, worauf es ankommt und zugleich auch für den Kundigen auf zahlreiche Mißstände hingedeutet....

Ist nun die gesteigerte Beachtung des Zeitungswesens in Deutschland an sich ein Fortschritt und daher zu begrüßen, so darf man andererseits nicht vergessen, daß der Presse in der jungen deutschen Republik nicht unbeträchtliche Gefahren drohen. Wer sich mit der Geschichte der Demokratien beschäftigt hat, der wird finden, daß dort oft das öffentliche Leben einer Korrumpierung anheimfällt. Und ist erst das öffentliche Leben korrumpiert, dann hält es schwer, die Presse allein rein zu halten. Gott bewahre uns davor, daß zu dem vielen Unglück, das uns bisher auf politischem Gebiete beschert wurde, noch eine korrupte Presse tritt —, denn die Unabhängigkeit der deutschen Presse ist eine zu kostbare Erbschaft, die wir sorglich hüten müssen, wenn nicht alles verloren gehen soll.

Die Umwälzung in Deutschland bringt es mit sich, daß jetzt ein viel engerer Zusammenhang zwischen Presse und Regierung sich entwickelt als früher. Zwar hat man auch schon vor der Revolution den Anfang mit Errichtung von Pressestellen in einer Reihe von Behörden gemacht. Das Auswärtige Amt besitzt schon seit langer Zeit eine eigene Presseabteilung, mit der wir uns im Rahmen unserer Vorlesung beschäftigen müssen. Auch das Reichskolonialamt und das Reichspostamt besaßen besondere Pressedezernenten. Bei den übrigen Behörden waren Pressestellen meist überhaupt nicht vorhanden, oder die Presseangelegenheiten wurden im Nebenamt von einem vortragenden Rat verwaltet. Während des Krieges ist dann eine Ausdehnung durch die Errichtung der Pressewarte des Auswärtigen Amtes, der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes, des Kriegspresseamtes erfolgt. Jetzt besitzen die meisten Behörden besondere Pressestellen. Der Kabinettschef des Reichspräsidenten, Unterstaatssekretär Bake, ist ein früherer Journalist. Der Reichskanzler hat einen eigenen Pressechef, Ulrich Rauscher. Der Staatsminister des Auswärtigen besitzt einen Pressechef. Außerdem sind im Auswärtigen Amt noch zahlreiche Journalisten unter der Leitung des früheren Redakteurs Viktor Naumann tätig. Im Reichsschatzamt, wo während des Krieges Professor Prion das Pressereferat verwaltete, ist jetzt ein vortragender Rat, Geheimer Regierungsrat Artur Norden, und auch in den

übrigen Behörden finden wir in den meisten Fällen besondere Pressevertreter. Das Bemerkenswerte hierbei ist, daß es sich nicht um Stellen handelt, die mit Beamten besetzt sind, sondern oft hat man frühere Journalisten in die Regierung berufen, die die Angelegenheiten der Presse zu vertreten haben, und das ist auch gut, denn nur diese kennen die Bedürfnisse der Presse und auch die Art, wie die Presse behandelt werden muß. Wir werden uns im Laufe der Vorlesung eingehend mit den amtlichen Pressestellen beschäftigen.

Für uns Deutsche ist eine der Lebensfragen der Zukunft die Behandlung der auswärtigen Politik in der Presse. Weil sich der Deutsche bis zum Kriege mit auswärtiger Politik nur sehr wenig befaßt hat, so haben auch die Zeitungen in vielen Fällen diesem Gebiet nicht die nötige Beachtung geschenkt. Vielleicht trifft hier die Zeitungen weniger die Schuld als das deutsche Volk im allgemeinen; die deutsche Presse kam hierbei mehr dem Bedürfnis entgegen als gut war. Man hat sich bei uns viel zu sehr um die Kirchturmspolitik gekümmert, viel zu sehr um die inneren Ereignisse, um die Bezirksvereine u. dergl., als um große politische Vorgänge. Eine Stadtverordneten-Sitzung in einer Kleinstadt wurde mehr beachtet als irgendein Ereignis von weltpolitischer Bedeutung. Das muß nach dem Kriege anders werden. Unsere politische Schulung hat auch hier die Presse vorzunehmen. Freilich ist die Arbeit, die hier geleistet werden muß, keineswegs klein oder leicht. Sie erfordert viel Verständnis: erstens für die Völkerpsychologie und zweitens für das Zeitungswesen.

Man hat vor dem Kriege bei uns so viel über die Förderung der Weltpolitik, über den „deutschen Gedanken in der Welt", über die Mittel, den Außenhandel staatlich zu unterstützen usw., geredet; aber man hat eigentlich bei uns wenig Verständnis für die durch nichts zu rechtfertigende engherzige Bürokratie unserer Postverwaltung gehabt. Es ist geradezu als ein öffentlicher Skandal zu bezeichnen, wie seitens des Reichspostamtes die Entwicklung des Zeitungswesens und auch die Übermittlung deutscher Nachrichten an das Ausland verhindert wurde, zwar nicht absichtlich, wohl aber aus einer völligen Unkenntnis der Verhältnisse. Spätere Generationen werden kein Verständnis dafür haben, wie gerade das Reichspostamt z. B. die enge Verbindung zwischen Mutterland und Kolonien verhindert hat durch die zu hohen Telegrammgebühren. Für viele Zeitungen war es

einfach unmöglich, sich wichtige Nachrichten aus Deutsch-Ostafrika oder Südwestafrika zu verschaffen und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Telegrammgebühren zu teuer waren. Daß aber das Interesse Deutschlands für seine Kolonien durch ausführliche Berichterstattung über die dortigen Vorgänge nur gehoben werden konnte, bedarf doch keiner Erörterung. Dabei stand an der Spitze der Postverwaltung ein ehemaliger Kolonialbeamter, Herr Kraetke!

Zahlreiche Länder, namentlich England und Frankreich, haben wesentliche Ermäßigungen für Preßtelegramme eingeführt. Fuchs gibt in seinem Buche über die Telegraphenbüros sehr anschauliches Material darüber, wie groß diese Ermäßigungen sind. Es ist in der Tat keine Freude, dieses Kapitel zu lesen; denn immer wieder fast man sich an den Kopf und fragt sich: „Haben wir Deutsche denn geschlafen?" Fuchs erwähnt z. B., daß die deutsche Worttaxe für Preßtelegramme nach Kamerun oder Togo Mk. 1.20 betrug, während man auf den englischen (!) Kabeln nach Deutsch-Südwestafrika oder Deutsch-Ostafrika für 45 Pfg. pro Wort telegraphieren konnte! „Nicht ein einziger telegraphischer Berichterstatter für den Orient ist in Berlin ansässig, weil die dortigen Blätter sich die übermäßigen Depeschenkosten nicht leisten können." (Rotheit.) Kann man sich da wundern, daß unser Presseeinfluß im Auslande so gering gewesen ist? Manches, was wir im Kriege erduldet haben, ist zu einem Teil die Folge der mangelnden weltpolitischen Einsicht der Postbehörde. Kostete doch ein Preßtelegramm von London nach Wien weniger als ein Telegramm von Berlin nach London!

Ein weiterer Mangel war bei uns der ungenügende Zusammenhang zwischen Presse und den maßgebenden amtlichen Stellen. In vielen Fällen hat man absolut kein Gefühl dafür gehabt, wie eine Presse zu behandeln ist. Zahlreiche Blätter — darunter solche, die im Auslande sehr beachtet wurden — erhielten vom Auswärtigen Amte weder Informationen noch auf Anfragen Auskunft. Es lag in dem ganzen damaligen System begründet, daß man die Presse klassifizierte. Es gab eine „gute" Presse und eine „schlechte". Die gute wurde dauernd mit Nachrichten gespeist, mußte aber sich den Wünschen von amtlicher Seite fügen, die „schlechte", d. h. also die Presse, die selbständig arbeitete, wurde nicht beachtet, man unterließ jede Fühlungnahme und wunderte sich zuweilen, wenn Zeitungen dieser Art anders schrieben als man es sich vorgestellt hatte. Eine im Auslande sehr verbreitete Zeitung

in Berlin hatte ungefähr ein Jahrzent lang überhaupt keine Verbindung mit dem Auswärtigen Amt, weil sie sich nicht dem „System Hamman“ beugen, sondern sich ihre Freiheit wahren wollte.

Man machte den Fehler, von der Presse „Gefälligkeiten“ zu verlangen, gab ihr mehr oder minder bedeutungslose Notizen und erwartete nun von ihr Gegenleistungen, sei es in der Tendenz, sei es in der Unterdrückung der Kritik. Wer aber sich dieser Bevormundung entziehen wollte, der bekam auch keine „Informationen“ und so wurde schließlich die Verbindung der amtlichen Stellen auf einige wenige Blätter beschränkt, die zum Teil im Auslande gar keinen Einfluß hatten.

Das war der eine Fehler der früheren Preßpolitik, der andere war die gänzliche Ahnungslosigkeit der zuständigen Stellen. In den meisten Fällen erfuhren die Amtsstellen die Vorkommnisse erst durch die Vertreter der Presse, ehe amtliches Material vorlag. Das ist ja auch nicht zu verwundern, denn die Herren von der Feder reiten schneller als der Amtsschimmel. Wenn aber dann die Journalisten zum Amte kamen, um sich Richtlinien für ihre Stellungnahme zu erbitten, dann war die stereotype Antwort: „So wenig wie möglich schreiben . . . .“

Daß damit keine wirksame Preßpolitik getrieben werden konnte, war klar. Man kann ein reifes Volk nicht dauernd einlullen wie kleine Kinder, man kann nicht fortwährend wichtige oder ernste Ereignisse als bedeutungslos hinstellen, um dann, wenn die Folgen unvermeidbar sind, zu erklären: „an amtlicher Stelle war man über die Vorgänge längst unterrichtet“.

Mit dieser Form der Politik muß endgültig gebrochen werden. Die Preßarbeit des Auswärtigen Amtes muß von ganz anderen Gesichtspunkten aus geleitet werden: Man muß sich endlich einmal klar darüber werden, daß man für die Informationen, die man der Presse gibt, keinen Gegenwert fordern kann, vor allem nicht in den Stand gesetzt wird, die Haltung der Zeitungen zu beeinflussen. Das Amt soll die Presse über alle wichtigen Vorgänge soweit wie irgend möglich unterrichten, im übrigen aber die Verwertung des Materials der Presse selbst überlassen. Je mehr Freiheit man den Zeitungen gewährt, um so besser. Die Zeit der Bevormundung — wie wir sie ja im Kriege in vollstem Umfange kennen gelernt haben — ist jetzt vorbei. Um aber die Presse informieren zu können, müssen die in Betracht kommenden Stellen selbst unterrichtet sein, was bisher nicht der Fall war. Wenn man früher zuweilen die Preßvertreter der Ämter als

„Lohengrins“ („Nie sollst du mich befragen“!) bezeichnete — so lag diesem Scherz eine sehr traurige Ursache zugrunde.

Also vor allem ist notwendig, daß die Informationstätigkeit verbessert wird, daß die Presse mehr Material als früher über auswärtige Politik erhält. Wie das geschieht, ob in Pressekonferenzen oder auf anderem Wege, wird im Laufe der Vorlesungen zu untersuchen sein. Der Grundgedanke der ständigen „Pressekonferenzen“ (die im Kriege bei uns entstanden sind) ist durchaus richtig: die Vertreter der Presse kommen täglich mit den Vertretern der Regierung zusammen und besprechen alle wichtigen Tagesereignisse. Die Regierung nimmt zu den einzelnen Problemen Stellung, gibt kurze Anregungen und teilt die neusten amtlichen Nachrichten mit. Das hat entschieden seine Vorteile. — Die Regierung hat Gelegenheit, alle Zeitungen zusammen zur gleichen Zeit informieren zu können, sie hört die Ansicht der Presse und erfährt von den Journalisten manches, was Anlaß zur Untersuchung bieten kann.

Aber sind die Pressekonferenzen nur von Nutzen für die Zeitungen? Ich glaube nein. Dadurch, daß alle Journalisten die gleichen Informationen zu gleicher Zeit erhalten, wird eine Schablonisierung der Presse bewirkt, verliert die Information für viele an Wert. Die natürliche Folge davon muß sein, daß die Zeitungen sich bemühen, über das, was allen Journalisten gesagt wird, hinaus noch besondere Informationen zu erhalten. Und das ist auch gut, denn dadurch wird die Presse vor der öden Gleichheit des Inhalts — über den wir während des Krieges so stöhnten — bewahrt und die Journalisten zu einer gesteigerten Tätigkeit angespornt.

Wenn ich nun nach dem bisher Gesagten für eine „aktive Preßpolitik“ eintrete, so glaube ich nicht mißverstanden zu werden: um Gotteswillen keine Beeinflussung der Presse, keine Beherrschung; wohl aber gehört zur Preßpolitik alles, was die Zeitungen fördern, ihren Wert heben und ihnen die Tätigkeit erleichtern kann.

Hierher gehört, daß der Staat sich mehr als bisher um die Ausbildungsmöglichkeiten der Journalisten kümmert. Nicht in dem Sinne, daß er etwa „Reglements“ erläßt, sondern daß er denen, die zur Presse übergehen wollen, die Möglichkeit gibt, sich an unseren Universitäten auf diesen Beruf vorzubereiten. Jeder andere freie Beruf findet derartige Berücksichtigung, für die Presse geschah bisher nichts. Daher muß die Losung heißen:

Das Zeitungswesen mehr als bisher an den Universitäten berücksichtigen. Darüber hinaus soll denen, die schon im Berufe stehen, Gelegenheit geboten werden, ihr Wissen zu vertiefen oder sich neue Kenntnisse anzueignen. Ich denke dabei an Vorlesungen über Politik, über die Auswärtige Politik Deutschlands seit Bismarcks Rücktritt, über politische Geographie usw. Kurz, die politische Bildung des deutschen Volkes darf vor der Fortbildung des Journalisten nicht Halt machen. Wie und wo die Ausbildungsgelegenheiten geschaffen werden, spielt eine nebensächliche Rolle, meist genügt eine Erweiterung des Lehrplanes der Universitäten[1]).

Mit der Vermehrung der Bildungsmöglichkeiten ist aber erst der Anfang gemacht, zahllose andere Probleme drängen unaufhaltsam ihrer Lösung zu: aber immer steht an der Spitze der Ausbau der Informationstätigkeit. Dabei wird die Frage zu untersuchen sein, ob eine unterschiedliche Behandlung zwischen in- und ausländischen Journalisten eintreten soll oder nicht. Gerade der Frage der Behandlung ausländischer Journalisten muß ein besonderes Augenmerk geschenkt werden — was natürlich nicht gleichbedeutend mit dem völlig verkehrten Nachlaufen hinter den Ausländern ist.

Eine weitere Aufgabe der Preßpolitik muß die Erleichterung des Verkehrs für Journalisten sein. Daß man den Pressevertretern besondere Karten für Absperrungen, Brände usw. gab, verstand sich von selbst, nicht aber, daß man ihnen bei wichtigen Staatsaktionen Zutritt verschaffte. Hiermit hat man erst in Versailles den Anfang gemacht, wobei man wohl freilich zunächst von etwas anderen Voraussetzungen ausging.

Allerdings soll die Erleichterung des Verkehrs nicht so weit gehen, daß man wie in Österreich den Journalisten Freifahrt auf den Bahnen oder wie in Italien 75 % Ermäßigung für Fahrkarten gewährt, denn derartige Vergünstigungen streifen schon sehr nahe an Korruption — wenngleich die Absicht, die dabei zugrunde lag, keineswegs verkannt werden soll: man wollte den Journalisten ebenso wie den Parlamentariern Gelegenheit geben, dauernd mit den verschiedensten Landesteilen und seinen Bewohnern in Fühlung zu sein.

Die übrigen Fragen, die für eine Preßpolitik in Betracht

---

[1]) Vgl. die treffliche Denkschrift des preußischen Kultusministeriums über die Förderung des Auslandstudiums.

kommen, sind keine Spezialprobleme der Presse, sondern gehören mindestens ebenso sehr in das Gebiet der allgemeinen Politik wie z. B. der Ausbau des Nachrichtenwesens, die Neuorganisation des W. T. B. oder die Ausgestaltung der drahtlosen Telegraphie (die nach dem Verlust unseres Kabelnetzes für uns eine ganz andere Rolle spielen muß als für andere Länder).

Ausführlicher müssen wir uns im Rahmen unserer Arbeiten mit der rechtlichen Stellung der Presse befassen. Hierbei wird eine Darstellung gegeben werden über das Recht der Presse und die rechtliche Behandlung der Presse bei uns und im Auslande. Wir werden dabei feststellen müssen, daß auf diesem Gebiet sehr viel zu verbessern ist, daß unser Pressegesetz nicht den Anforderungen entspricht, die man an es stellen muß.

Auf dem Gebiet der Preßgesetzgebung ist die Literatur nicht so dürftig wie auf anderen Gebieten. Das Preßrecht ist sehr oft Gegenstand der Darstellung gewesen. Es fehlt uns aber noch eine gute Darstellung der Geschichte der Preßpolitik in Deutschland und in den Kulturstaaten. Ich werde versuchen, in meinen Vorlesungen kurz die geschichtliche Entwicklung der Preßgesetzgebung in Deutschland und namentlich der Entwicklung der Pressefreiheit zu geben.

Daß die deutsche Preßgesetzgebung an vielen Stellen nicht mehr im Einklang mit den Forderungen steht, die man zu stellen berechtigt ist, ist bekannt. Auffallend ist nur der Widerspruch zwischen dem, was die Öffentlichkeit in Deutschland von der Presse erwartet und dem, was die Gesetzgebung zubilligt. Gelehrte, Staatsmänner, Politiker aus allen Lagern haben der Presse immer versichert, daß ihre Aufgabe die Wahrung der öffentlichen Interessen sei. Man hat immer wieder erklärt, welche Bedeutung die Presse als Korrektiv des Parlaments hat, man hat immer betont, was eine gute Presse für die Allgemeinheit bedeutet; aber man hat nicht die Folgerung daraus gezogen, daß man der Presse auch die entsprechenden Rechte verlieh; und das Schlimmste in dieser Beziehung ist zweifellos die Rechtsprechung in Deutschland, die dem Redakteur den Schutz des § 193 verweigert, also bekundet, daß der Journalist keine berechtigten öffentlichen Interessen zu vertreten habe. Will man die Presse heben, dann muß man ihr auch auf dem Gebiet der Gesetzgebung die erforderliche Sicherheit geben. Es ist aber völlig falsch, wenn die Strafrichter sich auf den Standpunkt stellen, daß der Redakteur nur seine persönlichen Ansichten in der Presse

vertreten dürfe, nicht aber Ansichten der Allgemeinheit. Zu welchen Folgerungen das führt, geht am besten aus einem Beispiel hervor:

Übt eine Zeitung Kritik an den Grundstückspekulationen eines hohen Staatsbeamten, und dieser Beamte klagt wegen Beleidigung, dann wird der Journalist verurteilt mit der Begründung, daß ihn diese Spekulationen nichts angingen, da er hier „keine berechtigten allgemeinen Interessen“ vertrete. Wohnt aber der Journalist auf einem dieser Grundstücke, dann hat er nur seine eigenen Interessen vertreten, ist also straffrei!

Durch eine derartige Preßgesetzgebung drückt man den Journalisten herab zum Vertreter persönlicher, nicht aber öffentlicher Interessen. Zwar haben vielfach, namentlich in der Neuzeit, manche Gerichte einen etwas vernünftigeren Standpunkt eingenommen, vor allem hat man Handelsredakteure freigesprochen mit der Begründung, daß der Handelsteil der finanzielle Vormund vieler Kapitalisten sei und deshalb öffentliche Interessen vertrete, und auch einem politischen Redakteur hat man zuweilen den Schutz des Gesetzes nicht versagt. Aber das waren solche Ausnahmefälle, die als allgemein gültig nicht angesehen werden können. Es ist dringend notwendig, daß auf diesem Gebiet reformierend vorgegangen wird.

Posse schlägt vor, die Gesetzgebung so zu ändern, „daß die Zeitung in ihrem allgemeinen Teil ausschließlich öffentliche Interessen vertritt und vertreten muß, und daß sich derjenige strafbar macht, der durch die Zeitung öffentliche Interessen schädigt“.

Eine zweite Notwendigkeit ist die Beseitigung des Zeugniszwanges für Redakteure. Das Verlangen, das oft an Redakteure gestellt wird, die Quelle zu nennen, muß den Redakteur in einen Gewissenskonflikt bringen, bei dem selbstverständlich die journalistische Ehre Sieger bleibt. Man darf Journalisten einem derartigen Konflikt nicht aussetzen, und so ist es denn auch erfreulich gewesen, daß im Jahre 1907 der Reichskanzler Fürst Bülow

---

[1]) Vgl. hierzu die treffenden Ausführungen von Ernst Posse: Zur Reform der Preßgesetzgebung in der Broschüre „Über Wesen und Aufgabe der Presse“. Den Darlegungen im ersten Teil der Broschüre über die Anonymität der Presse kann ich mich freilich nicht anschließen. Ich vertrete vielmehr den entgegengesetzten Standpunkt. Auffallenderweise zitiert Posse an keiner Stelle die Schriften seines eigenen Redaktionskollegen Brunhuber, der ebenfalls auf einem anderen Standpunkt stand.

den Wunsch ausgesprochen hatte, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redakteure einzuschränken. Damit ist aber noch nicht genug geschehen. Es geht nicht an, daß man einfach einem Amtsrichter die Gewalt darüber geben darf, ob er ein Zeugniszwangsverfahren einleitet oder nicht. Mir ist persönlich ein Fall bekannt, in dem ein Amtsrichter gegen einen Redakteur das Zwangsverfahren einleiten wollte, weil er seine Quelle nicht nannte. Diese Quelle war aber der — amtliche Deutsche Reichs- und Staats-Anzeiger! Hätte sich der betreffende Richter vorher informiert, dann hätte er sich die Blamage sparen können. Überhaupt ist die Ursache der Mißstände zu einem großen Teil in der mangelnden Kenntnis der Richter zu suchen. Es ist manchmal geradezu unverzeihlich, wie wenig Ahnung unsere Juristen vom Zeitungswesen und den Aufgaben der Redakteure haben. Hier würde eine bessere Ausbildung der Richter durchaus nichts schaden.

In Übereinstimmung mit meinem schon an früherer Stelle gemachten Vorschlag einer „Planwirtschaft der Moral" schlägt Posse vor:

> „Auch wäre zu überlegen, ob nicht dem Staat das Recht zuzubilligen wäre, dem Redakteur, der sich wiederholt durch gerichtlich festgestellte Verfehlungen gegen die Pflicht seines Amtes als ungeeignet erwiesen habe, durch Richterspruch die Ausübung einer Tätigkeit als verantwortlicher Redakteur, vielleicht sogar die Redakteurtätigkeit überhaupt, zu untersagen[1]."

Mit den Ausführungen von Posse stimme ich insofern nicht ganz überein, als ich die Entscheidung nicht in die Hände eines Richters, sondern die der Selbstverwaltung der Presse legen würde. Denn es kann sehr oft vorkommen, daß jemand vor Gericht bestraft wird und trotzdem nicht gegen die journalistische Ehre verstoßen hat. Andererseits kann er sich sehr gut als Journalist als unwürdig erweisen, ohne daß er deshalb einer gerichtlichen Strafe unterzogen wird. Wertvoll dagegen ist der Vorschlag, den Posse macht, daß ein Beirat vereidigter Sachverständiger und Fachleuten des Zeitungsgewerbes die Gerichte unterstützen soll und der über manche Schwierigkeiten hinweghelfen würde, die aus der dem Außenstehenden schwer verständlichen Eigenart des Pressebetriebes entstehen.

Die Erörterungen über das Presserecht führen uns dann auch zugleich zu einer Untersuchung über die Frage der Pressefreiheit und der Pressezensur. Wir haben gerade in der letzten

---

[1]) Seite 46.

Zeit Gelegenheit gehabt, Pressefreiheit und das Gegenteil davon ausführlich kennen zu lernen, und wer einmal Einblick in die Tätigkeit einer Zensurstelle bekommen hat, kann nur sagen: selbst die schlimmsten Auswüchse der Pressefreiheit sind vorteilhafter, verglichen mit der mildesten Zensur. Was uns die militärische Zensur im Kriege geschadet hat, läßt sich überhaupt nicht sagen. Welche Dummheiten nicht nur von untergeordneten Instanzen gemacht worden sind, ist geradezu unbeschreiblich. Man kann es daher verstehen, daß die Pressefreiheit eine der ältesten und obersten Freiheiten des Liberalismus gewesen ist, daß man in allen Revolutionen um sie gekämpft hat, in England, in Frankreich und in Deutschland. Man muß daran festhalten, daß auch in normalen Zeiten die Pressefreiheit nicht beeinträchtigt werden darf. Für die außergewöhnlichen Verhältnisse, wie es ein Krieg darstellt, ist eine Zensur unvermeidlich; aber diese darf sich nur auf militärische Zwecke beschränken. Es geht nicht an, daß man unter dem Einfluß der militärischen Zensur Politik mit dilettantischen Mitteln treibt. Ist die Zensur entschieden abzulehnen, so gilt auch das gleiche von den übrigen Mitteln, die man früher angewandt hat wie z. B. Zeitungskontrolle, Zeitungskonzessionen, Kautionen, Kontrolle des Postversandes, Einschränkung des Handels auf Straßen und Bahnhöfen. Alles das sind Mittel, die in der Hand von Beamten unbedingt versagen müssen. Will man die Auswüchse, die sich aus der Pressefreiheit ergeben, beseitigen, so muß man auch hier, wie ich schon im Anfang meines Vortrages sagte, alles von der Selbstverwaltung der Presse erwarten. Man gebe den journalistischen Standesvereinigungen so viel Machtbefugnisse wie notwendig sind, und sie werden imstande sein, da, wo Auswüchse der Pressefreiheit vermieden werden können, diese zu verhindern. —

Von sehr großer Bedeutung ist die wirtschaftliche Berichterstattung in der modernen Presse, von Bedeutung deshalb, weil das Wirtschaftsleben heute und auch in Zukunft einen immer größeren Einfluß in unserem Gesamtleben darstellt. Konnten sich früher die Zeitungen damit begnügen, ein paar Kurse und ein paar Warenpreise zu bringen, so hat die Ausdehnung unseres ganzen Erwerbslebens es mit sich gebracht, daß alle, selbst auch die kleinsten Provinzblätter, einen eigenen „Handelsteil" besitzen. Bei großen Zeitungen nimmt dieser Teil oft einen sehr breiten Raum ein, und es ist bekannt, daß einige unserer führenden Blätter ihre Bedeutung besonders dem Handelsteil verdanken (Frankfurter

Zeitung, Kölnische Volkszeitung usw.). Haben wir doch einige bedeutende politische Zeitungen, die von vielen Gegnern, die im Wirtschaftsleben stehen, lediglich des Handelsteils wegen gehalten werden.

Nichtsdestoweniger ist die wissenschaftliche Literatur bisher am wirtschaftlichen Teil der Zeitung etwas stiefmütterlich vorübergegangen. Bücher, Brunhuber und Löbl streifen den Handelsteil nur sehr kurz. Ja bei Bücher ist dies besonders deshalb bemerkenswert, weil es sich hier um einen Nationalökonomen ersten Ranges handelt, von dem man hätte erwarten können, daß er der Handelsberichterstattung sein besonderes Augenmerk zuwenden würde[1]). An Arbeiten von wissenschaftlicher Bedeutung haben wir eigentlich, abgesehen von der sehr fleißigen wirtschaftshistorischen Arbeit von Bode nur zwei. Es ist das zunächst Nordens ausgezeichneter Kommentar zur Handelspresse[2]). Nordens Ziel war, in gemeinverständlicher Weise eine Erläuterung zu den regelmäßig in der Presse wiederkehrenden Veröffentlichungen über Welthandelsartikel zu geben und gleichzeitig dem Journalisten zu zeigen, wie die Berichterstattung über Welthandelsartikel sach- und fachgemäß zu gestalten ist. Es umfaßt die Berichterstattung über Getreide, Zucker, Kaffee, Baumwolle und Wolle und ist für den Handelsredakteur ebensowenig zu entbehren wie für den praktischen Kaufmann.

Eine Arbeit von besonderem Werte ist der Aufsatz, den Eugen Schmalenbach, einer der besten Privatwirtschaftler, die wir in Deutschland haben, über die Finanzpresse geschrieben hat[3]). Schmalenbach geht mit Recht davon aus, daß, wer in der Finanztechnik sich als Lernender umtut, schnell erkennt, eine wie große Rolle in der Literatur diesem Gegenstand, der Finanzpresse, zukommt. Sie ist nicht nur ein Werkzeug des Handels- und Kapitalverkehrs, sie ist auch Quelle und Lehrmittel. Sie erst vermittelt den Lernenden die Kenntnis des Konkreten der Anschauung. Aus diesem Grunde hat Schmalenbach, dessen Vorlesungen für den Hörer stets ein Genuß sind, in seine Übungen über Technik des Geld- und Kapitalverkehrs in die einleitende Literaturübersicht

---

[1]) Eine Ausnahme macht der Heidelberger Nationalökonom Prof. Dr. Gotheim, in dessen staatswissenschaftlichem Seminar eine Reihe von Dissertationen enstanden ist, die sich auf Veranlassung Gotheims mit der wirtschaftlichen Berichterstattung befassen.

[2]) Die Berichterstattung über Welthandelsartikel, Leipzig 1910.

[3]) Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Seite 277 und 361.

vor einigen Jahren auch eine Besprechung der Finanzpresse aufgenommen. Schmalenbach gehört also zu den wenigen, die die Bedeutung der Presse als Literaturquelle anerkennen und würdigen, und es wäre sehr zu wünschen, wenn auch in anderen Disziplinen die Dozenten der Stellung der Presse als Quelle ihre Aufmerksamkeit widmen würden.

Im Jahre 1910 schrieb ich in „Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft“: „Alle bisherigen Arbeiten berücksichtigen ausschließlich oder doch überwiegend den allgemeinen Teil der Zeitung; die Technik der wirtschaftlichen Berichterstattung wurde bei allen mehr oder weniger vernachlässigt. So gibt es bis heute noch nicht ein einziges umfassendes Werk über die Handelspresse! So auffallend dies auch für den Laien klingen mag, so verständlich ist doch der Mangel für den Fachmann; denn kein Teil einer Zeitung ist komplizierter und für den Außenstehenden schwieriger verständlich als gerade der wirtschaftliche oder Handelsteil. Dabei ist es bemerkenswert, daß schon früher vielfach angesehene Handelsredakteure umfangreiche Werke über die wirtschaftlichen Fragen geschrieben haben, über Zeitungswesen zu schreiben ist indes niemandem eingefallen[1]).“

Auch hier gilt dasselbe, was ich schon vorhin gesagt habe, „von der falschen Scheu der Journalisten, über ihre eigene Tätigkeit zu sprechen oder zu schreiben“ —, eine Scheu, die Eisner in der Zeit, als er noch auf der Höhe war, einmal sehr treffend charakterisiert hat, wenn er schreibt: „Ein echter Zeitungsschreiber spricht nicht gern von der Zunft.“ Gerade aber bei der Handelszeitung wäre eine gute Darstellung der gesamten Tätigkeit angebracht gewesen; denn kein Teil der Zeitung findet im Leserkreis so wenig Verständnis wie der Handelsteil. Das erkennt man an der zahllosen Menge von Anfragen, die bei den Zeitungen einlaufen. Hierüber schrieb ich damals in „Schmollers Jahrbuch“[1]):

„Unzählige Male kehrt die Anfrage wieder, was die Abkürzung G (Geld-Nachfrage), B (Brief-Angebot), cif. fob. (Bezeichnungen im Überseehandel) und dergl. bedeuten. Ebenso regelmäßig finden wir in weitesten Kreisen des Kaufmannsstandes die Unkenntnis über die Bedeutung der täglichen Preisnotierungen für die wichtigsten Welthandelsprodukte, für Statistiken, für Saatenstandsberichte und dergl. Welcher Getreidehändler weiß z. B., für welches Quantum sich der Weizenpreis in Liverpool oder in New-York versteht? Man mache einmal eine Umfrage, und man wird

---

[1]) Seite 397.

sich über die Unkenntnis wundern. Oder wie wenige Baumwollhändler kennen die Technik der Saatenstandsberichterstattung, trotzdem diese eine sehr große Rolle spielt. Dabei muß noch betont werden, daß die meisten Kaufleute nur die Berichte über ihre eigenen Geschäftszweige lesen, ohne die Vorgänge auf anderen Märkten zu verfolgen. Trotzdem sehr oft innere Zusammenhänge zwischen ganz verschiedenen Produktenmärkten bestehen, beschränken sich die Kaufleute meist nur auf ihre eigenen engen Geschäftskreise, weil ihnen eben für andere das Verständnis fehlt.“

Ein sehr treffendes Wort sagt Schmalenbach über den Finanzjournalisten, und was für diesen gesagt wird, gilt für den Handelsjournalisten im allgemeinen:

„Vom Finanzjournalisten werden, wenn er nicht der Hardenschen Schule angehört, nicht dieselben Qualitäten verlangt, die andere Journalisten auszeichnen. Ein Finanzjournalist soll um Gotteswillen nicht „genial“ sein. Kommen die Gedankenassoziationen nicht leicht, so kommen sie eben schwer, das macht ihn nicht untauglich. Aber der Finanzjournalist muß solide und tüchtig denken können. Für einen allgemeinen Journalisten kann es gut sein, wenn er seine Gedanken laufen läßt wie das Füllen auf der Weide. Der Finanzjournalist muß seine Gedanken im Karren gehen lassen[1].“

Wenn ich vorhin sagte, daß an guten Redakteuren, die umfassende Kenntnisse und Spezialkenntnisse besitzen, verbunden mit journalistischer Begabung, ein steter Mangel herrscht, so gilt das ganz besonders für die Handelsjournalisten. Die Zahl der wirklich brauchbaren Handelsjournalisten ist an den Fingern abzuzählen. Es gibt leider nur sehr wenige und damit hängt es zusammen, daß auf diesem Gebiet stets eine große Nachfrage vorhanden ist.

Die beste Vorbildung für den Handelsredakteur ist die kaufmännische Praxis, ergänzt durch ein eingehendes nationalökonomisches Studium. Die meisten leistungsfähigen Handelsredakteure sind denn auch aus der kaufmännischen Laufbahn hervorgegangen. Sie bringen dadurch nicht nur Spezialwissen, sondern auch allgemeine Kenntnis mit, die dem politischen Redakteur fehlen. Hierzu zähle ich vor allem die Fähigkeit, im wahren Sinne des Wortes zu organisieren und zu disponieren, ferner eine Kenntnis des praktischen Lebens und oft auch die Fähigkeit, Menschen richtig zu behandeln.

Sehr richtig sagt Georg Fritze[2]):

„Eine gute Schule für den Diplomaten ist die kaufmännische Betätigung; denn beide, der Politiker wie der Kaufmann, müssen

---

[1]) Seite 366.

[2]) In der Festschrift zu Rudolf Mosses 70. Geburtstag.

ausschließlich mit den realen Werten rechnen lernen. Demokratisch regierte Staaten schicken ihre königlichen Kaufleute als ihre Vertreter ins Ausland, wo sie mit kluger Geschäftspolitik die Interessen ihres Landes wahrnehmen" . . . . .

Natürlich genügt die Praxis allein nicht. Der reine Praktiker wird es in der Presse niemals zu etwas bringen können, wenn er nicht ausreichende theoretische Kenntnisse besitzt. Wo er diese erworben hat, ob auf einer Universität oder einer Handelshochschule oder durch Selbststudium, spielt eine untergeordnete Rolle. Ich kenne ausgezeichnete Journalisten, die sich ein umfangreiches Wissen durch Selbststudium angeeignet haben und dabei mehr Kenntnisse und Urteilsfähigkeit hatten, als zahlreiche Vollakademiker; aber ich kenne nur wenige erstklassige Handelsredakteure, denen die praktische Erfahrung des Wirtschaftslebens fehlt.

In den meisten großen Zeitungen ist der Handelsteil dem politischen Teil nicht untergeordnet, sondern er führt neben dem politischen Teil ein gleichberechtigtes Dasein. Das wird auch richtig von Dr. Cohn geschildert, wenn er sagt:

„Völlig vom übrigen Redaktionsbetriebe getrennt und für sich lebend ist der Handelsteil, der wenigstens bei allen den Blättern, deren Handelsteil eine selbständige Bedeutung hat, einem besonderen leitenden Redakteur untersteht, der in seinem eigenen Reiche unumschränkt waltet und seine eigene Schar von Spezialredakteuren unter sich hat[1])."

Dieses selbständige Dasein ist auch notwendig, weil zur Leitung eines wirklich guten Handels- bzw. volkswirtschaftlichen Teils erhebliche Fachkenntnisse gehören, die wir ja bei den politischen Redakteuren leider sehr selten, oft überhaupt nicht finden.

Daß der wirtschaftliche Teil der Presse sich von den politischen Programmen und Schlagwörtern freihalten soll, das hat in sehr klarer Weise der Breslauer Nationalökonom Prof. Dr. Adolf Weber in Nr. 7 der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 4. Januar 1918 ausgeführt. An Hand von Beispielen zeigt Weber, daß erfreulicherweise auf wirtschaftlichem Gebiete das Streben nach Erkenntnis immer mehr zutage tritt, selbst dann, wenn es in Widerspruch mit dem politischen Programm steht. Und Weber sagt alsdann mit Recht, daß unsere Tageszeitungen imstande sind, im Bunde mit allen denen, die berufen

---

[1]) a. a. O. S. 126.

und fähig sind, Wirtschaftswissenschaft zu treiben, allgemeingültige Urteile über wirtschaftliche Dinge zu fällen. Dazu sei aber notwendig, daß die Presse all denen, die über wirtschaftliche Zusammenhänge etwas zu sagen haben, weitherzig ihre Spalten öffnet. „Sie mag im politischen Teil auf stramme Parteidisziplin halten, im wirtschaftlichen Teile lasse sie den Grundsatz in dubiis pro re gelten. Dann wird auch die wirtschaftliche Intelligenz in Theorie und Praxis viel häufiger und freudiger belehrend und klärend in den Tageskampf eingreifen."

Es sei notwendig, der öffentlichen Meinung Verständnis dafür beizubringen, daß die wirtschaftlichen Zukunftsfragen unseres Volkes nicht so die Parteileidenschaft zu entflammen brauchen, wie die Gegensätze zwischen Individual- und Sozialpolitik, zwischen Demokratie und Aristokratie, zwischen Monarchie und Republik. Die Nationalökonomen verlangen von der Presse, daß sie als Gelehrte, und zwar nur als Gelehrte, bewertet werden und zu Worte kommen, ebenso wie die Vertreter einer anderen Wissenschaft, aber nicht ein politischer Maßstab beim Nationalökonomen angelegt wird.

Eine weitere Forderung Webers geht dahin, mehr wirtschaftliche Theorien in der Tageszeitung zu bieten. Darunter ist etwas anderes zu verstehen, als Betrachtung der Dinge, wie sie sind. Es sei notwendig, die halben Wahrheiten, die zurzeit in Form von Schlagworten ausgesprochen werden, durch wissenschaftlich wertvolle Kost zu ersetzen. Dem Leser soll Verständnis beigebracht werden für die sozialökonomischen Theorien des Lohnes, des Zinses, der Grundrente usw., nicht so freilich, daß man Seiten aus einem volkswirtschaftlichen Lehrbuch zu einem Leitartikel macht, sondern ausgehend von den Fragen des Tages und hinführend zu den Lösungen dieser Fragen. Deshalb wäre nach Auffassung von Weber viel gewonnen, wenn auf solche Weise Presse und Wirtschaftswissenschaft manches Stück Weg miteinander zurücklegen würden. Zeitungsleser und Wissenschaft würden dabei gewinnen. . . . .

Webers Anregungen sind sehr beherzigenswert und es wäre zweifellos ein Fortschritt, wenn die Presse sich diese Worte merken würde.

Leider haben die meisten Zeitungen ihrem Handelsteil ein bestimmtes Gepräge gegeben, das in vieler Beziehung von ungünstigen Folgen ist. Basierend auf der Tatsache, daß die wirtschaftliche Berichterstattung meist ihren Ausgang nahm bei den

Meldungen über die Börse, haben die meisten Zeitungen eigentlich mehr Börsenteile als Handelsteile. Die Vorgänge des Wirtschaftslebens werden viel zu sehr angesehen unter dem Gesichtspunkt: wie wirken sie auf die Börse, wie beurteilt sie die Börse und wie reagiert die Börse hierauf? Damit erhält die Börse eine Bedeutung, die ihr keineswegs zukommt. Die Wichtigkeit einer großen leistungsfähigen Börse soll damit nicht im mindesten herabgesetzt werden; aber man darf doch nicht vergessen, daß die Börse nur ein Glied des Wirtschaftslebens ist und keineswegs das wichtigste, geschweige denn gar das Wirtschaftsleben selbst. Sieht man sich aber einmal die Handelsteile von 95 % der deutschen Zeitungen an, so wird man immer wieder finden, daß der Gesichtspunkt der Börse zu sehr in den Vordergrund geschoben ist, daß die meisten Handelszeitungen eigentlich nur für oder über die Börse berichten. Das hat unter anderem auch die Schattenseiten, daß das Wirtschaftsleben in seiner Gesamtheit bei der Berichterstattung zu kurz kommt, daß sehr wichtige Vorgänge, die aber das Börsenleben nicht interessieren, nicht die Beachtung finden, die notwendig ist. Ein weiterer Nachteil besteht darin, daß zahlreiche Blätter der Börse nicht mit der Kritik gegenüberstehen, die für den Wirtschafts-Chronisten unbedingt erforderlich ist, daß sie einfach das registrieren, was an der Börse vorgeht, ohne aber diese Vorgänge selbst kritisch zu beleuchten, und schließlich hat die Entwicklung den Nachteil, daß die Handelsteile der Zeitungen oft leider sehr wenig inhaltsreich und für den Leser langweilig sind. Man sehe sich nur einmal die Handelsteile unserer großen Zeitungen an, und man wird feststellen, daß leider viel zu viel Raum verschwendet wird für Dinge, die nur den Börsenspekulanten, nicht aber den Volkswirt interessieren. Wenn irgendeine Fabrik in einer kleinen Stadt ihren Geschäftsbericht veröffentlicht, so bringen die Zeitungen mit aller Ausführlichkeit die Ziffern der Bilanz, des Reingewinns und dergleichen, ohne sich zu überlegen, wie gering der Kreis der Interessenten hier ist. Sie füllen damit ihr Blatt, statt wirklich eine Berichterstattung über das Wirtschaftsleben zu bringen.

Naturgemäß gilt das nicht für alle Zeitungen. Wir haben auch Handelszeitungen, die einen sehr gediegenen wirtschaftlichen Inhalt haben; aber die Mehrzahl der Handelsredakteure ist sich der Aufgabe, die Leser zu wirtschaftlichem Denken und wirtschaftlichem Verständnis zu erziehen, nicht bewußt. In geistloser mechanischer Weise füllen sie täglich ihre Spalten mit den lang-

weiligsten Dingen und lassen die interessantesten Vorgänge des Wirtschaftslebens unbeachtet[1]).

Über den Nutzen des volkswirtschaftlichen Teiles der Presse werden wir uns hier mehrfach zu unterhalten haben. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Handelsteil der Presse in erheblichem Umfang zu einer Verflechtung der einzelnen Wirtschaften beitragen kann, daß durch dieses Gebiet der Zeitung die Arbeitsleistung gefördert werden kann. Darüber hinaus wirkt der Handelsteil der Zeitungen in großem Umfang ein auf die Preisbildung im Handel und in der Industrie, auf den Warenumsatz, die Kauflust und die Unternehmungslust. Man vergegenwärtige sich nur einmal den Einfluß, den ein Zeitungsbericht über die Marktlage auf die Stimmung in Handel und Verkehr ausüben kann, wie oft ganze Gewerbe beeinflußt werden durch einen Bericht über die Entwicklung der Konjunktur, die Marktlage und dergleichen; wie die Preisbildung wichtiger Lebensmittel abhängt von den Pressemeldungen über den Saatenstand und die Ernteaussichten. Ein weiterer Vorteil ist, daß durch die Schnelligkeit der Berichterstattung die Gütersammlung und der Güterumlauf erleichtert werden. Das Risiko ist gegen früher erheblich verringert worden. Selbst der Kleinhandel ist heute imstande, sich auf Grund der Pressenotizen ein Bild von der Marktlage zu machen. Er ist nicht mehr in der Weise wie früher von Zufällen abhängig. Er kann die Marktbewegung der Rohstoffe ganzer Länder kontrollieren, und die Zeitungen legen mit Recht großen Wert darauf, daß sie die Preisnotierungen so früh wie möglich erhalten. Auch hier hat ein sehr gesunder Wettbewerb eingesetzt. Das Interessanteste auf diesem Gebiete ist, daß man, um die Londoner Kurse von der Fondsbörse möglichst schnell zu erhalten, sich diese Kurse nicht von London direkt nach Deutschland kabeln läßt, sondern von London nach Newyork und von dort nach Berlin. So unwahrscheinlich es auch klingt, so ist es doch Tatsache, daß

[1]) Seit dem 1. Januar 1918 habe ich versucht, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (jetzt: „Deutsche Allgemeine Zeitung") einen volkswirtschaftlichen Teil einzurichten, der sich von den Börsenteilen der anderen Zeitungen unterscheidet dadurch, daß er nicht die Börse und die Aktiengesellschaften in den Vordergrund stellt, sondern das gesamte Gebiet des Wirtschaftslebens umfassen soll. Hierbei wird Wert darauf gelegt, daß die Berichterstattung so gehalten ist, daß jeder gebildete Leser sie versteht, daß dauernd allgemein interessierende und belehrende Artikel gebracht werden und daß der volkswirtschaftliche Teil nicht nur für Kaufleute bestimmt ist.

durch diesen Umweg die Kurse zwei Stunden früher eintreffen als direkt, so daß in der Tat das Wort, daß zwischen zwei Punkten der gerade Weg die kürzeste Linie sei, widerlegt zu sein scheint. Die Erklärung für diesen merkwürdigen Fall ist darin zu suchen, daß während der Börsenzeit das Kabel London—Berlin sehr stark in Anspruch genommen ist, so daß es oft mehrere Stunden dauern kann, bis selbst dringende Telegramme befördert werden. In der Zeit aber, in der in London die Börse stattfindet, ist in Newyork Nacht und niemand hat einen Anlaß, nach Newyork zu kabeln. Das Kabel London—Newyork ist also um diese Zeit sehr wenig in Anspruch genommen. Das gleiche gilt von dem Kabel von Amerika nach Deutschland, so daß es möglich ist, die Londoner Börsenkurse auf dem Wege London—Amerika—Berlin sehr schnell zu befördern.

Wie erwähnt, hat diese Schnelligkeit erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Der Kaufmann kann sich sofort den veränderten Verhältnissen anpassen. Er ist imstande, seine Preise anders zu kalkulieren und unter Umständen günstigere Dispositionen zu treffen.

Eine erhebliche Bedeutung hat der Handelsteil der Zeitungen auch auf dem Gebiet der Kapitalanlage. Freilich gilt diese Bedeutung nur für solche Zeitungen, die einen ernsthaften Handelsteil besitzen und deren Redakteure genügend Sachkenntnis und kritisches Urteil haben, um mehr als Berater des Publikums wirken zu können. Sind diese Voraussetzungen gegeben, dann kann allerdings die Presse sehr segensreich wirken. Denn was das deutsche Volk in den letzten 25 Jahren durch *schwindelhafte Gründungen und unlautere Unternehmungen*, unsolide Aktiengesellschaften, Kolonialunternehmungen und dergleichen verloren hat, läßt sich zahlenmäßig überhaupt nicht angeben. Zweifellos wäre aber der Verlust *noch erheblich größer* gewesen, hätten wir nicht eine sachverständige kritische Presse besessen. Natürlich gibt es kein unbedingtes Mittel gegen Schwindelgründungen. Die Presse kann unmöglich alle Unternehmungen, die neu begründet werden, kontrollieren. Es fehlt ihr dazu nicht nur an den nötigen Unterlagen, sondern auch an der erforderlichen Zeit. Aber zuweilen gelingt es doch, den Schwindelgründungen das Handwerk zu legen und schon *rechtzeitig* die Kapitalsbeteiligung des Publikums zu verhindern. So habe ich selbst mehrfach durch Warnungen vor finanziellen Schwindlern die Gründung von Unternehmungen, bei denen das Publikum sicher sein Geld verloren hätte, unmöglich gemacht, und die Fälle sind durchaus nicht selten,

daß die Gründung eines bedenklichen Unternehmens infolge der Pressekritik unterbleiben mußte. Freilich ist gerade dieses Gebiet der Handelspresse sehr schwierig; denn man muß berücksichtigen, daß selbst die größten Schwindler sich nicht scheuen, der Presse mit dem Strafrichter zu drohen und Schadensersatzforderungen zu stellen. Da nun auch auf diesem Gebiet der Presse nicht der Schutz des Paragraphen 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugebilligt wird, so kann unter Umständen der Redakteur in Schwierigkeiten kommen. Auch hier dürfte eine gesetzliche Reform angebracht sein, wovon später die Rede sein wird; denn der Finanzkritiker ist als finanzieller Vormund für weiteste Kreise des deutschen Volkes nicht zu entbehren. Ihm muß zugebilligt werden, daß er berechtigte öffentliche Interessen vertritt.

Auch auf dem Gebiet der Handelspresse ist vieles reformbedürftig. Zwar verfügen — und daran muß man festhalten — unsere führenden Tageszeitungen über einen einwandfreien und unabhängigen wirtschaftlichen Teil. Aber leider haben sich doch zuweilen gewisse Einflüsse gezeigt, gegen die die gesamte deutsche Presse einheitlich Front machen müßte; aber an einem solchen einheitlichen Zusammengehen hat es bis jetzt gefehlt. Merkwürdigerweise gibt es in Deutschland noch keine einzige Organisation der Handelsredakteure, und erfahrungsgemäß befassen sich die verschiedenen Presseorganisationen, die wir besitzen, kaum mit wirtschaftlichen Fragen. Dabei würde ein Zusammenschluß der Redakteure der guten Handelszeitungen zweifellos sehr Ersprießliches bewirken. Man denke nur an die Unterdrückung der zahllosen „Finanz-Animirblättchen", Winkelblättchen der Börse usw. die auf Finanzgebieten mehr Schaden anrichten, als die Öffentlichkeit weiß. Gerade über das Kapitel der Börsenblättchen, die oft nur von Angstinseraten leben, soll im Laufe der Vorlesungen noch eingehend gesprochen werden. Bis jetzt hat die Presse auch noch nicht das Geringste unternommen, um diesen Blättern den Garaus zu machen. Hier zeigt sich dieselbe Unterlassungssünde wie bei den großstädtischen Skandal- und Revolverblättern. Ist es doch eine bekannte Tatsache, daß die Börse einen sehr nahrhaften Boden für derartige Giftpflanzen abgibt. Die trüben Machenschaften der „Bank- und Handelszeitung" in Berlin sind hinreichend bekannt geworden. Aber noch niemals hat eine der Presseorganisationen hiergegen etwas unternommen. Dabei ist eine Heilung nur von den Selbstverwaltungsorganen der Presse zu erwarten, niemals aber von anderer Stelle. So hat z. B. der

Börsenvorstand zu Berlin nie gegen diese Schmutzpresse Stellung genommen. Jahrelang waren die Inhaber solcher Blättchen an der Börse zugelassen und trieben dort unter den Augen des Börsenvorstandes ihr unsauberes Handwerk. Das ist um so auffälliger, als sonst zuweilen gerade der Börsenvorstand ein sehr wachsames Auge zu haben pflegt, wie ja das Ehrengerichtsverfahren gegen den einwandfreien Schriftsteller Bruno Buchwald deutlich gezeigt hat. Zwar hat man vor einigen Jahren dadurch eine Reform einzuführen versucht, daß man Vertretern der Presse eine beratende Stimme bei der Zulassung und Ausweisung von Journalisten zur Börse zugebilligt hat. Es ist aber nicht angängig, daß die an der Börse zugelassenen Journalisten der Gerichtsbarkeit des Börsenvorstandes unterstehen. Tatsache ist, daß der Ehrenbegriff des Börse von dem Ehrenbegriff des Journalisten grundverschieden ist Eine Säuberung des Pressezimmers der Börse würde das Ansehen der Handelspresse ganz erheblich vermehren.

Außerdem muß die ganze Stellung der Journalisten an der Börse geändert werden.

Da der wirtschaftliche Teil der Zeitung für weite Kreise von erheblicher Bedeutung ist, so wird an dieser Stelle besonders versucht, Einfluß auf die Haltung zu gewinnen. Und da eine Korruption bei uns nicht besteht, so wird auf andere Weise der Versuch gemacht, eine Vertretung privatwirtschaftlicher Interessen zu erreichen. Ganz besonders „leistungsfähig" sind hier die wirtschaftlichen Organisationen. Was dem einzelnen Kaufmann oder Industriellen nicht möglich ist, das wird auf diesem Wege versucht. Junge Nationalökonomen, die kaum wirtschaftlich denken können, dafür aber vom praktischen Leben noch weniger Ahnung haben, streben in der Neuzeit immer mehr zu jenen gut dotierten Syndikusposten, um alsdann für irgendeine Organisation mit dem Brustton der Überzeugung ihre „bezahlte Weltanschauung" zu vertreten. Wehe dem Redakteur, der es wagt, gegen die Verzuckerung der Weine oder für die Herstellung von künstlichem Essig einzutreten. Prompt erscheint bei ihm am nächsten Tage irgendein „junger Mann" des Verbandes, der im allgemeinen Interesse — beileibe nicht im Interesse der ihn bezahlenden Organisation — mit einem gewaltigen Redeschwall zu „überzeugen" sucht. Solche „Nationalökonomen" sind äußerst vielseitig: sie vertreten heute den Verband der Rettigschneidmaschinenfabriken, morgen die Großhändler in seidenen Unterhosen, übermorgen den Verein der Kettenhändler usw. Bei ihren Bewerbungen um die Stelle eines Syndikus

weisen sie nicht selten auf ihre „guten Beziehungen zur Presse" hin. In sehr treffender Weise hat Walter Rathenau diese Interessenvertreter gekennzeichnet, wenn er schreibt[1]):

> „Wenn der Generalsekretär des Allgemeinen Deutschen Drehorgelverbandes, der Vorsitzende des Vereins zum Schutze der gesamten deutschen Vereinsabzeichenindustrie oder die Verbandszeitung aller Zweige des Nagelpflegebedarfs in freier oder gedruckter Rede, geschichtlich, volkswirtschaftlich, politisch und psychologisch eine Interessenfrage vertreten, so stellen sie die großen Sachwalter des Altertums und der Neuzeit in Schatten und jedermann bewundert die Größe und Gerechtigkeit ihrer Sache. Wehe dem, der das Mißgeschick hat, die vermeintlichen Interessen einer Interessengruppe in Wort oder Schrift zu verletzen und wäre es um der höchsten Ziele willen . . . ."

Zur Beruhigung aller derer, die glauben, von „ihrem" Interessenvertreter alles erwarten zu können, die hoffen, durch ihn jede Störung ihrer Geschäftstätigkeit durch die Presse zu verhindern, sei gesagt, daß man in den Redaktionen die „Männer mit der bezahlten Weltanschauung" längst richtig einzuschätzen gelernt hat. Der Einfluß der zahllosen Verbände zur Vertretung privatwirtschaftlicher Interessen auf die Presse ist schon lange auf ein niedriges Niveau gesunken und die Presse weiß längst zu unterscheiden, wo allgemeinwirtschaftliche und wo privatwirtschaftliche Interessen auf dem Spiele stehen. Freilich möchte man wünschen, daß das kritische Urteil mancher Redaktion bei Ansprüchen von Interessenvertretern geschärft würde, denn die Presse soll sich nicht zum Sprachrohr für alle privaten Wünsche oder gar für private Geschäfte hergeben. Aber daß gegen früher vieles erheblich besser geworden ist — das läßt sich heute nicht mehr bestreiten, und sehr richtig sagt Gustav Schmoller in der Vorrede einer Schriftenfolge des „Vereins für Sozialpolitik":

> „Es gibt in Deutschland gottlob noch genug Elemente in der Presse, den Parlamenten und den Regierungen, welche nicht bloß jene großen Interessenverbände über die Ziele der Handelspolitik hören wollen, sondern annehmen, daß diese zwar in vielen, besonders in allen Spezialfragen außerordentlich sachkundig, aber doch stets durch ihre Interessen befangen seien, und daß daher andere auf neutralerem Standpunkt stehende Stimmen, die nach ihrem Lebensberufe der allgemeinen Sachkunde nicht entbehren, neben ihnen zu hören, ganz passend sei."

Gewiß ist die Presse dauernd genötigt, mit den Praktiken des Wirtschaftslebens in Fühlung zu bleiben, aber die Redakteure

---

[1]) Die neue Wirtschaft. S. 29.

müssen sich vor Augen halten, daß die sogenannten „Sachverständigen“ auch stets die Interessenten sind, daß es aber Aufgabe der Zeitung sein muß allgemeine Interessen zu vertreten.

Damit ist von selbst gesagt, daß auch der sogenannte „Handelsteil“ der Zeitung kein Organ des Handels ist, der immer mit den Kaufleuten durch dick und dünn geht. Dieser Teil muß vielmehr die ganzen Dinge von einer höheren Warte aus ansehen und kritisieren. Er muß, wenn sich Auswüchse im Handel zeigen, diese schonungslos aufdecken und kritisieren, er muß, wenn es (wie es im Kriege der Fall war) nötig ist, mit einer Ausschaltung des Handels einverstanden sein. Der Handelsredakteur darf sich aber nicht als ein Kuli der Börse oder Angestellter der Kaufleute betrachten. Er muß lediglich eins sein: ein Volkswirt!

Interessante Ausführungen über das steigende Bedürfnis nach Informationen auf wirtschaftlichem Gebiete und über die Ausdehnung des Handelsteils brachte das Genfer Blatt „Journal français“ am 21. Mai 1919[1]):

> „Was die Genfer, sowie die ganze europäische Presse heute durchmacht, in dieser Zeit ohne Beispiel, ist mehr als eine langsame und natürliche Entwicklung, es ist vielmehr eine richtige Umwälzung. Sehen wir nicht, wie das Wirtschaftliche die Spalten unserer Zeitungen füllt? Nicht nur das Genfer Journal kündet seine wirtschaftliche Woche an. „La Tribune“ räumt sozial-wirtschaftlichen Problemen immer größeren Raum ein und „Gazette de Lausanne“ marschiert sogar an der Spitze.
>
> In Frankreich springt diese Erscheinung noch mehr in die Augen. Trotz der großen Papierknappheit erstehen immer neue Zeitschriften, die Zeitungen wandeln sich und all das, um einem Bedürfnis nach wirtschaftlicher und sozialer Information entgegenzukommen, das vor dem Kriege wenig Leser empfanden. Nach dem Kriege werden wir neue Sitten haben und, wir wollen es hoffen, auch eine Verbesserung der journalistischen Sitten.
>
> Wir müssen feststellen, daß man der Redensarten um der Redensarten willen satt ist, mögen sie auch geistreich sein. Man ist bis zum Ekel mit kleinen Unwichtigkeiten gefüttert worden, die man als eine Art journalistischen Ungeziefers bezeichnen kann, und hat einen Widerwillen gegen die Albernheiten der Redaktionen und parlamentarischen Kulissen. Der Krieg hat den Planeten geschüttelt und auch die schwerfälligsten Geister zum Erwachen gebracht. Der Appetit verlangt nach kräftigeren Nahrungsmitteln. Die Völker haben begriffen, daß die Fragen der Produktion, des Handels, des Kredits, der Organisation jetzt im Vordergrund stehen. Man hat sicher gefühlt, daß auch die entferntesten Völker durch wirtschaftliche Solidarität engster Art mit-

---

[1]) Vgl. Zentralarchiv für die gesamte Zeitungspraxis Nr. 23, Blatt 37.

einander verbunden sind, und daß man sich von nun an nicht mehr damit begnügen kann, in seinem Schneckenhaus für sich zu leben.

Man muß zugeben, daß Wirtschaftsfragen etwas Ernstes, Hartes, ja Abstoßendes haben. Sie starren nur so von Zahlen. Man hat für sie noch einen trockenen, harten und abstrakten Stil. Hoffen wir, daß sie unter der Führung der Charles, Gide und Henri Hauser ein Literaturzweig werden, der, ohne seine wissenschaftliche Strenge einzubüßen, daran erinnert, daß Eleganz, Schmiegsamkeit und Geist vorzugsweise französische Eigenschaften sind.

Wenn wir auch einräumen wollen, daß wirtschaftliche Fragen heute eine Mode sind, so sind sie es doch, ohne eine Eintagsmode wie der Hosenrock zu sein. Die Völker, die sich mühen und arbeiten, wollen Ziel und Sinn ihrer Werke kennen lernen, sie sind aufgewacht und wittern nichts Gutes hinter dem, das sich hinter den Türen der reservierten geheimen Kammern abspielt. Sie wollen ebenfalls ihren rechtmäßigen Anteil haben.

Daher hat das „Journal français", nur aus dem Bestreben, den Wünschen seiner Leser Rechnung zu tragen, die seichte Literatur verbannt. Es hat der Wirtschaft und dem, was über wirtschaftliche Fragen unterrichtet, einen überwiegenden Platz eingeräumt, was, wie man wohl weiß, einen neuen Arbeitszuwachs für die Redaktion bedeutet."

Nachdem wir uns mit dem politischen und dem wirtschaftlichen Teil befaßt haben, werden wir zu einer Untersuchung des Unterhaltungsteils, des „Feuilletons", übergehen. Aus Frankreich zu uns herübergekommen, bildet das Feuilleton denjenigen Teil, in dem weite Kreise unseres Wissens behandelt werden. Nicht nur die Kunst, nicht nur die Wissenschaft, oft auch die Politik und die Wirtschaft. Freilich in ganz anderer Form als in den übrigen Teilen. Die Art, wie sich das Feuilleton mit einer Sache befaßt, weicht ab von dem Stil des politischen Leitartikels, der oft etwas von einer Predigt an sich hat, weicht ab von den nüchternen Darstellungen des Handelsteils mit seiner oft dozentenhaften Belehrung. Wie aber packt der Feuilletonist seine Sache an? Aus der ernsten trockenen Materie wird die Skizze, die mehr Wert auf Stil des Verfassers legt, als auf Erschöpfung und Gründlichkeit. Das hat auch Bücher im Auge, wenn er sagt:

„Dem schwerfälligen Ernst des politischen und wirtschaftlichen Teils stellte es ein leichtes, unterhaltendes Element gegenüber und hat darum nicht wenig dazu beigetragen, die Zeitungen in der Masse der Bevölkerung, namentlich bei den Frauen, einzubürgern."

Im Feuilleton spricht nicht die Zeitung zu uns, sondern im Gegenteil der Verfasser mit seinen ureigensten Formen. Kurze, oft flüchtig hingeworfene Darstellung, die graziös und geistreich, oft auch humoristisch oder satirisch wirken will — die freilich oft leider nichts ist als ein Geistreicheln oder geistlose Flachheit!

Im Feuilleton spricht, wie erwähnt, der Verfasser, daher sind dort die Beiträge mit Namen gezeichnet. Ein weiterer Gesichtspunkt für die Nennung der Verfasser im Feuilleton war, daß sie oft als besonderes Anziehungsmittel für die Zeitung dienten. Wenn z. B. Gerhard Hauptmann oder Thomas Mann einen Beitrag für eine Zeitung liefern, so wäre es — abgesehen von anderen Gründen — vom geschäftlichen Standpunkt aus falsch, diese Namen nicht zu nennen. Ganz besonders war die Namenlosigkeit im Feuilleton unmöglich bei der Kritik. Hier mußten die Kritiker mit Namen hervortreten, erstens aus moralischen Gründen, dann aber auch, weil ein Gesamtstandpunkt der Redaktion einem Kunstwerk gegenüber unmöglich ist.

Die ganze Art bringt es mit sich, daß im Feuilleton der Verfasser anders in Erscheinung tritt als in den anderen Abteilungen der Zeitung. Hier kann von einer Redaktionsansicht nicht die Rede sein, und im Feuilleton erscheinen oft Darstellungen, die lediglich ihrer Form wegen veröffentlicht werden, im übrigen aber erheblich von dem Standpunkt der Zeitung abweichen. Das alles bringt es mit sich, daß von einer Anonymität, wie wir sie sonst bei der deutschen und englischen Presse finden, im Feuilleton keine Rede sein kann. Dort spielt die Person des Verfassers meist eine größere Rolle als die behandelte Sache.

Zur Entwicklung des Feuilletons in Deutschland hat Heinrich von Treitschke einige wertvolle Beiträge geliefert. Er betont, daß das „souveräne Feuilleton“ durch Börne in Deutschland eingeführt wurde, und er vertritt dabei den Standpunkt, daß hierdurch die unfertige politische Bildung der Deutschen unsäglich geschädigt wurde.

> „Der vorwitzige Dilettantismus erdreistete sich mit einigen Späßen, Wortspielen, Bildern und Entrüstungsrufen über alle ernsteren Fragen der Staatskunst abzusprechen.“

Von Heine sagt Treitschke, daß er selbst die Franzosen überflügele, ein Meister des europäischen Feuilletonstils geworden sei.

Gegen die Feuilletonisten hat Nietzsche sehr scharfe Worte geschrieben. Er bezeichnet sie als die „Narren der modernen Kultur“.

> „Die Narren der mittelalterlichen Höfe entsprechen unseren Feuilletonisten. Es ist dieselbe Gattung Menschen, halb vernünftig, witzig, übertrieben, albern, mitunter nur dazu da, das Pathos der Stimmung durch Einfälle, durch Geschwätz zu mildern und den allzu schweren feierlichen Glockenklang großer Ereignisse durch Geschrei zu übertäuben. Ehemals

im Dienst der Fürsten und Adligen, jetzt im Dienst von Parteien (wie im Parteisinn und Parteizucht ein guter Teil der alten Untertänigkeit im Verkehr des Volkes mit den Fürsten jetzt noch fortlebt). Der ganze moderne Literatenstand steht aber den Feuilletonisten sehr nahe. Es sind die Narren der modernen Kultur, wenn man milde urteilt, wenn man sie als nicht ganz zurechnungsfähig nimmt. Schriftstellerei als Lebensberuf zu betreiben, sollte billigerweise als eine Art Tollheit gelten."

Ganz so schlimm, wie Nietsche es darstellt, sind ja nun die Feuilletonisten unserer Zeit nicht. Es soll nicht geleugnet werden, daß mancher Unterhaltungsteil der Zeitung nicht den berechtigten Anforderungen genügt, daß viele Beiträge auf niedrigem Niveau stehen, Takt- und Geschmacklosigkeiten gar hier nicht ausbleiben, Tatsache bleibt doch, daß besonders der Unterhaltungsteil einen wesentlichen Bildungsfaktor in unserem heutigen Leben darstellt, daß er es ist, der überhaupt weiten Kreisen die Fortbildung auf vielen Gebieten ermöglicht.

Daß die Presse im allgemeinen ein Bildungsfaktor ist, läßt sich gar nicht mehr bestreiten, so gern es auch von Zeit zu Zeit versucht wird. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß das Feuilleton in ganz erheblichem Umfange kulturfördernd wirken kann, und daß alle Fehler der Presse nicht so schwer wiegen wie die Vorteile, die ein guter Unterhaltungsteil als Kulturfaktor bietet. Von den Schattenseiten des Zeitungswesens war bereits die Rede, und es wird von ihnen auch noch weiter die Rede sein müssen. Wir werden uns in den Vorlesungen ganz besonders mit gewissen Taktlosigkeiten beschäftigen, die die Presse aller Schattierungen begeht, mit dem Verstoß gegen den guten Geschmack und dergl. Aber das darf uns alles nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Presse „ein Leitorgan eines unermeßlichen Kulturverhältnisses ist“ (Bücher).

Will man die Presse in dieser Beziehung richtig einschätzen, dann kommt man nur zu einem gerechten Urteil, wenn man sich über Umfang und Maß dessen, was an Bildung zu bieten wäre und geboten werden darf, im klaren ist. Man darf von der Presse nicht das fordern, was man von der Schule oder gar von der Universität verlangt. Sie ist keine Bildungsstätte in pädagogischem Sinne. Sie kann die Bibliothek, die Buchliteratur und auch die Spezialbildung nicht ersetzen. Wer das verlangt, der verkennt vollkommen die Aufgaben, die der Presse gestellt sind. Wenn Männer wie Goethe, Nietzsche, Schopenhauer sich ablehnend über die Presse ausgesprochen haben, so muß man sich vor Augen halten, daß solche Männer aus der Presse kaum etwas lernen können,

daß diese ganz andere Bildungsmöglichkeiten haben. Aber Deutschland besteht ja nicht nur aus Goethes, Nietzsches und Schopenhauers, sondern im Gegenteil derartige Geisteskoryphäen gehören leider bei uns zu den größten Seltenheiten. Für die große Masse, aus der sich nun einmal die Völker zusammensetzen, ist die Zeitung unstreitig das erste, das umfangreichste und auch das billigste Bildungsmittel, das wir kennen.

Natürlich soll die Zeitung keine der anderen Bildungsmöglichkeiten ersetzen oder gar verdrängen. Schule und Bibliothek, Vorträge und Anschauungsmaterial können gar nicht ersetzt werden. Das will aber auch die Presse gar nicht. Aber was nützen die schönsten Bücher, die größten Museen, die wertvollsten Sammlungen, wenn das Publikum nicht immer wieder durch die Presse darauf aufmerksam gemacht wird. Die Presse vermittelt die Bildung, indem sie das Publikum auf besonders wertvolle Bücher hinweist, indem sie Sammlungen erläutert, durch Museen führt. Sie regt an, indem sie immer wieder auf neue Gelegenheiten aufmerksam macht. Nur in diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn man die Zeitung als „eine Volkshochschule ersten Ranges“ bezeichnet hat, nicht eine Volkshochschule im heutigen Sinne als Ergänzungsmittel der Volksschule, sondern als eine Hochschule, die die allgemeinen Kenntnisse zu erreichen, erleichtert.

Aber gibt es für einen im Beruf stehenden Menschen ein ähnliches Mittel, das täglich ohne sein Zutun das Wissen bereichert, das ihn dauernd unterrichtet, seinen Gesichtskreis erweitert und sein Interesse vermehrt? Welcher Mensch, der von morgens früh bis abends spät hinter dem Hauptbuch sitzt, an der Drehbank steht oder Verhandlungen führen muß, ist heute noch imstande, in den freien Stunden dauernd sein Wissen so zu vervollkommnen, wie es notwendig wäre?

Hier bietet die Presse zuweilen die einzige genießbare Kost, indem sie in leicht verdaulicher Weise das Wissenswerte ihm vorsetzt und ihn auf weitere Vervollkommnung aufmerksam macht. Und nicht nur das. Auch dem Gelehrten bringt die Presse wertvolles Material. Ein Nationalökonom kann ohne den Handelsteil einer Zeitung überhaupt nicht wissenschaftlich arbeiten; denn von dort strömt ihm erst das Material für seine Untersuchungen zu. Der Historiker kann die Presse nicht entbehren. Beide freilich müssen die Zeitung richtig einzuschätzen verstehen. Aber darüber hinaus bietet der Unterhaltungsteil Vorteile in kultureller Hinsicht. Er gibt unter anderen die geistigen Leistungen im Inlande dem Aus-

lande bekannt und andererseits vermittelt er die Kenntnis ausländischer Leistungen im Inlande. So führt sie zu einer Internationalisierung des geistigen Lebens, die selbst im Kriege nicht geruht hat.

Das natürlich den gewaltigen Vorteilen der Presse auch Nachteile gegenüberstehen, ist ganz klar. Aber wo ist das nicht in unserem mit Schwachheit behafteten Menschenleben? Der kulturfördernden Wirkung der Presse steht die Tatsache entgegen, daß oft nur eine oberflächliche Unterrichtung möglich ist; ein in die Tiefe gehen, ein Erschöpfen des Gegenstandes ist für die Presse schon aus Gründen des Raumes ganz unmöglich. Dadurch kann die Halbbildung gefördert werden. Aber die Presse soll keine Hochschule sein, die die Gegenstände zu ergründen sucht. Sie muß sich darauf beschränken, wie ein Leuchtturm die Gegenstände von Zeit zu Zeit zu beleuchten, um dann den Scheinwerfer wieder nach einer anderen Richtung zu drehen.

Eine Halbbildung ist zweifellos bei uns vorhanden, zum Teil auch in den sogenannten besseren Kreisen, und man kann auch von einer geistigen Blasiertheit bei diesen sogenannten „Gebildeten" sprechen; aber hieran tragen nicht die Zeitungen die Schuld, sondern unsere ganze Zeit, unser Hasten und Treiben, die nervöse Tätigkeit der Großstadt. Hier liest man nicht einmal die Zeitungen, man überfliegt sie nur. Man hat nicht einmal Zeit, die Artikel oder Telegramme zu lesen, man begnügt sich mit den fetten Überschriften, und leider kommt unsere Presse dieser Unsitte bzw. Nachahmung amerikanischer Geschmacklosigkeit oft zu sehr entgegen. Mit diesem Fehler müssen wir uns im Rahmen unserer Vorlesungen noch eingehender beschäftigen, mit der Anordnung und Auswahl der Überschriften, die sich langsam bei uns so zu einer Unsitte eingebürgert hat, daß man glaubt, ohne fette Überschriften über die Zeitung überhaupt nicht mehr auskommen zu können. Was soll man z. B. sagen, wenn man in den großen Berliner Tageszeitungen drei Spalten lange, mehrere Zentimeter hohe Überschriften liest wie: „Noch keine Entscheidung" „Vor der Nationalversammlung", „Unveränderte Lage".

Trotz aller Schattenseiten darf man aber die Zeitungen in ihrer Wirkung auf die Bildung nicht unterschätzen. Sie sind für viele, namentlich die unteren Schichten, die einzige Bildungsquelle. Für diese Kreise bilden sie eine Lehrmeisterin, die immer noch besser ist, als gar keine. Ja sogar ein so kritischer Kopf wie Bücher sagt:

„Erhielte sie ihnen (gemeint sind die breiten Schichten der Bevölkerung) auch nur die Kunst und Übung des Lesens, so wäre das immer ein Gewinn.“

Und auf welchen Wissensgebieten ist nicht die Presse als Lehrmeisterin tätig? Das habe ich recht deutlich im Kriege während meiner Soldatenzeit erfahren. In der Instruktionsstunde konnte ich feststellen, daß der Großstädter, der die Zeitung nur überfliegt, nichts wußte von den Fragen des Tages, von allgemeinem oder Pluralwahlrecht, von Unterschied zwischen Herrenhaus und Bundesrat usw. Aber die Arbeiter, die sorgfältig ihre Presse lesen, aus ihr das Wissen schöpfen, sie wußten genau Bescheid über die verschiedenen Wahlsysteme, über Reichstag und Landtag und über alle Behörden. Sie konnten meine Fragen besser beantworten, als mancher, der daß Einjährigen-Zeugnis besaß und noch nie den Namen Treitschke gehört hatte! Besonders auf dem Gebiet der Staatsbürgerkunde leistete die Zeitung als Lehrmeisterin für den im Beruf Stehenden sehr viel, was bisher für uns um so wichtiger war, als in der Schule gerade dieses für das Leben so erforderliche Fach grundsätzlich vernachlässigt wurde. Man sehe sich einmal den Entwicklungsgang eines Mannes wie Bebel oder Scheidemann an. Immer wieder stoßen wir bei ihnen auf die Bemerkung, daß sie in ihrer Jugend eifrige Leser der Zeitung waren, daß die Zeitung ihnen die ersten Anregungen gegeben hat. Und was für die Staatsbürgerkunde gilt, kann man auch von der Erdkunde sagen, deren Kenntnis uns in ganz besonderem Maße die Zeitung mit ihren Reiseberichten vermittelt. Die Literatur findet in der Presse die wirkungsvollste Resonanz. Dann wird derjenige, der für ein bestimmtes Wissensgebiet Interesse hat, auf wertvolle Neuerscheinungen aufmerksam, das er sonst nur nach stundenlangem Durchwühlen von Bibliotheken finden wird. Dort wird die Spreu von dem Weizen gesichtet, die gute Ware von dem Schund, der leider in unserer Buchliteratur noch immer eine große Rolle spielt, ausgesucht. Aber freilich diejenigen, die dieses Sichten besorgen, tragen eine schwere Verantwortung. Von ihnen gilt dasselbe wie für Theater-Kritiker und Kunst-Kritiker überhaupt; sie üben ein Richteramt aus und sie müssen sich dessen stets bewußt sein.

Das führt uns zu der Art, wie im Feuilleton die Kritik vor sich geht, eine Kritik, sei es über Musikstücke, sei es über Werke der Malerei und Bildhauerkunst oder der Buchliteratur. Während sonst der Feuilletonist derjenige ist, der verhältnismäßig

die geringste Verantwortung im Blatte hat — denn beim Feuilletonisten kommt es weniger auf den Inhalt an, er braucht nicht so sehr Wert auf die einwandfreie Darstellung, auf geschichtliche Treue, auf die wissenschaftliche Gründlichkeit zu legen — während also der Feuilletonist die Freiheit des Dichters genießt, muß der Kritiker mit ganz anderem Maße gemessen werden. Auf ihm ruht die Verantwortung; denn er muß zugleich sein: ein Künstler, ein Richter und ein Schriftsteller. Wenn man von Kritik spricht, denkt man meist an das Wort: „Kritisieren ist leichter als Bessermachen". Der Kritiker aber muß selbst die Kunst beherrschen, muß genau ihre Technik verstehen, wenn er sich ein Urteil erlauben will. Ein Musik-Kritiker, der nicht ein Instrument vollständig beherrscht, ein Kunst-Kritiker, der nicht die Technik der Malerei von Grund auf kennt und ein Theater-Kritiker, der nicht genau weiß, wie die Theaterregie vor sich geht, kann niemals ein gerechtes Urteil fällen. Nur wer die Kunst wirklich beherrscht, kann sie auch kritisieren. So sagt Zola mit Recht:

> „In der Kritik, wie wir sie verstehen, steckt etwas von orginellem Schaffen, durch welches sie sich vom einfachen Bericht unterscheidet. Es gehört dazu ein Eindringen des persönlichen Geistes, einer Kraft der Logik, ganz ungerechnet die große Belesenheit. Alles das bildet eine sehr klare Individualität, welche eines Wertes fähig ist."

Natürlich soll nicht gesagt sein, daß der Kritiker die Kunst besser verstehen soll als der Künstler; aber er muß wissen, welchen Grad der Kritik er anlegen darf.

Wie ich schon sagte, muß der Kritiker nicht nur ein Künstler sein, sondern er muß sich auch als Richter fühlen. Aber leider ist ein großer Unterschied zwischen dem Richter und dem Kritiker. Der Richter wird vom Staate angestellt, nachdem man sich durch Prüfungen überzeugt hat, daß er über ein Mindestmaß von Kenntnissen verfügt, und selbst dann ist er noch nicht vollkommen frei. Sein Urteil ist nicht bindend, sondern unterliegt oft einer Revision. Wie ganz anders beim Kritiker. Niemand hat ihn geprüft, niemand hat untersucht, ob er imstande ist, seinen Beruf auszuüben. Aber eine solche Prüfung ist auch unmöglich. Mit Recht sagt David:

> „Der Befähigungsnachweis kann nur im Werke selber erbracht werden."

Der Kritiker muß sich durch seine Kritik als geeignet erweisen; aber er muß sich stets bewußt sein, welche Macht in seine Hände gegeben ist, daß er imstande ist, jungen Talenten

die Bahn zu öffnen zu den höchsten Höhen, daß er aber zugleich Existenzen mit ihren Familien, ja sogar ganze Unternehmungen zerschmettern kann. Von seinem Wort hängt es ab, ob ein Künstler weiter arbeiten kann oder ob er an seinem Werke verzweifelt. Daher soll der Kritiker stets die Wirkung seiner Worte vor Augen haben. Er soll immer wieder erwägen, ob er mit einem anderen Ausdruck nicht dasselbe erreicht; er soll jede unnötige Härte und Schärfe vermeiden, wenn wirklich ein Talent vorhanden ist. Der Kritiker muß noch vorsichtiger sein in seinem Urteil als der Richter; denn über dem Richter steht die Revision oder die Berufungsinstanz. Gegen die Kritik gibt es keine Beschwerde. Wenn ein Kritiker sein Urteil ausgesprochen hat, wenn seine Kritik in der Presse erschienen ist, dann ist das Urteil über den Künstler gefällt, und wehe dem Künstler, der es wagen sollte, einmal gegen den Stachel zu löcken. Sofort würde das Geschrei sich erheben, „daß die Freiheit der Kritik nicht angetastet werden darf"! Aber wo ist die Instanz, an die ein Künstler sich wenden darf, wenn ihm notorisch Unrecht geschieht? Was bleibt einem wirklichen Künstler übrig, wenn ein Dilettant über ihn seine Glossen macht?

Anderer Ansicht ist der Kunstkritiker Fritz Stahl. Er schreibt im „Handbuch der Journalistik" (S. 184):

> „Die Kritik wird heute wohl allgemein nicht mehr als Richteramt aufgefaßt. Fast alle modernen Kritiker betonen die Subjektivität ihres Urteils."

Ich kann mich dieser Auffassung nicht anschließen. Es ist richtig, daß sich die Kritiker nicht als Richter fühlen, aber darauf kommt es nicht an. Ihre Arbeit wirkt — und das ist meines Erachtens wesentlich — wie ein Richterspruch, ob die Kritiker das wollen oder nicht. Das Publikum ist leider zu sehr geneigt, das, was der Kritiker seiner Zeitung über ein Kunstwerk, über einen Musiker, über ein Buch usw. sagt, für einen Urteilsspruch anzusehen, dem es sich fügt. Daher müßten sich die Kritiker immer vergegenwärtigen, wie das, was sie schreiben, wirkt und ob sie die Wirkung beabsichtigen. Sehr richtig sagt Ludwig Fulda: „Der Kritiker sollte nie vergessen, daß er zum Richter berufen ist und nicht zum Staatsanwalt".

Hier sind zweifellos Übelstände vorhanden, Übelstände, die der verständige Journalist, dem sein Beruf wert und heilig ist, unbedingt zugibt. Und diese Übelstände werden noch vermehrt, wenn, wie es sich neuerdings immer mehr einzubürgern scheint,

hinter dem Kritiker die Hetzpeitsche steht, wenn gleich am nächsten Morgen das Urteil fix und fertig vorliegen soll, oder wenn gar der Kritiker an einem Abend mehr als ein Kunstwerk besprechen soll.

Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Auch die Kritik muß ein Kunstwerk sein, das Zeit beansprucht und nicht unter der Fuchtel des sensationslüsternen Publikums stehen darf. Damit ist von selbst das Urteil über die „Nachtkritik“ gesprochen. Je eher sie beseitigt wird, um so besser für alle Beteiligten: für den Rezensenten, für die Druckerei, für den Künstler und nicht zuletzt für das Publikum.

Bekannt ist Goethes Stellung zu den Kritikern. Man zitiert gern den Satz aus dem Gedicht „Der unverschämte Gast“. Dieses Gedicht war abgedruckt im Göttinger Musenalmanach für das Jahr 1775. Wohlweislich aber hat sich Goethe gehütet, die Verse mit seinem eigenen Namen zu zeichnen! Wie allgemein bekannt, erschien damals das Gedicht mit den Buchstaben H. D. gezeichnet. Es schloß mit den Worten:

„Die Supp' hätt' können gewürzter sein,
Der Braten brauner, firner der Wein.
Der Tausendsakrament, schlagt ihn tot, den Hund,
Er ist ein Rezensent!“

Freilich ist man schon damals in Kreisen der Schriftsteller die Antwort hieranf nicht schuldig geblieben; denn in den „Frankfurter Gelehrten Anzeigen“ vom 15. November 1774 erschien ein Gedicht: „Der Sudelkoch“. Ein Pendant zum unverschämten Gast im Göttinger Musenalmanach aufs künftige Jahr. Dieses Gedicht endet mit den Worten:

„Der Bengel! — Schmeißt ihn tot, den Hund,
Er ist ein Autor, der nicht kritisiert will sein!“

Ein schwacher Punkt im Unterhaltungsteil der deutschen Presse ist der Romanteil. Es läßt sich nicht bestreiten, daß selbst bei führenden deutschen Zeitungen der Roman sehr oft — freilich nicht immer — erheblich an literarischem Wert hinter dem zurückbleibt, was sonst der Unterhaltungsteil bietet. Dr. Cohnstaedt hat in einem Vortrage[1]) darauf hingewiesen, daß die deutsche Presse im Jahre etwa 20000 Romane gebraucht, daß also hier die Nachfrage das Angebot ganz erheblich übersteigen muß. Auch nicht entfernt soviel gute Romane wie die Presse gebraucht innerhalb eines Jahres, können in 10 Jahren geschrieben

[1]) Abgedruckt in „Presse und Volksbildung“, Frankfurt 1918.

werden! Und hiermit hängt es zu einem großen Teil zusammen, daß die Zeitungen oft gegen ihren Willen Romane bringen müssen, die höheren Ansprüchen nicht gewachsen sind. Nun ist ja vielleicht eine Lösung darin zu finden, daß Zeitungen nur dann Romane bringen, wenn sie wirklich gut sind, im anderen Falle aber ist der Abdruck von ihnen zu unterlassen. Hiermit würden aber zweifellos viele Leser nicht einverstanden sein, weil sie unter allen Umständen morgens beim Kaffeetisch sich „ein Stück Roman" zuführen wollen, und mehr als einmal ist geklagt worden, wenn aus irgendwelchen Raumgründen die Romanfortsetzung herausbleiben mußte. Nur ganz wenige große Zeitungen haben es verstanden, sich hiervon zu emanzipieren, indem sie gar keine Romane bringen, dafür aber den Unterhaltungsteil entsprechend ausbauen. Daß schlechte Zeitungsromane von sehr gefährlicher Wirkung sein können, ist mehr als einmal betont worden, und in der Tat wird auf diesem Gebiet viel Übles geleistet. Man denke nur an die zahlreichen kitschigen Detektivromane und Liebesgeschichten, die ausdrücklich zu dem Zweck des Abdrucks in der Zeitung geschrieben werden. Von sehr ungünstiger Wirkung sind hier auch die sogenannten „Romanfabriken", Institute, die sich mit dem Vertrieb von Zeitungsromanen befassen und dafür sorgen, daß ein Roman die Runde durch eine Reihe von Provinzblättern macht. Cohnstaedt weist mit Recht darauf hin, daß sich hier die sozialistische Presse ein hohes Verdienst erwirbt, indem sie gute alte Literatur zum Abdruck bringt, so z. B. Otto Ludwig, Stifter, Hebbel, Willibald Alexis und andere. Das ist zweifellos ein vortrefflicher Ausweg. Den können aber nur Zeitungen beschreiten, die einen Arbeiter-Leserkreis besitzen, Zeitungen, die sich an das Bürgertum wenden, dürften kaum Romane veröffentlichen, die sich bereits im Bücherschrank der Leser befinden!

In den Rahmen meiner Vorlesungen gehört auch eine Betrachtung der verschiedenen Organisationen, die in der Presse bestehen und zwar sowohl der Vereinigung der Verleger als auch der Journalisten und der in der Presse tätigen technischen Mitarbeiter. Bei den ersten beiden Kategorien handelt es sich zunächst um den „Verein deutscher Zeitungsverleger zu Magdeburg", den „Verein großstädtischer Zeitungsverleger zu Berlin", als Organisationen der Arbeitgeber. Für die Journalisten kommen in Betracht vor allem der „Reichsverband der deutschen Presse", dessen Umbildung in eine Gewerkschaft zur Zeit verbreitet wird, der „Verein Berliner Presse" und der „Verein deutscher Journalisten und Schrift-

steller". Mit allen diesen Vereinigungen, ihren Aufgaben und ihren Zwecken müssen wir uns an dieser Stelle befassen. Viel wichtiger aber und in sozialer Hinsicht auch bedeutender sind zweifellos die Organisationen der technischen Mitarbeiter, also vor allem der „Verband der deutschen Buchdrucker" und die „Deutsche Buchdrucker-Berufsgenossenschaft", sowie der „Gutenbergbund".

Der „Verband der deutschen Buchdrucker", die älteste deutsche Gewerkschaft, ist die mustergültige Organisation der deutschen Buchdrucker; sie hat in vieler Beziehung direkt vorbildlich gewirkt. Ihre Durchführung war aber auch nur dadurch möglich, daß es sich bei den deutschen Buchdruckern um eine Arbeiter-Aristokratie handelt, deren Organisation nicht solche Schwierigkeiten macht, wie in anderen Berufen. Das hindert aber nicht, daß sich die Schaffung dieses Vereins durchaus nicht leicht vollzog, da er in seinen Anfängen sowohl mit dem Widerstand der Arbeitgeber, als auch mit den Hemmnissen durch die verschiedenen Regierungen zu rechnen hatte. Im Hinblick auf die Wichtigkeit gerade dieser Gewerkschaft gedenke ich im Laufe meiner Vorlesungen mich eingehend mit der Entwicklung dieses Verbandes zu beschäftigen und dabei einen kurzen Überblick über seine Geschichte zu geben, gleichzeitig aber auch den „Gutenbergbund" entsprechend zur Darstellung bringen.

Die ersten Bestrebungen auf die Organisation der deutschen Buchdrucker gehen schon auf das Jahr 1848 zurück. Am 11. Juni 1848 tagte in Mainz die erste nationale Buchdruckerversammlung, auf der über 10000 deutsche Buchdrucker durch Delegierte vertreten waren. Dort hatte man bereits ein Programm aufgestellt, das in vieler Beziehung die Grundlage der Organisation bildet. Man hatte damals schon Streikkassen, Krankenkassen, Invaliden-, Sterbe- und Witwenkassen in Aussicht genommen. Ferner waren vorgesehen Schiedsgerichte, die Zahl der Lehrlinge wurde begrenzt und Tarife aufgestellt. Da aber der Verband noch zu schwach war, konnte er sich nicht durchsetzen. Auch der später gegründete „Gutenbergbund" erreichte das Ziel nicht. Erst unter der Herrschaft der Gewerbefreiheit kam man den Plänen näher. Am 20. Mai 1866 trat endlich der Kongreß deutscher Buchdrucker zusammen, und es wurde hier die Gründung des Verbandes beschlossen.

1916 konnte der Verband sein 50jähriges Jubiläum feiern und hierbei auf eine sehr ersprießliche Tätigkeit zurückblicken.

Über die Kämpfe, die der Verein ausgefochten hat, unterrichten die zahlreichen Vereinszeitschriften, die kleine Schrift von Rexhäuser und die Jubiläumsschrift des Verbandes, von der bis jetzt der erste Band vorliegt. Als erstes und oberstes Prinzip hat der Verband stets bezeichnet: die Vertretung der gewerblichen, sowie Förderung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder mit Ausschluß aller religiösen und politischen Fragen. Und wenn man heute zurückblickt auf die Geschichte des Verbandes, dann kann man sagen, das, was den Gründern vorgeschwebt hat, ist in zäher und rastloser Arbeit erreicht worden. 90 % aller Buchdruckergehilfen gehören diesem Verbande an. Ein Vermögen von über 10 Millionen sichert das Bestehen des Verbandes. Es ermöglicht die Unterstützung der Mitglieder, die Krankenunterstützung, die Gewährung von Begräbnisgeldern und die Aufrechterhaltung der Tarife. Gewaltige Summen sind es, die der Verband jährlich für die verschiedenen Arten der Unterstützung auszahlt. So wurden z. B. im Jahre 1910 verausgabt:

Arbeitslosenunterstützung	Mk.	1 016 965,—
Reiseunterstützung	„	214 302,—
Invalidenunterstützung	„	319 523,—
Krankenunterstützung und Begräbnisgelder	„	1 018 746,— [1])

Das sind Ziffern, die ein Zeugnis ablegen von der finanziellen Leistungskraft des Verbandes. Aber die Hauptaufgabe ist die Regelung der Löhne und Arbeitsverhältnisse. Hier ist der Verband durch seine Tarifverträge bahnbrechend vorangegangen. Er hat rechtzeitig Löhne, Arbeitszeit, Lehrlingszahl in mustergültiger Weise für das ganze Gewerbe festgelegt. 1873 wurde der Lohntarif vereinbart. Jahrzehntelang mußte gekämpft werden, bis dieser Tarif durchgeführt werden konnte. Es folgt eine lange tariflose Zeit. Seit 1910 aber verfügt der Verband über die notwendigen festen Grundlagen für die Tarifgemeinschaft. Die Organisation der Prinzipale, der „Deutsche Buchdruckerverein“, hat den Tarif als bindend anerkannt. Kein Verbandsmitglied darf in einer Druckerei arbeiten, die den Tarif nicht anerkennt, und die tariftreuen Prinzipale dürfen Gehilfen aus nicht tariftreuen Betrieben nicht einstellen. Das ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen, erfolgreichen Kampfes, und wenn man einst die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland schreibt, dann wird

[1]) Der Gutenbergbund zahlte bis 1917 1 315 932 Mk. an reinen Unterstützungen aus.

man stets den Verband der deutschen Buchdrucker an erster Stelle nennen müssen.

Neben dieser wirtschaftlichen Vereinigung verfügen die deutschen Buchdrucker noch über zahllose andere Organisationen, so die Typographische Vereinigung, die sich zum Ziel gesetzt hat, durch Vorträge und Unterricht ihre Mitglieder auszubilden. Der „Drucker- und Maschinenmeisterverein" sucht das technische Können seiner Mitglieder zu heben und auch sonst ist zahlreiche Gelegenheit geboten, um das geistige Niveau der Mitglieder zu verbessern.

Ist nun die Organisation der Arbeitnehmer als mustergültig anzusehen, so gilt das gleiche auch von einer anderen Einrichtung, die von den Arbeitgebern ausgeht, nämlich: der „Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft." Berufsgenossenschaften sind Einrichtungen der Arbeitgeber zur Verhütung oder Verhinderung der Unfälle, die in technischen Betrieben entstehen können. Auch hier ist es wieder das Buchdruckgewerbe, das bahnbrechend vorangegangen ist. Die Deutsche Buchdrucker-Berufsgenossenschaft ist die älteste aller Berufsgenossenschaften. Sie wurde bereits am 7. Januar 1885 gegründet. Ihr Antrag war aus allen Kreisen der Industrie der erste. Deshalb hat auch diese Berufsgenossenschaft eine besondere Bedeutung, und mit Stolz blickt diese Genossenschaft nach mehr als 25jähriger Tätigkeit auf ein sehr segensreiches Wirken zurück. 1886 wurden die ersten Unfallverhütungs-Vorschriften ausgearbeitet; 1887 die Überwachung der Betriebe eingeführt. Die Folgen sind auch nicht ausgeblieben. Trotzdem die Zahl der Betriebe sich dauernd vermehrt hat, sind die Unfälle ständig zurückgegangen. Einen Einblick in die Ausdehnung geben nachstehende Ziffern:

Die Zahl der Betriebe stieg von 1885—1912	um	rund	180 %
„ „ „ Versicherten	„	„	300 %
Die Lohnsummen	„	„	335 %

Die einzelnen Betriebe werden immer größer. Anfangs beträgt der Durchschnitt auf den Betrieb 13 Versicherte, 1912 bereits 22. Der Durchschnittslohn stieg von Mk. 1100 im Jahre 1886 auf Mk. 1700 in 1912. 1886 kam ein Unfall auf 1000 Versicherte, 1912 entfielen auf 1000 Versicherte $2^1/_2$ Unfälle. Dazu ist aber zu bemerken, daß ohne die Unfallverhütung die Kurve viel stärker angezogen hätte, da die Unfallmeldungen eine immer größere Bedeutung annahmen. Es werden jetzt viel mehr Unfälle gemeldet

als früher; denn die Bedeutung der Berufsgenossenschaften wird von Jahr zu Jahr mehr erkannt. Trotzdem tritt seit 1910 eine sinkende Ziffer der gesamten Unfälle und namentlich der Maschinenunfälle ein, was zweifellos mit den Vorschriften über die Unfallverhütung zusammenhängt. Wichtig ist dabei, daß die Folgen der Unfälle dank der Unfallverhütung nicht mehr so schwerer Natur sind als früher. Eine Aufstellung der Berufsgenossenschaften ergibt, daß im Jahre 1912 im Durchschnitt für Unfälle als Entschädigung bezahlt werden mußten:

Für jede	Maschine	Mk. 4,78
„ „	Tiegeldruckpresse	„ 0,65
„ „	Schneidemaschine	„ 0,33

Wie im einzelnen die Berufsgenossenschaft gearbeitet hat und welche Maßregeln von ihr zur Verhütung von Unfällen ergriffen wurden, soll im Laufe der Vorlesung noch geschildert werden. —

Im übrigen ist der Gedanke der straffen Zusammenfassung der Arbeiter im Buchdruckgewerbe keineswegs neu. Er fand seinen Vorläufer in den Zünften, und auch in anderen Ländern hatten sich die Druckereiarbeiter zu besonderen Organisationen zusammengeschlossen. So schrieb z. B. Benjamin Franklin, der bekanntlich früher Buchdrucker war, wie er in der „Kapelle“ aufgenommen wurde. Nach einer Anmerkung seines Enkels wurden nämlich die Druckereien von den Arbeitern „Kapelle“ genannt, was davon herrührt, daß man früher in England das Drucken in alten Kapellen vornahm. Der Neuankömmling unter den Druckern hatte sich bei der Aufnahme den Bedingungen des Handwerks zu unterwerfen. Freilich handelt es sich hierbei weniger um die sozialpolitischen Errungenschaften, die unsere heutigen Buchdrucker-Organisationen aufweisen. —

Wenngleich wir uns bei unseren Untersuchungen auch nicht allzusehr in die technischen Einzelheiten des Zeitungswesens vertiefen dürfen, so müssen wir uns doch mit den Grundfragen der Herstellung der Zeitung vertraut machen, sonst können wir das heutige Zeitungswesen gar nicht verstehen, sonst wissen wir nicht, was man von einer Zeitung fordern darf und was nicht. Deshalb will ich versuchen, Ihnen einen Einblick zu geben in die Art, wie die Zeitung gesetzt wird, in welcher Weise die Zeitungsplatten hergestellt werden, wie die Technik der Stereotypie und der Rotationsmaschinen ist. Diese Vorlesungen können freilich nur verstanden werden, wenn die Anschauung hinzutritt und

deshalb wird ein Teil in die mit den Seminarübungen verbundenen Führungen verlegt werden müssen.

Namentlich wird im Rahmen der Vorlesungen der gewaltige technische Fortschritt zu würdigen sein. Denn in der Tat, gerade im Buchdruck hat die Vervollkommnung der Technik Außerordentliches geleistet. Heller[1]) gibt einige interessante Zahlen, die die Ausdehnung des Gewerbes klarstellen. Danach hat im Jahre 1818 die Herstellung eines Bandes Konversationslexikon der Firma Brockhaus 17 500 Stunden Pressearbeit gekostet, während derselbe Band heute auf einer Zylinderschnellpresse in 1224 Stunden hergestellt werden kann, das heißt früher brauchte man für den Band ein ganzes Jahr, heute nur 102 Tage.

Die Rotationsmaschine übertrifft nun alle anderen Einrichtungen um ein Vielfaches. Erst sie ermöglichte die Herstellung von hunderttausenden von Zeitungen in wenigen Stunden.

Neben einer Darstellung der Entwicklung der Druckmaschinen werde ich im Laufe der Vorlesungen auch eine kurze Übersicht über die Entwicklung des Setzens geben. Es wird dabei gezeigt werden, daß man heute immer noch den Handsatz beibehalten hat, trotzdem die Setzmaschine bereits in sehr erheblichem Umfang zur Einführung gelangt ist. Je nach dem System der Maschine kann man mit der Setzmaschine zwischen 5000 und 8000 Buchstaben in der Stunde setzen, während der geübte Handsetzer in der gleichen Zeit nur 1500 bis 1800 Buchstaben zu setzen imstande ist. Nur in Ausnahmefällen wird die Zahl von 2000 durch Handsetzer in der Stunde überschritten. Die Vorteile der Setzmaschinen sind demnach unbestreitbar. Der Zeitungsbetrieb bringt es aber mit sich, daß man auf den Handsatz nicht verzichten kann; denn auch der Handsatz hat gegenüber der Setzmaschine seine nicht zu bestreitenden Vorteile. Beim Setzen der Inserate ist der Handsatz überhaupt nicht zu entbehren. Es wird zu zeigen sein, wo die Vorteile des Handsatzes beginnen und welche Nachteile die Setzmaschine hat.

Ebenso wie in anderen Betrieben macht sich auch im Buchdruckgewerbe die Arbeitsteilung bemerkbar. Der Unterschied zwischen Setzer und Drucker wird immer größer. Die sogenannten „Schweizerdegen“, die also gleichzeitig setzen und drucken können, werden immer seltener. Das hängt damit zusammen, daß immer größere Anforderungen an die Fähigkeiten und Kenntnisse gestellt werden.

[1]) Das Buchdruckgewerbe, S. 8

Die Erfahrung hat gezeigt, daß auch das Buchdruckgewerbe eine kapitalistische Entwicklung genommen hat. Die Anforderungen an die zu investierenden Kapitalien werden immer größer, so daß Zeitungen mit nur einigermaßen in Betracht kommendem Leserkreis nur im Großbetrieb hergestellt werden können. Der Kleinbetrieb kommt für das Zeitungswesen überhaupt nicht in Betracht. Sind erst Setzmaschinen angeschafft, so wird ein so großes Anlagekapital erforderlich, daß hier nur wirklich kapitalkräftige Betriebe in Frage kommen können[1]).

Haben wir uns mit den Grundlagen der Technik vertraut gemacht, dann wird sich eine Übersicht anschließen darüber, wie sich die Herstellung der Zeitung vollzieht: vom druckfertigen Manuskript bis zum Austragen der Zeitung einschließlich des sogenannten Umbruchs, das heißt der Zusammenstellung der Zeitung, wobei zugleich eine Darstellung des Stereotypieprozesses gegeben werden soll. Eine Ergänzung finden diese Ausführungen in dem Vortrag, den Artur Fürst — gleichzeitig ein Meister der Technik und des Stils — für das Seminar in Aussicht gestellt hat über „Die Entwicklung der Technik im Zeitungsbetriebe" unter gleichzeitiger Führung durch einen modernen Setzereibetrieb.

Die Technik der Presse verstehen zu lernen, ist deshalb sehr wichtig, weil die Kosten der Herstellung einer modernen Zeitung immer höher und höher werden und damit die Anforderungen an die kapitalistische Wirtschaftsform zugleich steigen. Die Beschleunigung des Erscheinens einer Zeitung wird nicht nur durch die Berichterstattung, sondern auch durch die Fortschritte des Setzens erreicht. Einige Ziffern sollen für heute die gewaltigen Fortschritte andeuten, die das Zeitungswesen gemacht hat: Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts brauchte die „Kölnische Zeitung" zur Herstellung von 3000 Nummern 12 Stunden. Mit Hilfe der heutigen Rotationsmaschinen sind hierzu nur 5 Minuten erforderlich! Die Abendausgabe einer Berliner Zeitung im Umfange von 250 000 Stück wird, wie Artur Fürst[2]) mitteilt, auf 22 Maschinen gleichzeitig gedruckt und erfordert zu ihrer Herstellung ganze zwei Stunden, d. h. in jeder Minute werden (Hauptblatt und zwei Beiblätter von je 4 Seiten) 2000 Stück, d. h. in der Sekunde

[1]) Vgl. hierzu auch die sehr inhaltreiche Schrift von Dr. Beyer: Die volkswirtschaftl. und sozialpolitische Bedeutung der Einführung der Setzmaschine im Buchdruckgewerbe. Karlsruhe 1910.

[2]) Tausend Wunder, Seite 182.

33 Zeitungen gedruckt! An der gleichen Stelle erzählt Artur Fürst, daß ein Berliner Blatt für die gewöhnliche Morgenausgabe 130 Rollen Papier (11 170 000 Meter) gebraucht, für die Sonntagsausgabe dagegen 270 Rollen (2 400 000 Meter), d. h. so viel wie die Strecke Berlin—Gibraltar. Mit dem Jahresverbrauch von 400000 km kann man den Äquator zehnmal einwickeln. . . . .

*

Meine Damen und Herren! Das, was ich mir soeben erlaubte, vorzutragen, sind im großen und ganzen die Grundgedanken, die ich im Laufe der nächsten Semester vor ihnen zu erörtern die Ehre habe. Ich habe heute im wesentlichen meine Stellungnahme zu den wichtigsten Streitfragen des Zeitungswesens kennzeichnen wollen. Dabei vertrete ich den Standpunkt, daß wir in Deutschland eine anständige und qualitativ nicht gering einzuschätzende Presse haben; aber ich bestreite auch nicht einen Augenblick, daß wir noch weit von dem Zustand entfernt sind, den wir erstreben können und erstreben müssen. Von Staatseingriffen verspreche ich mir keine Hilfe. Der Weg der Selbsthilfe ist das einzige Mittel zur Besserung; aber die Selbsthilfe kann nicht von einer Seite ausgehen. Sie muß von allen Beteiligten gleichmäßig bewirkt werden. In erster Reihe beteiligt ist der Leserkreis, der der Zeitung mit viel mehr Verständnis und viel mehr Kritik gegenübertreten muß, der hohe Anforderungen an die Zeitung stellt, nicht aber von ihr verlangt, was sie weder leisten kann noch soll, ein Leserkreis, der jeden Schund auf dem Gebiet des Pressewesens mit Entrüstung von sich weist, der imstande ist, das Gute von dem Schlechten zu unterscheiden. Der zweite Faktor ist der Verleger. Er ist von erheblichem Einfluß auf die ganze Entwicklung des Zeitungswesens. Seine Aufgabe ist es, sich nicht als ein „Geldverdiener“ zu betrachten, er muß sich bewußt sein, daß er eine Mission zu erfüllen hat und diesem Bewußtsein muß er durch sorgfältige Auswahl seiner Mitarbeiter, durch genügende Bezahlung und die erforderliche Freiheit bei der Arbeit Rechnung tragen. Und als dritter Faktor kommen die Journalisten selbst in Betracht. Sie müssen sich im klaren darüber sein, welche Aufgaben sie zu lösen haben und welche Verantwortung auf ihnen ruht. Sie sind diesen Aufgaben nur

gewachsen und können ihren Dienst auch nur dann so ausfüllen, wie es notwendig ist, wenn sie sich die Worte vor Augen halten, die Schiller den Künstlern zugerufen hat und die auch für den Journalisten in gleichem Maße gelten:

> „Der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben,
> Bewahret sie,
> Sie sinkt mit Euch, mit Euch wird sie sich heben.“

Schriften-Verzeichnis.

Es wird den Studierenden sicher erwünscht sein, einen Einblick in die Fachwerke zu bekommen. Das nachstehende Verzeichnis umfaßt nicht die gesamte Bücherei des Zeitungswesens, sondern nur die wesentlichsten, wobei auch einige Hilfswerke, deren Kenntnis von Wert ist, mit angeführt sind. In der Hauptsache erstreckt sich das Verzeichnis auf die deutsche Presse. Eine Zusammenstellung der ausländischen Werke wird bei einer späteren Gelegenheit gegeben werden:

Abhandlung über die Zeitungen, Intelligenzblätter und Flugschriften, Frankfurt a. M. 1802.

Abonnentenversicherung (Denkschrift), Reichstagsdrucksache 1912/13.

Achajus, Der Wert der Berliner politischen Presse, Berlin 1889.

Album unfreiwilliger Komik, Berlin.

Annuaire de la Presse française et du Monde politique.

Anzeigensteuergesetz, Reichstagsdrucksache Nr. 1001, Session 1907/09.

Auslandsdeutscher: Die Presse und die deutsche Weltpolitik, Zürich 1906.

Baasch, E., Handel und Öffentlichkeit der Presse, Preuß. Jahrbücher, 110. Bd., S. 121.

Bachem, Julius, Lose Blätter aus meinem Leben, Freiburg 1910.

—, —, Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers, Köln 1913.

Bandmann, Otto, Die deutsche Presse und die Entwicklung der deutschen Frage 1864—66, Leipzig 1910.

Bauer, Wilhelm, Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen, Tübingen 1914.

—, —, Der Krieg und die öffentliche Meinung, Tübingen 1915.

Bebel, August, Aus meinem Leben, Stuttgart 1914.

—, —, Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart 1919.

Beer, Max (Bern), Das Ausland und die deutsche Presse, Berlin.

Bensheimer, J., Die politische Tagespresse Badens am Beginn des 20. Jahrhunderts, Mannheim 1910.

Berichte der Börsen-Enquêtekommission, Berlin 1894.

Berresheim, Fritz, Schiller als Herausgeber der Rhein. Thalia und seine Mitarbeiter, Stuttgart 1914.

Bertenberg, Carl, Die Preisgestaltung im Druckereigewerbe, München 1912.

Beyer, Friedr. Christ., Die volkswirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung der Einführung der Setzmaschine im Buchdruckgewerbe, Karlsruhe 1910.

Biedenkopp, Georg, Elektrizität und Presse, Wilmersdorf 1911.
Biedermann, Karl, Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte, Breslau 1886.
—, —, Dreißig Jahre deutsche Geschichte, Breslau.
Bingel, Herm., Das Theatrum Europäum, Berlin 1909.
Bode, Herm., Die Anfänge wirtschaftlicher Berichterstattung in der Presse, Pforzheim 1908.
Braun, Adolf, Die Zeitungen in der Periode der Übergangswirtschaft. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jahrg. 1918.
—, —, Die Anonymität in der Presse, Berlin 1917, Bd. V., Annalen für soziale Politik u. Gesetzgebung.
Brönner, Wilhelm, Grundriß einer konstruktiven Zeitungslehre, Königsberg 1918.
Brunhuber, Robert, Das deutsche Zeitungswesen, Leipzig 1908
—, —, Das moderne Zeitungswesen, Leipzig 1907.
Bücher, Karl, Die Anfänge des Zeitungswesens, Tübingen 1904 (Entst. der Volkswirtschaft).
—, —, Das Zeitungswesen, Teubner, Leipzig (Kultur der Gegenwart, Band. I).
—, —, Die Presse, Handbuch für Politik.
—, —, Unsere Sache und die Tagespresse; Die deutsche Tagespresse und die Kritik, Tübingen 1915.
—, —, Vom Arbeitsmarkt der deutschen Presse, Zeitschr. für die ges. Staatsw., 73. Jahrg.
Buchheim, Karl, Die Stellung der Köln. Zeitung im vormärzlichen rhein. Liberalismus, Leipzig 1913.
Buchner, Eberhard, Das Neueste von gestern, München 1917.
Burkhardt, Dr. Hans, Die politische Tagespresse Sachsens.
Busch, Moritz, Tagebuchblätter, Leipzig 1899.
Cardauns, Herm., 50 Jahre Kölnische Volks-Zeitung, Köln 1910.
—, —, Aus dem Leben eines deutschen Redakteurs, Köln 1912.
Charakteristik und Hauptformen der amerikanischen Reklame. Bericht des deutschen Konsuls in St. Francisco. Berichte über Handel und Industrie, Bd. XXI, Heft 13.
Cohn, Martin, Wie entsteht eine Zeitung? (in Gewerbliche Einzelvorträge), Berlin 1914.
Cohnstaedt, Wilh., Presse und Volksbildung, Frankfurt 1918.
Consentius, Ernst, Die Berliner Zeitungen bis zur Regierung Friedrichs des Großen, Berlin 1904.
Cronau, R., Das Buch der Reklame, Ulm 1887.
Curti, Th., Der Literatenstand und die Presse, Leipzig 1911.
Dahms, Gustav, Das Literarische Berlin, Berlin.
Das deutsche Zeitungsrecht, Magdeburg, Verlag: Verein deutscher Zeitungsverleger 5 Bände.
Das Jahr XXV 1886—1911; Verlag S. Fischer, Berlin 1911.
David, J. J., Die Zeitung, Frankfurt a. M.
Delbrück, Hans, Regierung und Volkswille, Berlin 1914.
Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71, Generalstabswerk, Berlin 1875.
Der Verband der deutschen Buchdrucker (50 Jahre deutsche gewerkschaftliche Arbeit mit einer Vorgeschichte), Bd. I, Berlin 1916.

Deutsche Buchdrucker-Berufsgenossenschaft. Drucksachen, Jahresberichte, Unfallverhütungsvorschriften.

Die Krisis der Kreuzzeitung, Berlin 1853.

Diendonné, Franz, Die Kölnische Zeitung und ihre Wandlungen im Wandel der Zeiten, Berlin 1903.

Die sozialdemokratische Presse, Berlin 1896, Vaterlandsverein.

Diez, H., Das Zeitungswesen, Leipzig 1910.

Dresdner Anzeiger, Seine Geschichte von 1730 bis zur Gegenwart, Dresden 1903.

Dumont-Schauberg, Geschichte der Kölnischen Zeitung, Köln 1880.

Ebbinghaus, Therese, Napoleon, England und die Presse, München 1914.

Ebner, A., Berichte über die Rechtsprechung und Literatur auf dem Gebiete des Zeitungsrechts 1911—1917.

Ehrentreich, Hans, Die freie Presse in Sachsen Weimar, Halle 1906.

Ehrler, Gemeinde-Zeitungen, -Druckereien und -Plakatinstitute. Verein für Sozialpolitik. Bd. 128.

Eichhorn, K., Die Geschichte der St. Petersburger Zeitung, St. Petersburg 1902.

Eigenbrodt, August, Berliner Tageblatt u. Frankfurter Zeitung in ihrem Verhalten zu den nationalen Fragen 1887—1914, Berlin 1917.

Eine Rundschau über die gesamte Presse der Welt, Würzburg, Leo Woerl, 1879 bis 1881.

Elben, O., Geschichte des Schwäbischen Merkur, Stuttgart 1885.

Eltzbacher, Paul, Die Presse als Werzkeug der auswärtigen Politik, Jena 1918.

Engel, Eduard, Deutsche Stilkunst, Leipzig 1913.

Ennen, L., Die Zeitungspresse in der Reichsstadt Köln, Annalen des histor. Vereins f. d. Niederrhein, Heft 36.

Erler, Paul, Von der Macht der Presse in Deutschland, Berlin 1911.

Faber, Alexander, Die Fabersche Buchdruckerei, Magdeburg 1897.

Festschrift zum 200jährigen Jubiläum der Kaiserl. Wiener Zeitung, Wien 1903.

Flatow, Georg, Der Begriff der Druckschrift periodischer Druckschriften und Korrespondenzen, Berlin 1914.

Franklin, Benjamin, Jugend-Erinnerungen, Leipzig.

Freydorf, Dr. v., Autorrecht und Rechtssystem, Mannheim 1894.

Freytag, Gustav, Karl Mathy.

Fried, A. H., Kleine Anzeigen, Berlin 1900.

Friedländer, E., Berliner geschriebene Zeitungen 1713—1717 und 1735, Berlin 1901.

Frizenschaf, Joh., Die Praxis des Journalisten, Leipzig.

Fürst, Artur, Werner von Siemens, Stuttgart 1916.

Fuchs, Friedr., Telegrafische Nachrichtenbüros, Berlin 1919.

—, Hans, Technik im modernen Zeitungsbetrieb, Heidelberg 1913.

Gallinger, H., Die Haltung der deutschen Publizistik zum amerik. Unabhängigkeitskriege, Leipzig 1900.

Garr, Max, Parlament und Presse, Wien 1908.

—, —, Die Inseratensteuer, Wien 1909.

—, —, Die wirtschaftlichen Grundlagen des modernen Zeitungswesens, Wien 1912.

Gebauer, Johannes, Die Publizistik über den böhmischen Aufstand von 1618, Halle 1892.

G e i g e r , L u d w i g , Therese Huber, Stuttgart 1901, b. Cotta.
—, —, Das junge Deutschland und die preußische Zensur, Berlin 1900.
Geschichte der Frankfurter Zeitung, Frankfurt 1911.
G l a g a u , O t t o , Der Gründungs- und Börsenschwindel, 2 Bde., Leipzig 1876/77.
G n a u , H e r m., Die Zensur unter Josef II., Straßburg 1910.
G o e b e l , T h., Friedrich König und die Erfindung der Schnellpresse. Stuttgart 1906.
G r a s h o f f , R., Die briefliche Zeitung XVI. Jahrhunderts, Leipzig 1877.
G r o t h , O t t o , Die politische Presse Württembergs, Stuttgart 1915.
G r ü n b a u m , M., Über die Publizistik des 30jährigen Krieges von 1626—1629, Halle 1880.
25 Jahre Gutenberg-Bund (Geschichtlicher Rückblick), Berlin 1918.

H a a s , A l b e r t , Die Propaganda im Auslande, Weimar 1916.
—, —, Das moderne Zeitungswesen in Deutschland, Berlin 1914.
Hamburg vor 90 Jahren (Zum 90jährigen Bestehen des Hamburger Fremdenblattes), Hamburg 1918.
H a m m a n n , O t t o , Der neue Kurs, Berlin 1918.
—, —, Zur Vorgeschichte des Krieges, Berlin 1919.
Handbuch der Auslandspresse (herausgegeben vom Kriegspresseamt), Berlin 1918.
Handbuch deutscher Zeitungen (desgl.), Berlin 1917.
H a r d e n , M a x i m i l i a n , Apostata, Berlin 1892.
H e l l e r , A l f r e d , Das Buchdruckgewerbe, München 1911.
H e y c k , E d., Die Allgemeine Zeitung, München 1898.
H i r t h , F., Das Zeitungswesen in China, Österr. Monatsschrift für den Orient, VII, 1881, S. 7ff., 51f.
H i t z i g r a t h , H., Die Publizistik des Prager Friedens, Halle 1880.
H ö l s c h e r , G e o r g , 100 Jahre J. P. Bachem, Köln 1908.
H o f f m a n n , H e r m., Fürst Bismarck 1890—1898, Stuttgart 1914.
H o l t z e n d o r f f , F. v o n , Wesen und Wert der öffentlichen Meinung, München 1879.
H o l z m a n n , M., Ludwig Börne, Berlin 1888.

Jahrbuch der Schweizer Presse 1909, 1911, 1912, Zürich bei Orell Füßli.
Jahrbuch des Vereins der Schweizer Presse 1912/13, 1913/14, 1915/16, 1916/17, 1917/18, Zürich bei Orell Füßli.
J a c o b i , R i c h a r d , Der Journalist, Hannover 1902.
J a r o s l a w , B e n n o , Ideal und Geschäft, Jena 1912.
J a s t r o w , J., Die Reklame im Dienste der allgem. öffentl. Arbeitsnachweise, Schriften des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise Nr. 6, Berlin 1906.
J ö h l i n g e r , O t t o , Die Praxis des Getreidegeschäfts an der Berliner Börse (mit Angaben über Börsenberichterstattung), II. Aufl., Berlin 1917.
—, —, Friedrich List, Inselbücherei, Nr. 260.
Journalisten- und Schriftstellerverein Concordia 1859—1909 (Festschrift), Wien 1919.
J u n g , A r t h u r , Die 7. Großmacht im Kriege, Berlin 1917.
—, —, Die Gefahr eines Anzeigenmonopols, Berlin 1917.
J u n k e r , K., Die Aufhebung des Zeitungsstempels und die österreichische Presse, Wien 1901.

K a w a z i n s k i , M., Studien zur Literaturgeschichte des 18. Jahrh., Moralische Zeitschriften, Leipzig 1880.

Keiters, H., Handbuch der katholischen Presse, Essen 1913.
Kellen, Tony, Das Zeitungswesen, Kempten 1908.
—, —, Aus der Geschichte des Feuilletons, Essen 1909.
Kemmerling, Friedr., Studien zur Geschichte des älteren Kölner Zeitungswesens, Bonn 1911.
Kleefeld, Kurt, Die Theaterzensur in Preußen, Berlin 1905.
Krebs, R., Die politische Publizistik der Jesuiten und ihre Gegner in den letzten Jahrzehnten vor Ausbruch des 30jährigen Krieges, Halle 1890.
Kronstein, Wilh., Das heutige Zeitungswesen, Heidelberg 1901.
Kürschners Handbuch der deutschen Presse, Leipzig.
Lassalle, Ferd., Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag, 3 Symptome des öffentl. Geistes, Chicago 1872.
Laubert, Manfred, Presse und Zensur in neupreußischer Zeit 1815/1847, Lissa 1908.
Laupenmühlen, Hans, Der Zeitungsverlag in Deutschland und seine Interessenvertretung: Der Verein deutscher Zeitungsverleger, Bochum 1911.
Leiter, Fr., Die Zeitung im Kriege und nach dem Kriege, Wien 1915.
Lempfrid, Wilh., Die Anfänge des parteipolitischen Lebens und der politischen Presse in Bayern unter Ludwig I., Straßburg 1912.
Liszt, Franz von, Lehrbuch des österreichischen Preßrechtes, Leipzig 1878.
Loeb, Moritz, Der papierne Feind, Augsburg 1918.
Löbl, Emil, Kultur und Presse, Leipzig 1903.
Lorentz, Th., Die englische Presse, Halle 1907.
Mahlberg, Walter, Die Nachrichtengrundlagen des Devisenmarktes, Heft 10 der Zeitschr. f. handelsw. Forschung 1912/13.
Mays British and irsih Press Guide and Advertisers Dictionary and Handbook (jährlich).
Mehring, Franz, Kapital und Presse, Berlin 1891.
Meister, A., Die deutsche Presse im Kriege und später, Münster 1916.
Meißner-Luther, Die Erfindung der Buchdruckerkunst, Bielefeld 1900.
Meyer, Dora, Das öffentliche Leben in Berlin im Jahr vor der Märzrevolution, Berlin 1912.
Michael, Fr., Die Anfänge der Theaterkritik in Deutschland, Leipzig 1918.
Morf, Hans E., Die Drahtberichterstattung im modernen Zeitungswesen, Bern 1912.
Mosse, Rudolf, Jubiläumswerk, 8. Mai 1913.
—, —, Zeitungskatalog 1914.
—, —, Geschäftsjubiläum 1867—1917.
Mühlau-Rose, Carl Jentsch, von ihm selbst, nach seinen Werken, Leipzig 1918.
Mühsam, Kurt, Wie wir belogen wurden, München 1919.
Müller, Leonh., Die Breslauer politische Presse 1742—1861, Breslau 1908.
Munzinger, Ludwig, Die Entwicklung des Inseratenwesens, Heidelberg 1902.
Muser, Gerh., Statistische Untersuchungen über die Zeitungen Deutschlands 1885—1914, Leipzig 1918.
Navarra, China und die Chinesen, Bremen 1901, S. 891ff.
Nordau, Max, Zeitgenössische Franzosen, Berlin 1901.
Norden, Artur, Die Berichterstattung über Welthandelsartikel, Leipzig 1909.

Oberholtzer, P. E., Die Beziehungen zwischen dem Staat und der Zeitungspresse im Deutschen Reich, Berlin 1895.
Obrecht, J. J., Über die öffentliche Meinung und die Presse, Chur 1885.
Opel, J. O., Die Anfänge der deutschen Zeitungspresse 1600—1650, Leipzig 1879; Archiv f. Geschichte des deutschen Buchhandels III.
Pacher, Gustav von, Die Dreiverbandspresse, Leipzig, G. Hirzel.
Pittius, Erich, Die politische Tagespresse Schlesiens, Sorau, N.-L. 1914.
Portassewicz, Karl, Der deutsche Postzeitungstarif, Königsberg 1914.
Posse, Ernst, Die moderne Zeitung, Deutsche Revue, Okt. u. Nov. 1910.
—, —, Publikum und öffentliche Meinung, Deutsche Revue, Juni u. Juli 1914.
—, —, Über Wesen und Aufgabe der Presse, Tübingen 1917.
—, —, Presse in „Der Weltkrieg und seine Einwirkung auf das deutsche Volk, Leipzig 1918.
Preisliste der durch das Postzeitungsamt in Berlin und die Postanstalten zu beziehenden Zeitungen.
Prutz, R., Geschichte des deutschen Journalismus, Hannover 1845, I. Bd.
—, —, Die politische Poesie der Deutschen, Leipzig 1845.
Quetsch, F. H., Die Entwicklung des Zeitungswesens, Mainz 1901.
Rackow, A., Die Reklame als wirtschaftliches Gebilde, Berlin 1910.
Reklame im Auslande (zusammengestellt im Reichsamt des Innern), Berlin, 5 Hefte.
Rexhäuser, Ludwig, Zur Geschichte des Verbandes deutscher Buchdrucker, Berlin 1900.
Riedl, J., Salzburgs Zeitungswesen, Salzburg 1863.
Rittershaus, E., Irrsinn und Presse, Jena 1913.
Roth, Paul, Das Zeitungswesen in Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart. Halle 1912.
—, —, Die neuen Zeitungen in Deutschland im 15. und 16. Jahrhundert, Leipzig 1914.
Rotheit, Rudolf, Die Friedensbedingungen der deutschen Presse. Los von Reuter und Havas; Berlin 1915.
Rückblicke und Erinnerungen, München 1900, Jubiläumsfestschrift der Firma Knorr & Wirth.
Salomon, Ludwig, Geschichte des deutschen Zeitungswesens, Oldenburg 1906.
—, —, Allgemeine Geschichte des Zeitungswesens, Leipzig 1907.
Saran, Walter, Der grobe Unfug, insbes. der sog. Preßunfug, Bromberg 1898.
Satzungen und Mitgliederverzeichnis des Vereins Berliner Presse.
Schacht, Hjalmar, Statistische Untersuchung über die Presse Deutschlands, Jahrb. f. Nat. u. Stat., III. Folge, 15. Bd., 1898.
Schäfer, Wilhelm, Der Schriftsteller, Frankfurt.
Schäffle, Albert C. F., Bau und Leben des sozialen Körpers, Tübingen 1881.
—, —, Aus meinem Leben, 2 Bände, Berlin 1905.
Scheffer, Th., Die preußische Publizistik im Jahre 1859, Leipzig 1901.
Schiemann, Theodor, Wie die Presse unserer Feinde den Krieg vorbereitet und erzwungen hat, Berlin 1919.
Schierse, B., Das Breslauer Zeitungswesen vor 1742, Breslau 1902.
Schlenther, Paul, Verein Berliner Presse 1862—1912, Berlin 1912.
150 Jahre Schlesische Zeitung, Breslau 1892.

Schmalenbach, Eugen, Die deutsche Finanzpresse; Zeitschr. f. handelsw. Forschung, Bd. I, S. 277ff., Köln 1906.
Schmidt, A., Das Staatszeitungswesen der Römer, Zeitschr. f. Geschichtsf. I, S. 303ff.
—, Gustav, Kauf, Gründung und Finanzierung von Zeitungen und Zeitschriften, Leipzig.
—, Paul, Die deutsche Publizistik in den Jahren 1667—1671, Innsbruck 1907.
Schmits, August, Der Kampf gegen die Sprachverbildung, Köln 1901.
Schmölder, R., Das Inseratenwesen, ein Staatsinstitut, Leipzig u. Köln 1879.
Schneider, Gust. Hein., Der Preß- oder Vaterlandsverein, 1832—1833, Berlin 1897.
Schöne, W., Die Anfänge des Dresdner Zeitungswesens im 18. Jahrhundert, Dresden 1912.
Scholten, Bernh., Der Handelsteil der deutschen Zeitungen im 19. Jahrhundert, Ibbenbüren 1910.
Schopenhauer, Arthur, Über Lesen und Bücher, Insel-Verlag.
—, —, Über Schriftstellerei und Stil, Ebenda.
Schuchart, Th., Die deutsche Außenhandelsförderung unter besonderer Berücksichtigung des Wirtschaftsnachrichtenwesens, Berlin 1918.
Schultz, Fritz, Die politische Tagespresse Westpreußens, Deutsch-Krone (Dissertation).
Schulz, Eduard, Bismarcks Einfluß auf die deutsche Presse (Juli 1870), Halle 1910.
Schwarze-Appelius, Reichspreßgesetz, Erlangen 1903.
Sells Dictionary of the Worlds Press and Advertisers Reference Book, London.
Severing, Carl, Die Presse der Zukunft, Recht, Verwaltung und Politik im Neuen Deutschland.
Sombart, W., Die Reklame, „Morgen", Nr. 10, 6. März 1908.
Antworten hierauf, Ebenda, Nr. 19, 20, 23 u. 24, 1908.
—, —, Die Juden und das Wirtschaftsleben, Leipzig 1911.
Steiger, E., The periodical Literature of the United States of America, New York 1873.
Stieda, Wilh., Die Anfänge der periodischen Presse in Mecklenburg, Archiv für die Geschichte des deutschen Buchhandels XIX.
Stoffers, G., Die Presse und der Krieg, Düsseldorf 1915.
Strousberg, Dr., Dr. Strousberg und sein Wirken, von ihm selbst geschildert, Berlin 1876.
Studien über das Zeitungswesen (Koch-Festgabe), Frankfurt a. M. 1907.
Sudermann, Herm., Verrohung der Theaterkritik, Stuttgart 1902.
Tappert, Wilh., Richard Wagner im Spiegel der Kritik, Leipzig 1915.
Tille, Armin, Wirtschaftsarchive, Berlin 1905.
Treitschke, Heinr. von, Radikalismus und Judentum; Das souveräne Feuilleton, Leipzig 1914.
—, —, Politik, Leipzig 1918.
—, —, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Band V, Leipzig 1895.
Troska, Ferd., Die Publizistik zur sächsischen Frage auf dem Wiener Kongreß, Halle 1891.
Über politische Zeitungen und Intelligenzblätter in Sachsen, Thüringen, Hessen usw., Gotha 1802.

Unger, Ant. Alf., Betrachtungen über das Zeitungswesen, Frankfurt 1916.
Unterrichtsbriefe für Buchdruckerei, Leipzig.
Urheber-Recht; Gesetz über den Verlagsvertrag.
Verein der Schweizerischen Presse, Die Schweizer Presse, Bern 1896.
Vogel, Wilh., Konjunkturkunde, Berlin 1913.
—, —, Der Handelsteil der Tagespresse, Berlin 1914.
Waldow, Alexander, Anleitung zum Zeichnen von Korrekturen, Leipzig 1878.
Walther, Franz, Deutsches Zeitungswesen der Gegenwart.
Weber, Ad., Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, Tübingen 1910.
Wehle, J. H., Die Reklame, Wien 1880.
—, —, Die Zeitung, ihre Organisation und Technik, Wien 1883.
Weiß, T. G., Die Reform der Presse, Karlsruhe 1890.
Weller, E., Die ersten deutschen Zeitungen 1505—1599, Tübingen 1872; Bibl. des Lit. Vereins in Stuttgart, III.
Wertheimer, Fritz, Die Stenographie in der Volkswirtschaft, Berlin 1906.
Wettstein, Oscar, Über das Verhältnis zwischen Staat und Presse. (Mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz.) Zürich 1904.
—, —, Die Tagespresse als geistige Nahrung, Zürich 1912.
—, —, Die schweizerische Presse, Zürich.
—, —, Wie schaffen wir eine europäische Presse, Sonderdruck aus „Schweizerland".
—, —, Die Tagespresse in unserer Kultur, Zürich 1903.
—, —, Die Tagespresse vor hundert Jahren, Zürich 1906.
—, —, Zeitungkunde als wissenschaftliches Fach, Sonderabdruck, Zürich 1914.
Wetzel, Fz., Geschichte der katholischen Presse Deutschlands im 18. Jahrh., Mannheim 1913.
Winckler, J., Die periodische Presse Österreichs, Wien 1875.
—, —, Zur Geschichte der Kaiserl. Wiener Zeitung, Wien 1903.
Wittwer, Max, Das deutsche Zeitungswesen in seiner neueren Entwicklung, Halle 1914.
Witzleben, C. D. von, Geschichte der Leipziger Zeitung, Leipzig 1860.
Wrede, R., Handbuch der Journalistik, Berlin 1902.
Wuttke, H., Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung, Leipzig 1866 u. 1875.
Zeitungskatalog Haasenstein & Vogler.
„Zeitungs Lust und Nutz", Hamburg in Verlegung Benjamin Schillers, Buchhändlers im Dohm, Hamburg 1695.
Zenker, E. V., Geschichte der Wiener Journalistik während des Jahres 1848, Wien u. Leipzig 1893.
—, —, Geschichte der Wiener Journalistik von den Anfängen bis 1848, Ebenda 1892.
Zensurbuch für die deutsche Presse. Herausgegeben von der Oberzensurstelle des Kriegspresseamts, Berlin 1917.

Druck der Fürstlich priv. Hofbuchdruckerei Rudolstadt





